Narodna in univerzitetna knjižnica
v Ljubljani
87389

ENGLÄNDER JUDEN ARABER

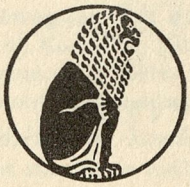
IN PALÄSTINA

NARODNA IN UNIVERZITETNA KNJIŽNICA
LJUBLJANA

Die Haram esch-Scherif-Moschee in Jerusalem

GISELHER WIRSING

ENGLÄNDER JUDEN ARABER IN PALÄSTINA



EUGEN DIEDERICHS VERLAG JENA

87389

4. Auflage / 7. bis 10. Tausend
Mit 9 Karten und 13 Bildtafeln

87389

P 5524/1948 f.z.

Buchausstattung: Max Thalmann
Copyright 1939 by Eugen Diederichs Verlag
in Jena. Druck der Spamer A.-G. in Leipzig

Inhalt

Vogelschau 7

Dreifaches Versprechen – dreifache Täuschung . . 17

Die Schulen der britischen Orientpolitik 17

Das Versprechen an die Araber 26

„Teesorte Sykes-Picot" 38

Palästina und das Schicksal Feisals 47

Die Juden kommen ins Spiel 54

Die Erklärung Balfours 67

„Auf einer Welle von Öl" 79

Palästina – Vatikan des Weltjudentums 94

Die Kernfrage des Zionismus 117

Der Lebenskampf der Araber 131

Islam und Araberorganisation 134

Der Mufti von Jerusalem 145

Die arabischen Forderungen 156

Die Engländer in Palästina 170

Praktischer Humanismus 170

Lord Passfield verliert eine Schlacht 179

Die Spaltung der britischen Verwaltung 191

Der Bericht Lord Peels 198

Die Ära Ormsby-Gore 215

Das Ende der Teilungsidee 231

Die großarabische Bewegung und das Empire . . . 245

Die Fürsten Arabiens im Kampf um Palästina 245

Illusion des Panislamismus – Die wahren Kräfte des Islams 256

„Cooperative Imperialism" am Scheideweg 266

Die Palästina-Konferenz in London im Frühjahr 1939. Nachwort zur vierten Auflage 284

Anhang 296

Anmerkungen 300

Personen- und Sachwortverzeichnis 306

Vogelschau

Seit zwei Jahrzehnten liegen Engländer, Juden und Araber in einem Lande miteinander im Kampf, das so klein ist, daß es wie eine Nußschale neben den großen Machtgebilden unseres Zeitalters erscheint. Dieser Kampf dreier Rassen in Palästina ist lange Jahre sehr im Schatten größerer und wichtigerer weltpolitischer Ereignisse gestanden. Heute ist dies nicht mehr der Fall. Seitdem sich mit dem abessinischen Konflikt die Scheinwerfer weltpolitischer Beobachtung scharf auf die Küsten des Mittelmeers richteten, haben sich die Fragen Palästinas für die Augen der Umwelt ins Grundsätzliche verdichtet. In Wirklichkeit ist freilich in diesem kleinen Land schon seit zwanzig Jahren ein dreifacher Kampf ausgefochten worden, der die politischen und religiösen Wurzeln der drei Rassen freilegt, die in ihn verwickelt sind. So ist unversehens das Ringen um Palästina in eine weltgeschichtliche Perspektive hineingeraten, die es weit über die lokale Bedeutung hinaushebt, wie sie vielen sonstigen Kämpfen anhaftet, die Britannien mit orientalischen Völkern zu bestehen hat.

Engländer, Juden, Araber – drei Mächte sind auf diesem kleinen Fleck Erde, den man in der Breite im Auto in wenigen Stunden und in der Länge in einem Tage durchfahren kann, aufeinandergeprallt, die nichts miteinander gemeinsam haben als das eine: ihre Macht und Bedeutung fußt auf gewaltigen Organisationen, die ihr Zentrum außerhalb Palästinas haben. Für England ist Palästina ein Teil des weltüberspannenden britischen Reiches, der durch Geschichte und geographische Lage zu einem Angelpunkt geworden ist, an dem die Erhaltung britischer Macht lebenswichtig für den Reichszusammenhang erscheint. Für die Juden verband sich mit Palästina zu-

nächst die im Alten Testament verheißene Rückkehr in das Heilige Land. Bald aber wurde daraus eine Zentralfrage der internationalen jüdischen Weltpolitik. Zur Untermauerung der Ziele, die sie in den verschiedenen Völkern und Erdteilen verfolgt, bedurfte sie eines sicheren Stützpunktes, den man in Palästina zu finden hoffte. Für die Araber, die im Lande leben, ist Palästina die Heimat, die wie jede Heimat von einem aufrechten Volke bis zum letzten Fußbreit verteidigt wird. Für die große arabische Bewegung aber, die den Vorderen Orient und Nordafrika überflutet, ist Palästina ein Teil jener größeren arabischen Reichsgebilde der Zukunft, für deren Entstehung die heutigen arabischen Staaten nur Etappen darstellen.

So eng und klein das Land ist, so groß und geschichtsmächtig sind die Probleme, die es seit dem Weltkrieg in ein Gebiet beständiger Hochspannung verwandelt haben. Es ist einmal gesagt worden, ein britischer Gouverneur, der gewohnt sei, eine indische Provinz mit vierzig Millionen Menschen mit eiserner Faust zu regieren, müßte doch wohl mit Aufstand und Revolte in Palästina in einem Nachmittag fertig werden. Und dennoch erscheint dies unmöglich. Nicht um die 1,3 Millionen Menschen, die heute in Palästina auf engem Raume leben, geht es, sondern um die Probleme, die sich wie gewaltige Abgründe hinter den drei Rassengruppen auftun, die Palästina bewohnen. Der äußere Ablauf der Geschehnisse, die Zahl der Toten und Verwundeten, die Engländer, Araber und Juden in diesen Jahren in Palästina zurückließen, dies alles wäre rasch erzählt, und man brauchte kein Buch in einer Zeit darüber zu schreiben, in der der Befreiungskampf unseres eigenen Volkes uns in allen Adern durchbebt, in der eben erst das Geschehen in Ostafrika abrollte und unter dem Donner der Geschütze sich Gewaltiges im Fernen Osten vollzieht. Diese gähnenden dreifachen Hintergründe aber, aus denen das heutige Palästinaproblem herausgewachsen ist, sind es, die jeder Aufmerksamkeit wert sind. Dieses Dunkel zu erhellen ist wichtig, denn

wir wüßten nicht, wo sonst in der Welt die britische politische Psychologie, die Taktik und Strategie des Weltjudentums und das politische Erwachen der arabischen Nation so eindrucksvoll von einer Stelle aus beobachtet werden könnte. Drei Entwicklungen, von denen die britische und die jüdische uns selbst täglich betreffen, während die arabische zu einem objektiven weltpolitischen Tatbestand geworden ist, der tief in die großen Wandlungen unserer Tage eingreift.

Palästina ist heute das politische Erdbebenzentrum des Vorderen Orients. Schon in Kairo trafen wir ununterbrochen auf die Ausstrahlungen der Ereignisse, die sich in Palästina abspielten. Bis hinauf in den Sudan und hinüber in den Irak und nach Syrien schallte der Kampf um das Heilige Land wie ferner Geschützesdonner, in dessen Zeichen auch noch die Etappe weit hinten lebt. Marschall Lyautey, einer der französischen hohen Kommissare in Syrien, hat einmal gesagt, die ganze arabische Welt sei ein fein eingespielter Resonanzboden, auf dem jeglicher Ton, und sei er an noch so entfernter Stelle erklungen, sich wellenförmig fortsetzt, soweit die arabische Zunge reicht. Dies Wort wurde in verhältnismäßig ruhiger Zeit gesprochen. Wie erst mußten unsere Erfahrungen sein, als wir in einem Augenblick die Welt des Orients betraten, in dem sich eben erst ein Kampf in Palästina abgespielt hatte – zu Füßen jener dem ganzen Islam heiligen Haram esch-Scherif-Moschee in Jerusalem – der an Bedeutung alles hinter sich zurückließ, was in Ägypten und Syrien, dem Irak und dem saudischen Arabien in den letzten zwei Jahrzehnten die arabische Welt erlebt hatte. Selbst der Befreiungskampf der Ägypter, der erst kurz vorher zu dem englisch-ägyptischen Vertrag geführt hatte, trat in vielen Gesprächen in Kairo gegenüber den Ereignissen in Palästina in den Hintergrund. Die politischen Seismographen der arabischen Welt registrieren schnell und exakt. Ehe wir noch Palästina selbst betreten hatten, hatten sie uns schon mehr zugeraunt, als man in Europa über diesen Kampf dreier Rassen je wird hören können.

Im Flugzeug Kairo–Jerusalem

Auf dem Flugplatz der Heliopolis-Oase bei Kairo harrt unser die Maschine der Misr Air Lines, ein ägyptisches Flugzeug mit britischem Piloten. Seit Jahren schon fliegt es die Strecke zwischen Kairo und Jerusalem täglich in zwei Stunden, zu der man mit dem Zuge siebzehn Stunden benötigt. Schon liegt die Heliopolis-Oase unter uns. Noch einmal tauchen ganz in der Ferne, aus gelblichem Dunst von der Sonne herausgehoben, die Umrisse der drei Pyramiden auf, die um so eigenartig ergreifender wirken, je weiter entfernt man sie von allem Reisendentrubel sieht. Die Zitadelle, die große Mohammed-Ali-Moschee mit ihren Minaretts, spitz wie Nadeln, entschwindet schon dem Blick. Ostwärts brausen wir davon. Unter uns die endlose arabische Wüste. Welle an Welle, soweit das Auge reicht. Hellgelb der Sand, braun die steinigen Berge. Schon ist das dunkle Grün des Nildeltas völlig verschwunden, und es tauchen die ersten Oasen auf. Wie winzig die Palmen von oben wirken, wie kleine zerfranste Regenschirme, in ein Tal einzeln hineingesteckt. Traurig fast sieht dieser Kampf des Lebens gegen die Unendlichkeit der Wüste aus. Deserta, die Verlassene. Neben den Palmen kauern Hütten aus Lehm. Man ahnt sie gerade. Später, als wir tiefer gehen, kreuzt eine Karawane unsere Bahn. Die Beduinen winken mit Tüchern. Das Wadi Tommilat, das sich nun wie ein Finger schmal und grün unter uns reckt, ist erst im vorigen Jahrhundert wieder erstanden, als der Süßwasserkanal in den sechziger Jahren neu gegraben wurde, der sich vom Delta hinüber zur Suezstraße zieht. Die alten Ägypter hatten diesen Kanal schon einmal gebaut, und das Wadi bot damals auf diesem ältesten Wege der Menschheit den Karawanen und Heereszügen freundliche Rast. Fünfzig Kilometer lang und ein Kilometer breit schwimmt es als grüner Strich durch die Wüste. Welch ein Weltgefühl muß man wohl haben, wenn man immer dort wohnt? Ist es nicht dasselbe der Fellachen, die vor Jahrtausenden hier von den Pharaonen angesiedelt wurden?

Dieser Weg nach Osten ist durch die Wüste immer behindert, aber niemals gesperrt worden. Es ist der große Verbindungsweg zwischen den beiden ältesten Großreichen, die unsere Menschheitsgeschichte kennt, zwischen der Nil-Oase und der Oase, die Euphrat und Tigris um sich schufen. Solange man denken kann – und die Archäologie kann ja nun von Jahrzehnt zu Jahrzehnt immer um ein gutes Stück weiter zurückdenken – sind die Länder, die zwischen den beiden großen Kulturzentren der ältesten Welt lagen, *Durchzugsländer* gewesen. Verbindungsländer, die nur selten aus eigenem wichtig waren, deren Besitz als Außenbastion jedoch stets sowohl von Ägypten wie von Mesopotamien her begehrenswert erschien. Was Galizien für die alte Österreichisch-Ungarische Monarchie als Glacis gegen die Weiten des Ostens und ihre Gefahren bedeutet hat, ist Palästina für die Ägypter gewesen. Und – es war das Meerland, das nach der See zu aufgeschlossen war, während Ägypten wegen des abriegelnden Sumpfgebietes des Nildeltas die Schiffahrt nur auf dem Fluß kannte und sich in seiner Oase oft durch Epochen verkapselte. Wer jemals in Ägypten seine Herrschaft sicher gründen wollte, wer sich schützen wollte vor den Wüstenprinzen, die zwischen dem mittleren und dem neuen Reich, uns bekannt unter dem Namen Hyksos, die Nil-Oase für Jahrhunderte unterworfen hatten, der mußte den Weg durch die Wüste, entlang dem Sinaigebirge wagen und das Durchzugsland beherrschen, von dem aus sich ehedem wie heute der Weg nach dem Osten öffnet.

Die Stämme, die in der palästinischen südlichen Ebene, dem alten Philisterland, und die nördlich davon als Phönizier lebten, wie die Gebirgsvölker der Judäer und Ammoniter, haben immer nur über kurze Spannen die Kraft besessen, ihre Durchzugsländer zu eigenen Reichen auszugestalten, die sich nach Ägypten wie nach Mesopotamien hin verteidigen ließen. Die Gefangenschaft in Babylon und in Ägypten, von denen die Legenden des Alten Testaments berichten, haben, wenn

auch wenig Spuren von ihnen in den Großkulturen am Nil und am Euphrat zurückblieben (weil die kleinen gefangenen Stämme doch wohl für die großen Herrscher in beiden Oasen nicht eben sehr wichtig waren), sicherlich stattgefunden. Erst als die machtvollen Oasenkulturen zu erlahmen begannen, konnten die Bewohner der Durchzugsländer für kurze Zeit eine eigene Kultur entfalten, die uns als das Zeitalter Davids, aber auch als das der Phönizier überkommen ist. Den Stämmen vom palästinensischen Bergland ist es jedoch nie lange gelungen, einen einheitlichen Staat zu erhalten. Dem Joche der Pharaonen folgt das der Assyrer, und nach ihnen drängt Babylon, das mächtigste Großreich des Ostens, an die Küste. Jerusalem fällt und wird zerstört. Als die Römer später ihre Hand auf Ägypten legten, war es wiederum Palästina, das als das Durchzugsland nach den Ostreichen ein Protektorat mit starker Besetzung erdulden mußte. Die arabische Welle hat es dann hinweggeschwemmt, und mit ihr hielt im alten Jerusalem die dritte große Offenbarungsreligion des Vorderen Orients ihren Einzug. Auf dem Felsen, da Salomos Tempel stand, ließ sich Mohammeds geflügeltes Roß nieder, nachdem es seinen Herrn in einer Nacht von Mekka in das palästinensische Bergland getragen hatte. Aus dem Inneren Asiens kam dann mit den Turkvölkern der Gegenstoß. Wie für die Araber Palästina zum Durchzugsland nach dem Norden, so wurde es für die Türken der Weg nach dem Süden, als sie sich aufmachten, um in die alten Herrlichkeiten Ägyptens einzudringen und die arabische Welt bis weit nach Lybien hinein zu unterwerfen.

Unter uns liegt jetzt der Suezkanal als ein breites, schnurgerades blaues Band im gelben Sande. Ein Zug schleicht dem Kanalrand entlang. Jetzt stehen wir gerade über ihm, man sieht die künstliche Böschung der Straße, den Schienenweg. Wirkt die Wüste als eine Festung für den Kanal? Schon im Krieg sind die Türken und Deutschen bis nach Kantara vorgestoßen! Ismailia liegt dort und weiter im Süden ein blauer Fleck, in dem gerade ein Dampfer, erstaunlich plastisch zu

erkennen, seine Bahn zieht. Es sind die beiden Bitterseen, an deren Ufern die Tommies, die Kairo nach dem englisch-ägyptischen Vertrag verlassen müssen, ihre Kasernen finden werden. Arme Tommies! Es wird nicht sehr vergnüglich sein hier in der Wüste. Scharf, wie gestochen, heben sich jetzt die Ränder der Bitterseen von der Wüste ab. In dieser unwahrscheinlich klaren Luft kann man einen Augenblick lang die ganze Landenge überblicken, vom Mittelmeer zur Linken zum Roten Meer zur Rechten. Vorbei, vorbei. Schon sieht man die Wüste ins Meer übergehen. Leichter weißflaumiger Schaum liegt am Ufer. Ein Haff und eine Nehrung, ganz wie die unsere in Ostpreußen, ist noch zu überqueren, dann versinkt das Land, verschwimmt zu einem Streifen am Horizont. Unter uns ist nun die See. Reglos liegt sie da. Ein paar Fischerboote einmal, sonst nichts mehr. Wolken tauchen in der Ferne auf. Deutlich sieht man den Bogen, den das Land weit drüben macht. Dort wachsen Asien und Afrika ineinander. Ganz im Süden, jetzt in der vom Meeresdunst geschwängerten Luft kaum zu erkennen, grüßt die Linie des Sinaigebirges. Nun geht es mitten durch eine Wolkenbank. Als wir sie verlassen, ist das Land schon wieder nahe.

Ein breiter heller Sandstreifen zieht sich die Küste Palästinas entlang. Dort, ein wenig nördlicher, liegt Jaffa. Weiß glänzen die flachen Dächer. Was unter uns liegt, der erste Blick zeigt es, hat keine Ähnlichkeit mehr mit Ägypten. Baumreihen sind auf weiten Feldern in unabsehbaren Geraden nebeneinandergestellt wie Soldaten. Äcker, sanfte Hügel, Dörfer. Ein liebliches, fast ein süßes Bild. Große Wolkenfetzen jagen über das Land, schwer und schwarz. Es sind seit Wochen die ersten Regenwolken, die ich sehe. In der Ferne auf dem Gebirgszug, einem kahlen Karst, grüßen eben noch einige Türme. Dort muß Jerusalem liegen. Dahinter, verschwimmend schon von einem Sonnenstrahl beschienen, die gebirgige Steinwüste des Transjordanlandes. Schon schrauben wir uns tiefer, und in sanftem Landungsflug stehen wir auf dem großen Felde des

Flughafens von Lydda, Großbritanniens geplantem vorderasiatischen Zentralflughafen. Die provisorischen Holzbaracken, in denen unsere Pässe daraufhin untersucht werden, ob nicht etwa einer als illegaler Zuwanderer die Einwohnerzahl des Heiligen Landes durchaus unberechtigt vermehren will, sind ein halbes Jahr später von aufständischen Arabern über Nacht in Brand gesteckt worden.

Kaum eine Stunde ist es her, seit wir den Suezkanal überquerten, und schon stehen wir in Lydda, zwischen Jaffa, Tel-Aviv und Jerusalem. Ist das alte Durchzugsland noch immer nur Verbindungsweg? Welche Rätsel gibt es auf? Engländer, Juden und Araber sind uns schon auf dem Flugplatz als eigenartige Dreiheit entgegengetreten. Der Engländer als Offizier, der völlig unbeteiligt mit einem schrägen Blick die Ankömmlinge streift, so unauffällig, daß man garnicht auf den Gedanken kommt, daß dieses Mitglied des Intelligence Service alle Photographien der der britischen Verwaltung in Palästina Unerwünschten im Kopf haben soll. Der Jude als Zivilbeamter mit vielen Stempeln und eifrig sich füllenden Fragebogen. Und der Araber schließlich als der Packträger, der den Koffer vom Flugzeug zum Auto trägt, das uns durch die an Dalmatien erinnernde Mittelmeerlandschaft mit ihren Agaven und Kakteen hinauf nach Jerusalem führt.

Die kurze Flugstunde vom Suezkanal nach Lydda gibt zunächst noch mehr zu denken als die neue Umgebung.

Alle Eroberer, die von Ägypten nach Palästina gezogen sind, haben Monate gebraucht, bis sie mit ihren Heeren die Unbilden der Wüste Sinai überwunden hatten. Selbst Mohammed Ali, der im ersten Drittel des vorigen Jahrhunderts in unerhörtem Sturmlauf von Ägypten nach Syrien hineinstieß, hatte mit den Hindernissen zu kämpfen, die ihm dort die Natur in den Weg stellte. Auch Napoleon hatte sofort die Bedeutung Palästinas als Brückenland begriffen, nachdem er in

Ägypten gelandet war. Gaza und Jaffa öffneten ihm die Tore, als er im Frühjahr 1799 den Sprung über die Sinaihalbinsel gewagt hatte. Vor den festen Mauern von Akko jedoch, hinter denen der englische Konteradmiral Sidney Smith saß, brach seine Macht. Er mußte umkehren, um in Ägypten zu retten, was noch zu retten war.

Drei Jahrzehnte später aber will es jenem albanischen Hauptmann Mohammed Ali, der gegen Napoleon im türkischen Heere in Ägypten focht, beinahe gelingen, den imperialen Traum zu verwirklichen, den Bonaparte bis zur Umkehr bei Akko geträumt hatte. 1832 marschiert Mohammed Ali als der machtvolle Neubegründer Ägyptens durch Palästina und Syrien bis an die Tore Kleinasiens.

Neun Jahre lang hat er dann, wenn auch mit geheimer französischer Unterstützung, seine Herrschaft über Syrien zu halten vermocht, bis es Palmerston schließlich gelang, der klassischen britischen Orientpolitik des vorigen Jahrhunderts, der Stützung und Erhaltung der Türkei, wieder zum Siege zu verhelfen. Mohammed Ali wurde nach Ägypten zurückgetrieben, nachdem ihm nach der Eroberung des palästinensisch-syrischen Durchgangslandes schon das Kalifat zu winken schien.

Auf den Spuren des großen Begründers der ägyptischen Dynastie begann jedoch alsbald England zu wandeln. Mohammed Ali hatte zum erstenmal seit der Zeit der Pharaonen den Sudan unterworfen. Nach der Besetzung Ägyptens (1882) folgte ihm die britische Macht dorthin. Mohammed Ali war in den Hedschas eingedrungen. Für England ergab sich aus der Nachfolge auf diesem Wege eine der wichtigsten Linien seiner Orientpolitik. Mohammed Ali hatte Palästina und Syrien unter sich gebracht. Wen nimmt es wunder, daß sechs Jahrzehnte später Lord Cromer, der große englische Prokonsul in Ägypten, und mit ihm Lord Kitchener, der letzte große Soldat des Empire, schon Erörterungen darüber pflogen, ob es nicht notwendig wäre, daß sich die britische Macht von Ägypten ausstrahlend nach Palästina hin erweitere, um die Flankenstel-

lung des Suezkanals zu decken, mit dessen Durchstich mit einem Schlage der vorderasiatische und nordafrikanische Streifen am östlichen Mittelmeer zum weltpolitischen Drehpunkt für England wurde?

Auch Lord Cromer hat diesen Gedanken gedacht, ehe noch durch das Flugzeug die Raumverkürzung eingetreten war, die heute alle geopolitischen Gegebenheiten von ehedem verändert. Er ist 1905 in den Ruhestand getreten. Während des Krieges aber waren im Grundsatz wenigstens die technischen Bedingungen schon wie heute. Und während des Krieges entstand Englands Entschluß, aus dem Durchzugsland Palästina ein Einflußgebiet zu machen, das jeder nichtbritischen Großmacht den Weg in den Orient sperren soll. Damit aber beginnen die Probleme des Palästina von heute.

Dreifaches Versprechen - dreifache Täuschung

Die Schulen der britischen Orientpolitik

Auf dem kleinen Land Palästina, das seit 1922 vom Colonial Office in London als Mandat der britischen Regierung verwaltet wird, ruht eine Last, die vom ersten Tage an, da die Grenzen dieses Landes abgesteckt wurden, zu schwer war, als daß es sie je hätte tragen können. Es ruht auf Palästina nicht mehr und nicht weniger als die Hypothek aller Irrungen und Wirrungen der britischen Orientpolitik während des Weltkrieges.

Wie groß diese Last ist, kann man nur ermessen, wenn man sich daran erinnert, daß in den hundertfünfzig Jahren vor dem Weltkrieg die orientalischen Fragen fast ununterbrochen im Mittelpunkt des Aufbaus des gesamten britischen Weltreichsystems gestanden haben. Bei der Entstehung Palästinas haben sich nicht nur alle die verschiedenen Anschauungen gekreuzt, die im britischen Lager selbst schon seit vielen Jahrzehnten über die Orientfragen bestanden, sondern auch all die vielfältigen Interessen, mit denen England im Orient mit anderen Mächten seit langem verknüpft war. Engländer, Araber und Juden sprechen in dem Kampf, den sie heute in Palästina gegeneinander führen, täglich von neuem von den Entstehungsjahren dieses jetzt so unglückseligen Mandatslandes. Die Rechtsfragen und all die Ansprüche, die sich aus jener Zeit herleiten, sind eine dunkle Wirklichkeit, noch immer beladen mit den Haß- und Machtkomplexen, die sich in der Kriegszeit im Orient entluden. Im Gefühl des deutschen Volkes ist freilich der Orient ein Nebenkriegsschauplatz gewesen. Für die Engländer, Araber und Juden aber war er es nicht. Auch nicht für die Engländer. Oder doch wenigstens nicht für jenen Teil,

der in den Jahrzehnten vor dem Kriege den Aufbau des Empire getragen hatte.

Lord Curzon, einer der typischsten Repräsentanten der „Empirebuilder", hat noch 1918 vor dem Londoner Kriegskabinett erklärt: „Deutschland kann es sich leisten, auf alle seine westlichen Eroberungen in Frankreich und Flandern zu verzichten, wenn ihm nur die Tür im Osten offenbleibt... Der Angriff geht gegen Indien. Weder Deutschland noch seinen Verbündeten darf es je wieder gestattet werden, Palästina oder Mesopotamien zu besetzen. Jede Anstrengung von unserer Seite muß gemacht werden, um Rußland wieder als Bollwerk gegen das deutsche Vordringen nach Indien aufzurichten"[1]. Für die großen englischen Reichsbildner ist der Orient keine „Rückseite" des europäischen Krieges gewesen, sondern, wenn nicht das Zentrum der Kriegshandlungen, so doch das der Kriegsziele. Die Furcht vor einem deutschen Angriff auf Indien ist in diesen Männern nicht erloschen, seit die Bagdadbahn sich zu den gespenstischen Wolken des politischen Vorkriegshimmels gesellt hatte. Die unheimliche Heldensage des deutschen Konsuls Waßmuß in Persien hat, bis die Entscheidung im Orient fiel, England in Atem gehalten. Gallipoli und Kut el-Amara brannten als offene Wunden. Das Schicksal des Orients und damit das der britischen Weltmacht war es, das die größten Geister, die England in jenen Jahrzehnten besaß, auch vor Verdun und auch in Flandern zu entscheiden hofften.

Die Geschichte kennt nur ein ähnliches Beispiel: William Pitts Kampf mit Frankreich während des Siebenjährigen Krieges. Auch bei diesem großen Zweikampf war es so, daß die den Zeitgenossen fast unbekannten „Nebenkriegsschauplätze" in Wirklichkeit die Kampfpreise waren, die hinter den wohlbekannten Schlachten in Europa lockten. Erst in unserer Epoche sah man jedoch mit voller Deutlichkeit, daß das Zeitalter des Siebenjährigen Krieges das eines französisch-englischen Weltkriegs gewesen ist, bei dem Pitt durch Friedrichs II. Siege

und selbst noch durch seine Zähigkeit in Niederlagen den gewaltigen Schlag gegen Frankreich in Indien sowohl wie auch auf entfernten kanadischen Schlachtfeldern zu führen vermochte. Auch Pitts Kampf ist letzten Endes nicht am Mississippi und nicht am Ganges entschieden worden, sondern in Europa. Was für William Pitt Kanada und das Mississippital gewesen ist, war für die Empireleute des Weltkrieges der Orient von Kleinasien bis an die Pforten Indiens. Auch Pitt kämpfte in Europa, aber sein Ziel war erst erreicht, als auf jenem mächtigen französischen Sperrfort Duquesne zwischen den Alleghanis und dem Eriesee die Trikolore fiel und es in Pittsburg verwandelt wurde. Als im Weltkrieg in Bagdad und auf den Toren Jerusalems der Union Jack emporstieg, war für die Empirebuilder eine ganz ähnliche Etappe erreicht.

Der Schutz Britisch-Indiens steht seit anderthalb Jahrhunderten im Mittelpunkt der britischen Reichspolitik. Keine europäische Großmacht darf, das ist die Hauptweisheit der gesamten britischen Orientpolitik dieses Zeitraumes, dem Grenzsaum Indiens zu nahe kommen.

Aus diesem Grundsatz ist im 19. Jahrhundert der englische Gegensatz zu *Frankreich* entstanden, das erst in Syrien und dann vor allem in Ägypten den englischen Einflußbereich zu bedrohen begann. Der Kampf um das Niltal, der 1898 in dem Zusammentreffen von Kitchener und Oberst Marchand bei Faschoda seinen Höhepunkt fand, auch er war nur ein Vorgefecht im indischen Vorfeld. Die englisch-französische Krise hat vor allem durch die deutsche Rückendeckung, die Bismarck den Engländern insbesondere 1882 bei ihrer Besetzung Ägyptens gewährte, für Britannien einen günstigen Ausgang genommen. Frankreichs Abfindung wurde dann Marokko.

Im selben Augenblick, in dem um die Jahrhundertwende die Zurückdrängung Frankreichs feststand, wandte sich England dem zweiten großen Gegner im Orient zu. Der Bündnisvertrag mit Japan vom Jahre 1901 war die Vorbereitung der Auseinandersetzung mit *Rußland.* Sie wurde schon vier Jahre

später von Englands neuem Bundesgenossen im Fernen Osten so schlagkräftig durchgeführt, daß die britische Macht nicht einmal aktiv zu werden, sondern nur als Rückendeckung zu dienen brauchte. Gleichzeitig aber war mit Frankreich das Übereinkommen von 1904, das zur Entente cordiale führen sollte, geschlossen worden! Die alte britische Taktik, einen erledigten Gegner durch ein Bündnis moralisch zu entschädigen, feierte Triumphe. Sofort nach dem Russisch-Japanischen Krieg wurde auch Rußland reif für die endgültige Abgrenzung der Machtsphären, die 1907 in dem Vertrag über Persien folgte. Damit war aus der Orientfrage der zweite große europäische Faktor von England ausgeschaltet worden.

Im selben Augenblick aber begann man bereits die dritte Gleichung aufzusetzen. Nun galt es, den wachsenden *deutschen* Einfluß auf die Türkei zu beseitigen, der die britische Orientpolitik des 19. Jahrhunderts, die Erhaltung des osmanischen Reiches als englischer Einfluß-Sphäre, zu durchkreuzen begann. Bei der Aufstellung dieser dritten Gleichung konnten die ehemaligen Rivalen Frankreich und Rußland von England bereits als feste Größen eingesetzt werden. Damit aber endete gleichzeitig auch das britische Interesse an einem innerlich ohnmächtigen, aber gebietsmäßig intakten türkischen Imperium. Mit dem Bestreben, Deutschland als künftige orientalische Weltmacht auszuschalten, wandelte sich von selbst die türkische Frage. Nicht mehr um die Aufrechterhaltung dieses unbeweglichen mammuthaften Pufferstaates ging es nun, sondern darum, wie er am zweckmäßigsten zerschlagen werden könnte. An diesem Punkt waren bei Kriegsausbruch die britischen Überlegungen wie auch die Handlungen der Empirepolitiker angelangt. Hier nun mußte dem Hauptgegensatz in der alten Türkei, dem zwischen Türken und Arabern, eine ähnlich entscheidende Rolle zufallen, wie der südslawischen Frage in der alten österreichisch-ungarischen Monarchie. Arabien, von dem man in England bis dahin außer Doughtys Bericht über seine kühnen Streifzüge nach Hail und dem

Hedschas noch nicht allzuviel wußte, trat nun für die britische Orientpolitik in den Vordergrund. Dabei sollte sich bald erweisen, daß alle arabischen Fragen in engem Zusammenhang standen. Verhandlungen mit dem Fürsten des Hedschas mußten zwangsläufig die Frage aufrollen, was mit Mesopotamien, was mit Syrien geschehen solle. Palästina aber war damals ein Teil Syriens.

In den jüngsten Auseinandersetzungen um Palästina fiel in London ein Wort voll Selbstironie: das gelobte Land sei das „too much promised" Land im Gebäude des Empire. Dreimal ist Palästina zwischen 1915 und 1917 in „heiligen Verträgen" von den Engländern verschenkt worden. Eine dreifache Täuschung – denn zum viertenmal wollten es die Engländer sich selbst schenken. Araber, Franzosen und Juden glaubten jedenfalls alle einen versiegelten und verbrieften Anspruch mit nach Hause getragen zu haben. Die Juden, wie sie glaubten, auf ihr national home, die Araber auf einen kräftigen allarabischen Staat und die Franzosen auf ein blühendes Kolonialreich zwischen Kleinasien und Ägypten. Alle drei Versprechungen sind gemacht worden, ehe der Löwe erlegt war. In den Oktober 1915 schon fällt das Versprechen an die Araber, in den Mai 1916 das an Frankreich und in den November 1917 das an die Juden. Am 9. Dezember 1917 steigt aber erst General Allenby vor dem Jaffator in Jerusalem vom Pferd. Das dreimal versprochene Land ist seit diesem Tage weder arabisch, noch französisch, noch jüdisch, sondern in erster Linie englisch.

Die Engländer haben auf die gewaltige Landmasse des Vorderen Orients in den letzten Jahrzehnten vor dem Weltkrieg von zwei verschiedenen Stützpunkten aus eingewirkt: von Ägypten und von Indien aus.

Unter Lord Cromer hatte es sich in Kairo die *anglo-ägyptische Schule* zur Aufgabe gemacht, in den benachbarten arabischen Gebieten, die unter türkischer Oberhoheit standen,

Einfluß zu gewinnen. Ebenso wie die Engländer Mohammed Alis Erbschaft angetreten und den Sudan sich unterworfen hatten, mußten sie danach streben, auch in die Gegenküste des Roten Meeres, den Hedschas mit den heiligen Stätten Mekka und Medina einzudringen. Von dort aus hatte um das Jahr 1820 Mohammed Ali die Wahabitensekte bereits einmal vertrieben, die aus dem Inneren Arabiens in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts vorgedrungen war und Mekka erobert hatte. Nach dem Zusammenbruch der ägyptischen Herrschaft im Hedschas unter den schwachen Nachfolgern Mohammed Alis gelang es der Dynastie der Haschemiten unter dem Scherifen Hussein Ibn Ali, den Hedschas und das Scherifat von Mekka zum großen Teil wieder in den Besitz ihrer Familie zu bringen, die seit dem Jahre 1201 in fast ununterbrochener Folge die Scherifen von Mekka gestellt hat und damit wohl das älteste regierende Geschlecht ist, das es in der Welt überhaupt gibt. Sowohl mit dem Scherifen wie mit arabischen Kräften in Syrien stand die anglo-ägyptische Schule bereits vor dem Kriege in einer gewissen Fühlung.

Die *anglo-indische Schule* reichte in ihrem Einflußgebiet ebenfalls bis nach Arabien hinein, da Persien sowohl wie das Protektorat von Aden an der Südwestspitze der arabischen Halbinsel dem India Office unterstanden (erst 1937 ist es als selbständige Kronkolonie dem Colonial Office unterstellt worden). Die anglo-indische Schule sah also den Mittleren Orient und Arabien von der Ostseite her, ihr Interesse endete zunächst am Persischen Golf[2]. Sie nahm die Verbindung mit den zentralarabischen Stämmen auf, unter denen die Wahabiten unter dem Emir 'Abdul Aziz Ibn 'Abdul Rahman Ibn Feisal es Sa'ud, den wir heute gemeinhin Ibn Sa'ud nennen, hervorragten, nachdem es ihm gelungen war, 1901 Riad, die Stadt seiner Väter in Zentralarabien, zu erobern. Die anglo-ägyptische und die anglo-indische Schule hatten also ganz verschiedene, ja einander widerstrebende Verbindungen im arabischen Raum angeknüpft.

Während *Lawrence* später mit der Haschemitendynastie des Scherifen seinen berühmten Feldzug nach Norden antrat, wirkte *John St. Philby* und vor ihm schon der Captain Shakespear, der britische Resident in Koweit, sowie Sir Percy Cox, der britische Resident am Persischen Golf, auf Ibn Sa'ud ein.

Die britisch-indische Regierung hatte bereits im November 1914 den Mohammedanern in Indien und Arabien versichert, die heiligen mohammedanischen Stätten in Vorderasien würden durch Kriegsoperationen nicht berührt werden. Der Scheikh von Koweit wurde durch Captain Shakespear zum offiziellen Abfall von der Türkei veranlaßt und im November 1915 wurde durch die britisch-indische Regierung ein Bündnisvertrag im Hafen von Ajer mit Jbn Sa'ud geschlossen, der als der unmittelbare Vorläufer der heutigen britischen Beziehungen zum saudischen Arabien anzusehen ist. Dieses Abkommen, das am 18. Juli 1916 ratifiziert worden ist, erkennt Ibn Sa'ud als unabhängigen erblichen Herrscher Zentralarabiens an. Es enthält eine Beistandsverpflichtung, falls Ibn Sa'ud angegriffen werden sollte, außerdem wurde ihm in diesem Vertrag eine jährliche Unterstützung von 60 000 Pfund durch England zugesichert.

Erst wesentlich später, als Ibn Sa'ud 1925/26 die Haschemiten aus dem Hedschas vertrieb und die Wahabitenherrschaft über Mekka wieder aufrichtete, sollte diese zwiefache britische Politik in Arabien ihre Früchte tragen. John St. Philby ist heute zum Nachfolger von Lawrence in Arabien geworden. Zum Islam übergetreten, wirkt er jetzt am Hofe Ibn Sa'uds in Mekka[2a]. Während des Krieges aber bestand zwischen diesem Vorgehen der anglo-indischen und der anglo-ägyptischen Schule in Arabien keine Verbindung. Es ist sogar zweifelhaft, ob Lawrence über Philbys Mission in Riad genau Bescheid gewußt hat. In den 830 Seiten seiner „Sieben Säulen der Weisheit" sind weder die Stadt Riad noch Ibn Sa'ud, noch Philby überhaupt erwähnt. Die innerarabischen Vorgänge, die zu dem

Emporkommen der heute mächtigsten Gestalt im arabischen Bereich führten, sind damals wohl dem India Civil Service bekannt gewesen. Nach Westen, nach dem Ausstrahlungsbereich von Kairo hin, waren sie offenbar durch eine tote Zone abgetrennt. Noch im Herbst 1920 war, wie Sir Arnold Wilson, das damalige Haupt der britischen Zivilverwaltung in Mesopotamien, mitteilt, Colonel Lawrence den Arabern im Irak selbst dem Namen nach unbekannt[3].

Die Zersplitterung des englischen Vorgehens im Vorderen Orient während des Krieges ist stärker gewesen, als man sich das in Deutschland je hätte vorstellen können. Derselbe Arnold Wilson, der übrigens als einer der hervorragendsten englischen Verwaltungsbeamten anzusprechen ist und in Mesopotamien während des Krieges Leistungen vollbrachte, denen auch wir Bewunderung zollen müssen, berichtet, als er nach dem Waffenstillstand nach Paris zur Friedenskonferenz fuhr:

„Zu jener Zeit wurde die englische Außenpolitik gleichzeitig von Paris, wo die Friedensdelegation versammelt war, und von London aus geführt. Selbst für Athanasius wäre es eine rätselvolle Aufgabe gewesen, klar die verschiedenen Sphären in den vorderasiatischen Fragen zwischen dem India Office und dem Foreign Office, der Regierung von Indien und dem arabischen Büro in Kairo abzugrenzen. Die Aufgabe dieses letztgenannten Büros war es, die arabische Politik zu koordinieren. Schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt war es mit Anhängern einer Politik besetzt, die König Hussein und seine Familie (die Haschemiten) über ganz Arabien einsetzen wollte und die Leiter dieses Büros wünschten zu keinem Zeitpunkt die Probleme des Irak von einem anderen Gesichtswinkel aus zu sehen.

„Von unserem Blickpunkt im Irak her war die Existenz dieses arabischen Büros eher eine Hemmung als ein Vorteil: die relative Nähe von Kairo zu Paris und London gab den Vertretern dieser Politik der Haschemiten-Dynastie, die zum größ-

ten Teil nicht mit einem offiziellen Amt oder mit verwaltungsmäßigen Verantwortungen belastet waren, einen Vorsprung vor den von der britischen Regierung im Irak und am Persischen Golf eingesetzten Beamten. Einige dieser (englisch-) arabischen Enthusiasten wurden schließlich gläubiger an die arabische Sache als die Araber selbst. In ihren Augen war es eben um so schlimmer für Frankreich, wenn unsere Verpflichtungen gegenüber den Franzosen mit den arabischen Bestrebungen unvereinbar waren“ [4].

Von diesem scharfen Gegensatz der anglo-indischen und der anglo-ägyptischen Schule muß man ausgehen, wenn man die eigenartig verworrene britische Orientpolitik der Kriegszeit überschauen will. Die anglo-indische Schule hat über die künftige Gestaltung der arabischen Welt zunächst keine andere Vorstellung gehabt, als die einer Aufteilung der verschiedenen arabischen Länder in britische Protektorate. Die anglo-ägyptische Schule dagegen, für die Lawrence zum weltbekannten Exponenten geworden ist, glaubte schon bald, daß den Arabern nur eine unsichtbare britische Oberherrschaft zugemutet werden sollte, daß sie aber im übrigen ihr Schicksal selbst zu bestimmen hätten. Von Kairo aus sind dann auch gegen das India Office und die britische Verwaltung in Mesopotamien immerwährend Vorwürfe ausgegangen, dort erstrebe man eine „Indisierung“ Arabiens, die den tatsächlichen Verhältnissen nicht gerecht würde.

Die anglo-ägyptische Schule hat in Lord Cromer ihren großen Lehrmeister gefunden, dessen Werk später von Kitchener fortgesetzt wurde. Das arabische Büro in Kairo, dem Lawrence als sprachenkundiger Archäologe angehörte, hat eine Reihe von ungewöhnlich fähigen Männern, die mit den Methoden des Intelligence Service vertraut waren, umfaßt. Männern, die meist, wie zum Beispiel Aubrey Herbert, schon jahrzehntelang die Gebiete der ehemaligen Türkei durchstreift hatten. Von Kairo aus war in den Jahren vor dem Kriege die arabische Unabhängigkeitsbewegung gegen die Türkei, die ganz Syrien mit

Geheimbünden durchdrungen hatte, aufmerksam verfolgt worden. Je fraglicher für England der Faktor der Türkei überhaupt wurde, desto eher war man in Kairo bereit, Beziehungen zu allen jenen Kräften anzuknüpfen, die später einmal zu einer Auflösung des großen türkischen Einflußgebiets beitragen konnten.

Das Versprechen an die Araber

Der britische Resident in Kairo, Lord Kitchener, hatte[5] bereits 1913 eine erste Aussprache mit einem der Söhne des Scherifen von Mekka, dem Emir Abdallah, der heute das Emirat von Transjordanien beherrscht. Die Engländer waren jedoch zunächst noch bedächtig in ihren Schritten, weil sie auf die noch bestehende Freundschaft zur Türkei Rücksicht nehmen mußten. Auch der Scherif hatte ein vorsichtiges Spiel mit den türkischen Behörden zu treiben. Der Bau der Mekkabahn von Damaskus aus hatte den Scherifen hellhörig gemacht. Mußte er doch vermuten, daß die Türken mit dieser Bahn und einer von der jungtürkischen Bewegung geforderten Verwaltungsreform seiner weitgehend unabhängigen Stellung im Hedschas ein Ende bereiten wollten. Diese Furcht vor einer größeren Zentralisierung im osmanischen Reich war es vor allem, die Hussein zu den Engländern trieb. Persönlich eitel und romantisch veranlagt, hat der Scherif freilich nur bedingt jenen Blick für die Wirklichkeit gehabt, der seine Söhne Feisal und Abdallah zweifellos auszeichnet.

Im Juli 1914 erscheint Abdallah wieder in Kairo zu neuen Geheimverhandlungen. Der Kriegsausbruch findet ihn in Konstantinopel, wo er einst eine türkische Erziehung genossen hatte. Noch konnte man nicht mit letzter Gewißheit voraussehen, daß die Türkei automatisch durch den Eintritt Rußlands in den Krieg auf die Seite der Mittelmächte gedrängt und die alte Freundschaft zu England schnell zerbrechen würde. Abdallah kehrt nach Kairo zurück, und nun erst beginnt das britische Werben um die Araber.

Kitchener gab ihm einen Brief an seinen Vater, den Scherifen, mit, in dem Hussein in aller Form das Kalifat angetragen wurde. So waren die Verhandlungen auf englische Initiative hin in Fluß gekommen, und Philby stellt fest, daß die Briten es waren, von denen eine englisch-arabische Verständigung geradezu erzwungen wurde. Der Scherif in Mekka hüllte sich jedoch mit orientalischer Vorsicht zunächst noch in Schweigen; als die Engländer dringlicher wurden, verlangte er die Anerkennung der Unabhängigkeit aller arabischen Gebiete mit Ausnahme von Aden. Das war in einem Brief vom 14. Juli 1915. Am 30. August antwortete Sir Henry McMahon, Kitcheners Nachfolger in Kairo, dem Scherifen:

„Wir versichern Euch, daß wir zu den Verpflichtungen der Botschaft Lord Kitcheners stehen, die sich in Eurer Hand befindet, in der unser Wunsch nach der Unabhängigkeit der Araber in den arabischen Ländern ausgedrückt ist. Was die Frage der Grenzen angeht, so würde es verfrüht erscheinen, unsere Zeit mitten in der Hitze des Krieges damit zu vertun, solche Einzelheiten zu besprechen."

Der Scherif ist jedoch nicht so leicht zu fangen. Am 9. September 1915 schreibt er nach Kairo zurück: „Eure Exzellenz werden es mir verzeihen und erlauben klar zu sagen, daß die Kühle und die Unschlüssigkeit, die Ihr in der Frage der Grenzen angenommen habt, indem Ihr mitteilt, eine Erörterung dieser Dinge habe zurzeit keinen Nutzen und sei nur Zeitverlust, eine gewisse Entfremdung mit sich bringen könnte[6]."

Sir Henry McMahon als der verantwortliche Träger der britischen Politik in Ägypten mußte also einsehen, daß mit allgemeinen Versprechungen ein arabischer Aufstand gegen die Türkei nicht entfesselt werden konnte. Nun kam für die Engländer alles darauf an, den Arabern soviel zu versprechen, wie ihnen die Türkei auch auf deutschen Druck hin nie anbieten konnte. McMahon setzte sich daher mit dem Außenminister Sir Edward Grey in Verbindung und wurde vom Foreign Office ermächtigt, dem Scherifen am 24. Oktober 1915 jenen be-

rühmten Brief zu schreiben, auf den sich die gesamten heutigen Ansprüche der Araber in Palästina, aber auch früher schon in Mesopotamien und in Syrien gründen. In verschiedenen Zwischenverhandlungen hatte der Scherif vorläufig den Anspruch auf Beirut und Umgebung, also auf Teile des Libanon, zurückgestellt, aber ausdrücklich alle Rechte auf diese Frankreich zugedachten arabischen Landstriche aufrechterhalten. Der Brief Sir Henry McMahons brachte nun, wie die Araber glaubten, die klare Verpflichtung Englands. Er lautet:

„Ich bedaure, daß Ihr aus meinem letzten Brief den Eindruck empfangen haben konntet, als ob ich die Frage der Grenzen mit Kühle und Unschlüssigkeit betrachte. Dies war nicht der Fall; aber es schien mir noch nicht der Zeitpunkt gekommen, da sie mit Nutzen besprochen werden könnte.

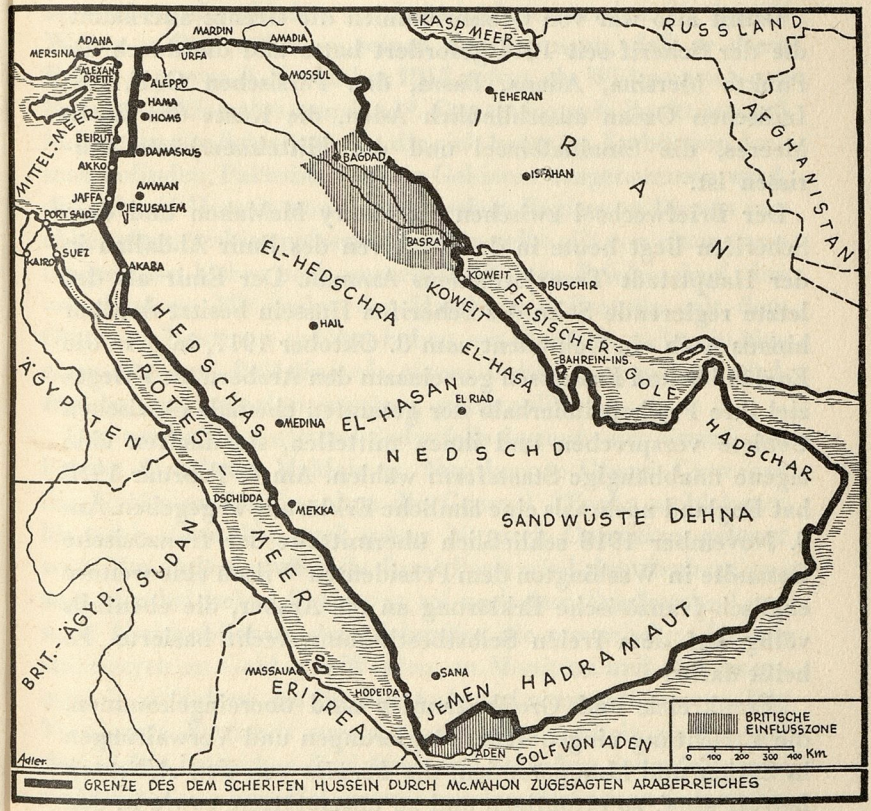
„Ich habe aber aus Eurem Brief ersehen, daß Ihr dieser Frage eine vitale und dringende Bedeutung beimeßt. Daher habe ich keine Zeit verloren, die britische Regierung von dem Inhalt Eures Briefes zu unterrichten und ich kann Euch mit großem Vergnügen darüber die folgende Mitteilung machen, die Ihr, wie ich sicher annehme, mit Genugtuung entgegennehmen werdet: Die Distrikte von Mersina und Alexandrette *und die westlich von den Distrikten Damaskus und Homs, Hama und Aleppo gelegenen Teile von Syrien können nicht als rein arabisch bezeichnet werden und sollten aus den vorgeschlagenen Grenzen ausgeschlossen bleiben.* Mit dieser Modifikation, und ohne unseren bereits bestehenden Verträgen mit den Araberscheikhs vorzugreifen, nehmen wir die Grenzfestsetzung an und in bezug auf jene Teile der Gebiete, in denen Großbritannien ohne Schaden für die Interessen seines Alliierten Frankreich Handlungsfreiheit hat, bin ich ermächtigt, im Namen der Regierung von Großbritannien die folgenden Zusicherungen zu geben und Euren Brief wie folgt zu beantworten:

„Vorbehaltlich der obigen Modifikationen ist Großbritannien bereit, die Unabhängigkeit der Araber anzuerkennen und innerhalb derjenigen Gebiete zu unterstützen, die in den vom Scherifen von Mekka vorgeschlagenen Grenzen liegen. Großbritannien wird die heiligen Stätten gegen jeden Angriff von außen schützen und ihre Unverletzlichkeit anerkennen.

„Wenn es die Lage erfordert, wird Großbritannien den Arabern seinen Rat zur Verfügung stellen und ihnen helfen, die am

geeignetsten erscheinende Regierungsform in den verschiedenen Territorien einzurichten.

„Andererseits versteht es sich, daß die Araber sich entschieden haben, einzig und allein den Rat und die Führung Großbritan-



niens zu suchen und daß diejenigen europäischen Berater und Beamten, die für die Bildung einer gesunden Verwaltung notwendig sind, Briten sein werden."

Sir Henry McMahon ließ sich dann noch für Bagdad und Basra die besonderen Interessen Großbritanniens anerkennen und erklärte im Schlußsatz, er hoffe, daß das unmittelbare Ergeb-

nis der Allianz die Vertreibung der Türken aus den arabischen Ländern und die Befreiung der Araber vom türkischen Joch sein werde, das seit so vielen Jahren schwer auf ihnen gelastet habe.

Damit also war von Großbritannien die Grenze anerkannt, die der Scherif seit 1914 gefordert hatte und die durch die Punkte Mersina, Adana, Basra, den Persischen Golf, den Indischen Ozean ausschließlich Aden, die Küste des Roten Meeres, die Sinaihalbinsel und die Mittelmeerküste umrissen ist.

Der Briefwechsel zwischen Sir Henry McMahon und dem Scherifen liegt heute in den Archiven des Emir Abdallah in der Hauptstadt Transjordaniens Amman. Der Emir als der letzte regierende Sohn des Scherifen Hussein besitzt darüber hinaus noch ein Dokument vom 8. Oktober 1917, in dem die Engländer und Franzosen gemeinsam den Arabern als Kriegsziel ihre Freiheit innerhalb der gesamten ehemals türkischen Gebiete versprechen und ihnen mitteilen, sie dürften eine eigene unabhängige Staatsform wählen. Am 8. Februar 1918 hat England nochmals eine ähnliche Erklärung abgegeben. Am 9. November 1918 schließlich übermittelte der französische Gesandte in Washington dem Präsidenten Wilson eine weitere englisch-französische Erklärung an die Araber, die ebenfalls völlig auf dem freien Selbstbestimmungsrecht basierte. Es heißt darin:

„Frankreich und Großbritannien sind übereingekommen, die Errichtung eingeborener Regierungen und Verwaltungen in Syrien und Mesopotamien, *die bereits von den Allierten befreit sind*, zu ermutigen und zu unterstützen, sowie in den Gebieten, die sie zu befreien im Begriff stehen. Sie haben ferner vereinbart, diese Regierungen, sobald sie tatsächlich eingesetzt sind, anzuerkennen. Weit davon entfernt, den Völkern dieser Gebiete spezifische Gesetze aufzuzwingen, ist ihre einzige Absicht, durch ihre tatsächliche Unterstützung Sicherheit zu erlangen, daß die von diesen Gebieten auf Grund ihres eige-

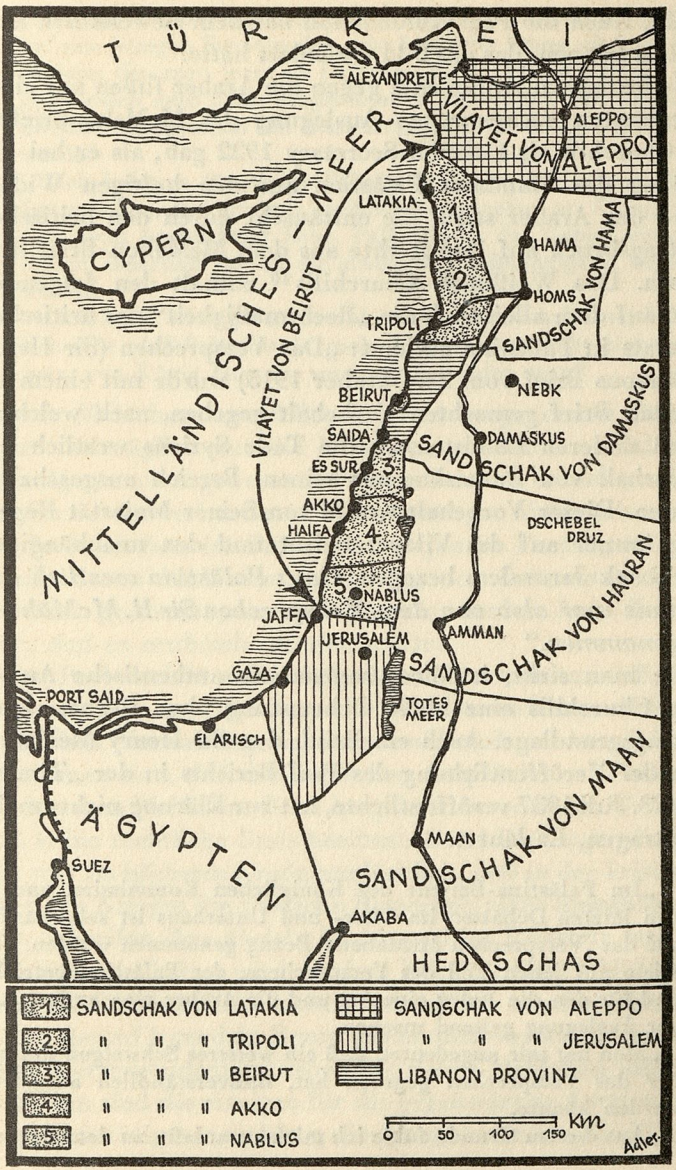
nen freien Willens gewählten Regierungen und Verwaltungen in der normalen Weise ausgeübt werden[7]."

Auch hier muß, dem damaligen Sprachgebrauch folgend, unter Syrien das ganze Gebiet einschließlich Palästinas verstanden werden. Und so wurde es auch verstanden. Sir Arnold Wilson z. B. erwähnt in seinen Erinnerungen, daß er diese Erklärung vom 9. November 1918 sofort als Widerspruch zur Balfour-Deklaration empfand[8]. Der springende Punkt ist, daß in keinem der Schriftstücke, die sich heute im Archiv von Amman befinden, Palästina von den Gebieten ausgenommen wird, die Scherif Hussein von der britischen Regierung für ein unabhängiges Arabien gefordert hat. Dasselbe gilt von einem umfangreichen bisher noch unveröffentlichten Briefwechsel, den verschiedene Mitglieder der Haschemitendynastie mit dem Obersten Lawrence geführt haben, wo ebenfalls nicht ein einziges Mal von Palästina als einem Gebiet gesprochen wird, für das eine Ausnahmeregelung gelten sollte.

Der arabische Aufstand jedenfalls begann auf Grund des Briefes Sir Henry McMahons. Nun konnte Oberst Lawrence die Kräfte entfesseln, ohne die General Allenby wohl kaum bis nach Jerusalem und später bis nach Damaskus gelangt wäre. Im Palästina-Bericht Lord Peels wird den Arabern gesagt, der britischen Regierung sei nach dem Briefwechsel nur noch übriggeblieben, dem Scherifen die monatlichen Unterstützungen an Gold und Waffen, an Munition und Nahrungsmitteln zu liefern, die für den Aufstand notwendig waren. Die Verdienste Englands um die arabische Freiheit sind in all den vielen britischen Berichten und Schriften jedenfalls niemals unter den Scheffel gestellt worden. Sieht man jedoch die Entwicklung von der anderen Seite an, so ist es so gut wie sicher, daß die Engländer ohne die arabische Unterstützung ihr großes Ziel im Orient niemals erreicht hätten. Als später, während der Pariser Friedensverhandlungen, die verschachtelten orientalischen Versprechungen vor Wilson ausgebreitet wurden, und es zwischen England und Frankreich zu

schweren Auseinandersetzungen kam, sagte Lloyd George, ohne England würde es überhaupt keine syrische Frage gegeben haben. Großbritannien hätte zwischen 900 000 und 1 Million Mann gegen die Türkei zu Felde geschickt. Trotzdem sei arabische Hilfe notwendig gewesen. Lloyd George verlangte, daß General Allenby, der Oberbefehlshaber der britischen Truppen, der nach der Abberufung des früheren Oberkommandierenden in Kairo, Sir Archibald Murray, seit dem Juni 1917 das Oberkommando führte, zu diesem Punkt gehört werde. General Allenby erschien vor den Großen Vier und bestätigte, „die arabische Hilfe sei unschätzbar gewesen[9]." Diesem Ausspruch braucht kein Wort hinzugefügt zu werden.

Die Rechtslage für die Araber in Palästina heute, die sich aus dem McMahon-Brief ergibt, geht aus der nebenstehenden Karte hervor, die wir dem Peel-Bericht entnommen haben. McMahon hat die „westlich von den Distrikten Damaskus, Homs, Hama und Aleppo gelegenen Teile Syriens", von dem unabhängigen Reich ausgenommen, das den Arabern versprochen wurde. Westlich vom Sandschak von Hama liegen nach der alttürkischen Verwaltungseinteilung die Sandschaks von Latakia und Tripolis, westlich vom Sandschak von Damaskus lag die Libanonprovinz und der Sandschak von Beirut. Das heutige Palästina war in der türkischen Zeit aufgeteilt auf den Sandschak von Akko, den Sandschak von Nablus und den unabhängigen Sandschak von Jerusalem. Diese drei Küstengebiete, deren Grenze nach Osten der Jordan und das Tote Meer bilden, hatten nicht mehr den Sandschak von Damaskus, sondern den Sandschak von Hauran und den Sandschak von Maan zum Hinterland. Damaskus ist der südlichste Punkt, der in McMahons Brief genannt ist. *Alle südlicheren Gebiete Syriens, mit Einschluß Palästinas, können infolgedessen nicht mehr unter die Sonderregelung fallen, die McMahon vorgeschlagen und die der Scherif angenommen hat.* Das ist die Rechtslage, die sich aus den veröffentlichten Verträgen



Die türkische Verwaltungseinteilung Syriens

ergibt. Auch die Peel-Kommission hat kein Beweisstück auftreiben können, das das Bild verändert hätte.

Die britischen Argumente gegen die Araber fußen auf einer sogenannten authentischen Auslegung des McMahonbriefes, die Churchill als Colonial Secretary 1922 gab, als er bei der Bildung des Mandates Palästina auf den heftigen Widerstand der Araber stieß, die enttäuscht durch den britischen Vertragsbruch auf ihre Rechte aus dem McMahon-Brief hinwiesen. Das Weißbuch Churchills[10] enthält den folgenden Satz, auf dem allein sich die „Rechtmäßigkeit" des britischen Mandats in Palästina aufbaut: „Das Versprechen (Sir Henry McMahons Brief vom 24. Oktober 1915) wurde mit einem im gleichen Brief gemachten Vorbehalt gegeben, nach welchem neben anderen Landstrichen die Teile Syriens westlich des Sandschak von Damaskus aus seinem Bereich ausgeschaltet wurden. Dieser Vorbehalt wurde von Seiner Majestät Regierung immer auf das Vilayet Beirut und den unabhängigen Sandschak Jerusalem bezogen. *Ganz Palästina westlich des Jordans war also von dem Versprechen Sir H. McMahons ausgenommen.*"

Wie man sieht, ist diese sogenannte authentische Auslegung Churchills eine bloße Behauptung ohne Rechts- oder Vertragsgrundlage. Auch ein Brief, den Sir Henry McMahon nach der Veröffentlichung des Peel-Berichts in der „Times" vom 23. Juli 1937 veröffentlichte, hat zur Klärung nichts mehr beigetragen. Er lautet:

> „Im Palästina-Bericht der Königlichen Kommission und in den letzten Debatten im Ober- und Unterhaus ist sehr häufig auf das ‚Versprechen McMahons' Bezug genommen worden, vor allem auf jenen Teil des Versprechens, der Palästina betrifft, und für den die Juden eine Art und die Araber eine andere Art der Auslegung geltend machen.
>
> „Man hat mir angedeutet, daß ein weiteres Schweigen dessen, der das Versprechen gegeben hat, mißverständlich ausgelegt werden könnte.
>
> „Aus diesem Grunde fühle ich mich veranlaßt, zu dem Gegen-

stand eine Erklärung abzugeben, beschränke mich dabei aber auf den jetzigen Streitpunkt – das heißt die Frage, ob jener Teil Syriens, den man jetzt als Palästina kennt, in die Gebiete eingeschlossen oder nicht eingeschlossen sein sollte, für welche in meinem Versprechen die Unabhängigkeit der Araber garantiert wurde.

„Ich halte es für meine Pflicht, bestimmt und ausdrücklich festzustellen, daß ich mit meinem Versprechen an König Hussein nicht beabsichtigt habe, Palästina in das Gebiet einzubeziehen, innerhalb dessen die arabische Unabhängigkeit zugesagt wurde.

„Ich hatte allen guten Grund seinerzeit anzunehmen, daß die Tatsache, daß Palästina in mein Versprechen nicht einbezogen war, von König Hussein verstanden worden war."

Auch McMahon, zweifellos ein Kronzeuge ersten Ranges, kann nachträglich nur die Behauptung aufstellen, Palästina sei ausgenommen gewesen. Beweisen kann er es nicht, weil es auf Grund der vorhandenen Dokumente gar nicht zu beweisen ist. *In Wahrheit ist Palästina bei jenem Vertrag mit den Arabern von McMahon im Drang der Zeitumstände unerwähnt geblieben, so daß für die Araber kein Zweifel war, daß es arabisch werden sollte.*

Der Peel-Bericht selbst läßt deutlich erkennen, daß seine Verfasser bei dem Studium der sehr verwickelten früheren türkischen Verwaltungseinheiten wohl auch zu dem Schlusse gekommen sind, daß die englischen Ansprüche auf Palästina, die aus dem McMahon-Brief hergeleitet werden, in Wirklichkeit keine rechtliche Basis besitzen. Denn Peel sagt wörtlich: „Es war im höchsten Grade unglücklich, daß in der kritischen Lage des Krieges die britische Regierung nicht imstande war, dem Scherifen ihre Absicht klarzumachen. Palästina war, wie man bemerkt haben wird, in dem Brief Sir Henry McMahons vom 24. Oktober 1915 nicht ausdrücklich erwähnt, noch ist später darauf irgendein Bezug genommen worden. In der späteren Korrespondenz zwischen Sir Henry McMahon und dem Scherifen sind die einzigen für die gegenwärtige Auseinandersetzung wichtigeren Gebiete, die genannt wurden, die Vilayets

von Aleppo und Beirut." Die Peel-Kommission beruft sich dann ebenso allein auf die „authentische Auslegung" von Churchill. Mit anderen Worten: England hat das Mandat in Palästina und die Unterstellung dieses ganzen Gebietes unter das Colonial Office nicht auf Grund eines verbrieften Rechtsanspruches, sondern allein gestützt auf die Macht der britischen Flotte und Armee an sich gerissen. Es kann nach Lage der Dinge überhaupt nicht bestritten werden, daß den Arabern, vertreten durch den Scherifen Hussein, das Gebiet des heutigen Palästina als unabhängiges arabisches Land versprochen worden ist.

In der maßgebenden englischen Darstellung der Friedenskonferenz von Paris, die H. W. V. Temperley herausgab, bekennt sich D. G. Hogarth, der während des Krieges einer der maßgebenden Leute des Secret Service in Kairo war, offen zu dieser Ansicht: „Der Gegenstand Palästina ist nicht ausdrücklich mit oder von dem Scherifen behandelt worden, bevor er von dem Sykes-Picot-Abkommen und der Balfour-Deklaration wußte – das war nicht vor dem Ende des Jahres 1917. Palästina wurde in den ursprünglichen Verlautbarungen des Scherifen für die arabische Nation im Herbst 1915 verlangt; und wenn wir in unserer endgültigen Antwort im besonderen die Gebiete westlich von Damaskus und andere Gebiete im allgemeinen ausgenommen hatten, in denen besondere Interessen für die Franzosen vorlagen, mag der Scherif angenommen haben, daß wir auch Palästina meinten – tatsächlich war es so. Sicherlich hat er jedoch niemals seine Forderung zurückgezogen[11]." Diese Äußerung mag uns endgültig beweisen, daß die Engländer im Grunde genau darüber im Bilde waren, daß der Rechtsanspruch des Scherifen auf Palästina in der Zeit der ausschlaggebenden Verhandlungen von England nicht bestritten worden ist[12].

Wir müssen hier eines Umstandes gedenken, der den Ausgangspunkt der ganzen Palästinafrage für den europäischen Leser leicht verwirren kann. Wir alle sind mit dem Land Pa-

lästina zuerst in der Schule zusammengetroffen und haben in unser Unterbewußtsein die Karten in uns aufgenommen, auf denen Palästina zur Zeit des Alten und des Neuen Testaments in großem Maßstab in den Bibeln dargestellt zu werden pflegt. Die Erinnerung an diese frommen Kartenskizzen haben in der ganzen christlichen Welt nicht nur einen falschen Größenmaßstab der palästinensischen Verhältnisse einwurzeln lassen; denn auf keiner dieser Karten ist zu sehen, daß das ganze Land Palästina mit 27 009 Quadratkilometern um ein weniges kleiner ist als Belgien. Diese Bibelkarten haben vielmehr vor allem den Eindruck vermittelt, Palästina sei ein in sich geschlossenes, ein abgegrenztes Territorium, sagen wir so abgegrenzt von der übrigen vorderasiatischen Welt wie Portugal von der übrigen iberischen Halbinsel. In Wirklichkeit kann davon gar keine Rede sein.

Palästina war und ist nichts als ein Teil des großen syrischen Landstreifens, der sich von der Sinaihalbinsel bis an die kleinasiatischen Gebirgszüge und in weitem Steppengebiet bis hinüber nach Mesopotamien erstreckt. Die Aufteilung des heutigen Palästina in türkischer Zeit haben wir auf unserer Karte gezeigt. Der unabhängige Sandschak von Jerusalem ist von der Pforte deshalb eingerichtet worden, weil Jerusalem allen Mohammedanern als heiliges Gebiet gilt und infolgedessen einem Sonderstatut unterworfen wurde. Die Araber aber, die im heutigen Palästina leben, sind von den Arabern in Transjordanien oder im heutigen syrischen Mandat genau so wenig unterschieden wie die Deutschen im Altreich von den Deutschen in Österreich. Selbst nach dem Versprechen Balfours an die Juden bestand deshalb keinerlei klare Vorstellung in London, was eigentlich unter „Palästina“ zu verstehen sei. Lloyd George geriet, als diese Frage behandelt wurde, in altbiblische Begeisterung, als ihm von den Zionisten die Formel ins Ohr geflüstert wurde, „von Dan bis Bersheba.“

Auch dies erklärt, weshalb McMahon 1915 den Ausdruck „Palästina“ in seinem Brief nicht gebrauchte. Damals hatten

die Engländer in London jedenfalls noch nicht erkannt, daß sie den Gedanken Cromers aufnehmen und wie alle großen Herrscher in Ägypten die palästinensische Landbrücke besetzen müßten. Ein Palästina im heutigen, also im abgegrenzt staatlichen Sinne, gab es noch gar nicht, und niemand dachte daran. Palästina ist damals nichts anderes als ein Landschaftsbegriff gewesen, ungefähr so, wie wenn wir sagen „der Schwarzwald", wobei uns garnicht in den Sinn kommt, daß davon ein Teil zu Baden und der andere zu Württemberg gehört. Dies also war der, wie der Peel-Bericht schreibt, „so unglückliche Umstand", daß McMahon noch garnicht darauf verfallen konnte, eine Ausnahmeregelung für Palästina vom Scherifen zu fordern. Hierauf gründet sich heute der unwiderlegliche Rechtsanspruch der Araber auf Palästina.

„Teesorte Sykes-Picot"

Das Abkommen Englands mit dem Scherifen Hussein war im wesentlichen ein Werk der Männer des britischen Kolonialdienstes, die durch jahrzehntelange Übung und Erfahrung den Wert eines arabischen Verbündeten, der ein gut Teil der Landbrücke nach Indien in seinem Besitz hielt, genau einzuschätzen wußten. Wie wir sahen, war zwar auch das Foreign Office von McMahon zu Rate gezogen worden, die Grundlinien der britischen Araberpolitik stammten jedoch teils von Kitchener persönlich, teils von Männern seiner und Lord Cromers Schule.

Die Orientprobleme, mit denen sich im Winter 1915/16 das Foreign Office zu befassen hatte, sahen dagegen wesentlich anders aus. Für Sir Edward Grey und seinen engeren Stab waren die Araber und die inneren Probleme des alten osmanischen Reiches weitabliegende Angelegenheiten. Die Sorgen der britischen Diplomatie erwuchsen vielmehr aus dem starken Druck, den sie von seiten ihrer Verbündeten Frankreich und Rußland auszuhalten hatte. Das Jahr 1915, in dem von Kairo aus mit den Arabern verhandelt wurde, hatte für Großbritan-

nien hintereinander zwei schwere Niederlagen im Orient gebracht. Fast das ganze Jahr hindurch hatten auf der Halbinsel von Gallipoli die Kämpfe um die Dardanellen getobt. In der Nacht zum 20. Dezember 1915 waren sie endgültig zugunsten der Türken entschieden. Am 9. Januar 1916 hatten die letzten britischen Truppen die Südspitze der Gallipoli-Halbinsel verlassen. Die britischen Gesamtverluste beliefen sich auf 252 000 Mann. Im offenen Gefecht waren allein 142 000 Mann gefallen[13]. Gleichzeitig war General Townshend in Kut el-Amara eingeschlossen worden und mußte am 29. April 1916 mit 13 000 Mann die Waffen strecken. Dadurch wurden die Engländer gezwungen, ihren gesamten Feldzugsplan in Mesopotamien auf eine völlig neue Grundlage zu stellen.

Die Auswärtigen Ämter in Petersburg und Paris hatten nicht versäumt, diese ungünstige Lage ihres Verbündeten auszunutzen. Sie machten die Unterstützung weiterer britischer Unternehmungen im Orient von festen Zusagen über die Verteilung der künftigen Beute abhängig. So kam es im Februar 1916, unmittelbar nach dem Scheitern des Gallipoli-Unternehmens, zu einer ersten Übereinkunft zwischen Frankreich, Rußland und England, bei der in großen Linien Rußland Armenien und Kurdistan sowie der Zugang zum Bosporus zugesprochen wurde, Frankreich sollte die Küstengebiete Syriens sowie Zentralanatolien und Zilizien erhalten, England sicherte für sich Südmesopotamien sowie *Haifa und Akko*. Bei dieser Gelegenheit tauchte ein britischer Anspruch auf diese beiden im heutigen palästinensischen Mandatsland gelegenen Häfen zum erstenmal formuliert auf. Die Wichtigkeit der syrischen Landbrücke war einige Monate nach den Verhandlungen McMahons in der englischen Zentrale mit ganzer Schärfe erfaßt worden. Machtpolitisch hat sich aus diesem Anspruch auf Haifa und Akko vom Februar 1916 in den folgenden Jahren allmählich der britische Anspruch auf ganz Palästina entwickelt. Das Übereinkommen der drei Mächte vom Februar 1916 wurde dem Scherifen gegenüber geheimgehalten.

Von der nächsten Etappe, dem großen Aufteilungsplan des Vorderen Orients zwischen Frankreich und England, dem sogenannten Sykes-Picot-Abkommen, erfuhr jedoch auch Rußland nur gewisse Punkte, der Scherif in Mekka natürlich überhaupt nichts. Andererseits verheimlichten die Engländer ihrem französischen Verbündeten auch die Verpflichtungen, die sie durch den McMahon-Brief vom 24. Oktober 1915 den Arabern gegenüber eingegangen waren. Die Franzosen haben von diesen Versprechungen erst im Frühjahr 1919 während der Friedensverhandlungen volle Kenntnis bekommen.

Wir stehen nun im Mittelpunkt der Geheimdiplomatie der Entente während des Weltkrieges, dem peinlichsten Schacher mit Ländern und Völkern, der sich im 20. Jahrhundert abgespielt hat. Das Foreign Office ist für diese Verhandlungen federführend gewesen. Seine Leiter waren völlig im imperialistischen Denken jener Zeit befangen. Das englisch-französische Abkommen, das zwischen Sir Mark Sykes und Charles Picot abgeschlossen wurde, hatte seinen unmittelbaren Vorläufer in der machtpolitischen Aufteilung Persiens vom August 1907. Damals wurde Persien in eine russische und britische Einflußsphäre aufgeteilt, zwischen die eine neutrale Sphäre gelegt wurde. Vergleicht man die Karte jener Aufteilung Persiens[14] mit der hier wiedergegebenen Karte über die Aufteilung des osmanischen Reiches nach dem Sykes-Picot-Abkommen, so ist es derselbe Geist eines unverhüllten Imperialismus, der uns da entgegenschlägt. Die Männer des Colonial Office hatten aus ihrem Dienst an Ort und Stelle bereits die Witterung dafür, daß es sich rächen müsse, wenn man die orientalischen Völker auf die Dauer als bloße Schacherobjekte ansähe. Selbst ein so scharfkantiger Exponent des britischen Imperialismus wie Lord Cromer hat in seinem großen Erinnerungswerk über Ägypten Zeugnis davon abgelegt, daß ihm die Entwicklung und Heranbildung des ägyptischen Volkes wenn nicht vom ersten Tage an, so doch im Laufe der Jahre am

Herzen gelegen war. In den Amtsräumen des Foreign Office dagegen waren die Länder, die da ausgehandelt wurden, nichts als Schachfiguren. Worauf es dort ankam, war allein die machtmäßige Auseinandersetzung mit Frankreich.

Sir Mark Sykes, der von Sir Edward Grey zum Unterhändler mit Frankreich bestellt wurde, war allerdings ein erfahrener Orientpolitiker. Schon vor dem Kriege hatte er eine Geschichte Persiens verfaßt. Im Jahre 1915 folgte eine grundlegende Geschichte des türkischen Reiches (The Caliph's last heritage), in der die Ergebnisse seiner ausgedehnten Reisen verwertet wurden. Lloyd George, der in seinen Erinnerungen über das Sykes-Picot-Abkommen schnell und mit offensichtlich unbehaglichem Gefühl hinweggeht, sagt: „Sykes hat den Plan nie gebilligt. Er wurde ihm durch das Auswärtige Amt aufgezwungen“ [15]. Dies ist für die Erkenntnis der innerenglischen Frontstellungen eine aufschlußreiche Bemerkung, zeigt sie doch, wie groß schon bei der Entstehung dieser Geheimverträge, auf denen noch heute teilweise die politische Gestaltung des Orients beruht, die Gegensätze in England selbst gewesen sein müssen. Wenn Harold Nicolson später gesagt hat, Sir Mark Sykes habe sich bei dem englisch-französischen Geheimvertrag des Jahres 1916 als ein freigebiger Mann erwiesen [16], so dürfte das wohl mehr auf diejenigen im Foreign Office zutreffen, die Sykes mit Richtlinien versahen, bei denen weit weniger an die künftige Stellung Englands im Orient oder gar an die den Arabern gegebenen Versprechungen gedacht wurde als an die die englischen Nerven strapazierenden hartnäckigen französischen Forderungen. Sie wollte man zunächst einmal befriedigen und einen ernsten Bruch zwischen den Alliierten mitten im Kriege vermeiden.

Stand das Abkommen zwischen England, Frankreich und Rußland im Februar 1916 im Zeichen der Niederlage von Gallipoli, so wurde das Sykes-Picot-Abkommen vom 16. Mai 1916 unter dem frischen Eindruck des Verlustes der mesopotamischen Stellung durch General Townshends Übergabe ab-

geschlossen. Nur so war es zu erklären, daß damals England den machtpolitisch wichtigeren Teil des Vorderen Orients, nämlich das Ölgebiet von Mossul, den Franzosen als Einflußzone einräumte. Im Sykes-Picot-Abkommen wurde Folgendes vereinbart:

„1. Frankreich und Großbritannien sind gewillt, in den Zonen A und B der beigefügten Karte einen unabhängigen arabischen Staat oder Staatenbund unter der Souveränität eines arabischen Führers anzuerkennen und zu schützen. In der Zone A wird Frankreich und in der Zone B Großbritannien bei allen lokalen Unternehmungen und Anleihen das Vorrecht besitzen. In der Zone A wird Frankreich allein und in der Zone B Großbritannien allein auf Bitten des arabischen Staatenbundes fremde Beamte stellen.

2. In der blauen Zone wird Frankreich und in der roten Zone Großbritannien ermächtigt, im Einverständnis mit dem arabischen Staat oder Staatenbund in dem Umfange eine unmittelbare oder mittelbare Verwaltung oder Kontrolle einzurichten, die ihnen wünschenswert erscheinen mag.

3. In der braunen Zone (Palästina) wird eine internationale Verwaltung eingerichtet, über deren Form in Übereinstimmung mit Rußland und den anderen Alliierten und den Vertretern des Scherifen von Mekka entschieden werden soll.

4. England erhält die Häfen Haifa und Akko und eine bestimmte Menge Wasser aus der A-Zone des Tigris und Euphrat."

Soweit die für uns wichtigen Bestimmungen des Sykes-Picot-Abkommens. Neben den blauen französischen und roten englischen Einflußgebieten erscheint hier der Begriff einer gesonderten braunen Zone[17]. *Hier entsteht in den ersten Umrissen „Palästina"*. England hatte sich außer Haifa und Akko Südmesopotamien als künftige Kronkolonie gesichert. Frankreich sollte den Küstenstreifen des Libanon und Zilizien als Kolonie erhalten. Nur insofern war auf die Zu-

sagen an den Scherifen Hussein Rücksicht genommen worden, als Aleppo, Homs und Damaskus nicht in die Zone fallen sollten, die klar als französische Kolonie bezeichnet wurde, sondern in die (A-)Zone des künftigen französischen Einflußgebietes.

Daß das Sykes-Picot-Abkommen den Abmachungen mit dem

Die Aufteilung des Vorderen Orients durch das Sykes-Picot-Abkommen

Scherifen in jedem Falle widersprach, steht fest. Was eine französische Einflußzone praktisch bedeuten würde, war Sir Mark Sykes wohl durchaus klar. Auf jeden Fall nicht die Unabhängigkeit, die man dem Scherifen ein halbes Jahr vorher für all jene Länder zugesichert hatte. Der zweite klare, für unseren Zusammenhang wichtigere Verstoß bestand in der Schaffung jener braunen internationalen Zone, die als der

Embryo des künftigen Palästinastaates anzusehen ist. Der mit Hussein abgeschlossene Vertrag hatte keinerlei Internationalisierung dieser Art vorgesehen. Aus diesem Grunde wurde wohl auch ausdrücklich im Artikel 3 angefügt, daß die künftige Verfassung der braunen Palästinazone im Einvernehmen mit dem Scherifen entschieden werden solle. Natürlich ist dies niemals geschehen. Die Araber haben bei der Gründung Palästinas auch nicht ein einziges Mal Gelegenheit gehabt, ihre Stimme in die Waagschale zu werfen.

Das Sykes-Picot-Abkommen ist später auf der Friedenskonferenz zu einer der schwerstwiegenden Belastungen für das englisch-französische Verhältnis geworden. Bereits am 24. November 1917 veröffentlichte die Sowjetregierung ein geheimes britisches Memorandum vom 21. Februar 1917, das sie in Petersburg in den Archiven des Auswärtigen Amtes vorgefunden hatte und das in gekürzter Form die Hauptpunkte des Sykes-Picot-Abkommens enthielt. Ob Wilson bei der Abfassung seiner vierzehn Punkte von den geheimen Verträgen zwischen Frankreich und England genau Bescheid gewußt hat, ist unklar geblieben. A. J. Balfour behauptete später, er habe bei seinem Besuch in Amerika im Frühjahr 1917 dem Präsidenten Mitteilungen oder doch Andeutungen gemacht[18].

Nach neuesten Forschungsergebnissen steht fest, daß die britische Regierung niemals den Wortlaut der Geheimverträge nach Washington gesandt hat, wohl aber ein Protokoll der Sitzung des British Empire Warcouncil vom 26. März 1917, in der die Vertreter der Dominions Aufschlüsse über die Geheimverträge erhielten. Dieses Dokument ist am 18. Mai 1917 in die Hände der amerikanischen Regierung gelangt. Ob man seinen Sinn in Washington nicht verstand oder nicht verstehen wollte? Es gehört zu den Rätseln, die Wilson mit ins Grab genommen hat. Jedenfalls verstand es der Präsident durchaus, den Eindruck zu erwecken, er sei ahnungslos gewesen. Sein Freund Baker erzählt, Wilson habe erst bei der geheimen Be-

ratung der Großen Vier am 20. März 1919 die Einzelheiten über das Sykes-Picot-Abkommen erfahren. „Ich erinnere mich", schreibt er, „mit welchem Ekel er nachher zu mir von diesem Sykes-Picot-Abkommen sprach. Es klänge, meinte er, wie der Name einer neuen ‚Teesorte', ein schönes Beispiel der alten Diplomatie."

Tatsächlich hatte das Foreign Office durch das Sykes-Picot-Abkommen die schon Jahrzehnte vorher sorgfältig aufgebaute britische Orientpolitik, die im Kern eine langsame Durchdringung der Landbrücke zwischen dem Mittelmeer und Indien war, zunächst so gut wie aufgegeben. Wenn Palästina in diesem Abkommen zum erstenmal als ein eigenes Gebiet, das unter eine internationale Verwaltung gestellt werden sollte, auftauchte, so ist dies zweifellos der Versuch gewesen, den englischen Einfluß wenigstens an einem Teil der östlichen Mittelmeerküste, und sei es auch durch eine „internationale Verwaltung", wieder einzuschmuggeln. Wir werden später sehen, daß gerade die großen Zugeständnisse an Frankreich im Sykes-Picot-Abkommen ein Anlaß für die englische Politik waren, auf dem Umweg über den Zionismus sich maßgebenden Einfluß in Palästina zu sichern. So war die braune „internationale" Zone zweifellos als Gegengewicht gegen den übermächtigen französischen Einfluß gedacht, der im Vorderen Orient entstanden wäre, wenn dieses Abkommen jemals in dieser Form durchgeführt worden wäre. Die Engländer schützten dabei geschickt russische Interessen in Palästina vor, da der größte Teil der christlichen Pilger, die vor dem Kriege nach Jerusalem zogen, aus Rußland kam und Rußland durch seine griechisch-katholische Palästina-Gesellschaft das Heilige Land mit geistlichen und kulturellen Anstalten überzogen hatte, so daß die russische Regierung einen Anspruch darauf erheben konnte, die Geschicke Palästinas mitzubestimmen. Dies war England nur recht, weil es auch darin ein Gegengewicht zum künftigen französischen Einfluß im Vorderen Orient erblicken konnte.

Die gesamte britische Orientpolitik, bis weit über den Friedensschluß von 1919 hinaus, ist nach dem Abschluß des Sykes-Picot-Abkommens nur von dem einen Gedanken beherrscht, wie man die Franzosen wieder aus dem Vorderen Orient auf gütliche Weise hinauswerfen könne. Auch Italien zeigte sich beunruhigt, nachdem man in Rom allmählich Genaueres über den Handel im Sykes-Picot-Abkommen erfahren hatte. In Saint-Jean-de-Maurienne, auf der französischen Seite des Mont-Cenis-Tunnels, traten schließlich auf italienisches Drängen am 19./21. Februar 1917 Sonnino, Lloyd George und Ribot zusammen. Die italienischen Ansprüche auf Südanatolien, die ungefähr die Hälfte der heutigen Türkei umfaßten, wurden festgelegt. Auch in Palästina behielt sich Italien eine Einflußnahme auf die „internationale" Verwaltung vor[19].

Der englische Gedanke, der sich gerade aus der stillen Opposition zum Sykes-Picot-Abkommen entwickelte, war die Aufrichtung eines gewaltigen britischen vorder- und mittelasiatischen Reiches, das Ägypten, Palästina, Transjordanien, die syrische und irakische Wüste, Mesopotamien und Südpersien bis zu den abhängigen Fürstentümern von Beludschistan und Afghanistan hin umfassen sollte. Dies ist später vor allem die Idee Churchills gewesen, der einen breiten britisch beherrschten Landstreifen von der Ostküste des Mittelmeeres bis nach Indien als sein Ziel vor sich sah, der jenem anderen Landstreifen entsprechen sollte, der sich von Ägypten bis zum Kap an der Ostseite Afrikas hinunterzieht. Wir sehen wieder, wie Ägypten mit der Sinaihalbinsel und Palästina zum Drehpunkt dieses gewaltigen Planes eines Middle Eastern Empire in Verbindung mit dem afrikanischen Kolonialreich wird. Für England kam es daher in den folgenden Jahren vor allem darauf an, das an Frankreich im Sykes-Picot-Vertrag ausgelieferte Mossulgebiet wieder unter britischen Einfluß zu bringen und auf der anderen Seite das „internationale" Palästinagebiet englisch zu machen. Dies umschließt die tragische Ge-

schichte Palästinas wie auch Syriens und vor allem des von England erst eingesetzten und dann im Stich gelassenen Königs Feisal. Sie soll hier wenigstens in kurzen Strichen noch geschildert werden.

Palästina und das Schicksal Feisals

Der Waffenstillstand war gerade seit vier Wochen abgeschlossen, als sich Clemenceau zu einer Reise nach dem ihm höchst unsympathischen London entschloß. Er wollte dort von den Engländern erreichen, daß Frankreich die Zusagen aus dem Sykes-Picot-Abkommen vom Mai 1916 nun auch in einem öffentlichen Vertrag bestätigt erhielte, der den eigentlichen Friedensverhandlungen vorausgehen sollte. Clemenceau ahnte damals schon, daß, wenn erst einmal Präsident Wilson in Europa erschiene, die Engländer die größte Chance haben würden, durch die Einspannung der amerikanischen Ideologie der Fesseln ihrer eigenen Zusagen ledig zu werden.

Die Reise Clemenceaus nach London verfehlte ihr Ziel. Auf der geheimen Konferenz der vier Staatsoberhäupter vom 20. März 1919, auf der in wenigen Stunden das Schicksal ganz Vorderasiens im wesentlichen entschieden wurde, erklärte Pichot: Lloyd George habe Clemenceau in London erwidert, daß er bezüglich der Rechte Frankreichs in Syrien und Ziliziens keine Schwierigkeiten sehe, aber er habe auf bestimmte Plätze Anspruch erhoben, die nach seiner (Lloyd Georges) Ansicht in die britische Zone einbezogen werden müßten, die aber gemäß dem Vertrag von 1916 in der französischen Einflußsphäre lägen, nämlich Mossul, und „er forderte auch Palästina."

Wir sehen nun deutlich die Entwicklungsstadien: im McMahon-Brief ist von Palästina überhaupt noch nicht die Rede, im Dreimächteabkommen vom Februar 1916 taucht zum erstenmal der britische Anspruch auf Haifa und Akko auf, im Sykes-Picot-Vertrag vom Mai 1916 erscheint „Palästina" als

internationales Gebiet und im Dezember 1918 verlangt es Lloyd George schlicht für England.

Den Franzosen lag offenbar an Palästina selbst wenig. Für sie ging es um Mossul und das Öl. Clemenceau starrte auf die Rheingrenze und hatte offenbar für die Erwerbungen Frankreichs an der östlichen Mittelmeerküste überhaupt kein tieferes Verständnis. In seinen Gesprächen mit Martet sagt er später ganz primitiv: er habe die Engländer gefragt, ob sie lieber Zilizien oder Mossul haben wollten. „Sie antworteten mir, Mossul." Daraufhin habe er geantwortet: „Nun gut, dann nehmt es, ich nehme dann Zilizien" [20].

Am 15. Februar 1919 war der Handel zwischen England und Frankreich über Mossul, Zilizien und Palästina zunächst beendet. Strittig war jedoch, ob und bis zu welchem Grade die Franzosen das Hinterland des syrischen Küstenstreifens erhalten sollten. Die Ölfrage wirkte immer entscheidender ein. Auf der schon erwähnten Sitzung am 20. März verlangte Wilson etwas darüber zu erfahren, ob die syrischen Araber einer französischen Herrschaft auch zustimmen würden. General Allenby erklärte, eine Besetzung Syriens durch Frankreich würde die schärfste Opposition aller Mohammedaner und besonders der Araber auslösen. Er legte dar, daß er inzwischen den von ihm in Damaskus eingesetzten Emir Feisal, den Sohn des Scherifen, nur mit Mühe von einer Gewaltaktion habe dadurch zurückhalten können, daß er die bei Kriegsende in Syrien eingetroffenen französischen Truppen nicht als Exponenten Frankreichs, sondern der Alliierten bezeichnet habe. Dann malte Allenby einen „ungeheuren das ganze Gebiet überziehenden Krieg" an die Wand, an dem sich auch die Araber des Hedschas beteiligen würden und der die Einsetzung einer sehr starken Streitmacht bedingen würde. Wilson entsandte schließlich die beiden Amerikaner King und Crane zur Untersuchung der Lage nach Syrien und Palästina. Die Franzosen und Engländer sollten ebenfalls Sachverständige mitschicken. Sie hatten dies jedoch so verzögert, daß schließlich die Ameri-

Feisal ibn Hussein, König des Irak

kaner allein fuhren und erst im August 1919 mit einem Bericht in Paris wieder eintrafen, der für Frankreich schlechthin katastrophal ausgefallen war. Da das Versailler Diktat inzwischen schon unterzeichnet und Wilson abgefahren war, hatte dieser Bericht jedoch nur noch akademische Bedeutung. Wir werden ihm später noch begegnen.

So rollte das syrische Drama denn zwangsläufig ab. Picot, der Unterzeichner des Vertrages von 1916, war zunächst von Frankreich als Kommissar in den syrischen Küstenstrich entsandt worden. Er wurde Ende November 1919 von General Gouraud abgelöst, der nun das Hohe Kommissariat in Beirut übernahm. Kurz vorher, im September 1919, hatten die Engländer und Franzosen vereinbart, die britischen Truppen sollten aus Syrien zurückgezogen werden, wogegen die Franzosen versprachen, daß sie den Arabern erlauben würden, Damaskus, Homs und Hama zu besetzen, wie es im Sykes-Picot-Abkommen vorgesehen war. Emir Feisal regierte bereits in Damaskus. Am 11. März 1920 war ihm der Königstitel vom arabisch-syrischen Nationalkongreß zuerkannt worden. (Das Königreich sollte auch Palästina mit umfassen.) Die Franzosen dachten jedoch nicht daran, diesen Rechtstitel anzuerkennen.

Wenige Wochen später trat im April 1920 die Alliiertenkonferenz von *San Remo* zusammen, in der die Engländer ihren Verbündeten Feisal endgültig fallen ließen. Sie waren dadurch in eine schwierige Lage gekommen, daß bereits im Januar 1920 die türkische Erhebung gegen die Besetzung Ziliziens durch Frankreich begonnen hatte und die Franzosen von der neu gegründeten türkischen Nationalarmee bei Marasch in Zilizien geschlagen wurden. Es war der erste Prankenschlag Mustafa Kemals, dem bald noch weitere folgen sollten. Damit war zunächst den Franzosen also der Entgelt für die Abtretung von Mossul wieder aus der Hand geglitten. Auf der Konferenz von San Remo fiel nun der für die Zukunft maßgebende Entschluß, daß das französische Mandat auf ganz

Syrien ausgedehnt werden sollte, während Großbritannien die nächste und entscheidende Palästina-Etappe für sich gewann: *die Franzosen erkannten den britischen Anspruch als Mandatsmacht in Palästina an.* Auch die Mossul-Frage fand in San Remo ihre endgültige Lösung. Die Ausdehnung des französischen Mandats über ganz Syrien mit Ausnahme von Palästina war der Preis, den die Engländer für die französische Zustimmung zum britischen Mandat über den Irak zahlen mußten. Die Rechnung zwischen Paris und London schien aufzugehen. So beeilte man sich mit der Einkassierung.

In den folgenden Monaten landeten die Franzosen rund 90 000 Mann in Syrien. Zunächst wandte sich diese Armee wieder nach Zilizien, wo sie Teilerfolge errang, die den Franzosen später wieder bei dem zweiten Friedensschluß mit der kemalistischen Türkei in Lausanne verlorengingen. Die Hauptmacht jedoch wurde zum Vorstoß in das Innere Syriens eingesetzt. General Gouraud richtete an Feisal ein Ultimatum, auch die Engländer versuchten, den neuen arabischen König zu einer Unterwerfung unter die französische Oberhoheit zu bewegen. Auf Drängen seiner Umgebung lehnte Feisal jedoch ab. Sein Kriegsminister Jussuf el' Azmi stellte sich den vordrängenden Franzosen mit einer völlig unzureichenden arabischen Truppe entgegen. Er wurde geschlagen und fiel selbst im Kampf durch eine französische Kugel. So zogen am 25. Juli 1920 die Truppen General Gourauds in Damaskus ein. Feisal mußte fliehen, und der französische Hohe Kommissar begann schon zwei Monate später, das ihm auf diese Weise zugefallene syrische Mandat in vier getrennte „Staaten" aufzuteilen, nämlich in das eigentliche Syrien, in die Libanon-Republik, in das selbständige Territorium der Alauiten an der Küste und das unabhängige Gebiet des Djebel Drus im Südosten. Später ist noch der autonome Sandschak von Alexandrette als weitere Splittergründung hinzugekommen. Die Franzosen verstanden es dabei geschickt, die religiösen Zwiespältigkeiten zwischen den christlichen Maroniten im Libanongebiet und den

mohammedanischen Arabern im eigentlichen Syrien gegeneinander auszuspielen, die ihnen schon 1860 einmal den Vorwand zu einer Intervention im Libanon gegeben hatten.

Syrien verlor jedenfalls seit der Vertreibung Feisals seine Bedeutung als der Sitz einer allarabischen Einigungsbewegung, die es seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in steigendem Maß gehabt hatte. Das Schwergewicht der arabischen Bewegung fiel so ganz von selbst nach Zentralarabien, in das Wahabitengebiet zurück. Die syrischen Araber sind seitdem hinlänglich damit beschäftigt, durch Rebellion und Diplomatie schrittweise ihre Freiheit von Frankreich wieder zu erkämpfen.

Harold Nicolson berichtet aus den Monaten Januar und Februar 1919, in denen der große Schacher um die „Teesorte" Sykes-Picot in Paris sich vollzog: „Oberst T. E. Lawrence schlich durch die Gänge des Hotel Majestic, Furchen des Grolls um die knabenhaften Lippen: ein Abiturient mit einem Feldherrnkinn" [21]. Lawrence ahnte wohl, als er mit Emir Feisal am 6. Februar 1919 vor den Großen Vier erschien, daß dieser sein Freund und Bundesgenosse, der soviel für die englische Sache getan hatte, kaum König in Damaskus bleiben würde. Als Winston Churchill im Nachkriegskabinett Lloyd Georges 1921 an die Spitze des Colonial Office trat, holte er Lawrence als Berater an seine Seite. Churchill, dem auch der Gegner nicht den Zug ins Große absprechen kann, hatte Lawrences Kampf für die Rechte der Araber während der Pariser Friedenskonferenz und noch, als in San Remo die Entscheidung gegen Feisal fiel, nicht ohne Bewunderung beobachtet. Er empfand wohl, daß Lawrence und Allenby sich den Arabern gegenüber auf der Linie des McMahon-Briefes von 1915 nicht nur in ihrem eigenen, sondern im Namen Englands festgelegt hatten. So beschloß man im Sommer 1921 im Colonial Office, Feisal, der nach London geflohen war, sollte statt des verlorengegangenen syrischen nun den neu zu errichtenden Thron des Irak erhalten, auf dem sich allerdings unter der

Ägide von Sir Percy Cox, dem ersten britischen Hochkommissar in Bagdad, sein älterer Bruder Abdallah niedergelassen hatte. Abdallah wurde, nicht sehr zu seiner Freude, mit dem ebenfalls in San Remo in den Umrissen entstandenen Mandat Transjordanien abgefunden, das ihm als Emirat übergeben wurde. Feisal wurde im August 1921 von der zusammenberufenen Nationalversammlung des Irak zum König erwählt. Längst hatte er den weißen Burnus der arabischen Wüste mit dem flotten grauen Schneideranzug der Bondstreet vertauscht. Feisal, nun König des Irak, wurde zu einer bekannten Figur der „großen" Welt Westeuropas. Sein feines Profil mit dem gepflegten Spitzbart sollte nun nirgends fehlen, wo in Europa die Mächtigsten der Großmacht Öl zusammentraten. Sein plötzlicher Tod in Zürich 1933 ist von Geheimnissen umgeben. Man munkelte von einer Tasse Kaffee, die ihm schlecht bekommen sein soll...

Da der Scherif Hussein um diese Zeit noch den Hedschas von Mekka aus beherrschte, hat der Weltkrieg der Haschemitendynastie immerhin das transjordanisch-irakische Gebiet eingebracht. Den Weg nach der Mittelmeerküste hatte sie jedoch nicht erreicht. Palästina wurde von Transjordanien getrennt, und Syrien blieb französisch. Das schlechte Gewissen der Engländer schien aber bei diesem ganzen Schacher hinreichend beruhigt worden zu sein.

In Frankreich faßte man die Ernennung Emir Feisals zum König des Irak als offene Beleidigung auf. Man erklärte, diese Erhöhung eines arabischen Fürsten, der erst ein Jahr zuvor von Frankreich mit der Waffe in der Hand aus Damaskus vertrieben worden sei, zeige die ganze englische Hinterhältigkeit gegenüber dem französischen Verbündeten. Der Gegenschlag der Franzosen ließ nicht lange auf sich warten. Der Hochkommissar in Syrien, General Gouraud, trat in Friedensverhandlungen mit der Türkei ein, die unter der Führung Mustafa Kemal Paschas bereits am 16. März 1921 ein Bündnis mit der Sowjetunion eingegangen war und dadurch einen

ersten Damm gegen den Friedensvertrag von Sèvres aufgerichtet hatte. Am 21. Oktober 1921 schloß dann Franclin-Bouillon den berühmten Sonderfrieden mit der Türkei in dem sogenannten *Ankara-Vertrag,* in dem Frankreich praktisch die Grundsätze der neuen türkischen Nationalregierung anerkannte und sich mit einer wesentlich schlechteren Grenze Syriens im Norden zufrieden gab. Dahinter stand nichts anderes als die Hoffnung, daß die Türken nunmehr das Mossulgebiet, das von Ankara nach wie vor beansprucht wurde, den Engländern abtrotzen und damit indirekt in die Sphäre der französischen Olinteressen überführen würden.

Bei der heftigen Spannung, die nunmehr zwischen Paris und London offen ausbrach, haben die Franzosen nicht damit hinter dem Berg gehalten, daß ihr Abkommen mit der Türkei als Gegenschlag gegen die Krönung Feisals im Irak gemeint war[22]. So entstand jener eigenartige Zustand, daß Frankreich und England schließlich in Kleinasien durch Dritte miteinander Krieg führten. Lloyd George begann nun, die schon seit 1920 heimlich unterstützten griechischen Ansprüche auf Westanatolien offen zu befürworten. Die Franzosen stellten sich hinter die Türkei, Lloyd George gingen im Laufe des Jahres 1922 die Nerven völlig durch. Er machte den berühmten Versuch, einen „Heiligen Krieg" gegen die Türkei und den „barbarischen Islam" zu entfesseln, der nicht nur mit der völligen Niederlage der Griechen, sondern auch mit seinem eigenen Sturze endete. Jene unglückselige Episode ist es auch gewesen, die Lloyd Georges Stimme für alle Zukunft in England unwirksam machen sollte. Seinen Nachfolgern ist es dann freilich gelungen, bei den endgültigen Verhandlungen mit der Türkei in Lausanne dem Irak, das heißt England, das Mossulgebiet dennoch zu sichern. Der türkische Anspruch ist allerdings bis zum heutigen Tage nicht endgültig aus der Welt geschafft.

Der britische Kampf mit Frankreich um die Aufteilung des Orients war hart gewesen, mit zahlreichen Zwischenfällen

durchsetzt, die einige Male beinahe die Front der Alliierten überhaupt gesprengt hätten. Das Endergebnis, das dann freilich noch durch den Freiheitskampf der Türken korrigiert wurde, sah die Araber nur mit einem Teil der ihnen gemachten Versprechungen abgegolten. Auch die Franzosen hatten nicht alles erreicht, obgleich sie sich durch die Besetzung des Hinterlandes von Damaskus mehr als entschädigt hatten. England aber schien dem Traum eines Middle Eastern Empire wesentlich nähergerückt. Das System der Mandate und Protektorate, für das die amerikanische Dollardiplomatie in Mittelamerika das Vorbild geliefert hatte, schien den Landweg nach Indien zu sichern. Noch konnte man in London nicht abschätzen, daß schon kurze Zeit darauf durch die nationale Erhebung Reza Schah Pahlevis das persische Mittelstück dem englischen Zugriff sich entziehen und daß die arabische Bewegung durch die Errichtung der Throne in Bagdad und Amman nicht zur Ruhe kommen würde, daß sie vielmehr gerade in jenem Teil Vorderasiens, in dem England durch die Herbeiziehung der Juden als drittem Faktor die Politik des „divide et impera" besonders geschickt durchgeführt zu haben glaubte, einen neuen Brennpunkt finden würde: in Palästina.

Die Juden kommen ins Spiel

Die Fragen, die die Aufteilung der Türkei seit dem Jahre 1914 aufgeworfen hatte, waren an sich schon so ungewöhnlich kompliziert, so sehr belastet mit französisch-englisch-italienischen Rivalitäten (um von Deutschland, der Türkei und Griechenland ganz zu schweigen), daß sie auch ohne die Hinzufügung des jüdischen Elements zu gewaltigen Spannungen hätten führen müssen. Allein schon die Ölvorkommen im Vorderen Orient waren Anlaß genug für heftigste Machtkämpfe. In dem Augenblick jedoch, in dem England auch noch die Judenfrage mitten in den Schnittpunkt der großen Interessen im Vorderen Orient hineinpflanzte, ist in diesen Schmelztiegel ein Element gekommen, das sich niemals mit den darin schon enthaltenen

vermischen konnte. Seit dem Tage, da Lord Balfour mit den berühmten 68 Worten seiner Erklärung vom 2. November 1917 den Juden ein Nationalheim in Palästina versprochen hat, war die britische Gesamtpolitik weit über die lokalen Fragen Palästinas und des Orients hinaus unwiderruflich mit dem jüdischen Weltproblem auf das engste verbunden. Ein Studium der englischen Beziehungen zum Judentum während des Krieges, wie auch in den Nachkriegsjahrzehnten, führt zu erstaunlichen Ergebnissen. Wie verfilzt die britische Politik mit jüdischen Interessen ist, läßt sich an der Palästina-Frage am besten ablesen. Sie ist weit über die arabisch-jüdischen Feindseligkeiten im Heiligen Lande hinaus zu einem Barometer der britischen Weltpolitik geworden.

Die Vorgeschichte der Balfour-Erklärung ist zu einem wesentlichen Teil die Geschichte des Zionismus, die in diesem Rahmen kaum mit knappsten Strichen angedeutet werden kann. Als Dr. *Theodor Herzl,* der Pariser Korrespondent der Wiener „Neuen Freien Presse", 1896 mit seiner Programmschrift „Der Judenstaat" hervortrat, war die Lage des Ostjudentums durch sich schnell folgende Pogromserien in Rußland gerade an jenem Punkt angelangt, an dem die Judenschaft vor allem in Polen und Weißrußland nach einem Ausweg zu suchen begann, der praktisch nur in organisierter Auswanderung bestehen konnte. Der Antisemitismus im zaristischen Rußland ist nur bedingt zu einer systematischen Gesetzgebung vorgedrungen. Er beschränkte sich auf die Duldung der Pogrome. Eine Politik, durch die in der Tat eine Lösung der Ostjudenfrage nicht herbeigeführt werden konnte. Herzl selbst war jedoch ein typischer Westjude, der zu seinem Begriff des Judenstaates vor allem durch den Eindruck gekommen war, den der Dreyfus-Prozeß auf ihn gemacht hatte[23]. Herzl selbst hatte, im Gegensatz zu den Gefühlen, die seine Programmschrift im Ostjudentum auslöste, an Palästina nur entfernt gedacht. Wo der Judenstaat, den er erstrebte, liegen solle, das sei, so schrieb er, eine „rein wissenschaftliche

Frage", die nach klimatischen, geologischen, kurz, natürlichen Verhältnissen „unter Berücksichtigung der neuesten Forschung" entschieden werden müsse. Das assimilierte Westjudentum lehnte die Parole des Judenstaates instinktiv mit wenigen Ausnahmen zunächst ab, weil es fürchtete, mit der zionistischen Parole müsse die Judenfrage in Europa überhaupt ins Rollen kommen, und damit die bisherige erfolgreiche Tarnung des Judentums wesentlich erschwert werden.

Ein Jahr nach dem Erscheinen von Herzls Buch trat 1897 in Basel der erste Zionistenkongreß zusammen, in dem Palästina als Ziel proklamiert wurde. Dies traf nun mit einer eigenartigen Strömung der englischen Bildung und Erziehung zusammen. In England hatte sich im 19. Jahrhundert bereits eine *„Restoration of the Jews"-Bewegung* nicht etwa unter den Juden, sondern in der bibelfesten Hocharistokratie entwickelt, die von der Überzeugung ausging, das Christentum könne sich erst dann wirklich erfüllen, wenn das jüdische Volk, aus dem die christliche Lehre heraus entstanden sei, nach seiner Urheimat Palästina zurückgekehrt wäre. Ob diese Bewegung mit den englischen Logen in engerer Beziehung stand oder gar durch sie ausgelöst wurde, wäre einer quellenkritischen Untersuchung wert. Daß sie mit der politischen Vertretung der Juden in England, dem 1817 gegründeten *„Board of Deputies of British Jews"* (dessen Vorgeschichte tief ins 18. Jahrhundert zurückgeht) zusammenhängt, läßt sich nachweisen. So kam es jedenfalls, daß die Palästinafrage im zionistischen Sinne schon während der britischen Auseinandersetzung mit Mohammed Ali von englischen Aristokraten im Jahre 1840 aufgerollt wurde. In erster Linie war es der Earl of Shaftesbury, der dem damaligen britischen Außenminister Palmerston einzureden versuchte, dieser sei von Gott dazu auserwählt, die Rückkehr der Juden nach Palästina in die Wege zu leiten.

Die Wurzeln dieser „Restoration of the Jews"-Bewegung reichen tief in die religiös-politische Vorstellungswelt der Eng-

länder hinein. Die führende englische Schicht begann im Laufe der viktorianischen Ära das Bibelwort von dem „auserwählten Volk" mehr und mehr auf sich selbst zu beziehen. Die englische Weltpolitik ist gerade den kaltblütigsten ihrer Vertreter sehr oft als der Ausdruck eines göttlichen Willens, einer neuen Offenbarung erschienen, mit der der Gott der Bibel das englische Volk in der modernen Zeit bedacht habe. Die englische Religiosität, die sich sooft mit der englischen Politik berührt, ist jedenfalls eng mit den Empfindungen verbunden, die die Engländer dem Judentum schon im 19. Jahrhundert entgegengebracht haben. Das religiöse Gefühl des Engländers ist tief unterschieden von dem des Deutschen. Es ist in einem für unser Empfinden schwer vorstellbaren Maß mit praktischen Erwägungen durchsetzt, jedoch so unterbewußt, daß eine religiöse Überzeugung wie die vom „auserwählten Volke" auf ganz natürliche Weise dem Engländer jene moralische Sicherheit gibt, die genügt, um eine Welt zu erobern – und sei es auch nur durch eine Kette von „Zufällen", wie das jener kokette englische Satz haben will: The British Empire is an accident. Das typisch britische Gerechtigkeitsgefühl, das der Ausländer so oftmals als „cant" empfindet, das aber in jedem Falle eine starke Realität ist, mußte es als peinlich empfinden, daß diesem Begriff des „auserwählten" Volkes noch derjenige der Bibel vorgelagert war, der sich nun einmal unzweifelhaft auf die Juden bezog. Infolgedessen entstand in der humanitären englischen Oberschicht der Wunsch, dieser über die Welt verstreuten Judenschaft möge durch ihren „auserwählten" Nachfolger wenigstens eine sanfte Ruhestätte bereitet werden. Ein Wunsch, der also nicht weniger von humanitären Überzeugungen ausging als von der typisch englischen praktischen Religiosität: der Beruhigung des eigenen Gewissens und der Erfüllung einer biblischen Prophezeiung, auf daß die auserwählte Erbschaft im Diesseits von Britannien mit um so sicherer Selbstgewißheit angetreten werden könne. Es läßt sich leider nicht vermeiden, daß jede Dar-

stellung solchen englischen Denkens für uns zur Ironie führt. Man muß sich jedoch daran gewöhnen, daß britischer Instinkt stets in ähnlichen Fällen so zu reagieren pflegt. Durch die ganze englische Verbindung mit Palästina schimmert dieser Grundzug immer wieder durch.

Auf der anderen Seite haben gerade die jüdischen Darstellungen der Ursprünge der zionistischen Bewegung nicht verfehlt, darauf hinzuweisen, daß „fast alle englischen Staatsmänner und Politiker, die sich für die Repatriierung der Juden einsetzten, ihre Haltung damit begründeten, daß es sich um eine Angelegenheit handle, die nicht nur ehrenvoll für das Britische Reich sei, sondern ihm auch Nutzen bringen werde. Palästina werde eine Stütze für die britische Orientpolitik sein“ [24]. In der Tat scheint die Stellungnahme eines Colonel George Gawler, eines ehemaligen Gouverneurs von Südaustralien, der 1845 eine Schrift über Syrien veröffentlichte, wesentlich davon beeinflußt worden zu sein, daß ihm ein jüdisches Palästina „als Gewähr für einen dauernden Einfluß Englands auf Syrien erschien, der für die britischen Interessen im Orient (Weg nach Indien) wichtig sei“. Selbstverständlich fanden all diese Bestrebungen in *Benjamin Disraeli* eine besondere Förderung. Wenn Disraeli beabsichtigt haben soll, die zionistische Frage sogar vor den Berliner Kongreß zu bringen, so entsprach das nur einer Gesamthaltung, die, wie aus unzähligen Äußerungen des späteren Lord Beaconsfield hervorgeht, auf eine Amalgamierung englischer und jüdischer Interessen hinauslief, wobei zugestandenermaßen für Disraeli die jüdischen stets im Vordergrund standen.

Im übrigen ist der Kreis von Familien, die sich für diese Palästinapolitik eingesetzt haben, bei näherem Zusehen begrenzter, als man zunächst denken möchte. Der oben erwähnte Colonel Gawler trat gemeinsam mit dem einflußreichen Sir *Moses Montefiore* um 1850 eine Reise nach Palästina an. Dieser Moses Montefiore ist in der frühen und mittleren viktorianischen Ära das Haupt des Judentums in England ge-

wesen. Von 1835 bis 1874 war er Präsident des „Board of Deputies of British Jews". Von dieser Stellung aus übte er seinen Einfluß auf Lord Shaftesbury und das „christliche" „Palestine Restoration Movement" aus. Mit Moses Montefiore vollzieht sich der offene Durchbruch des gehobenen englischen Judentums in die Society und den Adel. Der Stamm der Montefiore kehrt dann später in verschiedenen Heiraten im Samuel-Clan wieder, mit dem wir uns noch eingehender befassen werden. Hier mag es genügen, festzustellen, daß der „Board of Deputies", der schon für Moses Montefiore die anerkannte Plattform seiner politischen Tätigkeit abgab, in unserem Jahrhundert durch Sir Herbert Samuel (jetzt Viscount Samuel of Mount Carmel), Lord Rothschild, Sir Robert Waley-Cohen, Lord Bearsted, Lord Melchett und Lord Reading beherrscht wird – denselben Männern, deren Namen wir bei der Entstehung des Palästinamandats nun dauernd begegnen werden. Dazu kommt heute als Präsident der „Anglo-Jewish Association" Leonard G. Montefiore, ein Nachkomme von Sir Moses. Im „Board of Deputies" ist die eigentliche Kernorganisation des englischen Judentums zu erblicken, die mächtigste Zentralstelle des Weltjudentums. Von hier aus ist erst durch Moses Montefiore und in unserer Zeit durch die obengenannten jüdischen Politiker die Palästinapoltitik Englands in Szene gesetzt worden. Als Staat im Staate hat das „Board of Deputies" den in seiner Verfassung enthaltenen Grundsatz verwirklicht, „seinen Einfluß und seine Bemühungen zugunsten der jüdischen Gemeinden oder Einzelpersonen in fremden Ländern geltend zu machen".

Die Bewegung Herzls fand in England gerade bei Nichtjuden eine erstaunlich günstige Aufnahme. Im Jahre 1903 ließ Joe Chamberlain Th. Herzl nach London kommen und bot ihm in aller Form *Uganda* als Siedlungsland für die Juden an. Wäre dieses Angebot angenommen worden, so wäre vielleicht eine vernünftige Lösung des Judenproblems in der Welt garnicht ausgeschlossen gewesen. Herzl selbst war dazu be-

reit. Als er jedoch auf dem 6. Zionistenkongreß in Basel – ein Jahr vor seinem Tode – das Projekt vorlegte, stieß er auf heftigsten Widerstand der orthodoxen ostjüdischen Vertreter, die nicht irgendein Land, sondern Palästina als Judenland forderten. Herzl als typischer Westjude konnte die Argumentation seiner orthodoxen Rassegenossen überhaupt nicht verstehen. Die tiefe Spaltung in Ost- und Westjudentum, die sich später auch in Palästina selbst so deutlich zeigen sollte, wurde durch den Uganda-Vorschlag Joe Chamberlains zum erstenmal in der zionistischen Bewegung offenbar. Zweierlei sollte für später an diesem Uganda-Zwischenspiel wichtig sein: Der Außenminister in der „Ugandazeit" war – Arthur James Balfour. Der Rechtsanwalt aber, durch den Herzl den Ugandaentwurf ausarbeiten ließ[25], hieß – David Lloyd George. 1917 war Balfour wieder Außenminister und Lloyd George Premier!

In den folgenden Jahren sind dann von den Nachfolgern Herzls mit der finanziellen Unterstützung der Rothschilds die bereits seit 1882 bestehenden dilettantischen jüdischen Siedlungsversuche in Palästina systematisiert worden. Sie wurden vom Sultan, der übrigens Herzl mehrmals empfangen hatte, geduldet. 1908 eröffnete Arthur Ruppin in Jaffa ein Palästinaamt. Die letzten Jahre vor dem Weltkrieg brachten eine Reihe von Versuchen einer Ansiedlung von Ostjuden in der Ebene von Jaffa, sowie in Galiläa. Nach jüdischen Angaben[26] sind zwischen 1882 und 1914 12000 jüdische Siedler nach Palästina gelangt.

Das war der Stand der Dinge, als der Weltkrieg ausbrach, durch den der Führer der Zionisten in England, *Chaim Weizmann,* alsbald mit einigen maßgebenden britischen Politikern, mit Sir Mark Sykes, Balfour, Lord Milner und später auch Lloyd George in Verbindung gebracht werden sollte. Chaim Weizmann, dessen Kopf eine so eigenartige Ähnlichkeit mit Lenin zeigt, ist von Geburt Ostjude. Er ist 1873 in Motyli bei Pinsk – nicht weit vom Geburtsort Litwinows – geboren und

auch in Pinsk erzogen. Zunächst wollte er „Deutscher" werden. Er studierte in Berlin und Freiburg Chemie, kam dann aber an die Genfer Universität als Privatdozent und von dort zehn Jahre vor Kriegsausbruch nach Manchester. Schon kurz nach seinem Eintreffen in England war er dort als Professor für Biochemie mit Balfour, wie auch mit Sir Herbert Samuel bekannt geworden. Es ist überaus bezeichnend, welche Worte Balfours Nichte, Blanche E. C. Dugdale, für sein erstes Zusammentreffen mit Weizmann gefunden hat:

„Balfour hat sich sein Leben lang für die Juden und ihre Geschichte interessiert. Dies entsprang der Beschäftigung mit dem Alten Testament, zu der ihn seine Mutter angehalten hatte, wie auch seiner schottischen Erziehung. Als er heranwuchs, wuchs auch seine Bewunderung und Sympathie für gewisse Aspekte der jüdischen Philosophie und Kultur, und das Problem der Juden in der modernen Welt schien ihm von ungewöhnlicher Wichtigkeit. Ich erinnere mich, daß ich schon in der Kindheit von ihm den Glauben aufsog, daß die christliche Religion und Zivilisation dem Judentum gegenüber eine unmeßbare Schuld hat, die nur schamvoll zurückgezahlt wird... Er hatte keinen Kontakt mit zionistischen Juden – es gab damals nur wenige in England, und sie verkehrten nicht in den sozialen Kreisen, zu denen Balfours jüdische Freunde, wie zum Beispiel die Rothschilds, gehörten. Balfours Parteivorsitzender in Manchester war jedoch ein Jude, Mr. Dreyfus, und zu ihm äußerte Balfour 1905 den Wunsch, daß er die Gründe des zionistischen Verhaltens bei dem Ostafrikaangebot (Zurückweisung des Ugandaprojekts) kennenlernen wollte. Dreyfus erzählte ihm, daß in Manchester einer der jüngeren Führer der zionistischen Bewegung sich aufhalte, ein Jude aus Rußland: Chaim Weizmann, der sich unlängst in England niedergelassen habe." [27]

Weizmann konnte damals noch kaum englisch sprechen, und er erzählte später, er habe bei dieser Unterredung Blut geschwitzt, um sich dem konservativen Führer verständlich

zu machen. Damals ging es noch um die Nachwirkungen des Ugandaprojekts, und Weizmann hatte Mühe, Balfour klarzumachen, warum die Zionisten unbedingt Palästina und kein anderes Land wünschten. Er konnte noch nicht ahnen, daß aus jener Unterhaltung in Manchester die große Chance seines Lebens entstehen würde. Zum erstenmal war ihm nun in Balfour jene typisch englische geistige Einstellung zum Judentum entgegengetreten, die ihre Wurzeln in der von Moses Montefiore hervorgerufenen Palästinabewegung des 19. Jahrhunderts hat. Zehn Jahre blieben Weizmann Zeit, um sich zu überlegen, wie die jüdische Taktik sich jener puritanisch-alttestamentarischen Mentalität der englischen Oberschicht anpassen konnte. In diesen zehn Jahren galt es zunächst für den Ostjuden aus Motol, ein „englischer" Gentleman zu werden, Beziehungen zu knüpfen, das Gastland zu durchforschen.

1916 wurde Weizmann in das Munitionsministerium berufen, weil er gewisse chemische Verfahren erfunden hatte, die die Munitionsherstellung und -konservierung wesentlich verbesserten. Hier nun traf er mit Balfour, der damals Marineminister war, des öfteren wieder zusammen. Das große Spiel um Palästina für die Zionisten sowohl wie für England begann.

Balfour ist eine jener besonderen englischen Gestalten gewesen, in denen die Neigung zur Klassik und liberalen Philosophie und jene typisch englische Religiosität sich mit einem Höchstmaß von praktisch-realistischer Begabung verbindet. Sein Philosemitismus entsprang beiden Wurzeln. Bereits im Dezember 1914 hatte er eine Unterredung mit Weizmann gehabt[28], die jedoch noch keine besonderen Ergebnisse brachte. Zwei Jahre später war man in London darauf aufmerksam geworden, daß die jüdische Frage mehr und mehr eine wichtige Rolle für den Ausgang des Krieges spielen würde. Einige zionistische Führer in Amerika hatten einerseits mit dem Aufstieg der Demokratischen Partei unter Wilson bedeutenden Einfluß im Weißen Haus erlangt. Andererseits begann man

in Deutschland mit der Reichsregierung zu verhandeln. Man war sich in London darüber klar, daß der Großteil der Zionisten wegen der Bedrückung der Ostjuden in Rußland für den Zusammenbruch der russischen Verbündeten arbeitete. In Berlin wurden Pläne erwogen, ob nicht von der Türkei die Zusage einer Bereitstellung von Land für die Zionisten in Palästina zu erreichen sei. War bis dahin der Zionismus in der führenden englischen Schicht teilweise aus sentimentalen Erwägungen heraus gefördert worden, so verbanden sich nun plötzlich wichtigste realpolitische Interessen mit dem Palästinaproblem.

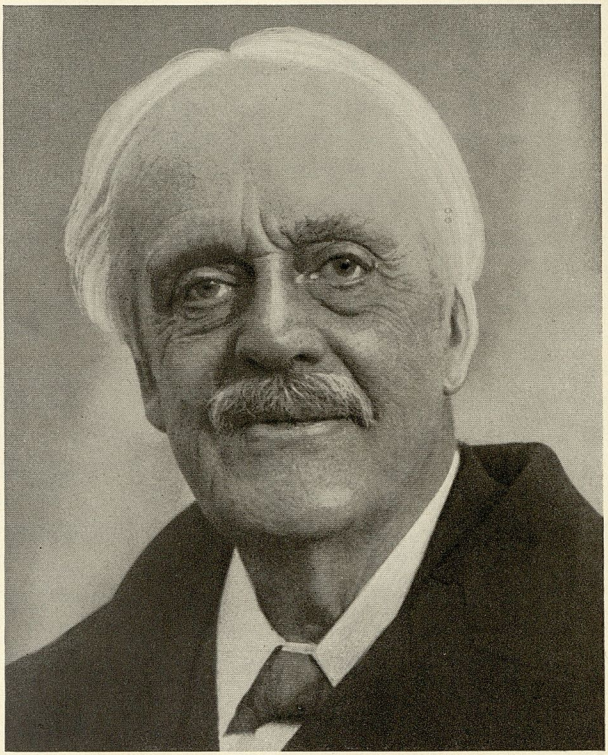
Für Balfour persönlich ist zweifellos sein Aufenthalt in den Vereinigten Staaten im Frühjahr 1917 für die endgültige Beurteilung der Palästinafrage ausschlaggebend gewesen. Er traf dort mit einem der einflußreichsten Zionisten zusammen, der gleichzeitig eine der bedeutungsvollsten Positionen im amerikanischen Staat innehatte: dem Mitglied des Obersten Gerichtshofes *Brandeis,* der enge Verbindungen zu Wilsons Berater Colonel House besaß. Im ersten Kabinett Wilsons war Brandeis als Arbeitsminister vorgesehen, er wurde jedoch dann als sicherer Vertrauensmann des Präsidenten im Supreme Court belassen.[29] Balfour bemerkte später, Brandeis sei in gewissem Sinne der bemerkenswerteste Mann gewesen, den er in den Vereinigten Staaten getroffen habe. Nichts könnte aufschlußreicher für die Mentalität dieser englischen Oberschicht sein als dieses Geständnis. Dem liberalen Dogma war jegliche rassische Betrachtung der Weltgeschichte fremd. Disraeli war zwar unbeliebt bei der Society gewesen, doch nur als Person. Man hütete sich, die tieferen Gründe für diese Abneigung zu erforschen. So sahen die führenden Engländer von vornherein in den jüdischen Kräften in Amerika sowohl wie in England, wie auch in Rußland und in Deutschland einen Faktor, der in Bausch und Bogen für die britische Sache gewonnen werden müsse.

Brandeis scheint Balfour bei diesen verschiedenen Unter-

redungen im April 1917 klargemacht zu haben, daß Amerika niemals ohne eine offen projüdische britische Politik in den Krieg eintreten werde. Selbst wenn vielleicht dieser oder jener jüdische Großbankier aus ähnlichen Erwägungen wie die reiche Judenschaft in Westeuropa dem Zionismus ablehnend gegenüberstand, war es doch klar, daß die große Masse des Judentums durch ein Palästinamandat für die Sache der Alliierten gewonnen werden würde. Man muß dabei berücksichtigen, daß 80% der Juden in Nordamerika Ostjuden waren, die zum größten Teil erst frisch eingewandert und aus Rußland und Polen die zionistische Ideologie als festen Glaubensbestandteil mitgebracht hatten. 1914 lebten bereits rund 15% des Weltjudentums (1935 über 31%) in den Vereinigten Staaten.[30] Sie waren eine Macht geworden.

Ganz klar sind die englischen Erwägungen bereits in einem Memorandum niedergelegt, das die britische Botschaft in Petersburg am 13. Mai 1916 dem russischen Außenminister Sasonow übergab. In diesem Memorandum wird auf ein Telegramm Sir Edward Greys über die Palästinafrage Bezug genommen. Es heißt dort wörtlich: „Es ist klar, daß durch die Ausnutzung der zionistischen Ideen wesentliche politische Resultate erzielt werden könnten. Eines dieser Resultate würde die Hinwendung des jüdischen Elements im Osten, in den Vereinigten Staaten und anderwärts zur Sache der Alliierten sein, jenes Elements, dessen Verhalten im Augenblick den Alliierten gegenüber feindlich ist."[31]

Dieses Memorandum ist wohlgemerkt in der Zeit kurz vor der Abfassung des Sykes-Picot-Abkommens in Petersburg übergeben worden. Es zeigt deutlich, aus welchen Erwägungen die „internationale braune Palästinazone" im Sykes-Picot-Abkommen zustande kam. Sowohl der Peel-Bericht wie auch die offizielle englische Geschichte der Friedenskonferenz von Professor *Harold Temperley* lassen nicht den mindesten Zweifel, daß bei den Erwägungen, die schließlich zur Balfour-Deklaration geführt haben, nüchterne, machtpolitische Inter-



Lord Arthur James Balfour

NARODNA IN UNIVERZITETNA KNJIŽNICA LJUBLJANA

essen Englands durchaus im Vordergrund standen. Temperley schreibt:

„Bis zu einem gewissen Grade waren einige noble Vorkämpfer des Zionismus (gemeint sind englische Nichtjuden) durch altruistische Motive bei der Balfour-Erklärung beeinflußt . . . Doch möchten wir wohl zweifeln, wieweit solche Erwägungen, wenn sie allein gestanden hätten, die Alliierten dazu gebracht hätten, einer Rückführung des jüdischen Volkes nach Palästina als einer Kriegsmaßnahme zuzustimmen. Die Wahrheit ist natürlich, daß für Großbritannien und seine Alliierten die in der Erklärung niedergelegte Politik ganz entscheidend eine Kriegsmaßnahme gewesen ist, die wohl berechnet war, um Erfolge von außerordentlicher Bedeutung für die Sache der Alliierten zu erzielen . . . Es war ein einfallsreicher und staatsmännischer Versuch, um zu verhindern, daß der unwägbare und universale Einfluß der Judenschaft den Mittelmächten zugute käme, und daß dieser höchst wichtige Einfluß für die Sache der Entente übergeleitet werde.“ [32]

Es sind drei Erwägungen zu unterscheiden, die der Balfour-Deklaration letztlich in England zum Siege verholfen haben. Die *Gewinnung des Weltjudentums* und mittelbar der Vereinigten Staaten für die britische Politik stand im Vordergrund. Wir sahen, daß bereits Sir Edward Grey diese Linie angesteuert hat. Balfour als sein Nachfolger im Foreign Office hat dieses Ziel dann völlig zu seiner Leitlinie gemacht. Sentimentale Erwägungen, die bei Balfour ursprünglich noch eine gewisse Rolle gespielt haben mögen, traten alsbald völlig zurück.

Die zweite Erwägung war durch das *Sykes-Picot-Abkommen* bedingt, von dem diejenigen Engländer, die für das Zurückweichen vor den französischen hegemonialen Wünschen im Vorderen Orient in diesem Abkommen verantwortlich waren, wieder abrücken wollten. Hier spielt die Ölfrage von Mossul eine wichtige Rolle, auf die wir noch zurückkommen werden. Personell ist als Exponent dieser Richtung Sir Mark

Sykes selbst zu nennen. Er nahm in den Monaten nach dem Abschluß des Abkommens mit Frankreich Beziehungen zu den Zionisten auf, durch die Weizmann entscheidend gefördert wurde, da Sykes damals die Position eines Verbindungsmannes in den Fragen des Vorderen Orients zwischen dem Foreign Office, dem War Office und dem Colonial Office einnahm. Wir wissen, daß Sykes, der gleichzeitig über ausgezeichnete arabische Verbindungen verfügte, innerlich die Praktiken des Foreign Office nicht billigte, selbst wenn er gegen seinen Willen zu einem der bekanntesten Exponenten dieser Geheimpolitik wurde. So ist anzunehmen, daß er sich die zionistische Frage eingebettet in die Lösung der gesamtarabischen Frage vorstellte. Wäre tatsächlich dem Scherifen gegenüber die Zusage gehalten worden, die die Vereinigung von Syrien und Mesopotamien mit dem Hedschas versprach, so wäre ja wohl die arabische Opposition gegen den Zionismus nicht von Anfang an so stark gewesen, wie sie es nach der Entwicklung der Ereignisse nach 1918 sein mußte. Sir Mark Sykes ist während der Friedensverhandlungen in Paris 1919 gestorben. Die letzten Gedankengänge dieses höchst interessanten Mannes, in dem sich alle Widersprüche der britischen Orientpolitik trafen, blieben infolgedessen verhüllt. Sykes war es jedenfalls, der die Zionistenführer im Frühjahr 1917 mit dem französischen Orientpolitiker Picot bekannt machte, wie er später auch Weizmann und Emir Feisal im Hauptquartier bei Amman zusammenführte. Bei all dem scheint jedoch für Sykes die Mossulfrage, das heißt die Rückgewinnung des an Frankreich abgetretenen Erdöls der ausschlaggebende Faktor gewesen zu sein.

Die dritte Gruppe schließlich, die für die Entstehung der Balfour-Erklärung in England verantwortlich war, gehörte zur Schule des Colonial Office und wurde vor allem durch Lord Milner repräsentiert, der die *strategischen Gedankengänge* seines Lehrmeisters Lord Cromer aufnahm und ebenfalls in der Annahme, es werde schließlich doch ein gesamtarabischer

Staat unter englischer Oberhoheit entstehen, keinen unvereinbaren Widerspruch zwischen der arabischen Bewegung und dem Zionismus sah. Tatsächlich hat Milner in den letzten Monaten vor der Balfour-Erklärung eine ausschlaggebende Rolle gespielt. Sein damaliger Adjutant: der erste Kolonialminister der Regierung Chamberlain, Ormsby-Gore, hat später sogar erklärt, Milner sei es gewesen, der den Entwurf der Balfour-Deklaration in seine letzte Fassung gebracht habe.[33] Die Ansichten dieser Gruppe sind bei Temperley folgendermaßen zusammengefaßt: „Für Großbritannien lagen besondere Gründe vor, warum es die Politik der Balfour-Deklaration unterstützte. Diese mögen in den ungewöhnlichen Vorteilen gefunden werden, die in dem Schutze des Suezkanals durch ein vorgeschobenes Gebiet liegen, an das wichtige Bevölkerungselemente nicht allein durch ihr Eigeninteresse gebunden sind, sondern die sich außerdem noch der Unterstützung des Weltjudentums erfreuen würden. Dies war die weitsichtige Vertretung der britischen imperialen Interessen, wie sie 1916 und 1917 gefunden wurden. Diese Gesichtspunkte zählten damals schon viel, noch weit mehr aber nach dem Kriege."[34] Temperley hat diese Zeilen 1924 geschrieben, zwölf Jahre später wäre es wohl keinem Engländer mehr in den Sinn gekommen, dies so offen auszusprechen! Man glaubte den britischen Interessen nicht besser dienen zu können als durch die Bildung einer jüdischen „Fremdenlegion" in Palästina.

Die Erklärung Balfours

Der Ablauf der Ereignisse wurde nun dadurch bestimmt, daß die Zionisten im Laufe des Jahres 1917 allmählich merkten, daß sie sich England gegenüber in einer sehr günstigen Position befanden. Sie begannen infolgedessen nun um die Formulierung zu kämpfen, mit der die jüdischen Ansprüche auf Palästina staatsrechtliche Gestalt gewinnen sollten. Wir haben die entscheidende Unterredung zwischen Balfour und Wilsons jüdischem Freunde, dem Oberrichter Brandeis, bereits er-

wähnt, die in Washington im Frühjahr 1917 stattfand. Schon vorher hatte die britische Regierung *Sir Rufus Isaaks,* den nachmaligen Lord Reading und ersten jüdischen Vizekönig in Indien, in Spezialmissionen nach Washington entsandt, bei denen Isaaks mit Brandeis zusammentraf.[35] So waren die Unterredungen Balfours in Washington durch die beiden Juden bereits vorbereitet.

Rothschild, Weizmann und Sykes arbeiteten im Juni 1917 eine Formel aus, deren Hauptsatz lautete: „Nach Prüfung der Bestrebungen der zionistischen Organisationen akzeptiert die Regierung Seiner Majestät das Prinzip der Anerkennung Palästinas als *des* nationalen Heimes des jüdischen Volkes, sowie das Recht des jüdischen Volkes, sein natürliches Leben in Palästina unter einem Schutz aufzubauen, der nach dem erfolgreichen Ausgang des Krieges festzusetzen ist." In den folgenden Monaten stellte sich nun heraus, daß diese Formulierung „the reconstitution of Palestine as the national home of the Jewry" gerade von den maßgebenden Empirepolitikern, vor allem von Milner, als viel zu weitgehend angesehen wurde. Diese Schwierigkeiten erwiesen sich als so groß, daß nun am Vorabend der endgültigen Balfour-Erklärung das Weltjudentum gegenüber seinem Freunde England zum erstenmal seinen Machtapparat ausspielte.

Eine jüdische Darstellung sagt selbst von diesen entscheidenden Monaten: „Man entschloß sich daraufhin (d. h. nach dem Auftreten dieser Schwierigkeiten) zwecks Stärkung der Position gegenüber dem englischen Kabinett durch Vermittlung der amerikanischen Zionisten Wilson zu einem aktiven Eingreifen zu veranlassen. Louis D. Brandeis, ein intimer Freund des Präsidenten, übernahm diese Aufgabe und erreichte es, daß Wilson in einer persönlichen Mitteilung an die englische Regierung seine Zustimmung zu der geplanten Deklaration zum Ausdruck brachte. Dem Zwang der Autorität des amerikanischen Präsidenten konnte sich niemand entziehen."[36]

So waren aus den Bittstellern Weizmann und Rothschild

plötzlich Kräfte geworden, die selbst das britische Kabinett in eine Zwangslage versetzen konnten. Die Saat der Zionistenfreunde ging schneller und anders auf, als sie sich das vielleicht vorgestellt hatten. Wie es scheint, ist dieses Eingreifen Wilsons entscheidend dafür gewesen, daß alle Widerstände gegen die Balfour-Deklaration schließlich niedergekämpft wurden. Angeblich soll Wilson sogar den von Brandeis aufgesetzten endgültigen Text nach London gekabelt haben.[37] Doch ist die Autorschaft Lord Milners wahrscheinlicher. Es sei immerhin vermerkt, daß der jüdische Indienminister im britischen Kabinett des Jahres 1917, Montagu, zu denjenigen gehört hatte, die die Balfour-Deklaration ablehnten. Offenbar nicht nur, weil er dadurch ungünstige Rückwirkungen für die Stellung des „assimilierten" Judentums in England befürchtete, sondern auch, weil gewisse Kräfte im India Office, dem er vorstand, ihn aus grundsätzlichen Erwägungen zu einer ablehnenden Haltung bewogen. Man spielte mit verteilten Rollen.

Die Balfour-Deklaration, die dann am 2. November 1917 veröffentlicht wurde, enthält nichts mehr davon, daß Palästina als *das* Nationalheim der Juden anzusehen sei. Sie enthält vielmehr nur noch die unklare Formel von der Errichtung *eines* Nationalheimes *in* Palästina. Wegen der zentralen Bedeutung der Balfour-Erklärung geben wir hier (im Auszug) den englischen und den ganzen deutschen Text des Briefes an Lord Rothschild wieder:

„H. M. Government views with favour the establishment in Palestine of a national Home for the Jewish People, and will use their best endeavours to facilitate the achievement of this object, it being clearly understood that nothing shall be done which may prejudice the civil and religious rights of existing non Jewish communities in Palestine or the rights and political status enjoyed by Jews in any other country."

„Ministerium des Äußeren, am 2. November 1917.

Mein lieber Lord Rothschild!

„Es bereitet mir großes Vergnügen, Ihnen namens der Regierung S. M. folgende Sympathieerklärung mit den jüdisch-zioni-

stischen Bestrebungen zu übermitteln, die dem Kabinett unterbreitet und von ihm gebilligt worden ist:

„Seiner Majestät Regierung betrachtet mit Wohlwollen die Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk und wird die größten Anstrengungen machen, um die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern, wobei klar verstanden werden soll, daß nichts getan werden soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und die politische Stellung der Juden in irgendeinem anderen Lande beeinträchtigen könnte.

„Ich bitte Sie, diese Erklärung zur Kenntnis der zionistischen Föderation zu bringen. Arthur James Balfour."

Die Balfour-Erklärung trägt, wie man sieht, alle Keime der späteren Verwirrungen bereits in sich. Während Balfour selbst wohl nicht zum wenigsten aus ideologischen Gründen bereit gewesen ist, den Juden Palästina als „national home" zuzusichern, hat der von Lord Milner, der im großen und ganzen stets die araberfreundliche Haltung der anglo-ägyptischen Schule einnahm, entworfene Text nur noch eine „Heimstätte der Juden in Palästina" im Auge. Auf der anderen Seite sollen aber die „bürgerlichen und religiösen Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina" gewahrt bleiben. Daß dies sich miteinander vereinbaren ließe, konnte man selbst in den verwirrten Monaten des Jahres 1917 nicht annehmen. Der Text der Balfour-Erklärung läßt das eine jedoch schon klar erkennen, daß es nämlich um die Zeit ihrer Bekanntgabe für die britischen Empirepolitiker, die sich der ganzen Aktion bemächtigt hatten, bereits feststand, daß weder die Juden noch die Araber künftig die Herren Palästinas sein sollten, sondern England. Den Juden wird in der Balfour-Erklärung nämlich auch für die Zukunft kein klares politisches Recht auf Palästina zugesagt. Den Arabern erst recht nicht, da ausdrücklich nur von den „bürgerlichen und religiösen Rechten nichtjüdischer Gemeinschaften" die Rede ist, nicht aber von den politischen. Die Balfour-Formel ist vier Monate lang in den verschiedenen Londoner Ämtern durchgeknetet worden.

So ist es ausgeschlossen, daß die Nichterwähnung der politischen Rechte ein Zufall wäre.

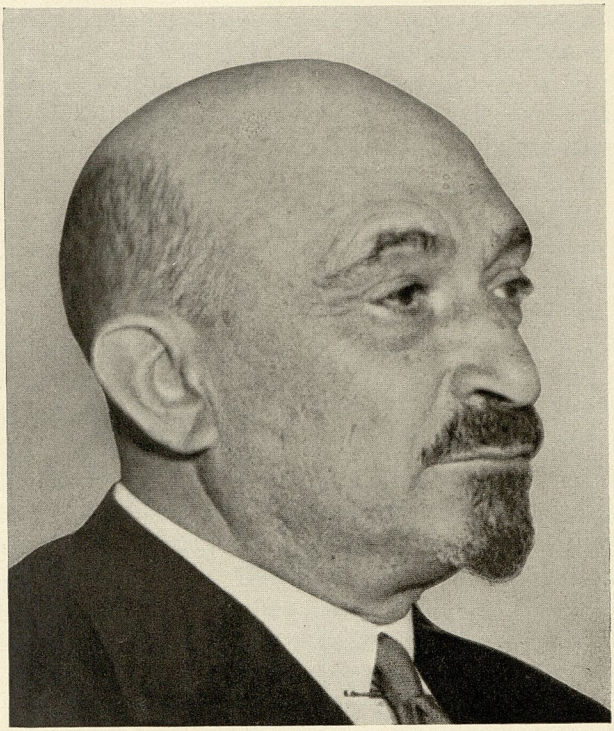
Ein anderer wohlüberlegter und bis in die Gegenwart höchst bezeichnender Zug ist darin zu sehen, daß die Balfour-Deklaration nicht von den Arabern in Palästina spricht, sondern nur von „bestehenden nichtjüdischen Gemeinschaften". Dieselbe Formulierung ist später in den Text der Mandatsverfassung aufgenommen worden, die in ihrer Präambel den Wortlaut der Balfour-Deklaration übernimmt, in einer Reihe von Artikeln von den Rechten der Juden spricht, während von der arabischen Bevölkerung immer nur negativ als der „nichtjüdischen" die Rede ist. Die Araber haben diese Formulierungen, in denen ausdrücklich von ihrer völkischen Existenz überhaupt nicht Kenntnis genommen wird, in denen sie vielmehr nur als negative Ergänzung zum Judentum erscheinen, stets besonders erbittert. Gilt es doch zu bedenken, daß im November 1917 in dem heutigen Palästinagebiet ungefähr 660 000 Arabern nur etwa 55 000 Juden gegenüberstanden.

Die Veröffentlichung der Balfour-Erklärung hat beide Strömungen in England, die sie zustande brachten, zunächst voll befriedigt. Die anglo-ägyptische Empireschule sah die britische Macht in Palästina auf lange Zeit gesichert. Das wichtige Brückenland für den Suezkanal war den klaren Ansprüchen der Araber aus den vorhergehenden englischen Verpflichtungen durch die Herbeiziehung des jüdischen Elements entzogen. Lord Milner und seine Mitarbeiter mögen ihr Gewissen damit beruhigt haben, daß sie zu jenem Zeitpunkt wohl noch ernsthaft glaubten, die Hauptteile Syriens, vor allem also Damaskus, Homs und Aleppo, würden einem arabischen Staate zufallen, wie das ja selbst das Sykes-Picot-Abkommen vorsah.

Auf der anderen Seite sahen die Kreise des Foreign Office um Balfour nun den erhofften Erfolg in den Vereinigten Staaten eintreten. Die jüdischen Massen in Amerika verfielen in einen wilden Enthusiasmus für die Alliierten. „Eine große

Freundschaftswoge ergoß sich auf England. Blieb der Erfolg auch unmeßbar, so war er doch nicht weniger groß."[38] Die Gesichtspunkte des Foreign Office, die Gewinnung der Judenschaft in Amerika und in der Welt durch die Schaffung eines jüdischen Anspruchs auf Palästina hatten sich also als richtig erwiesen. Als letztes Zeugnis zu diesem Thema sei ein Wort angeführt, das Lloyd George im Unterhaus noch am 19. Juni 1936 fallen ließ: „Es war wichtig für uns, jede legitime Hilfe, die wir erhalten konnten, zu suchen. Durch Informationen, die wir aus allen Teilen der Welt erhielten, kamen wir zu dem Schluß, daß es lebenswichtig war, die Sympathien der Juden zu gewinnen."[39]

Einige Monate später, im März 1918, wurde nun die Bildung einer zionistischen Kommission beschlossen, die sich nach Palästina begeben sollte, um dort die zionistische Organisation zu vertreten und „die britischen Militärbehörden in allen jüdischen Angelegenheiten als beratende Körperschaft zu unterstützen".[40] Der Präsident dieser Kommission war *Chaim Weizmann*. König Georg empfing ihn vor seiner Abreise in Privataudienz. In seiner Begleitung aber befand sich niemand anderer als der spätere Kolonialminister der Regierungen Baldwin und Neville Chamberlain, der damalige Major und Leiter des Near East Department im Foreign Office – *Mr. Ormsby-Gore*. Derselbe Mann also, der später durch viele Jahre hindurch England in der Mandatskommission der Liga der Nationen vertreten hat, derselbe Mann, der zum entschiedenen Gegner der Araber in Palästina wurde, derselbe Mann, der für den Teilungsplan Lord Peels verantwortlich zeichnen sollte, tritt uns bereits hier als Vertreter des Foreign Office in enger Verbindung mit Chaim Weizmann entgegen. Obwohl Ormsby-Gore zeitweise auch dem Stabe Milners angehört hat, sind für seine ganze Laufbahn die Gesichtspunkte maßgebend gewesen, die im Foreign Office in der Palästinafrage vorherrschten, und die, wie wir schon bemerkten, durchaus andere waren als die des Kolonialamtes und der Empireleute. Die Verbindung von



Dr. Chaim Weizmann

NARODNA IN UNIVERZITETNA KNJIŽNICA LJUBLJANA

Ormsby-Gores erster Palästinaerfahrung mit dieser Weizmann-Kommission ist überaus aufschlußreich.

Bei dieser ersten Reise Weizmanns nach Palästina im Frühjahr 1918 haben wahrscheinlich Ormsby-Gore und vielleicht auch Sir Mark Sykes jenes erste Zusammentreffen mit dem Emir Feisal in einem Zeltlager bei Amman jenseits des Jordans zustande gebracht. Hier gilt es nun, einen kurzen Blick auf eine weitere Episode zu werfen, die nach dem Beginn des großen arabischen Streiks im Jahre 1936 zunächst eine wichtige Rolle zu spielen schien, dann allerdings bald als Luftballon zerplatzte.

Anfang Juni 1936 erschien plötzlich in der französisch geschriebenen Judenzeitung in Kairo „La Bourse Egyptienne" der Text eines *Vertrages,* den *Weizmann und der Emir Feisal* über Palästina abgeschlossen haben sollen. Wenige Tage darauf, am 10. Juni 1936, veröffentlichte die „Times" einen Aufsatz Weizmanns, in dem dieser angebliche Vertrag zwischen ihm und dem Emir im Wortlaut veröffentlicht wurde. Weizmann behauptete, in Gegenwart des Obersten Lawrence habe er in London Feisal Anfang Januar 1919 wiedergetroffen und mit ihm einen Vertrag vereinbart, dessen Original sich in seiner Hand befinde. Im Artikel 1 versprechen sich der arabische Staat und Palästina in allen ihren Beziehungen und Unternehmungen gegenseitigen guten Willen. Der Artikel 3 heißt nach Weizmanns Veröffentlichung: „In der Errichtung der Verfassung und Verwaltung in Palästina sollen alle diejenigen Maßnahmen angewandt werden, die die vollsten Garantien dafür bieten, daß die Erklärung der britischen Regierung vom 2. November 1917 ausgeführt wird." Im Artikel 4 heißt es: „Alle notwendigen Maßnahmen sollen unternommen werden, um die Einwanderung von Juden nach Palästina in einer großen Zahl zu ermutigen und anzureizen ... dabei sollen die arabischen Bauern in ihren Rechten und ihrer wirtschaftlichen Entwicklung gefördert werden."

Weizmann behauptet, diesen Vertrag am 3. Januar 1919 mit

Feisal in London unterzeichnet zu haben. Feisal habe aber in arabischer Sprache einen Vorbehalt dazu geschrieben, dessen Übersetzung in der Handschrift des Obersten Lawrence die „Times" am selben Tage in Faksimile brachte. Dieser Vorbehalt soll sich nach Weizmann nun merkwürdigerweise auf ein arabisches Memorandum vom 4. Juni 1919 bezogen haben, also auf ein Memorandum, das erst ein halbes Jahr später ausgegeben wurde. Später ist dann allerdings „Juni" als ein Druckfehler bezeichnet und durch „Januar" ersetzt worden. Der wesentliche Satz des Vorbehalts lautet: „If changes are made, I cannot be answerable for failing to carry out this agreement."

Der Peel-Bericht geht auf diese ganze höchst dunkle Angelegenheit nur mit wenigen Sätzen ein und zitiert nur diesen Vorbehalt Feisals, da es auch Lord Peel als das Wesentliche erschien, daß solche Änderungen eingetreten sind, durch die Feisal nicht verantwortlich dafür gemacht werden konnte, daß der Vertrag nicht ausgeführt wurde. Die Araber erklärten sofort, schon wegen des eigenartigen Datums des Memorandums, auf das sich Feisal bezogen haben will, sei das ganze wohl eine Fälschung[41]. Tatsächlich muß man sich fragen, warum Weizmann mit diesem Dokument erst nach siebzehn Jahren an die Öffentlichkeit trat. Lawrence ist 1935, Feisal 1933 gestorben. Offenbar mußte doch wohl der Tod dieser beiden Zeugen abgewartet werden, ehe Weizmanns Dokument zum Vorschein kommen konnte. Die Juden hofften damals mit dieser Veröffentlichung den Lauf der Dinge entscheidend beeinflussen zu können. In Wirklichkeit erwies sich diese ganze Dokumentengeschichte als Eintagsfliege, wie die Behandlung im Peel-Bericht zeigt. Im Grunde hat Weizmann nicht mehr damit erreicht, als daß er eine herrliche Gelegenheit für Sensationsschreiber geschaffen hat, dieselben, die auch täglich bereit sind, den verstorbenen Lawrence als britischen Geheimagenten vom Nordpol bis nach Südafrika wieder aus dem Grab auferstehen zu lassen.

Immerhin mag Feisal unter dem Eindruck des französisch-englischen Memorandums vom 7. November 1918 in den ersten Wochen des Jahres 1919 noch geglaubt haben, die jüdische Frage sei für das entstehende arabische Reich nicht so wichtig. War er doch eben erst von König Georg empfangen und ausgezeichnet worden. Wußte er doch auch damals noch nicht, welches Spiel hinter den Kulissen bereits begonnen hatte. Einige Wochen darauf, am 27. Februar 1919, hat dann Weizmann selbst vor der Friedenskonferenz jene berühmte Äußerung getan, mit der er das Maximalprogramm des Zionismus umrissen hat: „Wir verstehen unter einer jüdischen nationalen Heimstätte die Schaffung solcher Bedingungen in Palästina, die es uns ermöglichen, 50–60 000 Juden jährlich ins Land zu bringen und sie dort anzusiedeln, unsere Institutionen, unsere Schulen und die hebräische Sprache zu entwickeln und schließlich solche Bedingungen zu schaffen, *daß Palästina genau so jüdisch werde wie Amerika amerikanisch und England englisch ist.*"

Hier war also nicht mehr von einem jüdischen Nationalheim *in* Palästina die Rede, sondern die Juden versuchten nun, die Alliierten und insbesondere England für ihr radikales Programm zu erpressen. Als ich mich fast auf den Tag genau achtzehn Jahre später im Hause der Jewish Agency in Jerusalem nach dem Programm der Juden in Palästina erkundigte, hat man von jüdischer Seite Formulierungen gebraucht, die fast unverhüllt auf dasselbe hinausliefen, was Weizmann damals schon vor der Friedenskonferenz forderte. Was immer die Juden den Arabern gelegentlich versprochen haben mögen, welche Zusagen immer sie auch in schwierigen Momenten den Engländern gaben, von dem eigentlichen Ziel, der völligen Hebräisierung Palästinas und damit der Entrechtung und Hinausdrängung der arabischen Eigentümer des Landes, sind sie bis zum heutigen Tage nicht einen Augenblick abgewichen. Auch der Peel-Bericht wird, wie wir noch sehen werden, von den Juden als nichts anderes denn als eine

Etappe zu diesem Ziele betrachtet. Erst drei Jahre später, als in Palästina bereits heftige Unruhen ausgebrochen waren, sah sich die britische Regierung gezwungen, diese Formulierung Weizmanns, die ihre ganze Mandatstaktik zu kompromittieren begann, zurückzuweisen. Churchill antwortete in seinem Weißbuch vom 3. Juni 1922: „Unautorisierte Äußerungen sind zu dem Zwecke gemacht worden, den Eindruck zu erwecken, es sei beabsichtigt, ein völlig jüdisches Palästina zu gründen. Es sind Redensarten gebraucht worden, Palästina soll so jüdisch werden wie England englisch ist. Die Regierung Seiner Majestät sieht jede solche Erwartung als undurchführbar an und hat keinerlei solche Ziele im Auge“ [10]. Die Frage war und ist nur, ob das Weltjudentum, das dieses Ziel im Auge hat, nicht Möglichkeiten besitzt, um es von England zu erzwingen.

Die wirkliche Stimmung, die in Syrien und Palästina im Jahre 1919 herrschte, ist für die heutige Beurteilung viel aufschlußreicher als die Handlungen Feisals, der nicht nur von England abhängig war, sondern auch gerade in jenen Jahren taktische Wendungen machen mußte, die sich aus der Situation ergaben. Diese wirkliche Stimmung in Palästina ist von den beiden Amerikanern *Charles R. Crane* und *Henry Churchill King*, die, wie wir schon erwähnten, von Wilson zur Untersuchung nach Palästina geschickt worden waren, hinlänglich ergründet worden. Aus ihrem Bericht ergibt sich ein erschütterndes Bild [42].

In Palästina stellten die beiden Amerikaner fest, daß die englische Militärverwaltung dort Versuche machte, die Stimmung zugunsten eines britischen Mandats zu beeinflussen. Die Ablehnung eines französischen Mandats durch die Araber in Syrien war völlig einhellig. Die Methoden der Franzosen gegen diese ihnen feindliche Stimmung in Syrien waren der Auftakt dessen, was sie dann in den folgenden Jahrzehnten teilweise auf das Grausamste entwickelt haben. Interessant ist, daß sich der Widerstand gegen das zionistische Programm nicht nur auf Palästina beschränkte, sondern auch in ganz Syrien deut-

lich war. 72% aller Petitionen, die in Syrien überhaupt eingereicht wurden, richteten sich gegen den Zionismus. Die Amerikaner erklärten selbst, sie hätten ihr Studium über den Zionismus mit einem Vorurteil zu seinen Gunsten begonnen, sie seien jedoch zu einem negativen Urteil gekommen. Sie verlangten, das radikale zionistische Programm müsse weitgehend gemildert werden.

„Denn eine nationale Wohnstätte für das jüdische Volk", so schrieben sie, „heißt nicht, daß Palästina in einen jüdischen Staat verwandelt werden soll; die Errichtung eines solchen jüdischen Staates wird sich auch nicht ohne die schwersten Übergriffe gegen die zivilen und religiösen Rechte der Araber durchführen lassen. Wiederholt stellte es sich in den Konferenzen der Kommission mit den jüdischen Vertretern heraus, *daß die Zionisten mit einer vollständigen Entrechtung der gegenwärtigen nichtjüdischen Einwohner durch verschiedene Formen des Landankaufs rechnen.*" So kamen also diese Amerikaner zu dem Schluß, daß die Juden in der Formulierung der Balfour-Deklaration nur eine taktische Haltung der Engländer sähen, daß sie aber glaubten, in Wirklichkeit solle ihnen doch ganz Palästina zufallen. „Keiner", so schrieben sie weiter, „von den britischen Offizieren, die von den Kommissionen zu Rate gezogen wurden, glaubte, daß sich das zionistische Programm anders als durch Waffengewalt durchführen ließe." Schließlich empfahl die Kommission, daß die jüdische Einwanderung definitiv eingeschränkt und daß der Plan, Palästina in ein ausgesprochen jüdisches Gemeinwesen zu verwandeln, aufgegeben werde. „Dann aber läge kein Grund vor, Palästina nicht ebenso wie andere Teile der Erde in einen vereinigten syrischen Staat aufzunehmen, wobei die heiligen Stätten der Obhut einer internationalen und interreligiösen Kommission unterstellt werden müßten."

Wenn auch dieser Bericht für die Friedenskonferenz zu spät kam, wenn er auch vom amerikanischen State Department geheimgehalten wurde, so ist doch kein Zweifel, daß seine

Grundzüge alsbald in London bekannt wurden, jedenfalls noch ehe über Palästina endgültig entschieden worden war. Die Veröffentlichung in Bakers Werk über Wilson und Versailles ist in Amerika und England 1922 erfolgt. Alle diese Schlußfolgerungen von King und Crane haben nicht nur den Gang der späteren Ereignisse mit unwahrscheinlicher Klarheit vorausgeahnt, sondern, was uns noch wichtiger erscheint, die Engländer konnten nach diesem objektiven Bericht niemals mehr behaupten, es hätten sich die Folgen ihrer projüdischen Palästinapolitik nicht von vornherein absehen lassen. 1919, 1920 und 1921 fanden die ersten blutigen Aufstände der Araber gegen die Juden statt, genau wie dies die amerikanische Kommission vorausgesehen hatte. Bei dem Aufstand von 1921 waren entsprechend den amtlichen britischen Mitteilungen bereits 95 Tote, davon 48 Araber, und 219 Verwundete, darunter 73 Araber, zu beklagen[43]. Ein Schicksal nahm seinen Lauf, das in dem Augenblick, da diese Zeilen geschrieben werden, noch nicht vollendet ist. Auch im Laufe des Jahres 1939 erreichen uns noch täglich die Meldungen von neuen Verhaftungen, Attentaten und Todesurteilen in Palästina. Die Saat der Balfour-Deklaration ist furchtbar aufgegangen.

Die Engländer haben später stets damit argumentiert, daß ihnen das Palästinamandat ja von der Liga der Nationen übertragen worden wäre. Wie es in Wirklichkeit damit bestellt war, haben wir schon angedeutet. Das Mandat über Palästina ist England erst am 22. Juli 1922 vom Rat der Liga übertragen worden. Erst am 29. September 1923 trat es offiziell in Kraft. In Wirklichkeit handelte es sich bei dieser „Übertragung" durch den „Völkerbund" nur noch um eine Scheinoperation. Der faktische Beginn der endgültigen englischen Herrschaft in Palästina datiert von der Konferenz von San Remo im April 1920. Bereits im Juli 1920 trat der erste britische Hohe Kommissar sein Amt in Jerusalem an. Ob ein Mandat bestand oder nicht, war dabei gleichgültig. Der Wille Englands, aus Palästina nie mehr zu weichen, stand fest. Die

Gründe haben wir beleuchtet. Der erste Hohe Kommissar aber, der in Jerusalem erschien, war Sir Herbert Samuel, derjenige Jude, der zum erstenmal als Vertreter seiner Rasse während des Krieges das englische Innenministerium besetzt hatte. Abkömmling einer der mächtigsten jüdischen Familien in England, ein Sproß des Montagu-Clans.

„Auf einer Welle von Öl"

Der bei weitem überwiegende Teil aller Schriften, die über Palästina seit 1915 verfaßt worden sind, ist von Juden oder von Engländern geschrieben, die aus den verschiedensten Gründen für den Zionismus eingenommen sind. So ist es kein Wunder, daß die Hintergründe, aus denen sich das Palästinamandat allmählich herausentwickelte, zu einem wesentlichen Teil unaufgehellt blieben. Das Spiel, das um die Palästinafrage zwischen 1917 und 1923 gespielt worden ist, reicht unmittelbar in die dunkelste Sphäre der imperialistischen Weltpolitik hinein: in den Kampf der Weltmächte um das Öl. Am 15. Dezember 1917 hatte Clemenceau einen Notschrei nach Amerika geschickt, der heute drastisch zeigt, welche Rolle der Ölfrage im Weltkriege zukam. Er schrieb an Wilson: „Die Unmöglichkeit, die Erdölvorräte zu ergänzen, würde die sofortige Lähmung unserer Armeen zur Folge haben und könnte uns zum Abschlusse eines für die Alliierten unvorteilhaften Friedens zwingen... Die Sicherheit der alliierten Nationen steht auf dem Spiel. Wenn die Alliierten den Krieg nicht verlieren wollen, dann dürfen sie im Augenblick der großen deutschen Offensive nicht zulassen, daß es Frankreich an Erdöl mangle, das in den kommenden Schlachten ebenso notwendig ist wie Blut..."

Der Kriegsbedarf der Alliierten ist in der Hauptsache von Amerika befriedigt worden. Immerhin spielten die südpersischen Ölvorkommen, die durch die Anglo-Persian Oil Company – deren Anteile Churchill kurz vor dem Kriege zu 50% für den britischen Staat gesichert hatte – ausgebeutet wurden,

eine wichtige Rolle. Das Vorgehen gegen die Türkei in Südmesopotamien hatte im wesentlichen zum Ziele, die britischen Ölraffinerie-Anlagen in Abadan zu schützen, die hart an der Grenze der ehemaligen Türkei (des heutigen Irak) auf persischem Gebiet am Schatt el-Arab lagen. Schon während des Krieges tauchten jedoch Pläne auf, das *Mossulgebiet* ölwirtschaftlich für die Alliierten auszubeuten. Tatsächlich ist es jedoch bis 1918 eine verhältnismäßig ruhige türkische Etappe geblieben. Die Engländer sind erst nach dem Waffenstillstand mit der Türkei in Mossul eingerückt. Trotzdem haben die Ölvorkommen in jenem hauptsächlich von Kurden bevölkerten türkischen Vilayet für alle Machtfragen zwischen den Alliierten im Vorderen Orient eine ausschlaggebende Rolle gespielt. Schon vor dem Krieg war das Mossulgebiet zum Streitobjekt zwischen englisch-holländischen und amerikanischen Erdölgruppen geworden. Das berühmte Projekt der Berlin–Bagdad-Bahn baute sich wesentlich auf der künftigen Ausbeutung dieses Erdölgebiets auf. 1912 wurde schließlich die Turkish Petroleum Company gegründet, an der die Koninklijke Shell-Gruppe mit 25%, die Deutsche Bank mit 25% und die Türkische Nationalbank mit 50% beteiligt waren. Die amerikanischen Ansprüche, die sich aus früheren Konzessionsverträgen mit der Pforte ergeben haben, fielen unter den Tisch. Kurz vor Kriegsausbruch war es der Anglo-Persian Oil Company, das heißt dem englischen Staat, gelungen, die 50% der Türkischen Nationalbank an sich zu reißen. Das Verhältnis der deutschen und englischen Anteile hatte sich damit auf 25 zu 75% verschoben.

Dies war auch noch der rechtliche Stand der Dinge, als 1916 das Sykes-Picot-Abkommen geschlossen wurde. Unter dem Eindruck der Niederlage General Townshends bei Kut el-Amara hatten, wie wir sahen, die Engländer den Franzosen im Sykes-Picot-Abkommen gewaltige Zugeständnisse gemacht, zu denen unter anderen die Einbeziehung des Mossulgebietes in die künftige französische Einflußsphäre gehörte. Am 15. Mai

1916 schrieb allerdings der französische Botschafter in London, Cambon, an Sir Edward Grey: „Ich habe die Ehre, Ew. Exzellenz davon zu informieren, daß die französische Regierung bereit ist, die zahlreichen britischen Konzessionen, die mit Sicherheit aus der Vorkriegszeit stammen, in den Gebieten zu bestätigen, die Frankreich zugesprochen werden oder die von seinem Einfluß abhängig sein werden."

Die Rechte aus der Turkish Petroleum Company hatten die Engländer damit also für sich gerettet. Daß eine wirkliche Ausführung des Sykes-Picot-Abkommens dennoch zur völligen Zerschlagung der englischen Einflußsphäre im Vorderen Orient geführt hätte, haben wir bereits gezeigt. Daß damit auch die englischen Ölinteressen auf das lebhafteste berührt worden wären, verstand sich von selbst. Von dem Augenblick an, an dem das Sykes-Picot-Abkommen unterzeichnet war, traten in London daher auch alle mächtigen Ölmagnaten und die von ihnen abhängigen Politiker für eine Revision dieses Abkommens auf den Plan.

„Auf einer Welle von Erdöl wurden die Alliierten zum Siege getragen", sagte Lord Curzon vor dem Interalliierten Petroleumrat wenige Tage nach dem Waffenstillstand, am 21. November 1918. Auf einer Welle von Petroleum, so muß man hinzufügen, wurden auch die geheimen Abkommen und Versprechungen Englands und Frankreichs während und nach dem Kriege dahingeschaukelt. Zwei Namen, die für das Schicksal Palästinas von größter Bedeutung werden sollten, sind es, die uns die Anhaltspunkte dafür liefern, wie eng die Politik der Balfour-Deklaration mit ölpolitischen Geld- und Machtinteressen verquickt gewesen ist. Die Balfour-Deklaration ist, wie wir sahen, in einen Brief an Lord *Rothschild* eingekleidet. Der erste Hohe Kommissar in Palästina war Sir *Herbert Samuel.* Diese beiden jüdischen Politiker gehörten jener „emanzipierten und assimilationsbereiten" jüdischen Oberschicht in England an, die im großen und ganzen nicht zu den Anhängern der zionistischen Politik rechnete. Wir haben bereits die

Feindschaft Montagus, des jüdischen Indienministers der Kriegszeit, erwähnt. Wie er, sprachen sich eine Reihe von Finanzjuden gegen eine Palästinapolitik dieser Art aus.

Warum nun nahmen Lord Rothschild und Sir Herbert Samuel eine so andere Stellung zur Palästinafrage ein als die Mehrzahl derjenigen ihrer Rassegenossen, die in England zu hohen Staatsämtern oder auch zu einflußreichen Wirtschaftsstellungen gelangt waren? Die Erklärung, die gemeinhin gegeben wird, lautet sehr einfach: diese beiden Mitglieder des „englischen" Adels seien ausgesprochen philanthropisch veranlagt und daher so eifrige Befürworter eines Judenheimes in Palästina gewesen. Wie immer es sich damit verhalten mag, für uns ist es wichtig, zu wissen, daß sowohl die Rothschilds wie auch die Samuels jüdische Großfamilien waren, die schon lange vor dem Krieg eine führende Rolle im Ölhandel spielten. Die Philanthropie der beiden Juden, die neben Weizmann (der doch wohl für diese geadelten Herren ein kleiner Ostjude blieb) die zionistische Sache mit dem britischen Kabinett aushandelten, dürfte vom ersten Augenblick an stark nach Petroleum gerochen haben. Selbstverständlich traten nicht diejenigen jüdischen Ölmagnaten in der zionistischen Sache selbst in den Vordergrund, die in den britischen Ölgesellschaften die maßgebende und einflußreichste Rolle spielten. Man verteilte vielmehr die Aufgaben. In beiden Fällen waren es hochmögende entfernte Verwandte, die sowohl vom Rothschild- wie vom Samuel-Clan an die Front des politischen Zionismus geschickt wurden.

Betrachtet man den „Stammbaum" des mit seinen Aberdutzenden von Tochtergesellschaften über die ganze Welt verstreuten Koninklijke Shell-Konzerns, so stehen am Anfang als „Vater" und „Mutter" die Koninklijke Nederlandsche Maatschappij (Royal Dutch) und die Shell Transport and Trading Company, Limited. Schlägt man heute in einem Ölhandbuch nach, so findet man als Gründer dieser Shell Company den Lord Bearsted angegeben. Dies aber ist niemand anderer als

der Sohn eines gewissen *Marcus Samuel*, der um die Mitte des vorigen Jahrhunderts in Whitechapel ein kleines Import- und Exportgeschäft betrieb, in dem vor allem mit Muscheln zur Perlmuttergewinnung gehandelt wurde. Der Sohn, der wiederum Marcus Samuel hieß, übernahm dieses Geschäft. Er entwickelte es und hatte bald schon eigene Dampfer laufen. Ein kleines Bankgeschäft unter der Firma Marcus Samuel & Co. wurde nebenbei in Gemeinschaft mit seinem Bruder Samuel Samuel betrieben. In den neunziger Jahren verfiel nun Marcus Samuel junior darauf, die Leerfrachten seiner nach Ostasien fahrenden Schiffe dadurch auszunutzen, daß er sie erst ins Schwarze Meer nach Batum einfahren ließ, wo seine Flotte russisches Öl aus Baku tankte, das dann in Indien und Ostasien weiterverkauft wurde. Es war ein reines Zwischenhandelsgeschäft[44]. Als Marcus Samuel schließlich als erster darauf verfallen war, eigene Tankdampfer für diesen Handelszweig zu bauen und von Batum in regelmäßiger Route durch den Suezkanal nach Ostasien zu schicken, behielt er das Wahrzeichen seines bisherigen Handels, die Muschel (shell), bei, die seitdem in roter Farbe auf gelbem Grunde zu einem Wahrzeichen geworden ist, das jedes Kind von Dublin bis Tokio und von Santiago bis Alaska kennt.

1897 war die Shell Transport and Trading Co. gegründet worden. Zehn Jahre später besaß sie bereits mit über 100 000 Bruttoregistertonnen die größte Tankflotte der Welt. In den Jahren 1902/03, denselben übrigens, in denen Marcus Samuel die Würde eines Lord Mayor der City von London bekleidete, waren die ersten Verträge mit der holländischen Koninklijke Nederlandsche Maatschappij geschlossen worden, die alsbald zum Aufbau dieses gewaltigen Ölkonzerns führten. Sir Henri Deterding, holländischer Abstammung, aber in England naturalisiert, wurde die beherrschende Gestalt in der Shell-Gruppe. Der Weltkampf um die Ölfelder ist im wesentlichen von ihm geführt worden. Die Samuelfamilie beschränkte sich weiter auf den Ausbau des reinen Handelsgeschäfts innerhalb der

Shell-Gruppe. Was Jahrzehnte vorher mit Muscheln ausprobiert war, blieb auch weiterhin im Ölgeschäft ihr Tätigkeitsbereich. 1921 erhielt Marcus Samuel den Titel eines ersten Lord Bearsted of Maidstone. 1924 wurde er Viscount. „Who's who" von 1924 gibt an, die Peerswürde sei ihm für „außerordentliche öffentliche und nationale Dienste" verliehen worden. Belgische, japanische Orden trägt er nun auf seiner Brust. Unter anderem erhielt er auch den Großoffizier der französischen Ehrenlegion. Der Aufstieg vom Muschelhandel in den exklusiven Kreis der Großen dieser Welt war vollendet.

An diesem Punkte nun taucht eine zweite Linie auf. Der Rang eines Großoffiziers der französischen Ehrenlegion ist Marcus Samuel durch die Pariser *Rothschilds* verschafft worden. Das Haus Rothschild Frères hatte ebenfalls bereits vor dem Kriege gewaltige Ölinteressen in Baku erworben. Es besaß den maßgebenden Einfluß in der „Europäischen Petroleum-Union", die ihre Ölinteressen auf ganz Südrußland, aber auch durch die Mineralöl-Raffinerie AG., Sitz Budapest, auf Galizien und Rumänien erstreckte. Dieser Rothschild-Konzern, zu dem eine ganze Reihe von Gesellschaften gehörte, zum Beispiel die „Société de Naphte Caspienne et de la Mer Noire Bnito" und die Mazut-Gesellschaft hatte mit Marcus Samuels Shell Transport and Trading Co. und der Koninklijke Nederlandsche Maatschappij bereits im Jahre 1903 eine neue Holding-Gesellschaft, die sogenannte Asiatic Petroleum Company gegründet, durch die zwischen dem Samuel- und dem Rothschild-Clan eine enge Interessengemeinschaft in allen Ölfragen hergestellt worden war. Im Jahre 1912 gingen dann die verschiedenen Firmen des Pariser Rothschild-Konzerns in der von den Samuels beherrschten Shell überhaupt auf.

In denselben Jahren stellten nun auch die Londoner Rothschilds dem wachsenden Shell-Konzern ihre Finanzbeziehungen zur Verfügung. Marcus Samuels Tankdampferflotte ist im wesentlichen mit Geld gebaut worden, das die Rothschilds für ihn aufgebracht haben. Es spielen dabei viele merkwürdige

Persönlichkeiten wie Sir Basil Zaharoff hinein, die jedoch für unseren Zusammenhang nicht wichtig sind. Wichtig dagegen ist, daß die Pariser Rothschild-Gruppe bei dem Verkauf ihrer Ölinteressen in Südrußland mit Aktien der Shell-Gesellschaft in Höhe von 241 227 Pfund Sterling bezahlt wurde, die banktechnisch von den Londoner Rothschilds begeben wurden[45]. Als Zwischenglied zwischen den Samuels, den Pariser und Londoner Rothschilds fungierte ein Armenier Gulbenkian, der, wie wir noch sehen werden, bei dem großen Raub im Vorderen Orient sein Schäfchen gehörig ins Trockene bringen konnte. Die Pariser Rothschilds hatten selbstverständlich auch ihren Vertrauensmann am Quai d'Orsay, und das war kein geringerer als Philippe Berthelot, der langjährige allmächtige Generalsekretär des französischen Auswärtigen Amtes. Nicht weniger war dann während des Krieges der Vorsitzende der staatlichen französischen Petroleumwirtschafts-Kommission, der Senator Bérenger, der bei uns in seiner Rolle als treibende deutschfeindliche Kraft bekannt ist, mit dem Hause Rothschild Frères verbunden, das die Interessen sowohl der Londoner Rothschilds wie der Samuels in Paris wahrte. Bérenger war Vertreter Frankreichs in dem bereits erwähnten Interallied Petroleum Executive Council, dem Obersten Petroleumrat der Entente während des Krieges. Ohne daß wir Anspruch auf Vollständigkeit erheben könnten, ist damit zum mindesten das Grundnetz der westeuropäischen jüdischen Ölinteressen aufgezeigt, das für die Gründung Palästinas eine schlechthin entscheidende Rolle spielen sollte.

Um dieselbe Zeit, da Marcus Samuel seine Shell-Handelsgesellschaft mit Hilfe der Rothschilds zu entwickeln begann, gelang es einem anderen Zweige der großen Samuelfamilie, der von einem Silberschmied Louis Samuel in Liverpool abstammt, den entscheidenden Vorstoß in die höchste Sphäre der britischen Politik zu machen. Ein Sohn dieses Louis Samuel wurde im Jahre 1907 als einer der bedeutendsten Ban-

kiers der Londoner City geadelt. Er erhielt den Namen eines ersten Lord Swaithling, den Namen Samuel gebrauchte er nur noch als Vornamen. Dafür legte er sich als zweiten Namen noch *Montagu* zu, der dann auch zum Familiennamen seines zweiten Sohnes Edwin Samuel Montagu werden sollte, der 1910 bis 1914 als parlamentarischer Unterstaatssekretär im India Office, 1916 als Munitionsminister und 1917 bis 1922 als Indienminister im englischen Kabinett auftritt. Wie die Samuels aus Liverpool auch im Mannesstamm mit jenen Londoner Samuels verwandt sind, die wir als Gründer der Shell Transport and Trading Co. kennengelernt haben, können wir auf Grund der uns zugänglichen Quellen nicht nachweisen. Eine Verwandtschaft besteht aber auf jeden Fall dadurch, daß der erste Lord Swaithling eine Großnichte von Sir Moses Montefiore heiratete, den wir als die wichtigste Gestalt des Judentums in England in der frühviktorianischen Ära und als Präsidenten des „Board of Deputies of British Jews" kennengelernt haben. Auch die Ehefrau des zweiten Lord Bearsted, des Sohnes von Marcus Samuel, Dorothy Montefiore-Micholls, entstammt dieser Familie. Die Shell-Samuels und die Samuels aus Liverpool sind also zum mindesten verschwägert.

Dies war der eine Zweig des Samuel-Montagu-Clans.

Der andere Zweig stammt von dem Bruder Lord Swaithlings, Edwin Louis Samuel, ab, dessen älteren Sohn Sir Stuart Montagu Samuel wir alsbald auf demselben Platz finden, den auch Lord Bearsted schon eingenommen hatte: er wird Lord Mayor der City of London. Der zweite Sohn ist Sir *Herbert Samuel*, vor dem Kriege bereits Generalpostmeister von England und im Jahre 1916, zur selben Zeit also, als sein Vetter Montagu Munitionsminister ist, Innenminister im Kabinett Lloyd George. 1920 wird er geadelt und zum Hohen Kommissar von Palästina ernannt. In den späteren Jahren sollte er als Führer der sogenannten Samuel-Liberalen im Parlament sowohl wie zeitweise wieder als Innenminister noch eine wichtige Rolle spielen. Auch für ihn wird die angeheiratete Ver-

wandtschaft mit dem Clan der Montefiore entscheidend. Wie wir schon sahen, rückt Sir Herbert Samuel als wichtiges Mitglied in das „Board of Deputies" und damit in den Generalstab des Judentums in England ein.

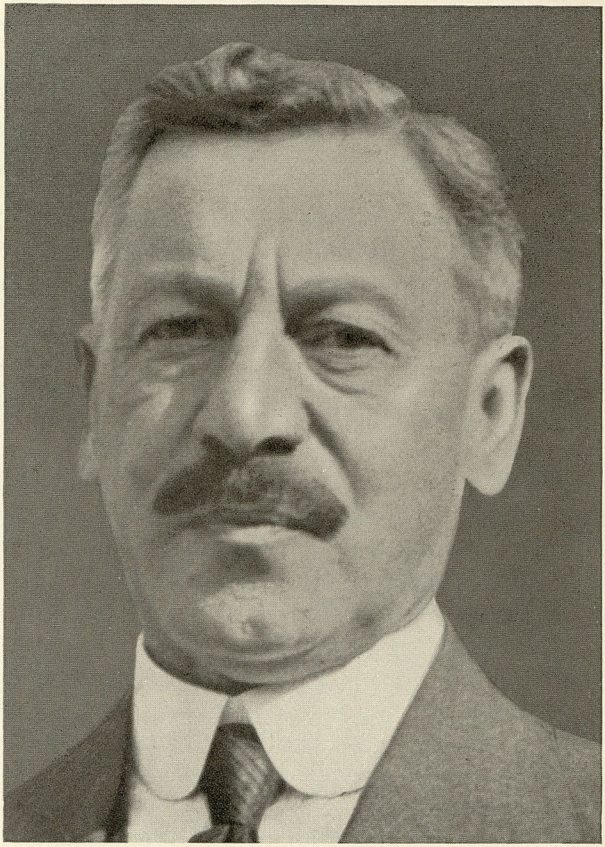
Es ist wahrscheinlich, daß schon Herbert Samuels Onkel Lord Swaithling ähnlich wie das Haus Rothschild als Bankier den Aufstieg des Ölgeschäftes von Marcus Samuel, alias Lord Bearsted, mit finanziert hat. Hierfür werden zum mindesten die Frauen aus dem Hause Montefiore in beiden Samuelzweigen gesorgt haben. Sicher ist jedoch, daß Sir Herbert Samuel schon vor dem Kriege an den Geschäften der Shell-Samuels beteiligt war. Sicher ist auch, daß Sir Herbert Samuel im „Board of Deputies" mit dem alten Lord Bearsted zusammengearbeitet hat. Damit nun ist der Schlüssel für das gesamte Zusammenspiel der Zionisten sowohl wie der jüdischen Ölgruppen vor der Balfour-Deklaration und auch noch in den folgenden Jahren gegeben. Die Inzucht, die der kleine Kreis der führenden Judenfamilien in England untereinander trieb – sie läßt sich auch für die Familie der Mutter von Herbert Samuel nachweisen, die ebenfalls wieder aus einem Samuel-Clan stammt – sie wurde nun auch zu einer Inzucht des jüdischen Geschäfts und der jüdischen Politik.

Wie Alfred Rosenberg schon 1921 feststellen konnte,[46] hatten sich in der Wohnung von Colonel Mark Sykes am 7. Februar 1917 die Zionistenführer zu einer entscheidenden Beratung zusammengefunden. Darunter finden wir Lord Rothschild, Herbert Samuel, James de Rothschild sowie die anderen hinlänglich bekannten Weizmann, Sokoloff usw. Der Brief Balfours vom 2. November 1917 ist an Lord Rothschild gerichtet. *Als Treuhänder des jüdischen Ölkapitals wurde Sir Herbert Samuel 1920 der erste Hohe Kommissar in Palästina.*

Wir haben gesehen, wie Clemenceau im Dezember 1918 die französischen Ansprüche auf Mossul entwunden wurden. Während nun der Rat der Vier im März 1919 tagte, enthüllten

sich plötzlich die Zusammenhänge. Ein Vertreter des englischen Ölkapitals namens Long und der bereits erwähnte Bérenger hatten nämlich zur Überraschung Wilsons ein englisch-französisches Ölabkommen vorbereitet, in dem zum erstenmal der Plan einer Rohrleitung vom Mossulgebiet nach dem Mittelmeer, und zwar nach Haifa sowohl wie nach Tripolis (in Syrien) oder Alexandrette, auftaucht. Clemenceau und Lloyd George erklärten sofort in merkwürdiger Einhelligkeit, es seien ihnen keinerlei Einzelheiten über diese Verhandlungen bekannt. Beide drückten mit „höchster moralischer Entrüstung" ihr Mißfallen über dieses Hereinspielen der Ölinteressen in die große Politik aus, wodurch offenbar das Mißtrauen Wilsons und seiner amerikanischen Hintermänner, die wiederum der Standard Oil Rockefellers nahestanden, eingeschläfert werden sollte. Dieser ganze Zwischenfall vor dem Rat der Vier ist ebenso ergötzlich wie bezeichnend. Palästina erscheint in diesem Zusammenhang nun plötzlich nicht mehr als Heiliges Land, sondern als der Kopfpunkt der Ölleitung aus dem Mossulgebiet und damit als einer der wichtigsten Punkte der Ölstrategie überhaupt.

Im Kern ging es in den folgenden Jahren immer um die Frage, wer endgültig den Einfluß auf das Mossulgebiet besitzen sollte und wem damit die politische Verfügungsgewalt über die Turkish Petroleum Company zufallen würde, die, wie wir sahen, kurz vor Kriegsausbruch sich bereits zu 75% in Händen der englischen Ölgruppen befand. Die enge Verbindung Palästinas mit den Ölinteressen ist dann aber auf der Konferenz von *San Remo* im April 1920 ganz offen zutage getreten. Gleichzeitig nämlich mit der Abgrenzung der englisch-französischen Machtsphäre, durch die die heutigen Mandatsgebiete Syrien, Palästina und der Irak geschaffen wurden, verhandelten in San Remo die Vertreter der Shell-Gruppe mit den französischen Ölinteressenten. Die Shell war dabei durch Sir John Cadman vertreten, einen ehemaligen Universitätsprofessor aus Birmingham, der natürlich einen bei wei-



Sir Herbert Samuel
(jetzt Lord Samuel of Mount Carmel)

NARODNI MUZEJ LJUBLJANA

tem objektiveren Eindruck machte als die Shell-Samuels. Ferner spielte Sir *Waley-Cohen,* einer der Vertrauensleute der Samuels in der Shell Company, eine erhebliche Rolle. Wie Sir Herbert Samuel ist auch Sir Waley-Cohen ein einflußreiches Mitglied des „Board of Deputies of British Jews", wie Sir Herbert sollte später Waley-Cohen auch eifrig für den Zionismus eintreten. So vermischten sich Öl- und Zionsinteressen unauflöslich auf jener denkwürdigen Konferenz, die „Palästina" schuf.

Dem Protokoll über die Schaffung der Mandate in San Remo ist ein eigenes Protokoll über die Ölverständigung beigefügt worden, die damals zwischen England und Frankreich zustande kam[47]. Die Franzosen wurden mit jener Beteiligung von 25% an der Turkish Petroleum Company abgefunden, die ursprünglich der Deutschen Bank gehört hatte und die nach Artikel 299 (Aufhebung von privaten Verträgen) des Versailler Diktats Deutschland gestohlen worden war. Die Petroleum-Gesellschaft im Irak sollte unter ewiger britischer Kontrolle stehen. Die Franzosen sagten zu, daß, falls eine Ölleitung durch französisches Gebiet in Syrien gelegt würde, sie hierbei keine Schwierigkeiten machen würden. Auf der anderen Seite sollten mindestens 25% der gesamten Ölausbeute, die durch eine solche Ölleitung gepumpt wird, Frankreich zugute kommen.

Dieses Ölabkommen von San Remo war die wirkliche Grundlage, auf der dann England mit der Einrichtung der Zivilverwaltung in Palästina unter Leitung Sir Herbert Samuels begann. Gleichzeitig hatte es den Rechtstitel auf Mossul endgültig erworben, wie dies Lloyd George bereits unmittelbar vor der Konferenz am 25. März 1920 in einer Unterhausrede gefordert hatte, in der er sagte, die Araber im Irak selbst wünschten die britische Oberherrschaft, weshalb England das Recht auf das Mandat von Mesopotamien einschließlich Mossul beanspruchen müsse. Auf der anderen Seite sandte er kurz nach dem Abschluß von San Remo an ein New Yorker jüdi-

sches Komitee ein Telegramm, in dem die englisch-jüdische Zusammenarbeit noch einmal im vollsten Licht erscheint: „Die Ratifizierung der Balfour-Deklaration durch den Obersten Rat und die Übertragung des Mandats über Palästina an Großbritannien bedeutet einen großen Triumph für den Fortschritt der jüdischen Sache. Ich zweifle nicht daran, daß die Juden der ganzen Welt mit Großbritannien zusammenarbeiten werden, um Palästina nicht nur zum glücklichen Heim für die Juden, sondern zum Land der Freiheit und des Wohlstands auch für alle anderen Einwohner zu machen.“ [48]

San Remo hatte also, wie Lloyd George es feststellte, für die jüdische, aber auch für die englische Sache den endgültigen Triumph gebracht. Die Amerikaner haben das Abkommen allerdings angefochten. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Curzon und dem State Department in Washington. Die Verwicklungen mit der Türkei kamen hinzu. Erst im Juni 1926 ist dann schließlich der Kompromiß zwischen allen beteiligten Mächten zustande gekommen. Die Turkish Petroleum Company wurde in eine „Iraq Petroleum Company“ verwandelt, an der die Anglo-Persian, das heißt der englische Staat mit 31,25% und die Shell-Gruppe mit 21,25% beteiligt wurde, so daß 52,50% der Aktien sich in britischer Hand befinden. Der Rest wurde mit je 21,25% auf die amerikanischen und französischen Gruppen aufgeteilt. Der unvermeidliche Herr Gulbenkian wurde für seine Dienste mit 5% belohnt. War noch in San Remo vorgesehen, daß die künftige Regierung des Irak mit 20% an dieser Gesellschaft beteiligt werden sollte, so fiel dieser Anspruch später unter den Tisch. Die Frage, wohin die Ölleitung nun gelegt werden sollte, blieb noch lange zwischen Frankreich und England strittig. Sie ist schließlich durch ein Kompromiß gelöst worden. Der eine Zweig der Ölleitung führt heute vom Irak durch Syrien nach Tripolis, der andere, der mindestens 50% des gewonnenen Erdöls führen muß, durch Transjordanien nach Haifa. Ende 1934 waren die Rohrleitungen in einer Gesamtlänge von 1700

Kilometern fertiggestellt. Am 14. Januar 1935 wurde das erste Öl von Mossul über Kirkuk nach Haifa gepumpt. Schon im darauffolgenden Jahre ist die Ölleitung in Transjordanien von aufständischen Arabern in Brand gesetzt worden[48a]. Die britische Fehlrechnung durch die Einführung des jüdischen Elements in den Vorderen Orient unter Benutzung des Zionismus begann sich sogar auf dem Ölgebiet zu erweisen.

Es bleibt uns noch, hier einen Blick auf das Wirken Sir Herbert Samuels in Palästina zu werfen. Die Ernennung eines Juden als ersten Hohen Kommissar in Palästina war von der zionistischen Organisation zunächst mit Enthusiasmus begrüßt worden. Merkwürdigerweise ist jedoch die Tätigkeit Sir Herbert Samuels schon nach wenigen Jahren von den radikalen Zionisten einer scharfen Kritik unterzogen worden, ja sie hat höhnische Ablehnung gefunden. Samuel war zwar, wie wir sahen, mit der zionistischen Sache von Anbeginn an verbunden. Doch wollte er als Vertreter der britischen Macht in Palästina keineswegs selbst als „Zionist" auftreten. Es waren wesentlich andere Interessen, die er dort, wie wir gesehen haben, zu vertreten hatte. Ein jüdisches Urteil eines zionistischen Rechtsanwalts, der von der Gründung des Mandats an in Jerusalem lebte, ist in dieser Hinsicht aufschlußreich:

„Große Hoffnungen verbanden sich mit Sir Herbert Samuel, dem neuen Hohen Kommissar. Sir Herbert war ein erfahrener englischer Politiker, der Kabinettsrang besessen hatte. Er war ein Jude, er war ein Zionist, was konnte man mehr wünschen? Es war so, als ob wir wieder einen jüdischen König hätten. Als ich mit einem polnischen Mädchen an einem Abend am Regierungsgebäude vorbeiging, in dem die Lichter brannten, sagte sie mit naivem Enthusiasmus: ‚Das ist der Palast von König Samuel.' Die Tatsache, daß er Jude war, verursachte in der großen Mehrheit der palästinensischen Judenschaft eine gewisse Loyalität, die von seiner Persönlichkeit und seinen Verdiensten unabhängig war. Auf der anderen Seite verursachte dieselbe Tatsache bei den Arabern Mißtrauen und daher eine

krankhafte Reaktion in der Psyche des Hohen Kommissars selbst. Während seiner ganzen Amtszeit litt er unter dem Bewußtsein, daß er ein Jude war. Während niemand erwarten konnte, daß er mit eiserner Faust über die Araber herrschen würde, verfiel Sir Herbert in das entgegengesetzte Extrem... Abgesehen von der besonderen Komplikation, die durch sein eigenes Judentum entstand, waren die Qualitäten Samuels mehr für den Vorsitzenden einer Kohlenkommission, den Neuorganisator der Liberalen Partei und einen tadellosen Mittelsmann zwischen Lloyd George und Lord Oxford geeignet als für die Pflichten eines Hohen Kommissars. Sein Verhältnis zu konkreten Problemen war zu akademisch und zu theoretisch... Diese selbe Korrektheit und derselbe Takt, der ihn zu einem wünschenswerten liberalen Parteiführer in den Salons Englands machte, disqualifizierte ihn, levantinisches Denken und levantinische Intriguen zu beherrschen, denen er sich gegenübergestellt sah."[49]

Natürlich ist diese jüdische Beurteilung, die sich offensichtlich damit auseinandersetzt, weshalb Samuel nicht so unbeschränkt als „König der Juden" auftreten wollte, durchaus naiv. Mag vielleicht für Samuel auch eine gewisse zionistische Überzeugung mitgesprochen haben, als er den Posten des Hohen Kommissars in Jerusalems annahm, oder richtiger gesagt, mit Hilfe seiner Freunde von der Rothschild- und der Samuel-Familie sich selbst schuf, so ist er doch scheinbar dem Tun und Treiben der nun nach Palästina einströmenden Ostjuden gegenüber verhältnismäßig gleichgültig gewesen. Für ihn wie für alle „Society"-Mitglieder der jüdischen Politik und Hochfinanz, die sich hinter den Zionismus stellten, war die Schaffung einer Palästinabewegung innerhalb der Judenschaft doch wohl nur Mittel für ganz andere Zwecke. Dies hat uns einerseits die Verbindung Sir Herbert Samuels zu den Shell-Samuels hinlänglich bewiesen. Einen zweiten Fingerzeig mag die bereits erwähnte Gegnerschaft seines Vetters, des Indienministers Montagu, gegen die Politik der Balfour-Deklaration

geben. Bei all diesen jüdischen Gestalten, die in die innerste Zentrale der britischen Reichsführung einzudringen vermocht hatten, spielten Gedankengänge mit, die durchaus verschieden von denen der naiven Zionisten aus Osteuropa waren. Gedankengänge, in denen wohl selbst Zionistenführer wie Weizmann eine untergeordnete Rolle gespielt haben mögen.

Trotzdem ist in den folgenden Jahren auch für diese „assimilierte" jüdische Oberschicht in England und Frankreich die Palästinafrage zu einem Prestigeproblem erster Ordnung geworden. Auch die politische Vertretung des internationalen Judentums in Frankreich, die „Alliance Israélite Universelle", die, ähnlich wie in England das jüdische „Board of Deputies", die Macht des Judentums in den westlichen Assimilationsländern ausbaut, hat ihren Widerstand gegen den politischen Zionismus aufgeben müssen. Der Zionismus, der die Massen der Ostjuden in Osteuropa und Amerika organisatorisch umfaßt, ist für die Generalstäbe des „Board of Deputies" und der „Alliance Israélite Universelle" zur Armee geworden, an der man auch als „assimilierter Jude" nicht mehr vorbeigehen kann. Die Geschichte Palästinas zeigt, wie in den folgenden Jahren „Armee" und „Generalstab" zusammengewachsen sind, wie sie zu einer die ganze Welt überspannenden schlagkräftigen Einheit wurden.

Palästina - Vatikan des Weltjudentums

„Wenn die Frage gestellt wird, ob es überhaupt einen gemäßigten Zionismus gibt, so ist das ausgenutzt worden, worüber ich aus Solidarität nicht sprechen konnte. Chachamim hisharu bediwrechem – Weise, hütet Eure Worte!"

Chaim Weizmann auf dem zionistischen Delegiertentag in Jena am 29. Dez. 1929

Das Judentum in Palästina hat so viele Gesichter wie die jüdische Rasse rings in der Welt. In der Altstadt von Jerusalem sitzen hart neben den engen arabischen Vierteln die orientalischen Juden in ihren kleinen schmutzigen offenen Läden. Sie besohlen Schuhe, löten zerbrochene Geräte, flicken zerrissene Kaftane. Am Freitag um die sechste Abendstunde knarrt es dann überall in den engen Gassen von dem Geräusch der sich schließenden Rolläden, und alsbald sieht man eine Menge sich durch die Straßen der Klagemauer entgegen drängen, die an Rembrandts Bilder aus dem Amsterdamer Ghetto erinnert. Pelzverbrämte Kaftane tragen sie nun und über den Ringellöckchen den breitrandigen, runden Pelzhut. Mit altklugen Augen stapfen die Judenkinder dazwischen. Stundenlang stehen sie dann vor jenen Quadern, die Salomos Tempel getragen haben, heute bedeckt mit altjüdischen Gebeten, Hoffnungs- und Fluchsprüchen. Um dieselbe Stunde ist der mohammedanische Freitag abgelaufen, und in den Araberviertel, die vorher ein ähnliches Bild der Geschäftsruhe boten, wird es wieder lebendig. Wenn am Samstagabend der jüdische Sabbat zu Ende geht, läuten die christlichen Kirchen den Sonntag ein. Dreimal wöchentlich feiert man, schichtweise sozusagen, in Jerusalem. Diese alten orientalischen Juden, denen sich jetzt aus dem Jemen und der früheren Türkei einige Tausend hinzugesellt haben, haben sich der orientalischen Lebens-

weise mit vollendetem Mimikry angepaßt. Sie sitzen mit untergeschlagenen Beinen bei ihrer Arbeit, strenggläubig und orthodox halten sie jedoch an ihren alten Riten fest. Selten nur verlassen sie das Gewinkel der Jerusalemer Altstadt. Sie sind eine in sich geschlossene Welt.

Außerhalb der alten Mauern und Tore Jerusalems hat sich das Ostjudentum ein Zentrum errichtet, das, von der Jaffa-Straße durchzogen, am ehesten an die Nizka in Warschau oder an Lodz gemahnt. Mietskasernen, wie sie irgendwo anders auch stehen. Ein paar schreiende amerikanische Filmreklamen Läden mit billiger Manufaktur, billigem Schuhwerk, dazwischen Zeitungshändler, die mit langgedehntem „Dawa-a-ar" die neueste hebräische Zeitung ausrufen. Schnürsenkelverkäufer und Händler in allen Geldsorten der Erde, die es noch nicht zu einem eigenen Laden gebracht haben, deren weite Taschen dafür zu enthalten scheinen, was immer geprägt wird, Dollars, tschechische Kronen oder Zloty, Lire, ägyptische Pfunde oder irakische Piaster. Den ganzen Abend wimmelt diese jüdische Menge durcheinander, schnell noch ein Geschäft abschließend, jedes Café, ja selbst das Kino zu einer kleinen Börse verwandelnd. Still ist es nur, wenn kurz vorher irgendwo eine Bombe geworfen ist und darum die Polizeistunde schon auf den frühen Abend fällt.

Nur zehn Minuten geht man von dort hinüber nach dem „King David", einem riesigen Steinkasten, der mit schweizerischem und englischem Kapital als „erstes Luxushotel des Orients" erbaut worden ist. Eine zeitlang ist es sogar von einem Mitglied der Hotelierfamilie Seiler aus Zermatt verwaltet worden. Im alten guten deutschen „Hotel Fast" war die britische Uniform dominierend. Hier im „King David" sieht man sie weniger. Flüsternd sitzen in den Ecken der weiten Halle einige jüdische Damen und Herren in großem Abendkleid und Frack. Eine dezente Kapelle flötet Tango und Rumba, hier und da erhebt sich lässig und sehr blasiert ein elegantes Paar zum Tanz. Als Diener hat man sich wie in den großen ägyp-

tischen Hotels dunkelbraune Fellachen aus dem Sudan erzogen – in „echt orientalischer" Maskerade. Ein paar englische und amerikanische Bankiers sitzen noch hier, einige ältere philantropische Amerikanerinnen mit ein bißchen zuviel wertvollem Schmuck in Anbetracht des guten Zwecks ihrer Reise. Die Prospekte, die eine „kultivierte Atmosphäre" versprachen, haben durchaus nicht zuviel gesagt. Es ist eine ganz dezente jüdische Hautevolée, die hier am Nachmittag und Abend zusammenzukommen pflegt. Durch die hohen Glasfenster des „King David" sieht sie hinüber zu den Mauern, die Alt-Jerusalem umgeben. Ein romantischer Blick. Man kann träumen bei ihm – und rechnen.

Am nächsten Morgen sind wir durch das beängstigende Gewimmel des arabischen Marktes in Jaffa gegangen, vorbei an den offenen Cafés, in denen Beduinenscheikhs aus der Wasserpfeife rauchen, vorbei an unzähligen Gruppen, die im Flüsterton Dinge miteinander sprechen, die sicherlich für die englische Polizeibehörde nicht angenehm zu hören wären. Nach Norden zu wird Jaffa immer europäischer. Nur der Ortskundige weiß, wo er sich noch in Jaffa, wo schon in *Tel-Aviv* befindet. Um das Jahr 1920 war dieses Tel-Aviv noch eine kleine jüdische Villenvorstadt am nördlichen Strand Jaffas. Jetzt zählt es schon rund 150 000 Einwohner, ausschließlich Juden. Somit leben mehr als ein Drittel aller Juden Palästinas in dieser Stadt. Tel-Aviv ist der Glanzpunkt der jüdischen Propaganda für Palästina, das in der ganzen jüdischen Weltpresse wohl Tag für Tag vorgeführte Beispiel jüdischer kolonisatorischer Tüchtigkeit. Zweifellos – diese Stadt ist überaus rasch gebaut worden. Wenn man darin einen besonderen Vorzug sehen will, mag er bedenkenlos anerkannt werden. Wenn man Geld, sehr viel Geld zur Verfügung hat, und wir werden sehen, bis zu welchem Ausmaße dies der Fall war, ist es allerdings nicht gerade etwas Außergewöhnliches, wenn man Baumeister beauftragt, die dafür Straße um Straße nach demselben Typ eines Normalreihenhauses mit Flachdach, Balkonen

Aus dem Irrgarten der jüdischen Architektur in Palästina

NARODNA IN UNIVERZITETNA KNJIŽNICA LJUBLJANA

und kleinem Vorgarten hinstellen. Einige Geschäftsstraßen in der Mitte, die sich zum Strand hinunterziehen, sind das architektonische Zentrum. Die Auslagen zeigen bessere Waren als in der Jaffa-Vorstadt von Jerusalem. Ein paar Kinopaläste, grellrote und -blaue Neon-Lichtreklamen, das alles gibt es natürlich im europäischen Teil Kairos und Beiruts ebenso.

Die Juden von Tel-Aviv nennen den Charakter ihrer Stadt „amerikanisch". Daran mag soviel richtig sein, daß Tel-Aviv ebensowenig fertig ist wie manche schnell aufschießenden Großsiedlungen in Amerika. Man hat schnell gebaut, aber man kann kaum behaupten, daß auch gut gebaut worden ist, und noch weniger, daß man an einer Überfülle von Einfällen gelitten hätte. Die ganze Stadt steht auf Sand, sie ist auf jenem Dünenstreifen errichtet, der sich die ganze palästinensische Küste entlangzieht. Allmählich dehnt sie sich jedoch bereits östlich in die fruchtbare Ebene hinein, und schon sind die Gärten und Äcker unserer lieben, alten, deutschen Templer-Kolonie Sarona bedroht, auf die die Mauer der jüdischen Mietskasernen unabwendbar zumarschiert.

Das Schicksal der Deutschen in Sarona gehört wahrlich zu den Dingen, die einem in Palästina das Herz erschüttern können. Als sie vor 50 Jahren ihre Mustersiedlung anlegten, sahen sie in der Ferne die Türme der Moscheen von Jaffa und weit über der Düne das Meer liegen. Die Nähe der großen arabischen Stadt versprach guten Absatz. Frei schweifte der Blick über ein noch fast jungfräuliches Land, aus dem mit deutschem Fleiß ein Mustergütchen neben dem anderen gewonnen wurde. Dann kam der Krieg mit seinen Leiden. Die Männer fochten auf türkischer Seite unter deutschen Offizieren und oft selbst als Offiziere gegen die Armee General Allenbys. Sie kehrten zurück, und nun begann vor ihren Augen eine „sky line" unaufhaltbar am westlichen Himmel emporzuwachsen und sie zu erdrücken. Wo sie früher friedlich mit den Arabern zusammenlebten, begann nun eine Stätte zu entstehen, auf der Rassenhaß so leidenschaftlich aufeinanderprallen sollte wie an

wenig Stellen in der Welt. Ihre Äcker freilich wurden täglich wertvoller ohne ihr Zutun – aber als Baugrund. Das deutsche Konsulat – die Templer sind Reichsdeutsche geblieben – hat für sie, die nicht Grundstücksspekulation treiben, sondern den Acker, den sie nun schon vom Großvater ererbten, bebauen wollen, gefochten und es ficht noch weiter. Aber eines Tages werden sie die jüdischen Mietskasernen schließlich doch erdrücken. Eines Tages werden ihre Äcker zum Stadtgebiet von Tel-Aviv erklärt und damit aus ihrer eigenen Verfügungsgewalt Stück für Stück herausgebrochen werden.

Wenn man am Strande von Tel-Aviv entlanggeht, stellt sich die Frage immer von neuem, was diese Juden eigentlich alle in ihrer neuen Stadt, in den Tausenden von Mietswohnungen, die sie bevölkern, treiben. Da sieht man elegante Damen mit schweren Silberfuchspelzen, die wahrscheinlich noch am Kurfürstendamm gekauft sind, mit Bonnen und fesch gekleideten Kindern. Sie lassen sich von der Frühlingssonne, die jetzt im Februar die Regenwolken durchbrochen hat, in ihren Liegestühlen bescheinen und lesen. Es fällt uns auf, daß sie alle dasselbe Buch lesen. Schließlich entdecken wir, was es ist: eine hebräische Grammatik. Kaftanjuden drängen sich dazwischen, für die dieses Problem zweifellos nicht besteht. Obwohl sie natürlich auch nur das gewohnte Jiddisch sprechen, haben sie doch in ihren Talmudschulen das Hebräische schon gelernt. Man hört Englisch, Italienisch, den harten, gutturalen Dialekt der Juden aus dem Jemen, unverfälschtes Berliner Deutsch. Aber die Fälle, in denen wie in einem kleinen Speiselokal derselbe Wortlaut hebräisch, englisch und deutsch zu lesen ist, sind schon selten. Wer dort als Jude unter Juden leben will, muß den Kampf mit dem Hebräischen aufnehmen. Er dürfte nicht leicht sein.

Was treiben sie? Als ich mit dem italienischen Dampfer nach Triest zurückfuhr, wurde an meinen Tisch ein Jude aus Jerusalem gesetzt. Er erzählte, er sei Augenspezialist. Er hätte aber in Jerusalem elf Kollegen, die auch nicht als praktische

Ärzte, sondern so wie er nur als Augenspezialisten etwas taugten. Kaum ein Araber in Jerusalem wird überhaupt einen Augenspezialisten konsultieren, und schon gar nicht einen jüdischen. So kommt also auf rund 6000 Juden in Jerusalem ein Augenspezialist. Das ist die eine Seite des jüdischen Problems in Palästina.

In der Vorstellung der durch die jüdische Presse informierten Welt nimmt die Rücksiedlung der Juden aufs Land, die Verwandlung des ältesten Händlervolkes der Erde in ein Bauernvolk den breitesten Raum ein. In Wirklichkeit ist diese Frage natürlich wohl wichtig, aber sie steht keineswegs so im Vordergrund, wie die Palästinapropaganda behauptet. Von den mindestens 430 000 Juden, die sich Anfang 1939 in Palästina befanden, leben allein in Tel-Aviv, Jerusalem und Haifa etwa 290 000. In den kleineren Städten dürften mindestens noch 60 000–70 000 Juden leben, und zwar nicht von der Landwirtschaft, so daß nur 15–20% der jüdischen Gesamtbevölkerung Palästinas, also etwa 60 000 Juden, von der Landwirtschaft leben. Vier Fünftel aller Juden bleiben Städter, wie sie als Städter gekommen sind.

Die andere Seite des jüdischen Problems in Palästina ergibt sich aus der Zusammensetzung des zuwandernden Judentums. Gewiß, die Weltgeschichte vor allem der letzten Jahrhunderte hat gezeigt, daß ein alljüdisches Rassegefühl besteht, das über Unterschiede innerhalb des Judentums hinweg als eiserne Klammer wirkt. Tatsächlich aber hat der Jude, der aus England kommt, um im „King David" ein bißchen Zeit und Geld zu verplempern, womöglich noch eine große Transaktion mit dem jüdischen Kapital in Palästina zu landen, und dann früher oder später wieder in die City zurückzukehren, mit dem Juden aus Rumänien, Polen oder der Ukraine wenig gemein. Die „assimilierten" Westjuden haben natürlich ein ganz bestimmtes Interesse an ihren Rassegenossen. Wir haben das bereits bei der Entstehung des Mandats gesehen.

Der Unterschied zwischen West- und Ostjudentum drückt

sich zunächst in religiösen Fragen aus. Der orthodoxe Jude des Jerusalemer Ghettos will nichts mit den Neuankömmlingen in Tel-Aviv zu tun haben, denen vielfach Sabbat und Klagemauer höchst gleichgültige Dinge sind, und die (zum mindesten in der jüngeren dominierenden Einwandererschicht) Liberalismus und Marxismus in allen Spielarten bis zu rein kommunistischen Tendenzen hin mit importiert haben. Die Neuankömmlinge von Tel-Aviv träumen nicht von einem Judenghetto, sondern von einem jüdischen Amerikanismus am östlichen Mittelmeer. Die Abwehr dagegen ging so weit, daß die alteingesessene orthodoxe Judenschaft vornehmlich in Jerusalem, Tiberias und Safed vom Zionismus überhaupt nichts wissen wollte. Sie ist schon seit 1912 unter dem Namen Agudath Israel als Gruppe zusammengeschlossen, die von der englischen Mandatsverwaltung zeitweise sogar gefordert hat, sie solle offiziell als eine getrennte Gemeinschaft anerkannt werden. Auch aus der Jewish Agency, der Gesamtvertretung des zionistischen Judentums, schlossen sie sich aus. Der Hauptteil der Einwanderer nach Palästina setzt sich aus Ostjuden zusammen, wie die folgende Aufstellung[50] zeigt.

Von den zwischen 1919 und 1935 nach Palästina eingewanderten Juden, kommen aus:

Land	Prozent
Polen	42
Sowjetunion	12
Rumänien	5
Litauen	3
Jemen	3
Griechenland	3
Irak	2
Lettland	1,5
Türkei	1
	72,5 Ostjuden
Deutsches Reich (Altreich)	9
Tschechoslowakei	1
USA.	3
Österreich	1
	14 Westjuden
Aus anderen Ländern	13,5
	100 Prozent

Da wohl auch noch ein Teil der Juden aus Österreich, der Tschechoslowakei und den nicht aufgegliederten Ländern Ostjuden sein dürften, kann man unschwer annehmen, daß über drei Viertel aller Juden in Palästina aus dem europäischen Osten oder aus dem Orient gekommen sind. *Die Einwanderung aus Deutschland hat bis 1938 noch nicht ganz 10% der jüdischen Gesamteinwanderung ausgemacht,* andererseits brachten diese Juden aus Deutschland verhältnismäßig große Kapitalmittel in Form von Waren mit. Die Juden aus den angelsächsischen Ländern spielen zahlenmäßig kaum eine Rolle, einflußmäßig haben sie sich jedoch weit stärker durchgesetzt als die Juden aus Deutschland, die insbesondere bei den Ostjuden auf wenig Gegenliebe stoßen. Die Juden aus Amerika wurde dagegen als die Treuhänder des Goldstromes, der sich aus den Vereinigten Staaten nach Palästina ergossen hat, von den Ostjuden mit besonderer Hochachtung empfangen.

Diese Aufteilung nach Herkunftsländern enthält bereits eine Soziologie des heutigen Judentums in Palästina. Der Hauptteil gehört jener jüdischen Mittelklasse an, die in vielen Ländern Osteuropas, vor allem in Polen, das den größten Prozentsatz der Auswanderer stellte, aber auch in Rumänien den Platz eines eigenvölkischen Mittelbürgertums eingenommen hat. Der überwiegende Teil besteht aus Kleinhandwerkern, einen gewissen Prozentsatz stellen Händler und einen ganz geringen Prozentsatz Leute, die schon in Osteuropa landwirtschaftlich tätig waren. Die Juden aus Deutschland kamen ursprünglich zu einem hohen Prozentsatz aus akademischen Berufen. In den letzten Jahren überwiegen jedoch ebenfalls Händler, während Handwerker natürlich nur zu einem verschwindenden Teil vertreten sind. Das Problem, was nun diese so verschiedenartig zusammengesetzte Judenschaft in Palästina unternehmen sollte, um Hunderttausende von neuen Existenzen aufzubauen, ist eng verknüpft mit der Politik der *Jewish Agency,* dem eigentlichen Zentrum der zionistischen Organisation.

Das Mandatsstatut von 1922 hat in Artikel 4 ausdrücklich

für die jüdische Vertretung gewisse Rechte vorgesehen, die zur Grundlage der jüdisch-zionistischen Aktion sowohl in Palästina wie in der Welt geworden sind. Der Artikel 4 des Mandatsstatuts lautet:

„Eine angemessene jüdische Vertretung (Jewish Agency) soll zu dem Zweck als eine öffentliche Körperschaft anerkannt werden, um die Verwaltung Palästinas in den wirtschaftlichen, sozialen und anderen Angelegenheiten zu beraten und mit ihr zusammen zu wirken, die die Errichtung der jüdischen nationalen Heimstätte und die Interessen der jüdischen Bevölkerung in Palästina betreffen und, immer vorbehaltlich der Kontrolle durch die Verwaltung, an der Entwicklung des Landes zu helfen und teilzunehmen.

„Die zionistische Organisation soll, solange ihre Organisation und Verfassung nach der Meinung der Mandatsmacht angemessen ist, als solche Vertretung (agency) anerkannt werden. *Sie soll in Beratung mit der Regierung Seiner Britischen Majestät Schritte unternehmen, um die Mitarbeit (cooperation) aller Juden zu sichern, die gewillt sind, bei der Errichtung der jüdischen nationalen Heimstätte zu helfen.*"

Dies also die „rechtliche Basis", auf der sich die Weltorganisation der Jewish Agency entwickelt hat. Im neuen Stadtviertel von Jerusalem, nicht weit vom „King David"-Hotel, ist als großer hufeisenförmiger Bau der Sitz der Jewish Agency errichtet worden. In der Great Russell Street in London besitzt sie ein zweites großes Büro, ein drittes befindet sich in New York, der größten Judenstadt der Welt. Die Jewish Agency, die durch den Mandatsartikel 4 zu einer öffentlichen Körperschaft in Palästina geworden ist, ist nicht etwa, was oft angenommen wird, eine Vertretung der in Palästina lebenden Juden beim Hohen Kommissar und der Mandatsregierung. Sie ist vielmehr auch nach dem Wortlaut des Artikels 4, der in dieser Form von den Repräsentanten des Weltjudentums durchgesetzt worden ist, *die Vertretung aller Juden in der Welt,* die „willens sind, bei der Errichtung des Jewish national home zu helfen".

Betritt man das Gebäude der Jewish Agency in Jerusalem,

so findet man einen kleinen bescheidenen Flügel auf der linken Seite, der dem „Vaad Leumi" vorbehalten ist, dem sogenannten Jewish National Council, das heißt der Vertretung der Palästinajuden im engeren Sinne bei der Regierung von Jerusalem. Dieses Vaad Leumi ist mit der Jewish Agency, deren Tätigkeit von Anfang an weltweit angelegt war, nicht ohne weiteres identisch. Der Vaad Leumi ist 1927 in den „Jewish Community Regulations" offiziell als Vertretung der Palästinajuden im engeren Sinne anerkannt worden. Seine Mitglieder gehen aus jährlichen Wahlen innerhalb der Juden Palästinas hervor. Die Mandatsregierung hat diesem Rat eine Reihe von Selbstverwaltungsrechten, einschließlich der Erhebung gewisser Steuern für das Erziehungswesen und für städtische jüdische Einrichtungen usw. gewährt. Nicht dieser „Jüdische Nationalrat", dessen Aufgaben sich auf Palästina allein erstrecken, ist es jedoch, den die Araber vor allem bekämpfen, sondern die Einbauung der jüdischen Weltorganisation, das heißt des gesamten organisierten Teiles der sechzehn Millionen Juden, die es in der Welt gibt, in das Mandat, die auf dem Umwege über die zionistische Organisation und deren Exponenten, die Jewish Agency, erfolgt ist.

Der Präsident der zionistischen Weltorganisation ist seit 1929 gleichzeitig auch immer der Präsident der Jewish Agency.[51] Mit Ausnahme einer kurzen Unterbrechung nach den Zwischenfällen von 1929/30 ist dies seit 1919 immer Chaim Weizmann gewesen. Diese Organisationsfrage ist für das wirkliche Verständnis der Palästinaentwicklung von entscheidendster Wichtigkeit. Durch die Formulierung des Mandatsartikels stehen tatsächlich den Arabern heute nicht jene 430 000 Juden gegenüber, die nach Palästina eingewandert sind, sondern das gesamte Weltjudentum. Es ist bezeichnend, daß es in jenem Mandatsartikel 4 auch als durchaus einheitlich wirkende Kraft angesehen wird. Nicht in dem großen Gebäude der Jewish Agency in Jerusalem lag bisher und liegt noch heute der Schwerpunkt der jüdischen Weltorganisation, sondern in der

Great Russell Street in London und in dem Büro in New York. Das Amt in Jerusalem ist in gewissem Sinn als das Vollzugsorgan der großen politischen und finanziellen Unternehmungen anzusehen, die in London und in New York gegenüber der britischen und amerikanischen Regierung wie den dortigen jüdischen Finanzkreisen durchgeführt werden.

Die Jewish Agency ist gleichzeitig die Dachorganisation für die jüdische Einwanderung nach Palästina, wobei ihr die Auswahl und Vorbereitung der zugelassenen Juden bisher weitgehend unterstand. Sodann kontrolliert sie den sogenannten Palestine Foundation Fund (Keren Hayesod), durch den die Ansiedlung von jüdischen Siedlern in Palästina besorgt wird, sowie den Jewish National Fund (Keren Hakayemeth Le Israel), der sich mit dem Landkauf in Palästina befaßt. Der Keren Hayesod ist das gewaltige Finanzinstrument, dessen Aufgaben sich über die Ansiedlung hinaus längst erweitert haben. Seine Verwaltung kommt der eines zentralen jüdischen Finanzministeriums gleich, wie überhaupt die Einteilung der Jewish Agency in eine Abteilung für Politik, Kolonisation, Einwanderung, Erziehung, Handel, Landwirtschaft und Industrie durchaus der eines Zentralministeriums entspricht.

Wir erwähnten bereits gelegentlich, daß zur Zeit der Balfour-Deklaration ein gewisser Teil der westeuropäischen Finanzjuden die Palästinapolitik nicht billigte. Kaum war jedoch die Palästinafrage einmal ins Rollen gekommen, als es den Zionisten und ihren mächtigen Hintermännern in London und Paris auch gelang, das finanziell ausschlaggebende Judentum in England und Amerika für die Palästinasache zu interessieren. Noch ehe es Weizmann schließlich im August 1929 auf dem 16. Zionistenkongreß in Zürich endgültig gelungen war, die zionistische Organisation und damit wiederum die Jewish Agency auch offiziell zur Gesamtvertretung des Weltjudentums zu machen, waren schätzungsweise ungefähr 50% der Einnahmen des Palestine Foundation Fund von amerikanischen Juden beigesteuert worden.[52] So wie kurz vor der Balfour-

Deklaration Wilson zu einem Brief an die britische Regierung durch die amerikanischen Juden veranlaßt worden ist, so erreichte es das Judentum in Amerika vier Jahre später, daß am 30. Juni 1922, also drei Wochen vor der offiziellen Verkündung des Mandats in Genf, vom Kongreß, das heißt vom Senat und vom Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten, eine Resolution angenommen wurde, deren Kernsatz lautet:

„Die Vereinigten Staaten von Amerika werden die Errichtung eines Nationalheimes für das jüdische Volk in Palästina fördern." Am 3. Dezember 1924 schließlich wurde zwischen England und den USA. eine „Konvention über die Rechte der Regierungen beider Länder und ihre Staatsangehörigen in Palästina" geschlossen. In dieser Konvention werden amerikanischen Staatsbürgern dieselben Rechte und Vorteile in Palästina zugesichert, die Angehörige von Mitgliedstaaten der Liga der Nationen genießen. Wichtig aber vor allem ist, daß das amerikanische Judentum durchsetzte, daß eine Änderung des Mandats nur mit Zustimmung der Vereinigten Staaten möglich sein solle[53]. Das Weltjudentum wollte sich durch diese Garantie des auf der Tätigkeit der Jewish Agency aufbauenden Mandatsstatuts durch die Vereinigten Staaten von vornherein gegen einen Stimmungsumschwung in England sichern. Bei den Verhandlungen, die der Peel-Bericht 1937 auslöste, hat sich denn auch die amerikanische Diplomatie ebenso prompt eingeschaltet wie im Herbst 1938. Die Pariser „Alliance Israélite Universelle" hat später die gleiche Garantie auch von der französischen Regierung zu erreichen versucht, drang aber deshalb nicht durch, weil die französischen und englischen Interessen im Vorderen Orient sich allzusehr widersprachen.

Einer der „deutschen" Zionistenführer, Kurt Blumenfeld, hat die wirkliche Bedeutung Palästinas für das Weltjudentum vielleicht am klarsten formuliert, wenn er sagte: „Wir halten die Feststellung, Palästina könne nur für die in Palästina wohnenden Juden ein ‚nationales Heim' sein, für eine Verkennung des wahren Sinnes dieses im Völkerrecht neuen Wortes.

Nur durch seine *universelle* Bedeutung bekommt der Begriff Nationalheim erst seinen Charakter, nämlich durch seine ideelle Beziehung zu dem Judentum in aller Welt. Dies unterscheidet die jüdische Beziehung zu Palästina zum Beispiel von der arabischen. Auch die arabische Bevölkerung Palästinas hat dort ihr ‚Heim', aber es ist kein Zentrum für das Arabertum, während der jüdische Jischuw Palästinas eine zentrale Funktion hat und dadurch erst das ‚*National*heim' schafft, das uns einen Anspruch auf Palästina gibt" [54].

Mit anderen Worten verkündet hier die zionistische Führung selbst, daß sie in der Errichtung Palästinas die Erschaffung eines Vatikans des Weltjudentums erstrebt. Ein fester Stützpunkt soll ausgebaut werden, auf den in späteren Jahrzehnten die jüdische Weltpolitik zurückgreifen kann. Man denkt dabei an die Rolle, die zum Beispiel ein etwaiger Judenstaat der Zukunft sowohl in Genf wie durch eigene diplomatische Vertretungen in den Hauptstädten der Welt spielen könnte, die dann mit derjenigen der „assimilierten" Juden in Westeuropa und Amerika wohl abgestimmt werden würde. Einige weitschauende jüdische Politiker, wie die Samuels, Rothschilds, Readings und Melchetts in London, Brandeis u. a. in Washington, hatten diese Möglichkeiten schon früh erkannt. Ein anderer Teil des westlichen Großjudentums dagegen blieb in der Beurteilung der Palästinafrage im ersten Nachkriegsjahrzehnt schwankend. Der radikale ostjüdische Zionismus, in dem sich zweifellos auch religiöse Motive finden, hatte in der Entwicklung des Programms von Herzl von jedem Juden gefordert, daß er den Zionismus „ernst nehme", das heißt, es als das eigene Hochziel ansehe, eines Tages in Palästina zu landen. Erst nach längeren Auseinandersetzungen gelang es der zionistischen Führung und ihren Hintermännern aus der jüdischen Finanzwelt, dem Ostjudentum klarzumachen, daß man sehr wohl auch „Zionist" sein könne, wenn man nicht beabsichtige, nach Palästina auszuwandern. Die Debatten sämtlicher Zionistenkongresse bis 1929 sind von die-

sem Problem erfüllt[55]. Im Jahre 1927 fuhr Weizmann nach Amerika, um eine Einigung mit den „Nichtzionisten" vorzubereiten. Im Juni 1927 fanden zunächst Beratungen mit der britischen Regierung über die Möglichkeiten einer Erweiterung der Jewish Agency statt, und schließlich wurde eine Kommission ernannt, der Sir Alfred Mond (später Lord Melchett), London, Dr. Lee K. Frankel und Felix M. Warburg, New York, sowie Oskar Wassermann, Berlin, angehörten. Die Beratungen füllten das ganze Jahr 1928 aus, was zeigt, wie schwierig sie gewesen sein müssen[56].

Lord Melchett war in diesem Kreise gewichtiger jüdischer Finanzleute die treibende Kraft. Als Schöpfer und Generaldirektor der Imperial Chemical Industries (Aktienkapital 95 Millionen £) stand Melchett schon in der Vorkriegszeit in der ersten Reihe des Judentums in England. Im letzten Kabinett Lloyd Georges war er Gesundheitsminister, und dies, obwohl erst sein Vater Ludwig Mond aus Darmstadt nach England eingewandert war! Schon während des Krieges hatte Alfred Mond, der damals neben seiner industriellen Tätigkeit das Amt eines First Commissioner of Works bekleidete, eine wesentliche Rolle beim Zustandekommen der Balfour-Deklaration gespielt. Er war damals Liberaler und wie alle führenden liberalen Juden eng mit Lloyd George befreundet. Im Kabinett traf er sich mit seinen Rassegenossen, den Vettern Sir Herbert Samuel und Edwin Montagu. Engste Verbindungen knüpften sich schon in jenen Jahren mit dem ersten jüdischen Vizekönig von Indien, Lord Reading, mit dessen Sohn Rufus Isaacs (Viscount Erleigh) er eine seiner Töchter verheiratete. Der Vizekönig Reading hatte sich mit vertraulichen Missionen im Dienste des Zionismus begnügt, sein Sohn trat offen als Anwalt der Jewish Agency auf. Wir sehen, daß dieser ganze Kreis, den seit Moses Montefiores Zeiten enge verwandtschaftliche Beziehungen verbinden, gleichzeitig den inneren Ring des „Board of Deputies of British Jews" ausmacht. Es ist letzten Endes immer dieselbe zahlenmäßig eng be-

grenzte Gruppe von jüdischen Familien, die uns in all diesen Zusammenhängen in England entgegentritt.

War es der Samuel-Clan, der bei der Gründung des Palästinamandats ausschlaggebend beteiligt war, so war es Melchett, der nunmehr endgültig die Brücke zum amerikanischen Finanzjudentum schlug. Mit Felix Warburg ohnedies schon aufs engste befreundet, verstand er nun, diesen führenden Kopf der jüdisch-amerikanischen Hochfinanz für die Ziele der Jewish Agency zu gewinnen. Schon einige Jahre früher hatte er die Aussichtslosigkeit der politischen Position seines ehemaligen Freundes Lloyd George eingesehen und war zu den Konservativen hinübergewechselt. Freundschaften zu den Presselords knüpfen sich nun an, und in seinen letzten Lebensjahren galt Melchett als „überzeugter Diehard". Was es mit all diesen Tätigkeiten in der englischen Regierung und im Unterhaus auf sich hatte, hat nach seinem Tode Ende Dezember 1930 ein Londoner Jude Paul Goodman mit erstaunlicher Offenheit ausgedrückt: „Alfred Mond war niemals ein Deutscher gewesen, weder innerlich noch äußerlich, und während des Krieges konnten etwaige latente Sympathien mit Deutschland sich gar nicht behaupten. Wenn seine Aussprache des Englischen deutsch-guttural war wie bei Eduard VII., so befand er sich in dieser Beziehung in der höchsten englischen Gesellschaft. Er hatte jedoch ein auffallend, ja übertrieben jüdisches Aussehen, aber unter den Wallisern seines Wahlkreises gereichte ihm das nicht zum Nachteil. Dieses kleine bibelfeste Völkchen konnte Sympathien für einen Mann hegen, der weder Engländer noch Deutscher, sondern einfach Jude war. Im Grunde genommen, das war ja eben Alfred Mond" [57].

Es ist später von zionistischer Seite erklärt worden, Weizmanns erster großer Coup sei die Verbindung mit Balfour und seinem Kreis gewesen. Sein zweiter die mit Lord Melchett, durch dessen gewaltigen finanziellen Hintergrund – bei seinem Tode belief sich das Kapital der von ihm kontrollierten Unternehmungen auf insgesamt 120 Millionen Pfund –

die Erweiterung der Jewish Agency weit über den Rahmen eines innerjüdischen Vorgangs hinauswuchs und weltpolitische Bedeutung bekam. Nachdem das Werk gelungen war, blieb Melchett Vorsitzender der British Zionist Federation und des sogenannten Joint Committee, das die Verbindung zwischen dem angelsächsischen Finanzjudentum und Weizmanns zionistischen Ostjuden zu halten hatte.

Im August 1929 erfolgte die große Einigung zwischen den ostjüdischen Zionisten alten Stils und den „assimilierten" westjüdischen Nichtzionisten. Die Jewish Agency und gleichzeitig die zionistische Organisation wurde nun auch nach außen hin die große Weltorganisation des Judentums überhaupt. Wie sich Bernard G. Richards, der Sekretär der Exekutive des American Jewish Congress, ausdrückte: das Geld siegte über die Ideale. Der Rat der Jewish Agency, der aus 224 Mitgliedern besteht, wurde 1929 völlig neu zusammengesetzt. 50% des Rates wurden nämlich den „nichtzionistischen Juden", d. h. im wesentlichen der jüdischen Hochfinanz, zugestanden. Richards sagt:

„Die Verhandlungen der zweijährlich zusammentretenden zionistischen Weltkongresse von 1925, 1927, 1929 zeigen, wie schwierig der Versuch war, einen weiter gespannten finanziellen Hintergrund für die palästinensischen Unternehmungen zu finden, ohne die grundsätzlichen Anschauungen der Zionisten zu zerspalten... In die Frage der Aufrechterhaltung des nationalen Charakters des Aufbauwerkes in Palästina war das Problem eingeschlossen, daß Nichtzionisten oder anderen Juden, die nicht an eine nationale Bestimmung für Israel glaubten, eine dominierende Rolle zugestanden werden mußte. Die zionistische Weltorganisation soll zwar auch in Zukunft für die politischen Ziele der Bewegung verantwortlich sein, obwohl sie viele ihrer Funktionen der Jewish Agency abgegeben hat. Mit der Übernahme der hauptsächlichsten wirtschaftlichen Aufgaben durch die Jewish Agency wird diese Körperschaft jedoch allmählich in Überlegungen poli-

tischen Charakters gezogen, zum mindesten soweit sie mit der Beaufsichtigung der Geldanlagen in Palästina zu tun hat“ [58].

Noch klarer äußerte sich der Londoner Korrespondent des Neuyorker „Jewish Morning Journal“ William Zukerman über die Ergebnisse der Einordnung des großen Finanzjudentums in die Jewish Agency:

„Die praktischen Geschäftsleute der neuen Agency werden nicht damit zufrieden sein, die Fonds für Palästina zu unterstützen und die alten zionistischen Träume aus Osteuropa mit ihren sozialistischen und nationalistischen Experimenten in der Verwaltung ihrer Angelegenheiten in Palästina weiterwursteln zu lassen. Unvermeidlich wird eine Änderung der Verwaltung und Geschäftsführung des zionistischen Werkes in Palästina eintreten, eine Änderung, die so groß ist wie der Unterschied der Mentalität zwischen den alten osteuropäischen Agitatoren und den praktischen amerikanischen Up-to-date-Geschäftsleuten“ [59]. Hier wird also nicht einmal an der für Naive bestimmten Meinung festgehalten, die jüdische Hochfinanz habe sich nur aus philanthropischen Gründen mit der Unterstützung Palästinas befaßt. Es waren durchaus andere Ziele, die jene „nichtzionistischen“ Finanzjuden unter der Führung von Louis Marshall und Felix M. Warburg in die Jewish Agency eintreten ließen. Um welche Kräfte es sich hierbei handelt, ergibt sich aus folgender Namensliste des nichtzionistischen Komitees:

Dr. Lee K. Frankel, der erste Vizepräsident der Metropolitan-Lebensversicherungsgesellschaft, Richter Irving Lehman, der Bruder des Governors von New York, Sir Robert Waley-Cohen, ein Präsident der Shell Oil Co., dem wir bereits bei der Konferenz von San Remo als Vertreter der Ölinteressen in der Palästinafrage begegneten, Lord Rothschild, Lord Melchett und schließlich Oskar Wassermann, der frühere Präsident der Deutschen Bank.

Bei der konstituierenden Tagung der erweiterten Jewish

Agency am 11. August 1929 traten als Redner Weizmann, Sir Herbert Samuel, Louis Marshall, Albert Einstein, Lord Melchett, Léon Blum, Oskar Wassermann und Felix M. Warburg auf. Mit anderen Worten waren damit vertreten: die alljüdische zionistische Organisation als solche (Weizmann), die große „englische" Politik (Samuel), die große „amerikanische" Politik (Marshall), die jüdische Wissenschaft (Einstein), der jüdische Hochkapitalismus (Melchett), der jüdische Marxismus (Blum) und die jüdische Hochfinanz (Wassermann und Warburg).

Für den jüdischen Generalstab in England, den „Board of Deputies", sprach D'Avigdor-Goldsmid. Er kündigte offiziell an, daß der Board of Deputies einstimmig beschlossen habe, sich für den Zionismus endgültig zu entscheiden und an der Jewish Agency teilzunehmen. „Aus Palästina", so sagte er, „soll ein Zentrum für das Judentum und die jüdische Kultur werden, die in der Zukunft einen mächtigen Einfluß im Sinne von Frieden und Duldsamkeit in der ganzen Welt ausüben mögen" [60].

Léon Blum erklärte, wie der Versammlungsbericht angibt, unter Heiterkeit der Anwesenden, er gebe zu, daß es vielleicht nützlich sei, gewisse Formen des modernen Kapitalismus in Palästina für sich zu haben. Seine folgenden Worte haben einen geradezu furchtbaren Sinn: „Um Erfolge zu haben, muß man alle großen Menschen der Welt um sich sammeln, und deshalb der Stolz, mit dem wir hier (auf Einstein weisend) den größten der heute lebenden Menschen begrüßen. *Man muß aber auch die breiten Massen des Proletariats für sich gewinnen* ... Wir sind glücklich, daß an unserer Spitze ein Mann wie Weizmann steht." Herbert Samuel bemerkte trocken: „Die jüdische Palästinasache ist sicher, in Großbritannien die Förderung jeder Regierung und jeder Partei zu finden."

Wir wollen es uns nicht versagen, hier wiederzugeben, wie die „Jüdische Rundschau" einige der Männer charakterisierte,

die bei der konstituierenden Tagung der erweiterten Jewish Agency aufgetreten waren. Sie schrieb:

„Die drei Engländer, die zu Worte kamen, Herbert Samuel, D'Avigdor-Goldsmid und auch Lord Melchett, waren in Wort und Klang soignierte Vertreter ihres englischen Vaterlandes. Im Aussehen aber waren sie typisch jüdisch. Das fiel zuerst auf bei Herbert Samuel, er hinterließ einen bezaubernden Eindruck. D'Avigdor-Goldsmid wirkte rassisch noch jüdischer. In seinem Tonfall und Ausdruck war er aber der englischste von allen dreien. Dem Lord Melchett glaubte man es auf den ersten Blick, daß er Englands Chemiekönig ist. Daß sich Melchetts Ehrgeiz in der Richtung bewegt, ein Führer der Juden zu werden, nachdem er längst ein politischer und Wirtschaftsführer in seinem Lande gewesen war, ist ein Zeichen, daß dieser Melchett mehr ist als ein Politikaster, mehr als ein Geldverdiener. Und damit ist er sogar mehr als ein politischer Zionist – nämlich ein Jude sans phrase. Oskar Wassermann und Felix Warburg machten auf die Versammlung garnicht den Eindruck selbstherrlicher Finanzgrößen, sondern vielmehr den nur geistiger Menschen, die die irdischen Güter von sich getan haben." Man schrieb das Jahr 1929. Man war noch sehr offenherzig ...

Louis Marshall, der hauptsächlich dazu beigetragen hatte, daß die Juden aus Amerika zur Jewish Agency hinzustießen, ist zwei Monate nach jenem Züricher Kongreß gestorben. Die Macht dieses Mannes in Amerika muß ungeheuer gewesen sein. Wurde ihm doch im Nachruf nachgerühmt, er vor allem habe es erreicht, daß die Masseneinwanderung von Juden nach Amerika in den letzten Jahrzehnten des vorigen und den ersten dieses Jahrhunderts unbehindert vonstatten gehen konnte. Wie es heißt, hat er Präsident Taft im Jahre 1908 veranlaßt, den seit 66 Jahren bestehenden Handelsvertrag zwischen Amerika und Rußland aufzulösen, um die Zarenregierung dafür zu bestrafen, daß sie keine philosemitische Politik trieb. So weit reichte seine Macht. Die „Jüdische Rundschau" schrieb in

Lord Alfred Melchett

ihrem Nachruf: „Es war sein Bestreben, nicht nur das amerikanische Judentum zu einigen, sondern das Weltjudentum zu einheitlichem Zusammengehen und zu einheitlichen Taten aufzufordern. Die Krönung dieses Einheitsgedankens war für ihn der Zusammenschluß der gesamten Judenheit in der Jewish Agency für den Aufbau in Palästina. Wir gedenken seiner nicht als eines Führers der amerikanischen Judenheit, eines Teiles der Judenheit, sondern als eines Führers der Weltjudenheit."

Dies waren die Kräfte, die zur „Erweiterung" der Jewish Agency beigetragen haben. Was als jüdischer Generalstab für Frankreich die „Alliance Israélite Universelle", was für England der „Board of Deputies" war, das sollte nun für das Weltjudentum die Jewish Agency werden.

Wir müssen uns bei all diesen Vorgängen immer scharf vor Augen halten, daß entsprechend Artikel 4 des Mandatsstatuts alle Mitglieder der Jewish Agency in einem bestimmten Rahmen Einfluß auf die Mandatsentwicklung selbst besitzen. Die Araber waren sich über die ungeheure Bedeutung dieser Erweiterung der Jewish Agency völlig im klaren. Wenige Tage nach den Beschlüssen von Zürich flammten nach acht Jahren trügerischer Ruhe in Palästina die Unruhen plötzlich wieder in stärkstem Maße auf. Doch darüber später.

Soweit es noch einen hauptsächlich religiösen „idealistischen" Zionismus gegeben hatte, hat er 1929 den eigentlich bestimmenden Kräften des Weltjudentums endgültig Platz machen müssen. Auch den eigenen Rassegenossen gegenüber spielte dabei die Geldfrage die ausschlaggebende Rolle, da es sich erwiesen hatte, daß ohne ganz erhebliche amerikanische und westeuropäische jüdische Mittel das zionistische Experiment zum Scheitern verdammt wäre. „Die erweiterte Jewish Agency bedeutet die neue amerikanische Epoche des Zionismus", sagt Zukerman, „es war der erste Versuch von seiten der amerikanischen Juden, ihre Brüder nicht allein in finanziellen Dingen, sondern ebenso in geistigen zu führen ... Die-

jenigen, die sich der neuen Agency widersetzten, weil sie eine Verdünnung des Nationalismus, weil sie die Verdrängung einer demokratischen Volksbewegung durch das Großkapital und damit die Amerikanisierung des jüdischen Lebens bedeuten muß, wußten sehr wohl, daß all diesen Dingen kein Widerstand entgegengesetzt werden konnte, weil ohne die Marshall-Gruppe (das heißt das Finanzjudentum. D. V.) der Zionismus zum Bankrott und zu einem Fehlschlag verdammt gewesen wäre. Die osteuropäischen Juden sind ohne amerikanische Hilfe gänzlich hilflos“ [61].

Aus dem Rat der Jewish Agency, der also zu gleichen Teilen aus Mitgliedern der alten zionistischen Organisation und aus dem nichtzionistischen Finanzjudentum besteht, wird ein Verwaltungskomitee von 40 Mitgliedern gewählt, das alle zwei Jahre tagt, und schließlich die eigentliche Exekutive, die sich aus einem Präsidenten und 9 anderen Mitgliedern zusammensetzt. Wie wir schon sagten, ist der Präsident gleichzeitig auch der Präsident der zionistischen Organisation, die an Bedeutung hinter den Organen der Jewish Agency allmählich allerdings in den Hintergrund tritt.

Die alte zionistische Organisation wie auch das Judentum in Palästina teilt sich politisch noch in einige *Parteien* auf. Das orthodoxe Judentum ist in der Mizrachi-Partei zusammengefaßt, die den konservativen Flügel darstellt. Daneben steht als Mittelpartei die der „Allgemeinen Zionisten“, die von Weizmann geführt wird, oder vorsichtiger gesagt, in einem Flügel, während ein zweiter Flügel der „Allgemeinen Zionisten“ mehr zu dem Ostjuden Ussischkin tendiert. Die seit 1933 stärkste Gruppe ist die Arbeiterpartei – jüdisch Poalim. Sie steht in engster Verbindung mit der jüdischen Gewerkschaftsorganisation, der Histadruth, die ungefähr 80% aller jüdischen Arbeiter in Palästina umfaßt und deren Führer *Ben Gurion* neben Weizmann eine wichtige Rolle innerhalb der Jewish Agency spielt. Die Histadruth hat über ihre gewerkschaftliche Funktion hinaus durch die Entwicklung von

Genossenschaften, Arbeiterbanken und Kreditinstituten sowie auch durch kolonisatorische Tätigkeit bestimmenden Einfluß auf die Tätigkeit der Jewish Agency genommen.

Die dritte Gruppe schließlich, die hier noch hervorzuheben ist, sind die sogenannten Revisionisten *Wladimir Jabotinskys*, die 1935 aus der zionistischen Organisation ausgeschieden sind. So wie die Juden ihre Mittel- und Arbeiterpartei und auch ihre Kommunisten haben, so haben sie in Jabotinsky auch ihren „Faschisten". Schon 1921 hat ihn Alfred Rosenberg als das enfant terrible des Zionismus bezeichnet. Während sich die Jewish Agency in all diesen Jahren sorgfältig gehütet hat, ihre eigentlichen Ziele in Palästina kundzutun, während zum Beispiel Chaim Weizmann erklärte, es sei schwer zu sagen, ob die zionistische Politik schließlich zu einer jüdischen Mehrheit in Palästina führen würde, hat Jabotinsky von Anfang an offen erklärt, die Balfour-Deklaration könne nichts anderes als die Gründung eines jüdischen Staates sowohl in Palästina wie auch in Transjordanien bedeuten. Er lehnt die politische Taktik Weizmanns ab und verlangt „klare Verhältnisse". „Was ist Nationalheim?" rief Jabotinsky auf dem 16. Zionistenkongreß 1929, „ein *Nationalstaat*, ein Staat mit einer überwiegenden jüdischen Mehrheit", antwortete er[62]. Das war in einer Zeit, wo es Weizmann und die gesamte jüdische Führung peinlich vermieden, die eigentlichen Ziele des Zionismus offen zu erklären! So ist für die taktischen Westjuden der ostjüdische Radikalismus Jabotinskys immer sehr beunruhigend gewesen.

Diese Gegensätze zwischen den Revisionisten und der offiziellen Führung der Jewish Agency haben schon in frühen Jahren mehrfach zu Tätlichkeiten geführt. Im Frühjahr 1937 kam es in Jerusalem zu einem regelrechten Sturmangriff von Jabotinsky-Leuten auf das Haus der Jewish Agency, bei dem es erhebliche Scherben gegeben hat. Wenn hier also auch scheinbar unversöhnliche Gegensätze zwischen Jabotinsky und Weizmann bestehen, so dürfte es letzten Endes der Jewish

Agency gar nicht unangenehm sein, daß sie durch Jabotinsky sozusagen immer als der gemäßigte Teil des Judentums erscheint. Wie groß die Anhängerschaft der Revisionisten in Palästina selbst ist, läßt sich schwer abschätzen. Der Peel-Bericht schätzt sie auf 5% in Palästina, doch dürften die Parteigänger Jabotinskys wohl etwas zahlreicher sein; vor allem seit dem Sturmjahr 1938.

Eine nicht unwichtige, wenn auch schwer erfaßbare Rolle spielt schließlich der *Kommunismus*. Zwar lehnt Moskau offiziell den Zionismus ab, es ist jedoch keine Frage, daß bolschewistische Propaganda im Judentum Palästinas einen sehr günstigen Nährboden gefunden hat. Fest steht, daß verschiedentlich jüdische kommunistische Parteigänger aus Palästina nach Moskau zur „Schulung" geholt worden sind. Von arabischer Seite ist dabei nicht ohne Ironie auf die merkwürdigen Widersprüche hingewiesen worden, die sich in der kommunistischen Propaganda in Palästina ergaben. So wurde einerseits am Ende eines Aufrufs des Zentralkomitees der palästinensischen kommunistischen Partei gefordert: „Nieder mit der britischen Kolonialpolitik; Nieder mit der Balfour-Deklaration; Nieder mit der zionistischen Einwanderung! Es lebe der Kampf gegen Kolonialpolitik und gegen Zionismus!" Andererseits aber wurde bald darauf ein kommunistisches Flugblatt, das mit Isaak Laib unterzeichnet war, in Palästina verbreitet, in dem es hieß: „Haltet euch fern vom Bruderhaß zwischen Juden und Arabern. Es lebe die antifaschistische Vereinigung arabisch-jüdischer Arbeiter!" Hierzu ist von arabischer Seite sarkastisch bemerkt worden, Herr Isaak Laib habe allerdings nicht mitgeteilt, ob diese Verbrüderung vor oder nach dem Kampf gegen den Zionismus erfolgen solle[63]. Der Bolschewismus hat selbstverständlich sowohl bei den Arabern wie bei den Juden in Palästina im Trüben zu fischen versucht. Wieweit er dabei untergründige Erfolge gehabt hat, wäre einer eigenen Untersuchung wert.

Die Kernfrage des Zionismus

Als Alfred Rosenberg 1922 in seiner Schrift über den Zionismus zum erstenmal den Versuch machte, die wahren Hintergründe der zionistischen Bewegung zu durchleuchten, mögen wie auch in späteren Jahren viele, die grundsätzlich antisemitisch gesinnt sind, der Meinung gewesen sein, es habe doch wenig Sinn, auch die zionistische Richtung des Judentums zu bekämpfen, weil sie doch zum mindesten dem alljüdischen Assimilationsversuch eine Schranke setze. Nun ist es völlig klar, daß, wer sich überhaupt mit dem Problem des Weltjudentums befaßt, sich wohl oder übel auch Gedanken darüber machen muß, ob es auf eine vernünftige Weise zu lösen sei. Zweifellos könnte man die Errichtung eines jüdischen Staates irgendwo in der Welt, der mit der Zeit so ziemlich das ganze Judentum aufsaugte, als eine gegebene Lösung ansehen. Der Uganda-Vorschlag Joe Chamberlains aus dem Jahre 1903 war durchaus nicht falsch gedacht. Das Judentum hat ihn abgelehnt und sich auf die Eroberung von Palästina versteift. Die Frage, die daher im Vordergrund stehen muß, wenn man sich mit dem Palästinaproblem unserer Tage befaßt, heißt vor allem: *kann Palästina überhaupt eine Lösung der Weltjudenfrage bringen?*

Diese Frage stellen und sich dann im Lande selbst umsehen, heißt bereits, sie zu verneinen. Als ich mich im Hause der Jewish Agency in Jerusalem danach erkundigte, wie sich die zionistische Organisation zu dieser Grundfrage selbst stelle, ergab sich ein eigentümliches Bild. Die Peel-Kommission war eben aus Palästina abgereist. Die ganze Zukunft des Zionismus schien durchaus in der Schwebe zu sein. Trotzdem trug man in der Jewish Agency größten Optimismus zur Schau. „Ja, ohne Zweifel", so sagte man mir, „die Einwanderung wird in der nächsten Zeit Beschränkungen erfahren. Aber auf die Dauer kann man in London unseren Forderungen nicht widerstehen. Es wird genau so gehen wie nach 1929. Damals

wurde die Einwanderung ebenfalls beschränkt. Zwei Jahre hat es gedauert, dann hat sich das Ventil von selbst wieder geöffnet. Was immer Ihnen die Araber sagen, nicht sie haben die Macht. Nicht auf sie kommt es an. Nein, wir fürchten nichts von englischen Kommissionen. Viel schlimmer ist schon diese englische Verwaltung hier. Eine mehr als zweitklassige Verwaltung, die uns nicht einmal zu dem Lande verhelfen kann, das wir zu hohen Preisen gekauft haben."

Auf meine Frage, wie groß man denn nun eigentlich in der Jewish Agency die seit Jahren so stark umstrittene Fassungskraft Palästinas für die jüdische Einwanderung ansehe, sagte man mir ohne nachzudenken: mindestens 5 bis 6 Millionen Juden könnten in Palästina leicht Platz finden. Meine weitere Frage, ob diese an sich doch wohl sehr übertriebene Schätzung, die allen englischen Kommissionsberichten durchaus widerspreche, nicht zum mindesten bedeuten müsse, daß auch der letzte Araber aus Palästina entfernt werden müsse, blieb natürlich unbeachtet. Tatsächlich ist jedoch durch das, was mir in der Jewish Agency gesagt wurde, dreierlei geklärt worden: einmal, daß trotz aller Redensarten, die seit nunmehr zwanzig Jahren vom Zionismus über die Möglichkeiten eines friedlichen Zusammenlebens mit den Arabern gemacht werden, das Endziel die völlige Verdrängung der Araber aus Palästina ist. Das Motto aus einer Rede Chaim Weizmanns, das wir diesem Abschnitt vorausstellten, sagt genug. Zum zweiten wurde klar, daß auch die optimistischsten Schätzungen beileibe nicht annehmen, daß auch nur die Hälfte der 16 Millionen Juden, die es ungefähr in der Welt gibt, in Palästina untergebracht werden kann. Zum dritten ergab sich, daß die Jewish Agency entschlossen ist, ohne Rücksicht darauf, was später eigentlich mit den Juden in Palästina geschehen soll, eine rein quantitative Politik zu treiben und soviel Juden als nur irgend möglich nach Palästina hineinzuholen, um, sobald es immer zu erreichen ist, die Mehrheit im Land zu erringen.

Verweilen wir zunächst noch einen Augenblick bei dem zwei-

ten Punkte, der Frage, ob durch Palästina eine Lösung der Weltjudenfrage möglich ist, so kommen wir zu folgendem Schluß: auch die schärfsten Verfechter des Zionismus halten es für ausgeschlossen, daß mehr als knapp ein Drittel des Weltjudentums im Lande Platz finden kann. Polen, Rumänien, Litauen, Lettland und Ungarn besitzen heute insgesamt eine jüdische Bevölkerung von beinahe fünf Millionen. Schon die völlige Überführung des Hauptkontingents der Ostjuden nach Palästina würde, selbst wenn es überhaupt keine arabische Frage gäbe, also praktisch nicht durchzuführen sein. Oder jedenfalls nur dann, wenn man in Palästina ein jüdisches Elendsproletariat schaffen will, das das Gelobte Land dann ohnedies nach wenigen Jahren oder Jahrzehnten wiederum verlassen würde. Von der Möglichkeit, auch nur einen wesentlichen Teil der zwei Millionen Juden in New York, der 480000 Juden in Wien und Budapest nach Palästina zu überführen, wird von den Zionisten von vornherein ganz abgesehen. Chikago allein hat beinahe soviel Juden (330000), als zwischen 1920 und 1938 in Palästina einwandern konnten! Dies muß man als Maßstab nehmen, wenn man Palästinas Fassungskraft im Rahmen des jüdischen Weltproblems sieht. Es ergibt sich eindeutig, daß Palästina weder *die* Lösung noch auch nur eine halbwegs befriedigende Teillösung der Weltjudenfrage bringen kann. Vielmehr baut die in der Jewish Agency betriebene alljüdische Politik von vornherein auf dem Grundsatz auf, daß das „assimilierte" Westjudentum einschließlich des Judentums in Österreich und Ungarn sowie vor allem das amerikanische Judentum dort bleibt, wo es heute ist.

Was man erstrebt, ist die Möglichkeit des Zusammenspiels des in der staatlichen, in der Finanz- und Wirtschaftswelt Westeuropas zur Macht gelangten Judentums mit einem jüdischen Staat in Palästina, der in Augenblicken einer gewissen Gefahr für das Judentum in dem einen oder anderen Land in ganz bestimmter Richtung, sei es durch offizielle diploma-

tische Schritte, sei es durch andere Propagandamaßnahmen, in Funktion treten kann. Wie dieses Zusammenspiel bereits jetzt organisiert ist, haben wir aus der Arbeitsteilung zwischen Ost- und Westjudentum in der Jewish Agency gesehen. Diese „Arbeitsteilung" ist nicht nur als ein Übergangsstadium für heute und morgen gedacht. In ihr steckt vielmehr bereits das ganze zukünftige Programm, das das Weltjudentum mit der Palästinafrage verbindet. Alle philanthropischen Argumente, die von jüdischer und sehr oft auch von englisch-amerikanischer Seite in die Waagschale geworfen werden, verflüchtigen sich bei näherem Zusehen. Sie hätten eben nur dann wirkliche Berechtigung, wenn mit dem Aufbau eines Judenstaates an einer Stelle der Erde begonnen worden wäre, die einerseits bevölkerungsmäßig wirklich einen Leerraum darstellt – was bei Palästina nicht der Fall ist – und die andererseits im Laufe einiger Jahrzehnte sagen wir neun Zehntel des Weltjudentums aufnehmen könnte. Beide Voraussetzungen sind im Falle Palästinas nicht gegeben.

Was übrigbleibt, ist zunächst einmal der Betrug der eingesessenen arabischen Bevölkerung um ihr Recht auf politische Selbstbestimmung und darüber hinaus überhaupt um ihr Recht auf Land und Leben. Zweitens aber der oben geschilderte alljüdische Plan: Palästina als Vatikan eines Weltjudentums, dessen wichtigste Zweige nach wie vor ihre Macht in Westeuropa und in den Vereinigten Staaten politisch und finanziell ausbauen und festigen. Das ist das Ziel, um dessentwillen ein so erstaunlich großer Apparat in Bewegung gesetzt worden ist, um dessentwillen die Kabinette in London Jahr um Jahr viele Wochen sich den Kopf zerbrechen müssen, um dessentwillen britische Soldaten in Palästina bluten, arabische Freischärler zu Tausenden ihr Leben lassen müssen, das amerikanische State Department umfangreiche Untersuchungen anstellen muß, Sitzungen über Sitzungen in Genf einberufen werden und der große Mechanismus der sogenannten Weltpresse in Bewegung gesetzt wird.

Wenn von Philanthropie im Zusammenhang mit Palästina die Rede ist, so ist es ja immerhin ein eigenartiger Fall von Menschenfreundlichkeit, die, um einigen Hunderttausend Juden Platz zu schaffen, ebensoviele Hunderttausende Araber wirtschaftlich und moralisch vernichten will. Diese Philanthropie pflegt sich mit den zivilisatorischen Fortschritten, die der Zionismus nach Palästina gebracht hat, zu umkleiden. Diese seien auf einzelnen Gebieten durchaus nicht bestritten. Wenn man sie den Arabern gegenüber ausspielt, begeht man allerdings den doch wohl sehr handgreiflichen Fehler, zu vergessen, was wohl die Araber aus Palästina gemacht hätten, wenn ihnen sowohl die Schulungsmöglichkeiten wie vor allem die gleichen gewaltigen Kapitalmittel zur Verfügung gestanden hätten wie den Juden in Palästina. Wenn sich ein steinreicher Mann in einer abgelegenen Gegend ein großes Haus baut und dann seinen Gästen sagt: Seht, wie rückständig sind doch meine armseligen Nachbarn in ihren traurigen Hütten, so hat man dies bisher jedenfalls nicht als Philanthropie bezeichnet.

Die Frage, wie groß die *Fassungskraft* Palästinas eigentlich ist, hat eine Reihe von britischen Untersuchungskommissionen beschäftigt. Da das statistische Material auch noch heute nicht völlig zureichend ist, ist man nicht zu einem einheitlichen Schlusse gekommen. 32% der 27 009 qkm Palästinas gelten als kultivierbar[64]. Insbesondere die Untersuchungskommission unter Leitung von Sir Walter Shaw, die im Frühjahr 1930 Palästina bereiste, und die Kommission unter Sir John Hope-Simpson haben die Möglichkeiten der jüdischen Einwanderung außerordentlich skeptisch beurteilt. Der radikale zionistische Flügel unter Jabotinsky hatte bis dahin erklärt, in ganz Palästina stünden 18 Millionen Dunam (1 Dunam = 0,1 ha) zur Verfügung. Der Kommissar der Palästinaregierung für den Landbesitz hatte ihn auf 10,59 Millionen Dunam geschätzt, Sir John Hope-Simpson errechnete jedoch nur eine Ziffer von 6,54 Millionen[65]. Hope-Simpson erklärte,

wenn das ganze in Palästina urbar zu machende Land unter die arabische bäuerliche Bevölkerung aufgeteilt würde, wäre nicht genug vorhanden, um jede Familie mit einem bescheidenen Lebensunterhalt zu versorgen. Er erklärte ferner, bis zu einer weiteren Entwicklung der Bewässerungsfrage „gibt es keinen Raum für einen einzigen hinzukommenden Siedler mehr, wenn die Lebenshaltung der Fellachen auf ihrem augenblicklichen Stande verbleiben soll". Bei höchster Durchkultivierung des Landes sah er immerhin noch die Möglichkeit, später 20 000 neue Siedler einzusetzen, wobei er für die einzelnen Distrikte genaue Vorschläge machte, wie die Kultivierung ins Werk zu setzen sei. Selbst wenn die Berechnungen Hope-Simpsons etwas zu ungünstig für die wirkliche Fassungskraft Palästinas ausgefallen sein mögen, geben sie doch ungefähr die Grenzen an, die bereits 1930 für die Ausdehnung der jüdischen Siedlung zu sehen waren. Welches Schicksal dieser Bericht erfuhr, werden wir später noch eingehender zu verfolgen haben. Die Politik der Jewish Agency jedenfalls ging nicht von irgendwelchen Landberechnungen aus, sondern allein von der politischen Erwägung, daß das Ziel, die Errichtung eines Judenstaates, nur dann erreicht werden könne, wenn man so schnell wie möglich eine große Anzahl von Juden ins Land hineinpumpe. Im November 1930 erklärte Weizmann ganz offen, „die Bestimmung der Anzahl jüdischer Zuwanderer dürfe nicht von der Arbeitslosigkeit unter den Arabern, ja nicht einmal von der Arbeitslosigkeit unter den Juden abhängig gemacht werden" [66]. Dies ist die gewissenlose quantitative Politik der Jewish Agency. Kein anderer Grundsatz lag der jüdischen Einwanderungspolitik jemals zugrunde.

Die Ein- und Auswanderung von Juden nach Palästina zwischen 1920 und 1937 hat sich nach den Bulletins der Palästinaregierung entwickelt, wie die nebenstehende Tabelle zeigt.

Diese offiziellen Ziffern zeigen jedoch das Anwachsen der jüdischen Bevölkerung in Palästina nicht vollständig. Allein in den Jahren 1932/33 sind nach einem Bericht der Mandats-

Jahr	Eingewandert	Ausgewandert
1920	5514	—[2]
1921	9149	—[2]
1922	7844	1451
1923	7421	3466
1924	12856	507
1925	33801	2151
1926	13081	7365
1927	2713	5071
1928	2178	2168
1929	5249	1746
1930	4944	1679
1931	4075	666
1932	9553	—[2]
1933	30327	—[2]
1934	42359	—[2]
1935	61854	396
1936	29727	773
1937	10536[1]	889

[1] Einschl. 681 früher angekommenen, aber erst 1937 „anerkannten" Einwanderern. [2] Rückwanderungshöhe steht nicht fest.

regierung 22400 Juden illegal nach Palästina eingewandert[67]. Rechnet man die rund 55000–60000 Juden hinzu, die bereits vor der englischen Besetzung in Palästina gelebt haben, so wird angenommen, daß um die Jahreswende 1937/38 alles in allem etwa 400000 Juden in Palästina anwesend waren und Ende 1938 knapp 410000, von denen ein gewisser Teil allerdings noch nicht die palästinensische Staatsangehörigkeit besaß, sich dafür aber in der politischen Agitation um so eifriger hervortat. Allein in den drei Jahren 1933 bis 1935 sollen insgesamt rund 18000 Juden als „Touristen" nach Palästina gekommen und dann illegal im Lande geblieben sein. Obwohl die englische Regierung nunmehr für jedes Touristenvisum eine Kaution von RM. 800.– verlangt, hat die Jewish Agency in all diesen Jahren immer Mittel und Wege gefunden, um die illegale Einwanderung zu fördern.

Unsere Statistik zeigt auf der anderen Seite, daß zeitweise die Auswanderung von Juden aus Palästina nicht unbeträchtlich war. Der erste große Schub von Einwanderern kam 1924/25. Im darauffolgenden Jahr stellte sich heraus, daß die Fassungs-

kraft des Landes kleiner war, als man angenommen hatte. Infolgedessen wanderten zunächst 7000 Juden wieder ab. In den drei Jahren von 1927 bis 1929 – beträgt doch der offizielle Einwanderungsüberschuß im Jahr 1928 nur 10 Juden – wurde es spürbar, daß die finanzielle Hilfe des Weltjudentums nachließ. Die geringen Einwanderungsziffern dieser Jahre entsprechen genau den Verhandlungen Chaim Weizmanns mit dem westeuropäischen und amerikanischen Finanzjudentum. Nach der Erweiterung der Jewish Agency im Jahre 1929 beginnen die Geldmittel unter veränderten Bedingungen wieder reichlich zu fließen. Nach einer Übergangsperiode zwischen 1930 und 1932, die durch die Unruhen von 1929 bedingt war, wirkt sich die neue Finanzorganisation dann in den Jahren 1933 bis 1935 entsprechend aus. Nach der offiziellen Statistik wandern in diesen drei Jahren nicht weniger als 130 000 Juden, tatsächlich aber wohl 160 000 Juden in Palästina ein. Das bedeutet: die jüdische Bevölkerung nimmt im Laufe dreier Jahre um fast 40% zu. Wir müssen hier wiederholen, daß dabei das jüdische Element aus Deutschland eine untergeordnete Rolle spielt, da von 1920 bis 1936 einschließlich insgesamt nur rund 38 000 Juden aus Deutschland nach Palästina ausgewandert sind. Selbst das stürmische Jahr 1936 bringt mit 30 000 Einwanderern der Politik der Jewish Agency einen größeren Erfolg als die ganze Einwanderungswelle der ersten Jahre. Erst 1938 setzt unter dem Eindruck des arabischen Aufstandes eine neue jüdische Abwanderung aus Palästina ein.

Die quantitative Politik der Jewish Agency richtete sich also von vornherein nicht nach der Aufnahmefähigkeit des Landes, sie fragte auch grundsätzlich nicht, ob die Hunderttausende von hereinströmenden Juden tatsächlich auf die Dauer ein Auskommen finden können oder wenn sie diese Frage stellte, so beantwortete sie sie höchst oberflächlich. Die wirtschaftliche Basis der Einwanderung war von vornherein eine übermäßige und ganz erstaunlich große *Kapitaleinfuhr,* die durch die verschiedenen Zweige des Weltjudentums mit Hilfe der

Jewish Agency eingeleitet wurde. Zwischen 1917 und Mitte 1936 sind durch die Fonds der Jewish Agency 14 037 000 Pfund Sterling ausgewiesen worden, die auf dem Wege von Sammlungen eingeströmt sind. Der Palestine Foundation Fund (Keren Hayesod) hat seit dem Jahre 1920 allein rund 6,2 Millionen Pfund Sterling aufgebracht.[68] Der Peel-Bericht sagt hierzu folgendes: „Das einzigartige Merkmal in der Wirtschaft Palästinas ist der außerordentliche Kapitalbetrag, der im Lande investiert worden ist und für den keine Zahlungen an Zinsen und Amortisationen ins Ausland erforderlich sind. Dieses Merkmal unterscheidet das jüdische Nationalheim scharf von allen anderen Gemeinschaften, die durch einen Kolonisationsprozeß geschaffen wurden und mit Zinszahlungen für das Kapital belastet sind, das ihnen vom Ausland für ihre Entwicklung zur Verfügung gestellt wurde." Der Peel-Bericht schätzt, daß die ungeheure Summe von 63 Millionen Pfund neben den bereits erwähnten 14 Millionen, die durch die Fonds aufgebracht wurden, in Privatunternehmungen in Palästina angelegt worden sind. Die jüdische Kapitalinvestition der vier Jahre 1932 bis 1935 wird allein mit 30 Millionen Pfund Sterling angegeben. Hiervon sollen in diesen vier Jahren nach privaten Schätzungen 24 Millionen Pfund allein in der Bauwirtschaft angelegt worden sein. Auch dies entspricht wiederum den finanziellen Abmachungen, die Weizmann durch die Erweiterung der Jewish Agency erreichte. Nach den amtlichen Schätzungen wären also rund 1,5 Milliarden Reichsmark von den Juden in den letzten 20 Jahren in Palästina investiert worden (wenn wir den Schlüssel der Registermark: 1 Lstg. = 20 RM. zugrunde legen), und allein in den vier letzten Jahren vor den Unruhen von 1936 600 Millionen Reichsmark. In einer privaten, jedoch ziemlich genau aufgegliederten Schätzung[69] wird die Gesamtinvestitionsziffer sogar mit 120 Millionen Pfund angegeben, wobei das Privatkapital der Einwanderer allein mit 60 Millionen Pfund angesetzt wird. Dies mag zu hoch gegriffen sein, in jedem Falle handelt es sich um ungeheure Summen, wenn

man sich vor Augen hält, daß das Land kleiner als Belgien ist und es sich um 400 000 Juden handelt, von denen ein Teil ziemlich mittellos aus Osteuropa nach Palästina eingewandert sein muß.

Die Folge dieser ungeheueren Kapitalinvestition war jedenfalls, daß sich in Palästina in den letzten Jahren eine ganz ungewöhnliche Sonderkonjunktur entwickelte. *Sie beruhte darauf, daß praktisch der Jude, der schon im Lande war, von dem lebte, der kam.* Die Histadruth, die jüdische Arbeiterorganisation, sorgte dafür, daß das Lohnniveau auf das Mehrfache der landesüblichen Sätze hinaufschnellte. In der Nähe der drei großen Städte Tel-Aviv, Jerusalem und Haifa setzte eine ungeheure Bodenspekulation ein, durch die zum Beispiel bei Tel-Aviv ein Quadratmeter Boden zeitweise einen Preis von ungefähr RM. 22.– erreichte. Die gesamte Bauwirtschaft, der sich das hereinströmende jüdische Kapital in erster Linie zuwandte, stand so alsbald auf völlig ungesundem Grunde, und es entstanden ganze Pyramiden von durchaus fiktiven Werten, die sich niemals verzinsen können.

Nicht wesentlich anders war es mit der *industriellen Entwicklung* des Landes, die ganz ähnlich stürmisch verlief. Der größte Teil der Industriegründungen fiel überhaupt erst in die drei Jahre 1934 bis 1936. Die Jewish Agency gibt das in der jüdischen Industrie Palästinas investierte Kapital für das Jahr 1929 mit 2 Millionen Pfund Sterling, für das Jahr 1933 mit 5,3 und für das Jahr 1935 bereits mit 8,6 Millionen Pfund an. Abgesehen von einigen Industrien, wie der Pottaschegewinnung am Toten Meer, die auf einen internationalen Markt rechnen können, wurden die meisten dieser Industrien im Hinblick auf die erwarteten großen Möglichkeiten einer Entwicklung des inneren Marktes, sowie im Hinblick auf den Export vor allem in die nahegelegenen arabischen Länder aufgebaut. Abgesehen davon nun, daß in all diesen Ländern, vor allem in Ägypten, eine eigene Industrie bereits im Entstehen begriffen ist, die sich natürlich durch Zölle schützt,

wurde dabei die Möglichkeit eines umfassenden arabischen Boykotts jüdischer Waren, der mit dem Jahr 1936 einsetzte, nicht in Rechnung gestellt. Bemerkenswert war auch, daß die jüdischen industriellen Neugründungen völlig planlos aufschossen, so daß zwischen 1934 und 1936 schließlich zehn Parfümerien- und Kosmetikafabriken entstanden, die naturgemäß in schärfsten Konkurrenzkampf treten mußten.[70] Ganz ähnlich verhielt es sich auch mit einer Reihe von anderen Industrien. Die Jewish Agency besaß keineswegs die Kraft, das nach Palästina drängende jüdische Kapital nun auch in geordnete Bahnen zu leiten. Wie in der Bauwirtschaft, so zeigten sich auch in der Industrie alle Kinderkrankheiten eines ungezügelten und hemmungslosen Hochkapitalismus. Die vor allem ostjüdischen Debattierklubs am Rande der Jewish Agency, in denen seit 20 Jahren sozialistische Programme für den Wirtschaftsaufbau Palästinas erörtert werden, wurden durch die Methoden der jüdischen Kapitalisten einfach umgerannt. Tatsächlich vermochte diese künstliche Konjunktur, die durch den jüdischen Goldstrom verursacht wurde, für eine Übergangszeit die Gefahr der Arbeitslosigkeit zu bannen.

Jüdische Neuankömmlinge wurden ohne weiteres von den neuen Industrien und der Bauwirtschaft aufgesogen. Bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1935 machten sich jedoch erste Krisenzeichen bemerkbar. Obwohl damals die Kapitaleinfuhr noch in vollem Gange war (das Jahr 1935 allein bringt nach dem Peel-Report 11 Millionen Pfund Sterling ins Land), wurden etwa 6000 jüdische Arbeitslose gezählt.[71] In den darauffolgenden Jahren hat sich diese Entwicklung noch weiter verschärft. Die Sonderkonjunktur Palästinas erwies sich als jüdischer Boom. Sie läßt sich solange vielleicht noch notdürftig erhalten, als durch die Organisation der Jewish Agency weiterhin jüdisches Kapital, das nicht verzinst und nicht zurückgegeben zu werden braucht, hereinströmt oder als neue Juden mit einem gewissen Vermögen ins Land kommen. Dies war 1937 noch der Fall, da für dieses Jahr die jüdischen

Kapitalinvestitionen noch auf 5,9 Millionen Pfund geschätzt wurden (davon Bautätigkeit allein 2,9 Millionen Pfund). Auf der anderen Seite betrug aber nach amtlichen Angaben am 31. Dezember 1937 die Zahl der jüdischen Arbeitslosen bereits 12 000, die der arabischen sogar 21 000!

In dem Augenblick, in dem die Quellen, die die Mühlen in Palästina so ungewöhnlich heftig angetrieben haben, langsamer sprudeln, muß naturnotwendig ein Umschwung einsetzen. Ein Krach von ganz erheblichem Ausmaß ist dann unvermeidlich, selbst wenn man in Rechnung setzt, daß ein wesentlicher Teil der in Palästina investierten Gelder à fonds perdu, ad maiorem Jehovae gloriam gegeben worden ist. Die Erscheinungen, die wirtschaftlich die Masseneinwanderung der Jahre 1933 bis 1936 begleiten, können in nichts einen stetigen Aufbauprozeß garantieren. Wenn wir von dem Umstand ganz absehen, daß sich durch die wilde Bodenspekulation schließlich die Juden untereinander übers Ohr zu hauen begannen, ist diese übermäßige Kapitaleinfuhr, die die Sonderkonjunktur Palästinas hervorgerufen hat, in keiner Weise wirtschaftlich gesund. Sie hat, wie wir sahen, rein politische Gründe. Der Jewish Agency kam es darauf an, mit mächtigem Anlauf durch Herbeiziehung einer möglichst großen Zahl von Juden aus Osteuropa eine wesentliche Etappe zu dem Ziel zu erreichen, das sie als erstes anstrebt: die Erringung der Majorität der Bevölkerung in Palästina. Verschiedentlich ist dem Verfasser von jüdischer Seite in Palästina auch unumwunden zugegeben worden, daß man selbst nicht daran glaubt, daß diese ungesunde Wirtschaftsblüte lange dauern kann. Das jüdische Großkapital Amerikas und Westeuropas hat sie durch seine Kapitalausfuhr nach Palästina ermöglicht, weil eben die ausschlaggebenden Köpfe in der Jewish Agency die politischen Notwendigkeiten voranstellten.

Das Schicksal vieler Tausende von Juden, die auf diese Weise von der Jewish Agency höchst verantwortungslos nach Palästina gelockt worden sind, ist jedoch auch rein wirtschaft-

lich mehr als zweifelhaft. Auf die Dauer werden diejenigen Juden, die mit hohen Lebensansprüchen nach Palästina gekommen sind, diese kaum aufrechterhalten können. Das Silberfuchscape am Strande von Tel-Aviv, das am Kurfürstendamm oder in der Warschauer Nowy Swiat gekauft worden ist, wird vielleicht, wenn die Konjunktur noch künstlich eine zeitlang aufrechterhalten werden kann, noch einmal in Palästina erneuert werden können. Kaum aber zum zweiten Male. Die überhöhten Löhne, die die jüdischen Gewerkschaften von ihren eigenen Unternehmern erzwungen haben, die hohen Provisionen, die teilweise jüdische Einzelpersonen beim Landkauf erzielten, dies alles ist abhängig vom westjüdischen Goldstrom, der kaum in der früheren Höhe unvermindert weiterfließen wird, oder doch zum mindesten immer nur stoßweise.

So wird gerade für eine bestimmte jüdische Mittelklasse, die nach Palästina eingewandert ist, das Problem unbedingt auftauchen, das freilich für den zerlumpten Juden, der aus dem Jemen kam, nicht besteht: der Lebensstandard wird sich zwangsläufig orientalischen Verhältnissen, im Durchschnitt gesehen, anpassen müssen, zumal Palästina nicht wie zum Beispiel Ägypten die Möglichkeit bietet, reichste Naturschätze und eine große Millionenzahl von Eingeborenen rücksichtslos auszubeuten. Hochkapitalistische und extrem marxistische Strömungen innerhalb des Judentums, die in Palästina aufeinandergetroffen sind, werden beide auf Schwierigkeiten stoßen, die sich aus der kärglichen Natur des Landes, aus seiner begrenzten Fruchtbarkeit und Entwicklungsmöglichkeit ergeben. Das marxistische Gewerkschaftsspekulantentum wird dabei ebenso wie die hochkapitalistische jüdische Bodenspekulation in Palästina ganz erheblich Haare lassen müssen. Man mag einwenden, dies seien eben die Kinderkrankheiten eines großen Experiments. Man mag auf eine Reihe von jüdischen Mustersiedlungen in Palästina hinweisen, die unbestreitbar bemerkenswerte Leistungen vollbracht haben. Es dürfte in jedem Falle aber sicher sein, daß die scharfen Gegensätze in der

jüdischen Sozialstruktur in demselben Augenblick aufplatzen müssen, in dem die künstliche Subventionierung durch die jüdische Kapitaleinfuhr einmal nicht mehr möglich sein sollte. In demselben Augenblick müßte aber auch die ganze wirtschaftliche Basis des Judentums in Palästina in sich zusammensinken, die allein darauf beruht, daß dieser Goldstrom weiterfließt. Es ist möglich, daß das Weltjudentum aus diesem Grunde noch auf längere Zeit hinaus erhebliche Mittel freimacht. Eine gesunde und stetige Entwicklung aus eigener Kraft jedoch wäre auch dann nicht zu erwarten, wenn die Araber sich nicht ihrer Haut wehren würden.

Der Lebenskampf der Araber

Mitten in den großen Orangenplantagen, die sich in der Ebene von Jaffa wie grüne Buschwälder dehnen, liegt Rischon le-Zion, eine der ältesten Zionistenkolonien, zu der schon 1882 der Grundstein gelegt worden ist. Es ist eine der bekanntesten jüdischen Siedlungen. Musterkulturen für Weinbau, aber auch für den Anbau von Orangen, Zitronen und Grape Fruit sind hier entstanden. Die Häuser der Kolonie bieten einen seltsamen Anblick. Nicht Siedlungshäuser sind es nämlich, auf die wir in Rischon le-Zion stoßen, sondern mitten in die Orangen- und Weinkulturen hat man einige Mietskasernen, Hochhäuser mit Balkonen und Terrassen, in einem bizarren futuristischen Stile hineingesetzt. Städtische Läden finden sich da, Cafés mit kleinen weißen Tischchen vor der Tür. Kein Dorf wurde errichtet, sondern ein Stück Stadt mitten in das Land gesetzt. Es ist Spätnachmittag, und in Gruppen kehren die jüdischen Landarbeiter nach der Kolonie zurück. Die Männer im Overall, die Frauen und vor allem die jungen Mädchen in kurzen Höschen und ärmellosen Trikots, manche auch nur mit einem lässig geknüpften Brusttuch.

Ein paar Kilometer weiter stoßen wir auf ein kleines arabisches Dorf. Auch dort ist Feierabend. In der weiten offenen Kafana sitzen die Männer mit untergeschlagenen Beinen, vor sich die Wasserpfeife und die kleinen Kaffeeschalen. Es herrscht Stille. Alsbald verrichten sie der im breiten Goldsaum untergehenden Sonne zugewandt ihr abendliches Gebet. Tief verschleierte Frauen mit ihren schwarzen Überröcken huschen über die Straße. Vom Turm der kleinen alten Moschee ruft der Mullah in langgezogenen Tönen, schnarrend

und hohl. Aus einem Feldweg biegt eine kleine Gruppe junger jüdischer Kolonisten. Sie sind fröhlich, und den à la Miami bekleideten jungen Damen hüpfen die Rechen auf der Schulter, sie lachen über einen Scherz. Sie sehen nicht einen Augenblick über die Straße hinüber zum arabischen Caféhaus. Auch dort bleibt alles unbeweglich, aber niemals habe ich starre Blicke voll tödlicheren Hasses gesehen als bei jenen kauernden unbeweglichen Arabern, die die Gruppe im Auge behielten, bis sie um die nächste Biegung, die nach Rischon le-Zion führt, verschwindet. Mein Chauffeur, ein freundlicher feister Grieche, der gewissermaßen als Ausweis für seine Gesinnung den Tarbusch trägt, flüstert mir zu, es sei hohe Zeit, zu gehen. Er möchte ungern in der Nacht nach Jerusalem zurückfahren, man könne nie wissen, was auf der Straße passiert. Als wir wieder im Wagen sitzen, erzählt er mir, daß acht Tage früher von demselben Café aus geschossen worden sei. Ein Racheakt, sagte er, weil kurz vorher in dieser Gegend ein junger Araber ums Leben gekommen ist.

Die Spannung, diese tagtägliche unheimlich lastende Spannung liegt über dem Land wie ein Alpdruck. Einige Tage später ist sie mir in Tiberias ähnlich begegnet. An der Promenade am See Genezareth standen streng geschieden die Gruppen der Araber und der Juden. Drei Stunden tuschelten die beiden Gruppen von der Dämmerung bis tief in die Nacht hinein. Eine Polizeistreife hatte schließlich in der Mitte Posten bezogen. Niemals kann man wissen, wann plötzlich sich die Leidenschaft von neuem entlädt. In Safed hoch oben im galiläischen Bergland waren am nächsten Tage alle arabischen Läden geschlossen. Die lokale arabische Führung hatte einen dreitägigen Proteststreik verkündet, weil ein junger Araber vom Militärgericht verurteilt worden war. Die ganze Stadt war besetzt. Schon auf dem Wege waren wir den Lastwagen der britischen Truppen begegnet, die auf ihrem Dache eine Funkanlage zum Empfang der Befehle vom Hauptquartier in Jerusalem und einen Sender zur Weitergabe des Situationsberichts

tragen. Immer war es dieselbe lastende Stille. Laut sind im Orient nur die Tag und Nacht spielenden Grammophone, die ununterbrochen arabische Lieder ausspeien, der Ersatz für den Bänkelsänger der Vergangenheit. Ein Ersatz, um den sich inzwischen auch die Sender in Bari und Daventry bemühten. Die Menge selbst bleibt regungslos. Sie verharrt und beharrt immer. Aber selbst wenn die Engländer ihren „Meister der Verkleidung" aus Kalkutta kommen ließen – Sir Charles Tegart, der lange Zeit während des indischen Boykotts dort den Secret Service geleitet hat — werden sie nur selten in Erfahrung bringen, wann sich diese Rauchwolke, die beständig den Vulkan des arabischen Volkes verhüllt, plötzlich in Flammen verwandelt. Flammen, die immer nur einen Augenblick lang ausbrechen, um dann wieder ins brodelnde Dunkel zurückzusinken.

Lawrence hat einst die Fähigkeit der Araber zur Konspiration und zum Guerilla-Krieg für England auszunutzen gewußt. Heute wendet sich dies alles gegen den englischen Lehrmeister. Schon vor dem Kriege war die ganze arabische Welt mit Geheimbünden durchsetzt. Der Widerstand gegen Juden und Engländer in Palästina ist in den letzten Jahren unterirdisch und dadurch unfaßbar organisiert worden, der „Orden der aufständischen Scheikhs" war das eigentliche Zentrum der bewaffneten Rebellion. Auch das Hohe Arabische Komitee konnte sich diesen Kräften, die in Nablus, dem altbiblischen Sichem, ihren Mittelpunkt haben, nicht entziehen.

Jüdische und arabische Lebensform sind von dem Augenblick an bereits hart aufeinandergestoßen, in dem nach dem Kriege die ersten Vorboten einer zionistischen Invasion in das Land kamen, die nicht mehr gewillt waren, wie das alte orientalische Judentum, sich in Sitte und Gesetz einzufügen, wie es seit zwölfhundert Jahren in Palästina der Islam geprägt hat. „Unter den Gründen einer antisemitischen Erregung der Araber in Jaffa", so schreibt bereits die erste britische Kommission, die 1921 zur Untersuchung der damaligen

Unruhen nach Palästina gekommen war[72], „war eine gewisse Art von Arroganz, die auf den Straßen und offenen Plätzen der Stadt von seiten der jüngeren Zionisten beiderlei Geschlechts mißfallen mußte. Einige Zeugen haben über die Art und Weise berichtet, in der Scharen dieser jungen Männer und Mädchen, reichlich leicht bekleidet, Arm in Arm durch die Straßen zogen, Lieder sangen, den Verkehr aufhielten und sich in einer Weise benahmen, die höchst anders als die arabischen Vorstellungen von Sitte war." Schon damals erklärte die Kommission, der natürliche Enthusiasmus der Zionisten müsse in Kanäle geleitet werden, wo er nicht die Araber beleidigen könne. Diese gutgemeinten Ratschläge haben jedoch wenig Erfolg gehabt. Die Juden, die nach Palästina kamen, sahen nur sich und ihre „Fortschrittsidee". Sie hatten keine Ahnung davon, daß die Araber, die sie verachteten, weil sie unter hygienisch rückständigen Verhältnissen lebten, die große kulturelle Tradition des Islam in sich trugen, die auch über die sterile Herrschaft der Türken hinweg gerettet worden ist. So wie in Jugoslawien und Bulgarien das türkische Joch zwar die einheimische Bevölkerung zur Rajah verdammte, zur grauen ungegliederten Masse, so wie aber trotzdem das ursprüngliche südslawische Kulturgut unter der Decke lebendig blieb und prächtig erwachen konnte, so verhält es sich auch mit den arabischen Völkern, die die eigentlich schöpferischen Kräfte im Orient in sich bergen, während das türkische Naturell aus einer gewissen Dumpfheit erst durch Kamâl Atatürk mit Gewaltkuren aufgerüttelt werden mußte.

Islam und Araberorganisation

Der Islam ist nicht nur eine Religion, er ist gleichzeitig eine Sozialstruktur, die in festen religiösen Bindungen wurzelt. Die nach Palästina kommenden Juden begannen alsbald, das Verhältnis von Efendi und Fellachim, von Herrenschicht und Fellachen nach marxistischen Grundsätzen zu untersuchen. Selbstverständlich machten sie auch den Versuch, diese So-

zialstruktur zu zersetzen. Alle Unternehmungen dieser Art waren jedoch zum Scheitern verdammt. Mit der Vorschrift des Koran: „Begehret nicht das, womit Gott den einen oder den anderen unter euch auszeichnet", ist eines jener Grundgesetze des Islam gegeben, das man in Europa mit Fatalismus zu bezeichnen pflegt, das aber in Wirklichkeit in der islamischen Welt zum Aufbau jenes sicheren Sozialverhältnisses geführt hat, das zum mindesten für alle mohammedanischen Gebiete gilt, die nicht vornehmlich von Beduinen bewohnt sind. Das Leben der Nomaden hat sich natürlich auch in der Welt des Islam seine besonderen Gesetze geschaffen. Palästina aber ist ebenso wie der syrische Küstenstreifen und wie Ägypten vorwiegend arabisches Bauernland. Reichtum und Armut, Besitz und Nichtbesitz werden im Islam als Fügungen des Schicksals betrachtet, die durch das Gesetz des Propheten einen Ausgleich in der Armensteuer erfahren, dem Zakat, dessen Erfüllung zu den fünf religiösen Grundpflichten eines jeden Moslem gehört.

Die liberalistisch-marxistische Betrachtungsweise aller festgefügten Sozialstrukturen ist immer die gleiche, ob es sich nun um die Neger auf den Baumwollplantagen der Südstaaten in den USA., um ostelbische Verhältnisse der früheren Zeit oder um die Lebensform des Islam handelt. Der Begriff der Ausbeutung, der als solcher natürlich nicht und vor allem in bestimmten Fällen nicht geleugnet werden soll, wird zum Leitmotiv aller sozialen Betrachtungen erhoben. Erst in den letzten Jahrzehnten brach sich in weltweitem Rahmen eine neue Erkenntnis Bahn. An die Stelle von Onkel Toms Hütte, diesem rührseligen Propagandaprodukt im Kampfe des liberalen amerikanischen Nordens gegen den aristokratischen Süden, tritt nun Margaret Mitchells „Gone with the Wind", das der Bindung, die der Neger selbst im früheren Sozialverhältnis empfunden hat, Gerechtigkeit widerfahren läßt. In den amerikanischen Südstaaten freilich wie etwa auch in Ostelbien sind die alten Sozialstrukturen zerstört, und jeder Versuch, sie

wiederherzustellen, wäre törichte Romantik, die in Reaktion umschlagen müßte. Anders beim Islam, wo die Ideen des Westens die Substanz der überkommenen Lebensform noch nicht zu erschüttern vermochten. Selbst in Ägypten nicht, obwohl dort das Aufkommen eines ganz extremen und krassen Hochkapitalismus, der zwar von Griechen und Juden, teilweise auch von Engländern und Franzosen ins Land getragen wurde, an den sich jedoch auch ein Teil der ägyptischen Oberschicht anschloß, zweifellos erhebliche Gefahren mit sich bringt. In Syrien und Palästina konnte von all dem keine Rede sein. In Palästina zumal verkörpert sich kapitalistische Denk- und Lebensform (mit ihrer marxistischen Entsprechung) allein im Judentum. Die arabische Gesellschaftsordnung ist nur durch die Rückwirkungen dieses importierten Hochkapitalismus betroffen. Gegen Zersetzungserscheinungen dagegen scheint sie im wesentlichen gefeit zu sein, weil der kapitalistische Geist in allen seinen konkreten Äußerungen hier gleichzeitig offen als jüdischer Rassen- und Nationalgeist erscheint und damit zur Zielscheibe des Kampfes aller Araber, der Fellachen nicht minder als der Efendis, wird.

Im Islam war die Religion stets nach unten hin ein Merkmal der Ständeschichtung, das heißt unterworfene Völker, die nicht zum Islam bekehrt wurden, hatten innerhalb der Sozialverfassung wie auch des islamischen Staates wenig Aufstiegsmöglichkeiten, sondern blieben Rajah. Gleichzeitig ist aber der Islam mit seiner ausgesprochenen aristokratischen Moral eine Sozialverfassung an sich. Er ist im Kern eine *ständisch gegliederte Kriegerreligion.* In Palästina war die Feudalstruktur so gut wie unangetastet, als die Engländer das Land besetzten. Auch in der städtischen Herrenschicht Jerusalems hatten sich die alten kriegerischen Beduinenideale, ausgeprägter Rassen- und Familienstolz, erhalten. Soweit es innerhalb der palästinensischen Araber parteimäßige Differenzierungen gab, wurden sie dadurch hervorgerufen, daß eine Minderheit der arabischen Bevölkerung (heute etwa 100 000) im

Laufe der Zeit zum Christentum, und zwar meist zur orthodoxen Kirche übergetreten war. Davon abgesehen, hatten sich die Engländer schon bald damit vertraut gemacht, daß es in der arabischen Aristokratie Jerusalems zwei hervorragende Familien gab, die in einer uralten Stadtfehde miteinander lebten, die in ihren Formen ganz den Zwistigkeiten der großen Familien der florentinischen oder bolognesischen Renaissance ähnlich war.

Die Familien der *Husseini* und der *Naschaschibi* stritten sich seit eh und je um den ersten Rang in der Heiligen Stadt. Schon die Türken hatten durch ihre Gouverneure in Jerusalem beide Familien gegeneinander auszuspielen gewußt. Im ganzen genommen war die Schicht der Efendis in Palästina klein. Nur einige wenige Namen sind außer diesen beiden Hauptfamilien noch zu nennen, unter denen die Khaldi hervorragen, während die Dajani und die Alami, die ebenfalls von altarabischem Adel sind, an Bedeutung zurücktreten. Außerhalb Jerusalems sind im wesentlichen nur die Abdul Hadis und die Tukans zu nennen, die aus Nablus stammen. Jaffa als Händlerstadt besaß keine alteingesessene Aristokratie. Haifa war zur Zeit der Besetzung durch die Engländer noch nicht viel mehr als ein Fischerdorf. In der Ebene von Jaffa schließlich saß die einzige noch erwähnenswerte Familie der Taji, die ihre Abstammung aus der Zeit des Sultans Saladin herleitet und durch ihren besonderen Reichtum wie auch in späteren Jahren durch ihre scharfe Stellungnahme für die Araberbewegung hervorragte. Als die Engländer ihre Verwaltung in Palästina einzurichten begannen, brauchten sie im wesentlichen nur mit diesen acht Familien zu rechnen[73], zu denen dann allerdings eine ganze Reihe von kleinen Scheikhs hinzukommen, die später bei den Aufständen eine erhebliche Rolle spielen sollten.

Die Familie der Husseini besaß in jenen Jahren den unbedingten Vorrang. Das Amt des Mufti von Jerusalem bekleidete Kamal Efendi el-Husseini, das des Bürgermeisters Musa

Kasem Pascha el-Husseini. Allenby beschloß sofort, daß nach dem guten alten Grundsatz divide et impera die Übermacht der Husseini-Familie eingedämmt werden müsse, er setzte Musa Kasem ab und ernannte Ragheb Bey Naschaschibi, das Oberhaupt der zweiten großen Familie, zum Bürgermeister der Heiligen Stadt, der dann dieses Amt von der Kriegszeit bis zum Jahre 1934 verwaltet hat. Als im Frühjahr 1921, schon in der Amtszeit Sir Herbert Samuels, der Mufti starb, versuchte nun die Naschaschibi-Partei die Lage auszunutzen und wenn nicht ein Mitglied ihrer Familie, so doch einen ihrer Anhänger zum Mufti zu ernennen. Ob es nun Sir Herbert Samuels Entschluß selbst war, ob es ein Rat des Colonial Office gewesen ist, die Engländer entschlossen sich jedenfalls, auch nun wiederum das Gleichgewicht zwischen den beiden führenden Familien herzustellen, offenbar in der Hoffnung, dadurch die Mißstimmung unter den Arabern zu besänftigen, die sich in den Unruhen des Jahres 1920 mächtig entladen hatte. Das Peinliche war nur, daß der allein für das Amt in Betracht kommende Halbbruder des verstorbenen Mufti *Hadsch* (das bedeutet Mekkapilger) *Emin Efendi el-Husseini* der unbestrittene arabische Anführer bei den Unruhen des Jahres 1920 gewesen war und daß er, der nach der Niederschlagung nach Transjordanien flüchtete, in contumaciam vom Militärgericht zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Eine Amnestie erlaubte ihm die Rückkehr nach Jerusalem, und Ende 1921 wurde Emin el-Husseini zum Mufti von Jerusalem gewählt. Sir Herbert Samuel ist dies später von den radikalen Zionisten außerordentlich verübelt worden. Doch paßt diese Handlung durchaus zu dem Bild Samuels, das wir bereits entworfen haben. Mit Zustimmung der Engländer selbst war jedenfalls mit der Wahl dieses Mannes zum Mufti den Arabern Palästinas jener hervorstechende Führer gegeben worden, der trotz seiner gewaltsamen Absetzung im Herbst 1937 seit siebzehn Jahren den Kampf zunächst gegen die Juden, später aber auch gegen England organisiert und führt.

Der Mufti ist zur Zeit seiner Wahl erst siebenundzwanzig Jahre alt gewesen. Er hatte in Kairo die el-Ahzar-Moschee besucht, wo er auf seinen künftigen Beruf als geistlicher Führer vorbereitet wurde, hatte dann als Offizier in der türkischen Armee gedient, sich aber nach Allenbys Vormarsch auf Jerusalem zum Aufstand des Scherifen geschlagen und bei der ruhmlosen Übergabe Jerusalems in der Nacht vom 8. auf den 9. Dezember 1917 eine wichtige Rolle gespielt, da er mit dafür verantwortlich war, daß die Schlüssel zu den Stadttoren in die Hand der Engländer gelangten. 1919 unternahm er die vorgeschriebene Pilgerfahrt nach Mekka, eine Selbstverständlichkeit für ein Mitglied der regierenden Familie in Jerusalem, die ihren Ursprung vom Propheten selbst herleitet und zweifellos zur ältesten arabischen Aristokratie zählt und auch mit der Haschemiten-Dynastie verwandt ist.

Eine Reihe von neueren Beobachtern der Entwicklung des Orients, so vor allem der bekannte Zionist Hans Kohn, haben die arabische Bewegung vornehmlich als nationalistisch, entsprechend der Entwicklung in Europa im 19. Jahrhundert, anzusprechen versucht und behauptet, die religiösen Momente seien gegenüber dem Nationalismus durchaus in den Hintergrund getreten. Für gewisse Zeitabschnitte und auch für gewisse Länder mag daran etwas Richtiges sein. Das Beispiel Kamâl Atatürks beweist es nicht minder als die ursprünglich vom ägyptischen Großbürgertum getragene liberal-nationalistische Unabhängigkeitsbewegung des Wafd. Trotzdem hat sich dieses generelle Urteil als oberflächlich erwiesen. Zeigt sich doch heute selbst in Ägypten unter dem jungen König Faruk, der sich mit den Scheikhs der el-Ahzar-Moschee verbunden hat, eine ausgesprochene Rückwendung zu den religiösen Überlieferungen des Islam, eine scharfe Gegnerschaft gegen den westlerischen Liberalismus, wie er etwa von der Wafd-Führung eines Nahas Pascha vertreten wird, und die Einbettung des nationalen Unabhängigkeitsstrebens in das religiöse Grundgefühl der Moslems. In Palästina ist durch die

Tatsache, daß das geistliche Oberhaupt, der Mufti, gleichzeitig nationalarabischer Führer wurde, der Einbruch liberalistischer Ideen überhaupt kaum erfolgt. Wie es scheint, wäre allenfalls die Familie der Naschaschibi dafür geeigneter gewesen, weshalb sie auch von Allenbys Zeiten bis in die Gegenwart hinein von England besondere Förderung erfuhr.

Emin el-Husseini jedenfalls verstand es, das Amt des Mufti zu einer bedeutenden Macht auszugestalten[74]. Der Mufti von Jerusalem wird heute schlechthin *der* Mufti oder auch Großmufti genannt. Beides ist nicht richtig. Jedes mohammedanische Land besitzt seinen Mufti (das heißt deutsch „Entscheider"). Einen Großmufti gab es nur, solange das Kalifat existierte, das 1924 von Kamâl Atatürk abgeschafft wurde. Der Großmufti oder Scheikh ül-Islam hatte unter dem Kalifen das Recht der Ernennung der Muftis in Damaskus, Kairo, Jerusalem und Bagdad usw. Als sein Amt weggefallen war, wurden die Muftis von den mohammedanischen Regierungen selbst eingesetzt. Der Mufti ist jeweils in seinem Gebiet die einzige und letzte Autorität, die den Koran und vor allem die in der Sunnah zusammengefaßten mündlichen Überlieferungen (Hadith) auszulegen vermag. Der Richter, der Kadi, ist verpflichtet, in unklaren Fällen das Urteil des Mufti und früher in großen staatsrechtlichen Fragen das des Scheikh ül-Islam einzuholen. Die Fetwa, das Gutachten des Mufti, ist im Islam die letzte Quelle der privaten und öffentlichen Rechtskontrolle, die freilich durch den eigenartigen Aufbau der islamischen Rechtsquellen oftmals orakelhaft und opportunistisch nach der Macht der Parteien ausgesprochen wurde. Die Macht der Muftis, die zeitweise so weit reichte, daß der Scheikh ül-Islam durch eine Fetwa selbst Sultane und Großwesire absetzte, ist in den verschiedenen Epochen der mohammedanischen Herrschaft schwankend gewesen.

Niemals aber ist die große theokratische Tradition wirklich ernsthaft durchbrochen worden, und gerade die neue Entwicklung in Ägypten, die die enge Verbindung König Faruks

mit der el-Ahzar-Moschee brachte, zeigt, wie stark diese Theokratie sich nach der Überwindung des ersten liberalistischen Ansturmes wieder zu beleben vermag. In fast allen mohammedanischen Ländern kommt hinzu, daß der Mufti auch erheblichen Einfluß durch die im Koran vorgeschriebenen Stiftungen besitzt, die praktisch einen großen Teil des Landes der geistlichen Gewalt unterstellen, wobei immer zu bedenken ist, daß der Islam nicht eine Kirche ist wie die christlichen Kirchen, sondern daß er im alten osmanischen Reich ebenso wie übrigens im schiitischen Persien stets als Einheit mit der Staatsgewalt, als soziales Lebensgesetz anzusehen ist. In Ägypten und im Irak sind heute für die geistlichen Besitztümer, den *Waqf,* eigene Ministerien gebildet worden, die den Landbesitz sowohl wie die Instandhaltung der Moscheen betreuen. In Palästina fiel dies alles unter die Zuständigkeit des Mufti, der dadurch eine ganz ungewöhnliche Machtfülle erhielt. Die Waqf-Gelder bezifferten sich nach dem Peel-Bericht 1936 allein auf 67 000 Pfund. Dazu kam die Überwachung der Waisengelder, die im einzelnen durch die Kadis vorgenommen wurde, die aber ebenfalls letzten Endes dem Mufti unterstanden. Diese Waisengelder erreichten in der letzten Zeit die höchst beachtliche Summe von 50 000 Pfund im Jahr. So verband sich mit dem Amte des Mufti die Verfügung über ganz erhebliche Geldmittel, die der weltlichen Aufsicht, auch der der Mandatsbehörde, im wesentlichen entzogen war, da die Person des Mufti und sein ganzer Amtsbereich als geheiligt angesehen werden mußte. Der Peel-Bericht hat den britischen Behörden in Palästina ziemlich unverhüllt vorgeworfen, daß sie die islamischen Gerichte, die Mehahim i-Scharije, nicht abgeschafft hätten. In Wirklichkeit hätte dies allerdings eine noch weitere Verschärfung des Kampfes in Palästina bedeutet. Erst Ende März 1938 wagte es der Hohe Kommissar McMichael, die Kadis von Haifa, Jaffa, Safed und Gaza ihres Amtes zu entheben und in ein Konzentrationslager bei Akko zu sperren.

Die Angelegenheiten der Aufsicht über den Waqf und die Scharije wurden durch einen Erlaß der Mandatsbehörden vom Dezember 1921 dem sogenannten Supreme Muslim Council, dem moslemischen Oberrat, übertragen, dessen Präsident wiederum der gleichzeitig gewählte Mufti wurde. Der moslemische Oberrat kann (oder richtiger: konnte) selbständig ein Budget aufstellen und braucht es der Regierung lediglich zur Kenntnis zu geben. Er kann die Kadis der Scharije ernennen, wobei er allerdings der Zustimmung der Mandatsregierung bedarf. Ihm unterstehen alle Beamten des Waqf und der Gerichte. Er kann sie jederzeit entlassen. Die Mandatsregierung fungierte bis zum großen Schlag gegen die arabische Führung also lediglich als Aufsichtsbehörde, die in die religiösen Bezirke nur wenig einwirken konnte.

Schon Sir Herbert Samuel hatte versucht, entsprechend der Jewish Agency auch eine *Arab Agency* zustande zu bringen. Diese Versuche, die sich nach 1929 nochmals wiederholten, scheiterten, weil die Araber unter Führung des Mufti die gut begründete Meinung vertraten, daß die Bildung einer Vertretung der Araber in Palästina gleichzeitig die Anerkennung der Jewish Agency als amtliche Institution des Mandats durch die Araber bedeuten müsse. Durch den internationalen Charakter der Jewish Agency hätten dadurch aber, wie wir gesehen haben, die Araber anerkannt, daß praktisch die gesamten sechzehn Millionen Juden der Welt durch die Organisation der Jewish Agency in die palästinensischen Angelegenheiten hineinreden dürfen. Damit konnte man sich natürlich auf arabischer Seite auf keinen Fall abfinden. Erst Lord Peel hat dann im Jahre 1937 in seinem Bericht den Vorschlag gemacht, es möge eine Arab Agency gebildet werden, der nicht nur die Vertreter der Araber Palästinas, sondern auch Vertreter von Transjordanien, dem Irak, Saudiarabien und Ägypten angehören sollen. Tatsächlich würde allein durch eine solche Zusammensetzung dem internationalen Aufbau der Jewish Agency ein gewisses Gegengewicht entgegengestellt wor-

den sein. Bis zum Abschluß dieses Buches ist dieser Vorschlag selbstverständlich rein theoretisch geblieben, und er wird wohl auch kaum zur Durchführung gelangen, nachdem inzwischen der Mufti vertrieben und fast alle arabischen Würdenträger gefangengesetzt, deportiert und in Konzentrationslager gebracht sind oder durch die britische Justiz verfolgt werden, sobald sie sich auf palästinensischem Boden zeigen.

Alle anderen Vorschläge einer in Wirklichkeit ungleichgewichtigen Arab Agency wurden vom Mufti mit größter Konsequenz zurückgewiesen. Dagegen bildete er alsbald ein *Arabisches Exekutivkomitee,* in dem er nicht immer erfolgreich versuchte, die maßgebenden arabischen Familien in Palästina unter einen Hut zu bringen. Immerhin ist das Büro des arabischen Exekutivkomitees, das zwischen 1928 und 1934 bestand, zeitweise auch von der Mandatsbehörde als legitime Vertretung der Araber anerkannt worden. Es entsandte mehrfach Delegationen nach London und trat auch vor den verschiedenen Untersuchungskommissionen, die von England nach Palästina kamen, als Sprecher der Araber auf. Niemals ist es aber natürlich in der Art der Jewish Agency endgültig von der Mandatsbehörde zu Verwaltungsaufgaben zugezogen worden. Wie wir sahen, wurde das von den Arabern auch nur bedingt erstrebt. Ihr Kampf wurde von Anfang an mit dem Blick auf das totale Ziel geführt.

Jenseits dieses arabischen Exekutivkomitees bildeten sich eine Reihe von Parteien, die im wesentlichen aber wiederum nur den führenden großarabischen Familien entsprachen und eigentlich nur ihren Familienanhang als „Partei" bezeichnen. So war die „Araberpartei Palästinas" die Partei des Husseini-Clans, die „nationale Verteidigungspartei" dagegen die der Naschaschibis, die „Reformpartei" die der Khaldis, der „nationale Block" stand unter der Führung der Abdul Hadis von Nablus. Einzig die von Aouni Bey Abdul Hadi gegründete „Unabhängigkeitspartei" (Istiqlal) machte ihrem Aufbau nach eine Ausnahme. *Aouni Bey,* der eine zeitlang unter Feisal

Außenminister des Irak gewesen und bereits bei den syrischen Unternehmungen Feisals beteiligt war, zeitweise auch gemeinsam mit dem Emir Abdallah gefochten hatte, machte mit seiner Istiqlal den Versuch einer von den Familienzwistigkeiten unabhängigen „panarabischen" Parteigründung, mit der er insbesondere in der arabischen Jugend eine starke Wirksamkeit entfalten wollte. Sein Rechtsanwaltsbüro in Jerusalem wurde zu einem der wichtigsten Zentren der arabischen Widerstandsbewegung gegen den Zionismus. Reisen nach Bagdad und auch zu König Ibn Sa'ud unterstrichen seine besondere Stellung innerhalb der arabischen Führerschicht. Einer seiner Verwandten, Ruhi Bey Abdul Hadi, trat gleichzeitig als Vertreter der Araber in den Dienst der Mandatsverwaltung, wo er lange Jahre den eigentlichen Verbindungsmann zwischen dem englischen und arabischen Lager abgab. Er hatte schon früher im türkischen auswärtigen Dienst gedient und war 1918 von Konstantinopel als Delegierter zum ukrainischen Hetman Skoropatzky entsandt worden.

Die *Naschaschibi*-Partei schließlich hatte durch ihr Oberhaupt Rhageb Bey, der, wie wir erwähnten, als Bürgermeister von Jerusalem eingesetzt wurde, einen nicht unbeträchtlichen Einfluß auf die Lokalverwaltung. Immer wieder versuchten die Engländer, ihn gegen den Mufti auszuspielen, je stärker und unangenehmer ihnen dessen Machtstellung wurde. Die persönlichen Rivalitäten zwischen dem Mufti und Rhageb Bey haben natürlich der arabischen Sache lange Zeit außerordentlich geschadet. Als schließlich im Jahre 1934 der Bürgermeisterposten neu gewählt wurde, gelang es dem Mufti, das Haupt der *Khaldi-Familie* an die Stelle Rhageb Beys zu bringen: Dr. Hussein Efendi, der dann 1937 ebenfalls seines Amtes entsetzt und von den Engländern verbannt wurde. Wie die Husseinis und Naschaschibis ist auch die Familie der Khaldis ältester arabischer Adel. Sie kann ihre Abstammung bis in das Jahr 636 zurückverfolgen. Eine der schönsten und vollständigsten arabischen Privatbibliotheken ist ihr Eigentum. In

Emin el-Husseini, der Mufti von Jerusalem

all diesen Familien lebt eine große und lebendige Kultur, die die Engländer an Ort und Stelle, soweit sie unvoreingenommen waren, bald zu würdigen wußten, von der aber selbstverständlich die Juden entweder nichts wußten oder doch nichts wissen wollten. Wer je mit Mitgliedern dieser alten arabischen Aristokratie in Palästina in Berührung gekommen ist, wird über die Darstellungen der Zionisten, als handle es sich in Palästina um eine wilde und unzivilisierte, von extremen Leidenschaften besessene Bande von „Eingeborenen", nur geringschätzig zu urteilen vermögen. Wenngleich die Zahl der Führerpersönlichkeiten und der in Betracht kommenden Familien klein ist, haben die Araber doch das Glück, gemessen an ihrer geringen Gesamtzahl in Palästina, eine ganze Reihe in der besten mohammedanischen Tradition und Kultur aufgewachsener Männer zu besitzen, die zwar den Praktiken und Schlichen der Jewish Agency nicht immer gewachsen waren, deren Bewegungsfreiheit auch durch ihre alten Familienfeindschaften gehemmt war, die aber immerhin eine überaus würdige Tradition besaßen.

Der Mufti von Jerusalem

Wenn man die engen Gäßchen und Sträßchen der Altstadt Jerusalems durchwandert hat und durch Lärm und Gerüche, durch das Schieben und Drängen der Menge schon ermüdet ist, gelangt man schließlich durch eine kleine Seitenstraße in die Nähe des gewaltigen Komplexes des heiligen Platzes Haram esch-Scherif. Hier erhebt sich der Felsendom, die schönste Perle des Orients, der Stolz des Islam. Eine der großartigsten Stätten der Erde, umwittert von den Mythen vieler Jahrtausende. Eingang zur Unterwelt, Thron Gottes – gleich Delphi Nabel der Welt. Hier erbaute der Kalif Omar auf den Resten des ersten Tempels der Juden und Hadrians Heiligtum der kapitolinischen Aelia die erste Moschee aus Holz, als er 637 Jerusalem erobert hatte. Sein Nachfolger Abd el-Melek begann den blauen Wunderbau, vor dem sich noch heute die

ganze Welt des Islam in Ehrfurcht neigt. 1022 hat der Kalif Hakim die große Moschee vollendet. Suleiman der Prächtige hat sie fünf Jahrhunderte später mit den schimmernden Fayence-Ziegeln geschmückt, die, weithin in der Sonne leuchtend, ihr Wahrzeichen geworden sind.

Haram esch-Scherif – das heißt vornehmes Heiligtum. Die Weite und Helligkeit blendet das Auge, wenn man aus den engen Gassen über den mit heiligen Gräbern gezierten Vorhof auf den Tempelplatz getreten ist. Seine längste Seite im Westen nimmt fast einen halben Kilometer ein, auch die schmalste im Süden des unregelmäßigen Vierecks erreicht noch beinahe dreihundert Meter. Alles ist überwältigend frei. Es herrscht lautlose Stille. Einige Araber wandeln gemessen vom heiligen Brunnen el-Kas hinauf zum Felsendom. Freistehende Säulenbogen umgeben rings die Moschee. Keine Mauer verbindet sie. Kraftvoll und beschwingt erhebt sich hinter diesem leichten Bogenkranz der blaue Fayence-Kuppelbau als magisches Achteck. Wie ein Modell der großen Moschee steht im Osten des Felsendomes Kubbet es-Silsele, die Kettenmoschee, die die riesigen Ausmaße ihrer großen Schwester und deren einfach strenge Form noch mächtiger erscheinen läßt. Einst sind in dem kleineren Abbild die Schätze der Kalifen aufbewahrt worden. Im Halbdunkel der Felsenmoschee, von einem kunstreichen Eisengitter umschlossen, das einst die Kreuzritter aus Frankreich mitbrachten, schimmert innen der kahle unbehauene Felsklotz in seltsamem Kontrast zu den Teppichen, Fayencen und Mosaiken. Auch die Moslems verehren den Felsen noch als die Stätte von Isaaks Opferung, von Jakobs Traum, aber vor allem als die Stelle, von der Mohammed auf dem Roß el-Burak gen Himmel ritt und auf der einst beim Jüngsten Gericht Gottes Thron sich erheben soll, wenn er bei der Auferstehung der Toten zu Gericht sitzen wird. Hier werden auch die Barthaare des Propheten, allen Moslems ein heiliges Symbol beim Schwur, aufbewahrt.

Am südlichen Ende des Platzes trifft man dann auf die

el-Aksa-Moschee, einst eine Basilika Kaiser Justinians, in deren unterirdischen Gewölben sich in der „Grube der Geister" die Toten zum Gebet versammeln. Dorthin kehrt nach heiliger Überlieferung Mohammed immer wieder in dunklen Nachtstunden zurück, um Schöpfung und Schöpfer anzubeten. Uralte Olivenbäume, silbrig schimmernd gleich in hohem Ansehen ergrauten Ehrenjungfrauen, spenden Schatten, wenn um die Mittagsstunde die Sonne erbarmungslos herniederbrennt und den weiten Platz und drüben den Ölberg mit seinen Tausenden von Judengräbern in flimmernden Glast hüllt.

Dort unweit der el-Aksa-Moschee, am Kettentor, hat der Mufti sein Hauptquartier aufgeschlagen. Dort, noch auf heiligem Boden, ist der Sitz des religiösen Rates der Moslems, dort empfing der Mufti im Obergeschoß seine Besuche. Von diesen herrlichen weiten Räumen aus, deren eine Fensterflucht den Blick auf die Moschee des heiligen Bezirks öffnet, leitete er durch sechzehn Jahre die Aktion gegen das Eindringen der Juden in das Land seiner Väter. Wenn er an die andere Fensterflucht trat, sah er genau senkrecht hinunter in den kleinen ausgesparten Hof vor der Klagemauer. Des Muftis Haus – sein Vorgänger wohnte noch auf dem Ölberg – steht auf den Resten von Salomos Tempel und gleichzeitig an der strategisch hervorragendsten Position in ganz Jerusalem. Diese Wahl des Hauptquartiers zeigt den ganzen Mann. Ein hervorragender Propagandist, der vom ersten Augenblick an Schritt für Schritt bedacht und entschlossen war, das Amt des obersten Hüters der großen Heiligtümer, die ihm anvertraut wurden, als ein politisches aufzufassen, als ein Amt, mit dem gleichzeitig die Pflicht verbunden ist, die Unantastbarkeit des arabischen Landes zu wahren. Wie oft mag er mit Abordnungen, die ihn dort im geheiligten Bezirk der Moschee besuchten, erst an das eine Fenster getreten sein, das den Blick auf die Tempel freigibt, und dann an das andere, durch das man die Juden unten vor ihrer Mauer klagen sah. Wenn Palästina ein Punkt auf der

Erde ist, in dem sich die Leidenschaften mächtig zusammenballen, so war jenes Hauptquartier des Mufti unmittelbar an den Rand der klaffenden Wunde gestellt, die das Land unsichtbar und sichtbar mitten durchzieht.

Jerusalem und seine mohammedanischen Heiligtümer haben in der Welt des Islam zwar immer am dritthöchsten Platz gestanden, aber seine Bedeutung war in der Türkenzeit herabgesunken. Auch der Mufti bedeutete nichts mehr als eine lokale Größe. Hadsch Emin el-Husseini hatte es aber bald verstanden, sich auch in der arabischen Welt zur Geltung zu bringen. Sobald er die Gefahr der Balfour-Deklaration erkannt hatte — wie sein Aufstand von 1920 beweist, war dies sehr früh der Fall — begann er die Verbindungen nach den neuen arabischen Höfen auszubauen. Kurz ehe der Scherif von Mekka von Ibn Sa'ud aus dem Hedschas vertrieben wurde, gelang es dem Mufti noch, ein Geschenk von 70 000 Pfund für die Wiederherstellung der el-Aksa-Moschee von Hussein zu erhalten. Bei den mohammedanischen Kongressen, die nach der Abschaffung des Kalifats durch die Türkei in Kairo und Mekka tagten, war der Mufti vertreten. Schon bald verstand er es, nach Ibn Sa'uds Siegeszug zum Roten Meer auch mit dem mächtigen Herrscher Innerarabiens sich gut zu stellen. Nur mit Emir Abdallah im benachbarten Transjordanien war das Verhältnis von Anfang an schlecht. Die Engländer sorgten für eine gute Verbindung zwischen der Naschaschibi-Familie und Abdallah, so daß sich der Mufti und der Emir alsbald als Konkurrenten fühlen mußten. In derartigen Praktiken waren die britischen Prokonsuln stets groß. Die ganze Erfahrungssumme, wie man orientalische Fürsten gegeneinander aufwiegelt, um sie gerade dadurch zu beherrschen, stand ihnen seit Hastings Zeiten von Indien her zur Verfügung. Wären diese Schranken nicht gewesen, die mit kühler Behutsamkeit von den britischen Hohen Kommissaren in Jerusalem und den britischen Beratern Emir Abdallahs aufgerichtet wurden, wäre die Macht des Mufti trotz aller finanziellen Überlegenheit der Juden wohl

überhaupt nicht zu brechen gewesen. Je stärker aber das Haram esch-Scherif-Heiligtum von Emin Husseini zu einer Festung des gesamten Islam ausgebaut wurde, desto leichter wurde wiederum englischen Agenten das Spiel gemacht, in Amman und Bagdad, in Mekka und auch in Kairo Mißtrauen zu säen.

Die ungelöste Kalifatsfrage, die Ibn Sa'ud zu klug war, bereits 1926 für sich zu entscheiden und die der Kongreß in Kairo im gleichen Jahr nicht vorwärtszubringen vermochte, schwebte als immerwährendes Fragezeichen bald auch über der Politik des Mufti. Doch ist es ungewiß, ob er wirklich selbst das Kalifat angestrebt hat. Worauf es ihm ankam, war vielmehr in erster Linie der Ausbau Jerusalems als allarabisch-allislamisches Zentrum. Die bedrohteste Stelle des Islam sollte zu einer Hochburg mohammedanischer Politik ausgebaut werden. Aus diesen Erwägungen berief auch der Mufti Ende 1931 einen *mohammedanischen Weltkongreß* nach Jerusalem. Auch dieser Kongreß wurde allerdings, wie seine Vorgänger in Mekka und Kairo, zu einem Mißerfolg. 154 Abgeordnete waren im ganzen erschienen, davon aber aus Palästina 40 und aus Transjordanien 48, während die übrigen 250 Millionen Moslems nur 66 Vertreter entsandt hatten. Der „Weltkongreß" erwies sich also von vornherein vor allem durch die Lokalpolitik westlich und östlich des Jordans bestimmt. Nur der Imam des Jemen sandte einen offiziellen Vertreter. Alle arabischen Regierungen waren sonst ferngeblieben, wie auch der ägyptische Wafd. Es ist damals in Europa mancherlei Rätselraten gewesen, ob der Kongreß in Jerusalem schließlich doch der Vorbereitung der Wahl eines neuen Kalifen dienen sollte. Schon seine Zusammensetzung hatte ihn für durchaus unzuständig erwiesen, da ja der Kalif nicht nur das geistliche Haupt der Moslems, sondern in jener theokratischen Verbindung gleichzeitig auch der weltliche Führer des Islam ist. Stellt man nicht, wie es fälschlich geschah, die Kalifatsfrage in den Vordergrund, so war es für den Mufti freilich dennoch ein

Erfolg, daß er zweifellos bedeutende Moslemführer aus allen Ländern im heiligen Bezirk Haram esch-Scherif empfangen konnte. Schon vorher hatte er die Gebeine des bedeutendsten mohammedanischen Führers Indiens der letzten Epoche – auch er hieß Mohammed Ali – ebenso wie die des in trauriger Verbannung auf Zypern verstorbenen Scherifen Hussein im Schatten seiner Moschee beisetzen lassen.

Schon damals gewann der Mufti in dem Bruder jenes verstorbenen indischen Moslemführers, Schaukat Ali, der auch bei der Londoner Round Table Konferenz über Indien eine Rolle spielte, einen wichtigen Bundesgenossen. Der Brückenschlag zu den Mohammedanern Indiens war zum erstenmal mit dieser Konferenz geglückt. Die Unruhen von 1929 und die Enttäuschungen, die die Araber, wie wir noch sehen werden, in deren Gefolge durch die britische Politik erlebten, waren eben erst vorüber. Noch konnte man in Jerusalem nicht wissen, daß schon die folgenden Jahre den großen Strom der jüdischen Einwanderer bringen sollten. Um so vorausschauender, so muß man wohl sagen, war es, daß der Mufti schon damals sich der indischen Hilfe und Sympathie für spätere schwere Zeiten zu versichern suchte. Da die Briten die Unterstützung der 77,5 Millionen Mohammedaner Indiens in ihrem Kampf mit den Hindus dringend benötigten, war es ein überaus geschickter Schachzug des Mufti, wenn er sich mit ihnen zu verständigen versuchte. Spielen doch die Moslems in Indien für die Engländer die Rolle, die den Juden in Palästina zugedacht war, und die auch lange Zeit den Kopten in Ägypten zufiel – die stets erwünschte Rolle der „schutzbedürftigen" Minderheit. Die Engländer konnten es durchsetzen, daß auf jener Weltkonferenz weder gegen das damals noch mit England befreundete Italien noch gegen Frankreich vom Leder gezogen wurde, obwohl die Unruhen in Syrien sowohl wie die Befriedung der Cyrenaika noch frisch im Gedächtnis der Araber hafteten. Nicht verhindern konnten sie aber, daß scharfe Beschlüsse gegen die anwachsende Einwanderung der Juden

nach Palästina gefaßt wurden. Für einen solchen Protest war damit zum erstenmal der Rahmen einer allarabischen Bewegung geschaffen. Mag auch vielleicht dieser Rahmen in der praktischen Politik nur sehr bedingt etwas bedeuten, so stellte sich doch während der Aufstände seit dem Jahre 1936 heraus, daß der größere Zusammenhang, in den der Mufti schon vorsorglich den Kampf der Araber Palästinas gestellt hatte, der britischen Politik überaus ungemütlich und peinlich wurde. 1932 blieb den englischen Agenten nichts anderes übrig, als die Naschaschibi-Partei und Emir Abdallah zur Einberufung eines mohammedanischen Gegenkongresses in Jerusalem aufzustacheln, der indes ohne Bedeutung blieb.

Die Zeitpunkte, zu denen arabische Unruhen in Palästina ausbrachen, waren jedesmal der politischen Situation genau angepaßt. So war es 1920, als gegen die Ernennung eines jüdischen Hohen Kommissars protestiert werden sollte und es auch tatsächlich erreicht wurde, daß Sir Herbert Samuel in den fünf Jahren seiner Amtsführung ziemlich vorsichtig vorging. Die Jahre 1921 und 1922 brachten Nachwehen dieser ersten Unruhen. Zwischen 1923 und 1928 verhielten sich die Araber ruhig. 1928 flackerten dann die ersten Unruhen wieder auf, um 1929 nach der Erweiterung der Jewish Agency durch das Finanzjudentum hohe Wogen zu schlagen. Der unmittelbare Anlaß der Unruhen von 1929 war religiös-rituell. Es handelte sich damals um gewisse Veränderungen, die die Juden an der Klagemauer vornahmen – sie wollten eine Holzwand aufbauen, um Männer und Frauen nach ihrem Ritus beim Gebet trennen zu können. Diese Veränderungen widersprachen den gesetzlich festgelegten Vorschriften. Als die Juden trotzdem dabei beharren wollten, brach sich der seit langem angestaute Haß der Araber Bahn. In Hebron und Jerusalem kam es zu einem furchtbaren Blutbad. Sir John Chancellor, der damalige Hohe Kommissar, der noch kurz vor dem Ausbruch der Unruhen im Bericht an den Genfer Mandatsausschuß von der angenehmen Ruhe im Lande gesprochen hatte, sah sich ge-

zwungen, gegen 25 Araber und einen Juden Todesurteile auszusprechen. Es wurden indes nur 3 Araber hingerichtet. Die Unruhen von 1929 forderten 133 jüdische und mindestens 116 arabische Todesopfer, sowie Hunderte von Verwundeten.

Nicht minder geschickt war der Zeitpunkt für die Unruhen des Jahres 1936 gewählt. Eine Hochflut der jüdischen Einwanderung war vorausgegangen. England befand sich gleichzeitig in einer der schwierigsten Lagen seiner Geschichte. Die große Flottendemonstration gegen Italien im Oktober 1935 war politisch ergebnislos verdampft. Mit dem Sturz Hoares und dem unaufhaltsamen Vorwärtsdringen der italienischen Armeen in Abessinien hatte das britische Prestige einen furchtbaren Stoß erlitten. In Ägypten hatte Ende 1935 König Fuad den Zusammenbruch seiner Diktatur nicht mehr aufzuhalten vermocht. Der Wafd stand vor der Tür, und England mußte Sir Miles Lampson, den Hohen Kommissar in Kairo, beauftragen, Verhandlungen mit den ägyptischen Nationalisten einzuleiten, als deren Ziel die lange versprochene, aber immer wieder hinausgeschobene Unabhängigkeitserklärung nun unwiderruflich feststand; was die Labourregierung 1929/30 den Ägyptern versprochen hatte, ohne es halten zu können, wurde nun den Tories Zug um Zug in wenigen Monaten abgetrotzt. Der Irak hatte schon einige Jahre vorher seine Unabhängigkeit erhalten und war als selbständiges Glied in die Genfer Liga eingerückt. In Syrien begannen die Franzosen ebenfalls mit Verhandlungen, die schließlich zur Unabhängigkeit zum mindesten des syrischen Staates jenseits des Libanon führen sollten. Dies war der Augenblick, in dem der Mufti, zweifellos gedrängt von den radikalen Scheikhs in Nablus und Dschenin, sich zum Handeln entschließen mußte.

Bereits im November 1935 hatten die arabischen Führer, die später das Arab Higher Committee bildeten, sich versammelt und ein Memorandum entworfen, in dem von der Regierung die sofortige Durchführung der folgenden drei Hauptforderungen verlangt wurde:

1. Die Errichtung einer demokratischen Regierung, das heißt einer nach dem Mehrheitsprinzip gewählten arabischen Regierung entsprechend dem Vorbild Syriens und des Irak.

2. Die sofortige Unterbindung der jüdischen Einwanderung, die Bildung eines unabhängigen und unparteiischen Komitees zur endgültigen Feststellung der Fassungskraft Palästinas und zur Aufstellung einer endgültigen Formel über die Begrenzungs der Einwanderung sowie des Landverkaufs an Juden.

3. Strikte Unterbindung der von der Regierung geduldeten illegalen Einwanderung und Einführung einer Überwachung.

Sir Arthur Wauchope, der Hohe Kommissar, beantwortete diese Forderungen ausweichend und wollte dafür abermals einen Versuch machen, einen aus Juden und Arabern gemischten „gesetzgebenden Rat" zu ernennen. Die Araber ließen sich jedoch angesichts des wachsenden Drucks der jüdischen Einwanderung zu keinen Verhandlungen mehr herbei, die nach ihrer Ansicht die Hauptfragen auf die lange Bank geschoben und dadurch zu ihren Ungunsten entschieden hätten. Noch am 1. Februar 1936 hatte dann das Colonial Office durch den Hohen Kommissar den arabischen Führern eine Antwort auf ihre drei Forderungen zukommen lassen, die in einigen Punkten entgegenkommender war. Den Arabern wurden wenigstens die Vorbereitungen für eine Selbstregierung zugestanden. Die Araber wären daraufhin im letzten Augenblick zu Verhandlungen bereit gewesen, wenn nicht die Juden sich einmütig gegen die Errichtung einer neuen Verfassung erklärt und die Antwort der britischen Regierung an die Araber als indiskutabel bezeichnet hätten. Eine maßgebende britische Darstellung sagt selbst: „Eine einflußreiche jüdische Delegation protestierte in London, und die Jewish Agency gab ein Memorandum zu diesem Gegenstand heraus, in dem die von der britischen Regierung vorgeschlagene arabische Mehrheit in dem ‚gesetzgebenden Rat' als widersprechend zu der Errichtung des versprochenen jüdischen nationalen Heimes bezeichnet wurde. Die nichtzionistischen Juden Palästinas drückten

auf ähnliche Weise aus, daß sie mit den Vorschlägen nicht einverstanden waren“ [75].

Tatsache ist also, daß der arabische Streik von 1936 mit all den vielen Blutopfern, die er kostete, vielleicht, ja sogar wahrscheinlich, noch hätte verhindert werden können, wenn nicht die Jewish Agency die britischen Vorschläge durchkreuzt, abgelehnt und ihre Durchführung unmöglich gemacht hätte. So war der Zusammenstoß unvermeidlich geworden. *Der letzte Anstoß war tatsächlich diese Ablehnung des vom Colonial Office vorgeschlagenen Kompromisses durch die Juden,* die noch durch eine für die Araber höchst unfreundliche Unterhausdebatte verstärkt wurde. In der gesamten vom Judentum beeinflußten Weltpresse ist diese Tatsache später völlig unterschlagen worden.

Im April 1936 fielen in Jaffa die ersten Schüsse, und wenige Tage später wurde von der arabischen Führung der Generalstreik im ganzen Land proklamiert. Das arabische Exekutivkomitee, das 1934 durch die Zwistigkeiten zwischen den Husseinis und Naschaschibis handlungsunfähig geworden war, trat in anderer und geschlossenerer Form wieder auf den Plan. Unter Führung des Mufti wurde am 26. April 1936 das „Arab Higher Committee“ gegründet. Rhageb Bey Naschaschibi und der Bürgermeister von Jerusalem Hussein Efendi Khaldi wurden repräsentative Mitglieder, Aouni Bey Abdul Hadi, der Führer der Istiqlal, Generalsekretär. In wenigen Tagen war unter dem Zwang der Verhältnisse, aber zweifellos auch unter dem Druck des „Ordens der aufständigen Scheikhs“, der vor allem die Gegend von Jenin beherrschte, die Einigkeit unter den arabischen Führern Palästinas, die so lange immer wieder gestört worden war, hergestellt. Das Hohe Arabische Komitee wurde zur faktischen Gegenregierung der Araber gegen die Jewish Agency und den Hohen Kommissar. Der Streik, erst noch lokal ungleichmäßig, dehnte sich über das ganze Land hin aus. Am 20. Mai war er bereits allgemein. Ein Streikkomitee in Jerusalem gab die zentralen Weisungen aus. In

allen Städten wurden lokale Streikkomitees gegründet, deren Weisungen sich auch diejenigen großbürgerlichen Araber nicht widersetzen konnten, die aus geschäftlichen Gründen gegen den Streik waren. In Haifa und Jaffa wurden später einige Streikbrecher, vor allem arabische Großkaufleute, umgebracht.

In jenen Monaten tauchte neben einer Reihe von aus früheren Kämpfen bekannten kompromißlosen Scheikhs der eigentliche Organisator des Aufstandes auf, der für die Engländer sowohl wie für die Juden alsbald eine gefürchtete Figur werden sollte: der Syrer *Fauzi ed-Din el-Kaukji,* der eine der eigenartigsten Laufbahnen hinter sich hat, die heute in Arabien zu verzeichnen sind. Ursprünglich Offizier in der türkischen Armee, kämpfte er im Weltkriege mit Auszeichnung und erhielt als Hauptmann den Eisernen Halbmond und angeblich sogar das Eiserne Kreuz. Nach dem Kriege jedenfalls stellte er sich zunächst der französischen Regierung in Syrien zur Verfügung und wurde von ihr mit der Ehrenlegion ausgezeichnet. Bei dem Aufstand der Drusen 1925 erwies sich dann aber, daß einer der wichtigsten Organisatoren der antifranzösischen Rebellion in Südsyrien dieser Ritter der Ehrenlegion Fauzi Kaukji war. Die französischen Behörden verurteilten ihn nun in Abwesenheit zum Tode. Er hatte sich jedoch bereits davongemacht und tauchte nun am Hofe Ibn Sa'uds wieder auf, wo er bei der Reorganisation der saudischen Armee an maßgebender Stelle verwendet wurde. Von dort begab er sich nach Bagdad; nachdem der Irak unabhängig geworden war, trat er in die Armee des Irak ein und wurde alsbald mit einem sehr wichtigen Auftrag betraut, nämlich mit der Heranbildung der jüngeren Offiziere im Generalstab des Irak. Diesen Posten bekleidete er bis zum Sommer 1936, wo er dann plötzlich in Palästina als der „Generalissimus" des Aufstandes erscheint und binnen weniger Monate sagenhaften Ruhm in der ganzen arabischen Welt auf sich häuft. Die Palästinaregierung versuchte natürlich alles, um seiner habhaft zu werden. Kein Kopfpreis war jedoch hoch genug. Nach dem Zusammenbruch des Auf-

standes entkam er unerkannt wieder nach dem Irak, wo er allerdings auf englisches Drängen zunächst in Kirkuk interniert wurde. Seit Anfang 1938 lebte er dann wieder in einer Vorstadt von Bagdad in Freiheit. Im Sommer 1938 waren es seine „Schüler", die den neuen Aufstand organisierten.

Die britische Regierung sah sich in solchen Gestalten – Fauzi Kaukji ist durchaus nicht der einzige Mann dieses Schlages, der in den letzten Jahren in Palästina gekämpft hat – Gegnern gegenübergestellt, die nun wahrlich nicht zu verachten sind, wie der Verlauf des Aufstandes bewies. Hätten die arabischen Könige nicht schließlich Öl auf die Wogen in Palästina geschüttet, so wäre es selbst den 10 000 Mann, die England im September 1936 unter General Dill nach Palästina brachte, kaum gelungen, mit der Taktik des arabischen Bandenkrieges fertig zu werden. Die Frage, wie es überhaupt möglich war, daß eine so kleine Anzahl von nur teilweise gut bewaffneten Arabern durch viele Monate hindurch der englischen Macht trotzte, wird nie ganz geklärt werden können. Es steht heute fest, daß Wauchope und General Dill 1937 ihre Machtmittel nicht bis zum letzten einsetzten. Hierüber berichten wir indes in späteren Abschnitten. Das eine jedenfalls haben die Araber, wie immer sich die Dinge in Palästina weiterentwickeln werden, seit dem Kampf des Jahres 1936 unzweifelhaft erreicht: ihre Sache ist nicht mehr Lokalangelegenheit eines entfernten Punktes des Vorderen Orients, sondern sie ist endgültig in die weltpolitischen Fragen ersten Ranges eingerückt.

Die arabischen Forderungen

Es war an einem stillen Sonntagvormittag, als mir Aouni Bey Abdul Hadi, der Generalsekretär des Hohen Arabischen Komitees, die Grundsätze auseinandersetzte, nach denen die Araber die Einrichtung einer *nationalen Selbstregierung* in Palästina sich vorstellen. Sein Büro, das heute geschlossen und verwaist ist, lag im englischen Viertel der Jerusalemer Neustadt, in dem es ebenso auffällt wie in der Londoner City,

wenn am Sonntag ein Mensch über die Straße geht. Nicht immer war es so ruhig in der Umgebung der stolzen Barclay's Bank gewesen, auf die man von Aouni Beys Fenstern aus hinübersieht. Wenige Monate vorher war er von britischen Soldaten in seinem Büro verhaftet und in ein Konzentrationslager gebracht worden. Ein Schicksal, das er im Jahre 1936 mit dreihundert anderen führenden Arabern teilte. Dann hatte man ihn freigelassen, damit er vor der Peel-Kommission seine Aussagen machen konnte. Wäre er im Herbst 1937 nicht zufällig in Europa gewesen, säße Aouni Bey wie die meisten anderen Mitglieder des Hohen Arabischen Komitees verbannt auf den Seychellen im Indischen Ozean. Wir sprachen über vieles, was in den vorhergehenden Abschnitten bereits überprüft und wiedergegeben ist. Aouni Bey begleitete den Emir Feisal damals zur Friedenskonferenz nach Paris. Er behauptet und wird es vielleicht noch einmal genauer belegen können, daß von dem Augenblick ab, in dem sich Feisal damit vertraut machen mußte, daß Palästina von Syrien abgeschnitten und als eigenes Mandatsgebiet angesehen wurde, die bindende Versprechung gemacht worden sei, daß Palästina nicht anders als die übrigen Mandate im Vorderen Orient behandelt werden würde. Lawrence habe noch zwei Jahre später im Auftrage Churchills in der Zeit, als Churchill die Konferenz des Colonial Office in Kairo abhielt, Versprechungen in dieser Richtung übermittelt.

Das staatsrechtlich wichtigste Argument der Araber besteht zweifellos darin, daß das Palästinamandat von vornherein in einem ganz entscheidenden Punkt von den anderen Mandaten abwich. Sowohl im syrischen wie im Mandatsstatut des Irak heißt es im Artikel 1: „Die Mandatsmacht soll ferner Maßnahmen treffen, um eine allmähliche Entwicklung Syriens und des Libanon (bzw. des Irak) als unabhängige Staaten zu erleichtern. Die Mandatsmacht soll, soweit es die Umstände erlauben, die lokale Autonomie ermutigen." Der Artikel 1 des Palästinamandats dagegen lautet: „Die Mandatsmacht soll

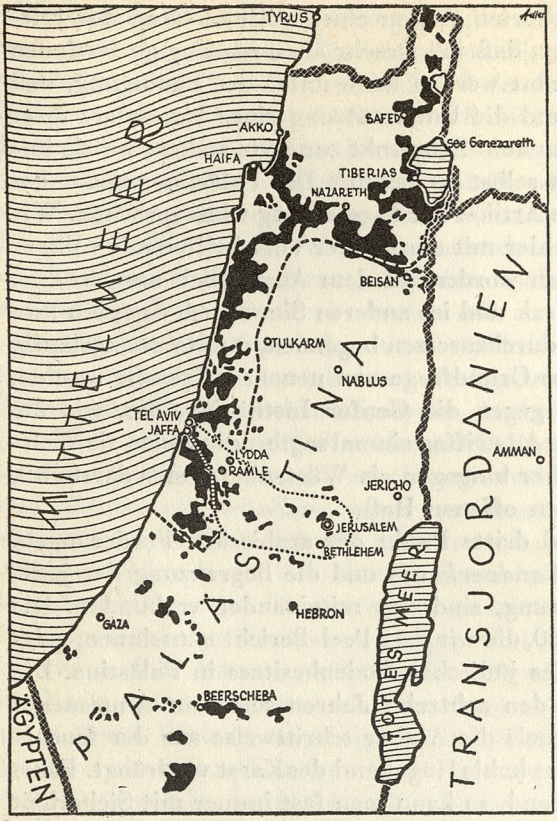
volle Gewalt in der Gesetzgebung und Verwaltung haben, soweit sie nicht durch die Bestimmungen dieses Mandats beschränkt werden." Bereits im Artikel 2 des Palästinamandats heißt es dann: „Die Mandatsmacht soll dafür verantwortlich sein, daß das Land unter solche politischen, administrativen und wirtschaftlichen Bedingungen gestellt wird, die die Errichtung der jüdischen nationalen Heimstätte ... sichern." Mit keinem Wort ist im Palästinamandat davon die Rede, daß das Land so wie die anderen A-Mandate später zu einem unabhängigen Staat entwickelt werden soll.

Die Araber Palästinas haben sämtliche britischen Kommissionen und schließlich noch Lord Peel gefragt, ob sie etwa hinter ihren Stammesbrüdern in Syrien, im Irak und in Transjordanien an Reife und Entwicklung zurückstünden. Die britischen Antworten liefen jedesmal in ein verlegenes Murmeln aus. „Zuerst und vor allen Dingen", setzte mir Aouni Bey auseinander, „handelt es sich für uns darum, zu erzwingen, daß man uns nicht als ein Volk dritter Klasse behandelt, das wie irgendein Stamm von Buschmännern grundsätzlich überhaupt kein Recht haben soll, eine unabhängige und eigene Regierung zu bilden. Wir kennen natürlich die besonderen Interessen Englands in Palästina, und wir wären immer bereit gewesen, sie in einem Vertrag, der ewige Freundschaft zwischen England und einem unabhängigen Palästina vorsieht, zu garantieren. Wenn sich im Laufe der letzten Jahre die Gefühle gegen England gewandelt haben, so wäre dies immer leicht auf eine andere Bahn zu lenken gewesen. Nicht die britischen Interessen, sondern die Politik der Jewish Agency stand dem entgegen; so aber darf man sich nicht wundern, wenn uns jede Möglichkeit und jede Macht willkommen ist, die uns zu dem Recht auf Unabhängigkeit verhelfen kann, das wir für uns und unsere Söhne vertreten."

Die Araber berufen sich ferner darauf, daß es im Artikel 22 des Statuts der Liga der Nationen und des Diktats von Versailles heißt: „Gewisse Gemeinwesen, die ehemals zum tür-

kischen Staat gehörten, haben einen solchen Grad der Entwicklung erreicht, daß ihr Dasein als unabhängige Nationen vorläufig anerkannt werden kann unter der Bedingung, daß die Ratschläge und die Unterstützung eines Mandatars ihrer Verwaltung bis zu dem Zeitpunkt zur Seite stehen, wo sie imstande sind, sich selbst zu leiten." Das Palästinamandat hat von jeher diesem Artikel der Ligasatzung widersprochen. Wie überall, ist auch hier mit den Genfer Vorschriften mit völliger Willkür verfahren worden. In dem Augenblick nun, in dem Syrien und der Irak und im anderen Sinne auch Ägypten ihre Unabhängigkeit durchzusetzen begannen, mußte zwangsläufig in Palästina diese Grundfrage von neuem aufgerollt werden. Die Feindschaft gegen die Genfer Institution, die, wie die arabische Zeitung Ad-Diffaa einmal sagte, „die Juden als Weltwunder, die Araber hingegen als Wüstenbewohner darstellt", steigerte sich zum offenen Haß.

Der zweite und dritte Punkt der arabischen Forderungen, das Verbot des *Landverkaufs* und die Begrenzung der jüdischen Einwanderung, sind eng miteinander verbunden. Die Karte auf Seite 160, die wir dem Peel-Bericht entnehmen, zeigt die Verteilung des jüdischen Bodenbesitzes in Palästina. Die Juden haben in den achtzehn Jahren seit dem Amtsantritt Sir Herbert Samuels die Araber schrittweise aus der fruchtbaren Ebene in das kahle Hügelland des Karst verdrängt. Fährt man durch das Land, so kann man fast immer mit Sicherheit annehmen, daß man auf keine jüdischen Siedlungen trifft, sobald man ins Bergland kommt. Die Grenzen sind an manchen Stellen, zum Beispiel zwischen der Ebene Jesreel und den Höhen von Nazareth, ganz scharf gezogen. Unten in der Ebene um Afule haben die Juden das fruchtbare Land mit Beschlag belegt. (In diesem Falle gehörten dort große Besitzungen einem Syrer, der, ohne auf die arabischen Verbote der Landabgabe zu achten, ganz erhebliches Kapital aus dem Verkauf des Bodens schlug.) Dort, wo dann die Straße nach Nazareth in langsamen Windungen hinansteigt,



Die jüdischen Siedlungsgebiete
Der projektierte Judenstaat (nach dem Peelplan)
Das britische Restmandat

hört auch der jüdische Besitz auf, und man trifft plötzlich wieder auf arabische Fellachen, die sich bemühen, dem steinigen Boden durch Terrassenkulturen noch einiges Wenige abzugewinnen. Die jüdischen Siedlungen ziehen sich in der Ebene dem Meer entlang bis nach Akko hinauf und dann am Karmelgebirge vorbei nach Osten hinüber in die Ebene Jesreel bis in die Gegend des Sees von Tiberias, während das galiläische Bergland ebenso wie das von Samaria und Judäa kaum jüdische Siedlungen aufweist. Auch im Südteil Palästinas, der im wesentlichen aus Wüste besteht, gibt es nur ganz vereinzelte jüdische Versuchskolonien.

Die jüdische Kolonisation hat die bei weitem fruchtbarsten Gebiete bereits zum größten Teil in ihre Hand zu bringen vermocht. Von arabischer Seite wurde Ende 1936 geschätzt, daß

Aouni Bey Abdul Hadi

die Juden 19,2% bis 25,5% des fruchtbaren Bodens mit Beschlag belegt haben[76]. Der Peel-Bericht stellt fest, daß von dem Boden der Kategorie I, auf dem Zitrusfrüchte (Orangen, Zitronen, Grape Fruits) wachsen, die Araber 106 400 Dunam und die Juden bereits 102 000 Dunam besäßen. Im ganzen seien 12,1 Millionen Dunam in arabischen Händen, von denen jedoch nur 6 Millionen anbaufähig seien, die Juden dagegen besäßen 1,2 Millionen Dunam, von denen 0,9 Millionen anbaufähig wären[77]. Auch der Peel-Bericht gibt zu, daß alle Ziffern noch immer durchaus ungenau sind und daß infolgedessen die Schätzungen über die tatsächliche Verteilung des Bodens zwischen Arabern und Juden schwanken. In der Gesamtlinie ist es jedoch sicher, daß die jüdische Kolonisation auf dem guten Boden in den letzten Jahren mit Macht vorgedrungen ist und daß, wie der Peel-Bericht sagt, die bebaubare Fläche begrenzt und weitgehend bereits benutzt ist. Wir erwähnten bereits, daß Sir John Hope-Simpson die Auffassung vertreten hat, daß 29,4% der arabischen Bauernfamilien ohne Boden in Palästina sind. Im Peel-Bericht wird zugegeben, daß Araber, die von ihrem Boden verdrängt wurden, bis 1930/31 noch anderswo Land erhalten konnten – wobei nicht erwähnt wird, daß es sich dabei natürlich nicht um gleich fruchtbares, sondern um wesentlich schlechteres Land handelte – daß es aber von 1932 ab für die aus den Ebenen verdrängten Araber außerordentlich schwierig wurde, Boden zu finden. Die Palästinaregierung hat zwar einige Maßnahmen zum Schutz der arabischen Bauern getroffen. In Wirklichkeit mußte sie das unaufhaltsame Vordringen der mit mächtigem Kapital ausgestatteten jüdischen Kolonisation nach dem Wortlaut des Mandates fördern. Das Schicksal, das unsere deutsche Templer-Kolonie Sarona bedroht, es ist das Schicksal, das schließlich der gesamten arabischen Bevölkerung Palästinas als Damoklesschwert über dem Haupte hängt.

Von den jüdischen Kolonisationsgesellschaften hat die Palestine Jewish Colonisation Association (P.J.C.A.) den größeren

Teil des Landes in der Hand. Weit gefährlicher für die Araber ist jedoch die eigentliche Kolonisationsabteilung der zionistischen Organisation, die der Jewish Agency direkt untersteht. Während in den Kolonien der P.J.C.A. immerhin auch Araber beschäftigt wurden, wenn auch mit den Jahren immer weniger, sind die Kolonien, die aus dem jüdischen Nationalfonds (Keren Hakayemeth) entstehen, strikt *auf dem Prinzip aufgebaut, daß nur jüdische Arbeiter beschäftigt werden.* Ein Teil dieser zionistischen Siedlungen sind zudem kommunistische Experimente, bei denen das gesamte Land auf eine Judengemeinschaft verteilt ist, die dann selbstverständlich keinem Araber auch nur die geringste Verdienstmöglichkeit gewährt.

Die Grundsätze der Jewish Agency für ihre Kolonien schreiben vor, daß kein zionistischer Siedler sein Land an jemand anderen verkaufen darf als an einen Juden. In der Verfassung der Jewish Agency vom August 1929 heißt es unter Nr. 3c: „Boden ist als jüdisches Eigentum zu erwerben ... Der Eigentumstitel erworbener Ländereien soll auf den Namen des jüdischen Nationalfonds lauten, damit dieser Boden unveräußerliches Eigentum des jüdischen Volkes bleibe." Das zweite Prinzip, über das die machtvolle jüdische Gewerkschaft eifersüchtig wacht, ist, daß nur jüdische Arbeiter in den zionistischen Kolonien beschäftigt werden. Auch dieses Prinzip ist in der Verfassung der Jewish Agency als Punkt 3d festgelegt: „In allen Arbeiten und Unternehmungen, die von der Agency ausgeführt oder unterstützt werden, soll jüdische Arbeit Verwendung finden." Es ist höchst bemerkenswert, daß die Mandatsmacht diese Artikel in der Verfassung der Jewish Agency (nach einem Zwischenfall, von dem noch die Rede sein wird) gebilligt hat, obwohl dadurch zweifellos die „bürgerlichen Rechte" der Araber betroffen werden, die entsprechend dem Artikel 2 des Mandats durch England geschützt werden sollen. In Wirklichkeit stellten diese Vorschriften der Jewish Agency einen offenen Bruch auch des letzten Schutzes dar, den die

arabische Bevölkerung aus dem Mandat erhalten konnte. Wie das Royal Institute of International Affairs feststellt, ist, nachdem der jüdische Nationalfonds eine Landerwerbung gemacht hat, die Folge, „daß die Araber nicht nur ihr Land, sondern jede Möglichkeit, darauf künftig noch beschäftigt zu werden, verlieren“[78]. Bereits 1929 schrieb ein jüdischer Besucher Palästinas: „Es ist heute bereits charakteristisch, daß viele Juden keine nichtjüdischen Wagen benutzen und ihren Fuß nicht in einen nichtjüdischen Laden setzen“[79]. Weizmann selbst erklärte noch im Jahre 1936 in einer Versammlung im Hippodrom von Manchester: „In den letzten zehn Jahren unserer kolonisatorischen Tätigkeit ist die Tendenz gewachsen, systematisch und manchmal unter erheblichen wirtschaftlichen Opfern arabische Arbeiter durch jüdische Arbeiter zu ersetzen.“

Selbstverständlich hat die Jewish Agency und die gesamte jüdische Weltpresse stets an der Fiktion festgehalten, die arabische Urbevölkerung Palästinas werde durch die jüdische Einwanderung wirtschaftlich nur gewinnen. Ihr Lohnstandard, so argumentierte man, habe sich bereits beträchtlich gehoben. Selbst wenn dies nachgewiesen werden könnte, ist es wohl für den Araber verhältnismäßig gleichgültig, welche höheren Löhne er etwa erhalten könnte, wenn er in jüdischen Unternehmungen beschäftigt würde, wenn er tatsächlich von Jahr zu Jahr weniger dort noch ein Unterkommen finden kann. Die große Mehrzahl der Fellachen verdient jedoch monatlich nicht mehr als 2–3 Palästinapfunde. Hope-Simpson stellte fest, daß 1929 das Einkommen einer durchschnittlichen arabischen Bauernfamilie 25–30 £ (360 RM.) jährlich betrug[80]. So also sieht in Wirklichkeit die Hebung des Lebensstandards der Araber aus. Die Jewish Agency hat die Zeit des Übergangs, in der noch verhältnismäßig wenig jüdische Arbeiter im Lande waren, propagandistisch entsprechend ausgewertet, weil in jener Zeit naturgemäß noch eine größere Zahl von Arabern auch in jüdischen Unternehmungen beschäftigt wurde. Inzwischen sind

die arabischen Arbeitskräfte jedoch nicht nur aus dem jüdischen landwirtschaftlichen Sektor zum größten Teil hinausgedrängt, sondern auch aus dem industriellen, wo die Histadruth, die jüdische Gewerkschaftsorganisation, dafür sorgt, daß möglichst nur Juden beschäftigt und angestellt werden. Sie bedroht im gegenteiligen Falle die jüdischen Unternehmer sogar mit Streik und Boykott. Die jüdische Gewerkschaft hat sogar arabische Händler zu zwingen versucht, nur jüdische Arbeiter zu verwenden, wenn zufällig einmal ein arabischer Händler Orangenkisten aus einer jüdischen Plantage verfrachtete. Eine ganze Reihe von Fällen dieser Art sind im Laufe der letzten Jahre vor den Gerichten Palästinas verhandelt worden.

Das Gesamtbild hebt sich klar heraus. Die Verdrängung der Araber von ihrem Boden und von ihren Arbeitsplätzen ist eine Tatsache, die auch in den englischen amtlichen Berichten nicht bestritten wird, wenn man sich auch bemüht, die wirkliche Bedeutung dieser Vorgänge zu verschleiern.

Das Bild wird noch düsterer, wenn man berücksichtigt, daß die bisherigen Mandatsregierungen sich von Lord Peel vorhalten lassen mußten, auch die kgl. Kommission stimme mit der arabischen Beschwerde überein, daß nicht genug Geld für das *Erziehungswesen* der Araber bereitgestellt worden sei. „Es ist höchst bedauerlich", so schreibt der Peel-Bericht, „daß das Regierungssystem nach siebzehn Jahren der Mandatsherrschaft das Verlangen der Araber nach Unterricht nicht mehr als zur Hälfte befriedigen kann. Annähernd 50% der Anmeldungen zu den Schulen mußten in den letzten Jahren selbst in den Gebieten, wo es Schulen gibt, aus Mangel an Lehrern und Schulräumen zurückgewiesen werden; und das bedeutet noch nicht einmal viel angesichts der unerfüllten Wünsche in den Gebieten, in denen überhaupt noch keine Schulen in erreichbarer Entfernung gebaut worden sind. Von den arabischen Kindern im Schulalter – sie werden auf 260 700 geschätzt – sind in den Regierungsschulen nur annähernd 42 700 unterge-

bracht. Arabische Zeugen berechnen, daß gegen 85% der Fellachen noch Analphabeten sind. Dies ist um so bedauerlicher, als viele arabische Dörfer bereit sind, zur Errichtung von Schulhäusern beizutragen, wenn die Regierung nur ebenfalls ihr Teil beisteuern würde. Die Unzulänglichkeit der Schulen war einer der Punkte, die von der antibritischen Propaganda in Palästina während der Krise unterstrichen wurde“ [81].

Es besteht jedoch nicht nur ein Mangel an arabischen Schulen, sondern ebenso an Lehrerbildungsanstalten. Der Bau eines Arab College wurde im Jahre 1928 genehmigt, aber erst im Jahre 1935 begonnen. Es fehlt an allen Ecken und Enden. Die Mandatsverwaltung hat hier also genau dasselbe System durchgeführt, das die Engländer in Ägypten so lange und schließlich dennoch erfolglos anzuwenden versuchten: *eine bewußte Vernachlässigung des Bildungsniveaus der Bevölkerung.* Dem steht gegenüber, daß es praktisch unter der jüdischen Bevölkerung keine Analphabeten gibt, und daß die jüdischen Kinder zu 100% in Volks- und höheren Schulen und schließlich auf der jüdischen Universität in Jerusalem erzogen werden. Der Peel-Bericht gibt an, daß für die jüdische Erziehung 1934/35 rund 250 000 Pfund ausgegeben wurden, wobei vom Mandat allerdings nur 28 000 Pfund beigesteuert wurden. Die künstliche Tiefhaltung des arabischen Bildungsniveaus war dabei um so erstaunlicher, als das Budget der Palästinaregierung 1934/35 2,2 Millionen Pfund Überschuß aufwies.

Es ist kaum nötig, den drastischen Ausführungen des Peel-Berichts hier noch ein Wort hinzuzufügen. Selbstverständlich mußte sich diese geringe Schulbildung auch im Wirtschaftsleben auswirken. Die Juden haben dabei noch den Vorteil, daß der größte Teil ihrer Einwanderer auf Kosten fremder Regierungen erzogen und unterrichtet worden ist – ein Kapital, das sich nicht in Ziffern ausdrücken läßt, das aber zweifellos recht erheblich ist. Die arabische Bevölkerung hat sich zwar in den letzten zwanzig Jahren in Palästina beträchtlich vermehrt, durch die Formen der jüdischen Einwanderung ist jedoch der

Bevölkerungsaufbau der Juden Palästinas ungewöhnlich günstig. Im Durchschnitt der Jahre 1931 bis 1935 waren 75,6% der jüdischen Einwanderer nach Palästina jünger als 35 Jahre, nur 24,4% der einwandernden Juden waren im selben Zeitraum über 35 Jahre alt.

Nur wenn man daran denkt, daß all diese Tatsachen das tägliche Leben eines jeden Arabers berühren, daß sich also allmählich die Schlinge um den Hals eines immer größeren Teiles der Araber Palästinas enger und enger zieht, kann man verstehen, wieso es möglich wurde, daß eine so kleine Zahl von arabischen Kämpfern in all diesen Jahren ihren Widerstand gegen das Mandatssystem und gegen die Jewish Agency beständig steigern konnte. Im Peel-Bericht ist des öfteren festgestellt, der Mufti habe durch seine Organisationsmethoden, durch sein persönliches Auftreten und durch seine Reisen im Land den arabischen Widerstand erst wirklich entfacht. Es mag sein, daß vieles auf die persönlichen Einwirkungsmöglichkeiten der arabischen Führer zurückging. Niemals aber wäre es gelungen, trotz der seit dem Herbst 1936 in Palästina zusammengezogenen erheblichen britischen Streitkräfte und trotz des später eingeführten Standrechts immer wieder neue Freischärler für die arabische Sache zu gewinnen, die ihr Leben unbedenklich in die Schanze schlugen, wenn nicht das Anwachsen der jüdischen Einwanderung für die Araber Palästinas zuletzt einen Kampf um Leben und Tod bedeutet hätte. Die wirtschaftliche Existenz, die schon jetzt für Tausende und Abertausende bedroht ist, spielte gewiß eine wichtige Rolle. Doch sagte selbst Harold McMichael bei seiner Antrittsrede als Hoher Kommissar: Der Mensch lebt nicht von Brot allein. Den Ausschlag bei der Entstehung eines so fanatischen Kampfes gab die klare Einsicht der arabischen Bevölkerung, daß bei einem weiteren Anwachsen der jüdischen Einwanderung in den Größenverhältnissen der Jahre 1933 bis 1936 der Tag nicht mehr fern sein kann, an dem die Araber sich in Palästina in der Minderzahl sehen würden. Wir haben an der rein

quantitativen Einwanderungspolitik der Jewish Agency gezeigt, daß es für die jüdische Weltführung in der Palästinafrage zunächst nur ein ausschlaggebendes Problem gab: nämlich eine möglichst große Zahl von Juden ins Land hineinzupumpen. *Auf die Mehrheit in der Bevölkerung Palästinas allein kam es der Jewish Agency an.* Das war und ist der Richtpunkt ihrer gesamten Politik.

Im Peel-Bericht ist berechnet worden, daß sich die arabische Bevölkerung in Palästina voraussichtlich folgendermaßen entwickeln werde:

1936	943 000
1940	1 038 000
1945	1 163 000
1950	1 290 000
1960	1 558 000
1970	1 821 000

Könnten die Juden die Ziffer von 60 000 Einwanderern, die sie im Jahre 1935 sogar überschritten haben, als künftige jährliche Normaleinwanderungsziffer ansetzen, so würden sie spätestens im Jahre 1947 die Mehrheit im Land erreichen. Bei einer jährlichen Einwanderung von 50 000 wäre das Stichjahr 1949, bei 40 000 das Jahr 1953, bei 30 000 das Jahr 1960, bei 20 000 1973, wobei die oben angegebene voraussichtliche arabische Bevölkerungsentwicklung zugrunde gelegt ist. Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Jewish Agency vor dem Ausbruch des großen arabischen Aufstandes ernsthaft glaubte, eine Zahl von 60 000 jährlichen Einwanderern im Durchschnitt erreichen zu können, ja, es mögen sogar noch höhere Zahlen im Hauptquartier in der Great Russell Street in London zur Erörterung gestanden haben. Als die Araber 1936 mit dem Aufstand begannen, wußten sie also, daß ihnen nur noch eine Frist von knapp zehn Jahren vergönnt wäre, in denen sie die zahlenmäßige Mehrheit besitzen, wenn nicht mit aller Macht ein Riegel vor die Einwanderungstür Palästinas geschoben würde. Die letzten Jahre sind ein reichlicher Vorgeschmack für die

Araber gewesen, was sich in dem Augenblick ereignen würde, in dem sie die Mehrheit im Lande nicht mehr besäßen oder auch nur noch eine ganz knappe Majorität auszuspielen hätten.

Mit Ausnahme von Jabotinsky haben es die zionistischen Führer selbstverständlich immer vermieden mitzuteilen, was dann geschehen solle. „Seid weise", sagte Chaim Weizmann seinen Anhängern. Unzählige Äußerungen dagegen gibt es, die längst vor dem Peel-Bericht davon sprachen, daß aus dem jüdischen Nationalheim in Palästina der *Judenstaat* eines Tages erwachsen soll. Sir Herbert Samuel selbst ist es gewesen, der bei seiner Ankunft in Jerusalem, noch ehe er sich der dortigen Lage wohl voll bewußt war, offenherzig aussprach: „Es ist die Politik der Regierung Seiner Majestät, die ich hier auszuführen habe, die Einwanderung der Juden zu ermutigen, bis jener Punkt erreicht ist – mögen bis dahin fünfzig oder hundert Jahre vergehen – an dem ihre Interessen genügend vorherrschend sind (sufficiently predominant), um die Errichtung einer jüdischen Regierung in Palästina zu gewährleisten" [82]. Man hat sich später auf jüdischer Seite lange Zeit gehütet, die Ziele so offen darzulegen. Der Augenblick jedoch, an dem dieses Wort fiel, und der Mann, der es aussprach, können nicht übersehen werden. Sollten es die Araber Palästinas hinnehmen, daß sie in wenigen Jahren schon mit sicherer Gewißheit Minderheit in ihrem eigenen Land werden würden? Mußten sie sich nicht sagen, daß, wenn dieses erste Ziel der Jewish Agency einmal erreicht ist, es selbstverständlich das nächste sein würde, dann die arabische „Minderheit" im guten oder im bösen vollends aus dem Land zu jagen? Dies ist die letzte Konsequenz, die sich unleugbar für die Araber aus der Errichtung der jüdischen nationalen Heimstätte in Palästina ergibt, die Konsequenz, die die Juden aus der verschwommenen Balfour-Deklaration ziehen wollen. Eine Konsequenz, die, kampflos hingenommen, mit der Lebens- und Existenzvernichtung einer Million Araber enden müßte.

Diese letzte Folgerung ist von den Arabern Palästinas schon

früh erkannt worden. Der mohammedanische Weltkongreß des Mufti vom Jahre 1931 beweist es. Dennoch haben erst die Aufstände der Jahre 1936–1938, der verzweifelte Teilungsplan Lord Peels und die jüdischen Intrigen, die ihn umgaben, die arabische Welt und schließlich die ganze Welt des Islam für Palästina auf den Plan gerufen. Konnte man sich in England noch wundern, daß von Indien bis zum Sudan und vom Sudan bis Marokko plötzlich der Schlachtruf für die Rettung der Moslems in Palästina erscholl? Wie immer man diese Kundgebungen einschätzt, die halben Versprechungen, die Kompromisse und die verzögerten Entscheidungen zweier Jahrzehnte begannen sich zu rächen.

„Die britische öffentliche Meinung sympathisiert mit den arabischen Bestrebungen für eine neue Epoche der Einheit und Wohlfahrt in der arabischen Welt. Auf der anderen Seite gibt es eine starke britische Tradition der Freundschaft mit dem jüdischen Volk. Nirgends ist der Zionismus schon vor dem Kriege besser verstanden oder sind ihm so praktische Proben der Sympathie gewährt worden. *Und das britische Gefühl fällt mit dem britischen Interesse zusammen.*" Peel-Report, S. 374.

Praktischer Humanismus

Nur wenige Besucher Pompejis mögen sich, wenn sie durch die Straßen und Höfe des altrömischen Kurortes wandeln, darüber Rechenschaft geben, wie viele ähnliche Ruinenstädte, wenn auch nicht durch den Aschenmantel eines Vulkans bewahrt, rings um die Gestade des Mittelmeeres zu finden sind. Die nach Pompeji bei weitem am besten erhaltene liegt tief im transjordanischen Bergland, abseits aller großen Straßen. Man braucht keine Massenführungen von cocktaildurstigen Amerikanern zu fürchten, wenn man durch die stillen, leeren, grasüberwucherten Straßen von Jerash wandert. Ein paar Tscherkessenjungen gibt es da, Katzen und einen Mann, der 10 Piaster für den Eintritt in die altrömische Kolonie verlangt und dem Besucher ein dickes Buch vorlegt, in das er sich eintragen soll. Das Buch stammt noch aus den ersten Jahren der Gründung Transjordaniens, und es ist noch nicht halbvoll.

Einundsiebzig Säulen umgeben im Halbrund noch heute das Forum von Jerash. Ein breiter Steinweg führt über einen Kilometer lang an den Resten der Tempel und der Dienstgebäude der römischen Garnison vorbei, die hier einst stationiert war. Jerash war ebenso wie das alte Philadelphia, das heutige Am-

man – der bescheidene Vorläufer seines großen Bruders über dem Ozean – ein Vorposten des Römischen Reiches gegen die Stämme des Ostens. Das Leben in der Militärkolonie schien dem in Italien möglichst genau nachgebildet zu sein. Bäder mit Tepidarium und Frigidarium gibt es dort wie in Pompeji. Die Kommandeure von Jerash hatten sich zwei Theater eingerichtet, ein großes für die Truppen und das Volk und ein intimes für die Oberschicht der Garnison. Auf der Höhe über der Stadt haben sie im üppigen hochkorinthischen Stile einen Artemistempel erbaut, von dem kaum weniger erhalten ist als vom großen Jupitertempel in Athen am Fuße der Akropolis. Trotzdem muß es ein trostloser und reichlich verlassener Posten gewesen sein, selbst wenn die Straße über den reißenden Serka Schebib damals eine gute Brücke gehabt haben mag, während man heute mit dem Wagen durch eine Furt fahren muß, in der man gewöhnlich steckenbleibt (man kann dort unter Umständen mitten im Wildwasser übernachten, wenn nicht zufällig ein Lastwagen oder ein Militärauto der britischen Flugwaffe des Weges kommt, wie es uns ging).

Die römischen Kommandeure in der Steinwüste des Transjordanlandes haben es vielleicht noch besser als die heutigen Kommandanten der British Air Force in Transjordanien verstanden, ihre gewohnten Zivilisationsbedürfnisse ins ferne Land mit sich zu nehmen. Wie die einen immer ein Stück Rom um sich aufbauten, so tragen die anderen ein Stück England mit sich, und sei es nur der Smoking zum berühmten Dinner unter freiem Himmel, unter den unvergleichlich leuchtenden Sternen Arabiens. „Das Transjordanland", so sagt das offizielle englische Palästinahandbuch, „war die letzte Verbindung im Kreise der römischen Grenze, die das Mittelmeer von der Nordsee bis zum Atlantischen Ozean umschloß. Die Organisation dieses Landes ermöglichte es den Römern, den Überfällen der Wüstenstämme ein Ende zu setzen, zum ersten Male in diesen abgelegenen Gegenden die öffentliche Sicherheit zu festigen und eine Blüte des Handels und der Landwirtschaft

möglich zu machen, für die das zweite Jahrhundert n. Chr. so bemerkenswert ist." Ein Blick auf die Karte des alten Römischen Reiches zeigt, daß die Grenzen der Erwerbungen des kaiserlichen Rom in Vorderasien auf eine fast verblüffende Weise mit denen übereinstimmen, die sich England im vorigen Jahrhundert und schließlich im Weltkrieg gesichert hat. Der Eroberung Zyperns, das als Flottenstützpunkt wichtig war, folgte die Unterwerfung Syriens. Die Provinz Arabia, die dann unter Trajan endgültig dem römischen Weltreich einverleibt wurde, schloß sich an das unter Cäsar und Augustus unterworfene Ägypten an. Sie reichte von der Sinaihalbinsel südlich in den Hedschas hinein, denselben Hedschas, von dem Lawrence aufgebrochen ist, und nordöstlich bis zu diesen Militärkolonien in Transjordanien. Das Verbindungsland war Palästina diesseits und jenseits des Jordans: die Sicherung Ägyptens. Dann kam die Wüste, und erst jenseits finden wir das Zweistromland zwischen Euphrat und Tigris, das alte Regnum Parthorum, den heutigen Irak, in der Zeit der höchsten Ausdehnung römischer Macht unterworfen. Die Herrschaft dauerte dort jedoch nicht allzu lange. „In Palästina haben die Römer den Grundsatz einer möglichst vielfältigen Teilung mit brutalster Konsequenz durchgeführt" (E. W. Eschmann). Das Land war einem beständigen Wechsel der staatlichen Zuordnung unterworfen. Bald wurde es an Teilfürsten aufgeteilt, wobei sich Rom einen Kern in Judäa unmittelbar unterstellte, bald im ganzen als Provinz verwaltet. Gegensätze zwischen den Stämmen und Städten wurden kunstvoll geschaffen und dadurch die Rolle der römischen Prokonsuln als Schiedsrichter befestigt.

Ehe Mussolini an seiner Via dell'Impero die marmornen Karten, die die Ausdehnung des alten Rom und des neuen Italien zeigen, als Mahnung und Schlachtzeichen anbringen ließ, ist diese altrömische Militärgeographie wohl in keinem anderen Volke mehr verwurzelt gewesen als in den Köpfen der englischen Oberschicht, die in ihren public-schools eine tief-

reichende Neigung zur Antike in sich aufsog. Sie spiegelt sich in den vielen Dutzenden von Biographien und Erinnerungen der großen britischen Politiker und Empire-builder wieder, die so stark im Vordergrund der englischen Literatur stehen. Die Übereinstimmung der altrömischen und der heutigen britischen Einflußsphären ist nicht zufällig, sie ist das Ergebnis eines praktischen Humanismus, ja wenn man will, eines praktischen Romanismus, der wenig gemein hat mit der sich im Philologischen erschöpfenden Akribie, mit der auf deutschen Gymnasien die alten Quellen studiert und mit höchst gelehrter Kunst unpolitisch gemacht wurden. Das Italien des Faschismus mußte mit diesem praktisch romanistischen Zuge der englischen politischen Bildung ganz zwangsläufig zusammenstoßen. In dem Augenblick, in dem man sich in Rom wieder auf jene alten Tafeln des Imperiums besann, war man überaus nah an den Ausgangspunkt englischen Machtstrebens herangerückt. Lawrence und Aubrey Herbert, einer der Leiter des Intelligence Service in Kairo während des Krieges, waren Archäologen. Ein Mann wie Doughty, der 1878 Arabien durchstreifte und zunächst nur nach aramäischen Inschriften suchte, dabei aber die erste umfassende Schilderung des arabischen Volkslebens gab, ist von Lawrence später als Schöpfer eines der hervorragendsten militärwissenschaftlichen Quellenwerke bezeichnet worden. Archäologie und Imperialismus haben im Mittelmeerraum durch die Engländer schon seit langem eine merkwürdige Verknüpfung erfahren. Die Marmorkarten Mussolinis waren in jenen britischen Köpfen schon seit Jahrzehnten eine lebendige Wirklichkeit, und von unserem deutschen Gesichtspunkt aus würde es sich lohnen, einmal die Wirkung Mommsens bei uns und in England, wo sie außerordentlich gewesen ist, zu vergleichen.

Als England den Krieg gewonnen hatte und sich in jenen Handel um die neuen Grenzen des Orients verstrickt sah, den wir beschrieben haben, gelang es Churchill nach seiner Ernennung zum Kolonialminister endlich, die Angelegenheiten

Palästinas und Transjordaniens, die vom Foreign Office verwaltet wurden, und diejenigen des Irak, die dem India Office unterstanden, im Colonial Office zu vereinigen. Das war Anfang 1921. Das Middle Eastern Department des Colonial Office entstand, von dem aus – wir erwähnten es schon – der Plan verfolgt wurde, die Striche zwischen dem Mittelmeer und Britisch-Indien zu einem gewaltigen englischen Herrschaftsgebiet zu vereinigen, wenn auch unter Anerkennung einheimischer Fürstenfamilien. Churchills erster Schritt war die Einberufung einer Konferenz in Kairo, bei der er selbst den Vorsitz übernahm und zu der alle an der Verwaltung des Vorderen Orients beteiligten Offiziere und hohen Beamten zugezogen wurden. In Churchills Erinnerungen findet sich darüber eine Denkschrift[83], die sich kaum anders liest, als wenn ein römischer Konsul sie geschrieben hätte, der über das Meer fuhr, um seine Prokonsuln um sich zu versammeln und mit ihnen zu beraten, wie die neu unterworfenen oder doch abhängig gemachten Länder nun aufzuteilen seien.

Im Mittelpunkt stand damals der Irak und die Berufung Emir Feisals als König nach Bagdad; über Palästina wurde bei jener Konferenz, wie es in Churchills Denkschrift heißt, nichts Wesentliches beschlossen. Es wurde lediglich die „vorher eingenommene und noch beibehaltene Politik gerechtfertigt". In Transjordanien gab es Veränderungen: „dem Emir Abdallah wurde gestattet, sich als Herrscher des Landes aufzuwerfen". Nun wissen wir allerdings aus anderen – mündlichen – Quellen, daß schon bei jener Konferenz in Kairo Palästina eine weit größere Rolle spielte, als dies Churchill später zugeben wollte. Die Unruhen der ersten Jahre waren eben vorüber. Samuel amtierte schon als Hoher Kommissar und Emir Feisal ließ keinen Zweifel, daß er mit dieser ganzen Lösung nicht zufrieden war. Doch seine Zeit, in der er noch Ansprüche anzumelden hatte, war vorbei. Auch ihm wurde nur noch „gestattet, sich als Herrscher aufzuwerfen". Lord Milner versuchte gleichzeitig in Ägypten, zu einem Ausgleich mit dem Wafd

zu gelangen. Das britische Protektorat über Ägypten wurde gemildert.

Im Weltkrieg war Kairo das militärische Hauptquartier und der Sitz der politischen Leitung der britischen Orientaktion in Westarabien und Syrien. Noch Churchill wählte für seine Konferenz Kairo als den geeignetsten Ort. Es ist klar, daß kein britischer Kolonialminister heute zu einem ähnlichen Zweck seine Prokonsuln nach der Weltstadt im Niltal zusammenrufen könnte. *In einem künftigen Kriege im Vorderen Orient würden Hauptquartier und politische Leitung der Briten ihren Sitz in Jerusalem haben müssen.* Damit ist das letzthin Ausschlaggebende über die Bedeutung Palästinas für England gesagt.

Daß Palästina als Mandat von England verwaltet wird, erscheint nebensächlich. In Wirklichkeit ist es nie anders als eine Kronkolonie behandelt worden. Von Anfang an jedoch oder wenigstens sehr bald erhob sich für England die Frage, ob auf dem Umweg über den Zionismus die Sicherung Palästinas als künftigen strategischen Mittelpunkt des Vorderen Orients gelingen könne. Wir haben im Spiegel der jüdischen und der arabischen Entwicklung in Palästina schon einiges über diese Frage gesagt. Wir haben sie jetzt zu behandeln, wie sie sich vom englischen Blickpunkt aus ergibt. Vorausschicken muß man nur: was immer auch bei der Quadratur des Zirkels, die heute die Lösung des Palästinaproblems geworden ist, herauskommen mag, der Grundtatbestand wird bleiben, daß England freiwillig auch nicht einen Fußbreit seiner Macht über dieses Land preisgeben wird. Es ist hier nicht von der staatsrechtlichen Form die Rede, in der es künftig seinen Einfluß ausüben wird. Ob man den Arabern schließlich doch größere Freiheiten läßt und sich dabei an das transjordanische Beispiel anschließt, oder ob man aus Palästina ein jüdisches Dominion machen will, wie das einer der eifrigsten Freunde der Juden im Unterhaus, Colonel Wedgwood, schon vor Jahren in seinem Buch „The seventh

Dominion" forderte, dies alles wird hinter dem Hauptgesichtspunkt zurücktreten, daß die faktische Macht Englands in Palästina nicht angetastet werden darf. Was im Irak möglich war, was in Ägypten die Klugheit gebot, das wird in Palästina für England nicht ohne stärkste Sicherungen möglich sein. Die Sicherung des Suez-Kanals liegt heute im *Viereck Port Said–Haifa–Alexandrette–Zypern.* Nicht umsonst hat die britische Shell-Gesellschaft (und mit ihr der Samuel-Clan) den langen und hartnäckigen Kampf erst mit Deutschland und dann mit Frankreich und Amerika um die Rohrleitung nach Haifa gekämpft. Der erst im Frühjahr 1938 gefallene Beschluß, in Haifa Großraffinerieanlagen für das Mossulöl zu errichten, zeigt diese Tendenz ebenso klar wie der Plan, in Lydda zwischen Jerusalem und Jaffa und am See von Tiberias die größten Flugbasen des Vorderen Orients entstehen zu lassen, die die englische Macht von der ägyptischen Entwicklung unabhängig machen soll. Dies ist der Ausgangspunkt, wenn man die Palästinafrage im Gefüge des Empire von der machtpolitischen Seite sieht.

Das Erstaunliche, ja Verblüffende ist für den unbefangenen Beobachter, daß England sich an diesem wichtigen Angelpunkt seiner Macht im Vorderen Orient selbst Schwierigkeiten von solchem Ausmaße geschaffen hat, wie sie in Palästina entstanden sind. Hat sich England nicht mit seiner zionistischen Politik ein Problem künstlich geschaffen, das seine Herrschaft im östlichen Mittelmeer erschwert, wenn nicht bedroht? Das noch Erstaunlichere ist, daß man in Palästina selbst mehr Engländer finden kann, die diese Frage mit einem offenen „Ja" beantworten als solche, die im Zionismus etwas Notwendiges sehen.

Churchill hat mit seiner Zusammenfassung der Fragen des Vorderen Orients im Kolonialamt 1921 hoffen können, die für Whitehall so außerordentlich peinliche Rivalität zwischen dem Foreign Office und dem India Office sei nunmehr für alle Zeiten beseitigt. Wir haben gesehen, wie schwer diese einan-

der entgegengesetzten Gesichtspunkte die englische Orientpolitik der Kriegszeit belasteten und wie aus ihr all jene Widersprüche entstanden, die von der Gründung Palästinas an bis heute dort wirken. Es war jedoch nicht vorauszusehen, daß an die Stelle des Gegensatzes zwischen Foreign und India Office in den folgenden Jahren eine nicht minder scharfe Spannung zwischen Foreign Office und Colonial Office treten sollte. Eine oberflächliche Betrachtung wird, wenn man über den Einfluß des Judentums in Whitchall einiges gehört hat – wir haben drastische Beispiele genug aufgeführt – dazu neigen, die englische und die jüdische Politik überhaupt gleichzusetzen. Zweifellos gibt es kein besseres Beweisstück für das besondere Verhältnis der jüdischen und der britischen Politik als Palästina. Bei näherem Zusehen aber erweist sich, daß die Dinge durchaus nicht so einfach liegen. Eine Einheitlichkeit der britischen Orientpolitik und vor allem der Palästinapolitik ist kaum nach außen einigermaßen gewahrt worden. Im Inneren der englischen Verwaltung hat sie niemals bestanden. In entscheidenden Momenten ist es nicht einmal gelungen, den Schein zu wahren.

Der durchschnittliche englische Beamte, der nach der Einrichtung des Palästinamandats nach Jerusalem oder in die palästinensische Provinz versetzt wurde, mag in das Heilige Land mit jenen Überzeugungen gekommen sein, die so offen in dem jüdischen Nachruf auf Lord Melchett erwähnt wurden, in dem es hieß, „das bibelfeste Völkchen der Walliser hatte für seinen jüdischen Unterhauskandidaten nur Sympathien". Die Gefühle, die einst schon das „Palestine Restoration Movement" im vorigen Jahrhundert ins Leben riefen, haben sich kaum vermindert. Welche Rolle dabei die weite Verbreitung der Logen in England zum mindesten mittelbar spielte, müßte einmal gesondert untersucht werden, da die Logen ja jüdisches Brauchtum und jüdische Heiligtümer, wie auch jüdische Ideen ganz ohne Zweifel fortentwickelt haben. Der durchschnittliche englische Beamte jedenfalls, der

nach Palästina kam, brachte, selbst wenn er mancherlei Ungünstiges über die dortigen Verhältnisse, über die Unruhen und Unklarheiten gehört hatte, ein gut Teil Glauben mit, es sei eine Mission Britanniens, den Juden wieder eine Heimstätte in Palästina zu verschaffen.

Trotzdem wimmelt es in allen zionistischen Schriften von scharfen Anklagen gegen die Mandatsmacht und vor allem gegen die Beamten. Mir ist im Hause der Jewish Agency ohne Umschweife erklärt worden, wie unzufrieden man mit England sei und wie wenig die Briten auch in allen Einzelheiten ihrem Versprechen gerecht würden. Man wird zunächst geneigt sein, dies nur für einen Trick der Jewish Agency zu halten, die vor der Erreichung ihrer eigentlichen Ziele mit nichts zufrieden sein will, was sich in Palästina vollzieht. Diese Erklärung reicht jedoch nicht aus. Derselbe durchschnittliche britische Beamte nämlich, der mit gewissen christlichen Idealen und mit Sympathien für die Judenschaft nach Palästina kam, lernt im allgemeinen schon binnen kurzem überaus gründlich um. Die Anlage des Palästinamandats gab von vornherein dem Judentum einen gewaltigen Vorsprung vor den Arabern. Tatsächlich sind auch bisher alle maßgebenden Entscheidungen im wesentlichen zugunsten der Juden ausgefallen. Wenn dem so ist, so muß doch gerechterweise gesagt werden, daß die britischen Beamten in Palästina selbst zum größeren Teil mit diesem Kurs nicht erst seit gestern und heute, sondern schon seit langem nicht einverstanden sind. Sie haben zu tiefe Einblicke in all die Vorgänge gewonnen, die mit der jüdischen Bodenspekulation, mit den industriellen Scheingründungen und mit den Methoden zusammenhängen, mit denen die Araber allein durch finanzielle Überlegenheit des Judentums schrittweise zurückgedrängt und in ihren Lebensrechten beschnitten wurden. Sie versuchten daher um so mehr nach beiden Seiten Distanz zu halten und jene englische Fairness walten zu lassen, die oftmals in den Kolonien die britische Sache gerettet hat. Vergeblich. So himmelweit die

Mentalität des durchschnittlichen englischen Beamten von jeglichem grundsätzlichen Antisemitismus entfernt ist, so angewidert wurden sie durch die Beobachtung der jüdischen Praxis – in Palästina, wie in London. Je weiter die Zeit fortschritt, desto mehr fühlte sich infolgedessen der Stab des Colonial Office doch dem Erbe verpflichtet, das es von Lawrence übernommen hatte. Die Überzeugung, es sei für England ungünstig um des Zionismus willen die Sympathien der Araber schließlich mehr und mehr zu opfern, brach sich Bahn. Die Frage war nur stets, ob man in London aus den Erfahrungen der Beamten in Palästina irgendwelche Schlüsse ziehen wollte. Hier nun begann sich das Palästinaproblem in England selbst aufzuspalten.

Lord Passfield verliert eine Schlacht

Das Verhältnis zwischen Arabern, Juden und Engländern in Palästina ist von vornherein nicht eine lokale Frage gewesen, die am Ort in Jerusalem entschieden wurde. Durch die weltweite Organisation der alljüdischen Jewish Agency fielen die Entscheidungen in erster Linie stets in London, wo die jüdischen Verbindungen das unbequeme Colonial Office leicht überspielen konnten. Acht Jahre lang, von 1920 bis 1928, war Palästina ziemlich ruhig geblieben. Auf Herbert Samuel war als Hoher Kommissar Feldmarschall Lord Plumer und auf diesen General Sir John Chancellor gefolgt, als im Sommer 1928 die ersten Unruhen wieder begannen, die dann im August 1929 nach der Erweiterung der Jewish Agency heftig aufflammten. Die drei Kommissionen unter Mr. Haycraft, Sir Walter Shaw und Sir John Hope-Simpson, die nun von London nach Palästina entsandt wurden und deren Ergebnisse wir bereits im Auszug mitgeteilt haben, waren aus Beamten gebildet worden, die, wie zum Beispiel Hope-Simpson, eine lange Erfahrung in Indien hinter sich hatten. Sie konnten von der britischen Regierung mit Recht als erstklassige Orientfachleute bezeichnet werden.

Ungefähr gleichzeitig mit dem Ausbruch der Unruhen hatte zufällig auch das Kabinett in London gewechselt. MacDonald hatte im Juni 1929 seine zweite Arbeiterregierung gebildet. Das Kolonialministerium wurde einem der bekanntesten Sozialreformer Englands, Mr. Sidney Webb, übertragen, der gleichzeitig als Lord Passfield of Passfield in den Peersstand erhoben wurde. Es ist dies derselbe Sidney Webb, der zusammen mit seiner Frau Beatrice, mit Bernard Shaw und H. G. Wells die Gruppe der sogenannten Fabians gebildet hatte, die in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts mit ihrer Soziallehre gegen den Marxismus auftrat und eine echt englische Theorie des Sozialismus entwarf, die sie nach dem berühmten Fabius Cunctator, dem Gegner Hannibals, der durch sein Zaudern schließlich gewann, benannte. Sidney Webb wurde zum Prediger eines Sozialismus, der sich geräuschlos und gewissermaßen unbemerkt im staatssozialistischen Sinne entwickeln sollte. Als Verfasser unzähliger nationalökonomischer Schriften und als Mittelpunkt eines berühmten Salons in der Grosvenor Street hatte er einen bedeutenden Ruf erworben, als er – mit 70 Jahren – unvermutet als Chef und Lord Passfield in das Colonial Office einzog. Die zionistische Weltmacht sah in Passfield zunächst keine für sie belangvolle Figur. Im Kolonialamt war er notwendig ein Außenseiter, gemessen an der Erfahrung eines Churchill, Amery oder wie sonst die konservativen Verwalter dieses Amtes hießen. Merkwürdigerweise ist es jedoch gerade dieser alte englische Sozialtheoretiker gewesen, der durch die Art seiner Amtsführung dem in der Jewish Agency vereinigten Weltjudentum den schärfsten Schlag versetzen sollte, den es in all diesen Jahren erhalten hat.

Die Ereignisse, die den verschiedenen Kommissionsberichten in den stürmischen Jahren 1929 und 1930 folgten, müssen etwas eingehender betrachtet werden. Sie bieten überraschende Aufschlüsse sowohl über die englische politische Psychologie wie auch über die Taktik und die Macht des Judentums. Die

Untersuchungskommission Sir Walter Shaws war im März 1930 aus Palästina zurückgekehrt und hatte ihren Bericht der Öffentlichkeit Anfang April übergeben. Er war für die Aspirationen des Weltjudentums keineswegs günstig, obwohl den Arabern Schuld daran gegeben wurde, daß die Unruhen im Zusammenhang mit der Klagemauer ausgebrochen waren. Shaw stellte fest, daß die Befürchtungen der Araber, sie würden mit der Zeit ihres Bodens verlustig gehen, die tiefer liegende Ursache der Unruhen sei. Diese Befürchtungen seien begründet in der Unklarheit der englischen Politik und in gewissen Vorkommnissen beim jüdischen Landkauf. Die Regierung müsse daher eine deutliche Erklärung über den Schutz der arabischen Rechte abgeben und die jüdische Einwanderung und den Bodenkauf im Einklang mit den Interessen der Araber genau festsetzen. Ferner müsse auch den Arabern ein gewisses Maß von Selbstverwaltung gegeben werden, ohne daß neue Unruhen zu befürchten seien. MacDonald und Passfield schoben eine Entscheidung auf, bis eine weitere Kommission unter Sir John Hope-Simpson noch einmal Einzelheiten erkundet hatte. Die Unzufriedenheit der Juden mit dem Shaw-Bericht wurde außerdem dadurch gedämpft, daß eines der Mitglieder jener Kommission, der Arbeiterabgeordnete Snell (heute Lord Snell), ein Sondergutachten erstattet hatte, das im wesentlichen judenfreundlich war.

Hope-Simpson kam im September 1930 nach England zurück. Am 20. Oktober wurde sein Bericht zusammen mit einem Weißbuch, dem sogenannten Passfield-Weißbuch, veröffentlicht[84], und nun erwies sich plötzlich, daß die Versuche des Judentums, den Bericht Hope-Simpsons sowohl wie das Weißbuch der britischen Regierung in ihrem Sinne zu beeinflussen, erfolglos geblieben waren. Es war das erste Dokument, das den Arabern gerecht wurde. Felix Warburg erklärte später:

„Auf Grund der Nachrichten, die uns während Hope-Simpsons Untersuchungen in Palästina erreichten, hatten wir guten Grund anzunehmen, daß wir günstige und konstruktive Vor-

schläge zu erwarten hätten. Bevor wir Gelegenheit hatten, den Bericht zu lesen, nahm ich eine Einladung Lord Passfields an, nach London zu kommen und mit ihm die Lage zu besprechen. Lord Passfield sprach über die Schwierigkeiten, die sich ihm bei der Verwaltung des Mandats in den Weg stellten. Ich erklärte, ich sei überzeugt, daß er mich nicht bloß nach London gerufen habe, damit ich diese Klagen anhörte. Ich sei in der Hoffnung gekommen, von ihm eine Botschaft konstruktiven Inhalts zu erhalten, die ich der Konferenz der Jewish Agency vorlegen könnte. Daraufhin übergab mir Lord Passfield jene Botschaft, die das Versprechen enthielt, daß für die Sicherheit der Juden in Palästina gesorgt werden würde ... Was in der Zeit zwischen dieser Konferenz und der endgültigen Ausgabe des Simpson-Berichts geschehen ist, ist bis heute ein Rätsel geblieben“ [85].

In Wirklichkeit war natürlich gar nichts Rätselhaftes vorgefallen, sondern die britische Regierung hatte lediglich ein Dokument herausgegeben, das nach bestem Wissen und Gewissen der Sachverständigen bearbeitet war. Es lief in der Hauptsache darauf hinaus, daß die jüdische Einwanderung ganz wesentlich zurückgeschraubt werden müsse. Einige Kernsätze aus dem Weißbuch mögen zeigen, wie bestimmt und sicher der Ton war, den Passfield anschlug:

„Es muß ein für allemal erkannt werden, daß es für jüdische Führer zwecklos ist, den Versuch zu machen, die britische Regierung dahin zu beeinflussen, daß sie beispielsweise ihre Politik in der Einwanderungs- und Bodenfrage den Forderungen der radikaleren zionistischen Anschauung anpaßt. Es ist daher notwendig geworden, daß die Regierung von vornherein klarstellt, *daß sie weder durch Druck noch durch Drohungen sich von dem im Mandat vorgeschriebenen Weg* und von der Verfolgung einer auf die Förderung der Interessen der Einwohner Palästinas, Araber sowohl wie Juden, gerichteten Politik ... abbringen lassen wird.

„Aus dem Wortlaut des Artikels 11 des Mandats geht klar

hervor, daß die Bevölkerung Palästinas als eine Einheit und nicht irgendein Sonderinteresse das Objekt der Regierungsfürsorge zu sein hat, und es soll hierbei bemerkt werden, daß die Bestimmung, wonach mit der Jewish Agency Vereinbarungen für den Aufbau oder die Bewirtschaftung öffentlicher Unternehmungen getroffen werden müssen, nur fakultativen und nicht obligatorischen Charakter haben. Diese Bestimmungen über die Jewish Agency dürfen nicht mit den allgemeinen Interessen der Bevölkerung in Konflikt geraten. Dies wird hervorgehoben, weil von der Jewish Agency Ansprüche auf Einräumung einer gewissen Stellung in der allgemeinen Verwaltung des Landes erhoben worden sind, die die Regierung als weit über die klaren Absichten des Mandats hinausgehend betrachten muß."

Das Weißbuch wendet sich dann klar dagegen, daß das Mandat einseitig für die Juden auszulegen sei, und stellt fest, daß die Verpflichtungen der britischen Regierung gegenüber den beiden Bevölkerungsteilen von gleichem Gewicht seien. Sodann wendet sich Passfield gegen jene Bestimmungen der Jewish Agency, die wir schon besprochen haben, durch die der von der Agency erworbene Boden unveräußerliches Eigentum des jüdischen Volkes sein soll, sowie gegen die ausschließliche Beschäftigung jüdischer Arbeiter in jüdischen Betrieben. Das Weißbuch greift schließlich auch das drängende Problem der illegalen Einwanderung auf, und, um ein übriges zu tun, erklärte es sich nicht einverstanden mit kommunistischen Experimenten in der jüdischen Landsiedlung. Zum erstenmal – und es wird vielleicht der einzige Fall bleiben – ist mit diesem Weißbuch vom 20. Oktober 1930 der Versuch gemacht worden, die Fehlerquellen und einseitigen Abmachungen zugunsten des Judentums, die das Mandat von Anfang an enthielt, auszumerzen und zu einer Politik zurückzukehren, durch die die britischen Interessen in Palästina wirklich gewahrt worden wären.

Die Wirkung war unbeschreiblich. Binnen weniger Stunden

wurde Lord Passfield, der alte Fabian Sidney Webb, zum damals bestgehaßten Mann des Weltjudentums. Weizmann erklärte noch am Tage der Veröffentlichung des Weißbuches seinen Rücktritt als Präsident der zionistischen Organisation und der Jewish Agency. Lord Melchett trat vom Amt des Vorsitzenden der politischen Kommission und des Joint Committee zurück. Sein Demissionsschreiben strotzte von Drohungen: „Die groteske Travestie des Zweckes des Mandats, die in dem Weißbuch gegeben wird, kann nur charakterisiert werden als eine Beleidigung der Intelligenz der Judenschaft und als ein wohlüberlegter Affront gegen die Mandatskommission. Die unbekümmerte Art, in der diese Regierung die loyale Unterstützung der Juden im ganzen Britischen Reich und in der Welt gefährdet hat, scheint unglaublich – eine Hilfe, die Großbritannien und seinen Alliierten eine Stützung in einer großen Krisis war, die die Balfour-Deklaration von 1917 hervorgerufen hat ... es ist ein Akt von Undankbarkeit und Verräterei einer Regierung fast ohnegleichen." Gleichzeitig erklärte in New York Felix Warburg seinen Rücktritt vom Vorsitz des Administration Committee der Jewish Agency mit dem Zusatz, das Weißbuch bedeute „einen grausam wirkenden Verrat des Vertrauens, das der britischen Regierung vom jüdischen Volke entgegengebracht worden sei".

Das Dokument Lord Passfields war noch kaum der Öffentlichkeit übergeben, als schon in London, Jerusalem und New York gleichzeitig die jüdischen Drähte zu spielen begannen. In Warschau wurden die Fenster der englischen Gesandtschaft von einer aufheulenden Judenmenge zertrümmert. Ein Sturm des Weltjudentums setzte ein, wie er ähnlich prompt und effektvoll acht Jahre später zum Sturz der Regierung Goga in Rumänien inszeniert wurde. Nachdem Melchett, Weizmann und Warburg in dieser Weise unverhüllte Drohungen gegen die britische Regierung ausgestoßen hatten, setzte sich alsbald jener ganze Apparat in Bewegung, in dem nun durchaus nicht nur die Sprecher des Judentums eine Rolle spielten. Selbst in

dem zurückhaltenden Peel-Bericht, der diese ganze Episode naturgemäß nicht allzu breit behandelt, heißt es von jenen Tagen: „Für einen Augenblick schien eine ernsthafte Gefahr zu bestehen, daß die Verwaltung Palästinas sich auf die englische Parteipolitik auswirken würde mit einer Partei auf arabischer und der anderen auf jüdischer Seite. Eine so beklagenswerte Bloßstellung wurde zum Glück abgewendet. *Doch die öffentliche Erörterung des Streitfalles war eine eindrucksvolle Demonstration der politischen Macht, welche die Zionisten in England mobilisieren konnten.*"

Zwei Tage nach dem Rücktritt Weizmanns erschien in der „Times" ein Brief der konservativen Oppositionsführer, der von Baldwin, Austen Chamberlain und dem früheren Kolonialminister Amery unterzeichnet war und dem sich später auch noch Churchill anschloß. In diesem Brief hieß es am Schluß: „Es ist nur zu deutlich, daß das Weißbuch in der öffentlichen Meinung der Judenschaft Amerikas und anderer Länder ein Gefühl von Mißtrauen in jenen guten Glauben Englands erzeugen wird, der das wertvollste Besitztum unserer auswärtigen Reichspolitik bildet!" In Amerika wurde für den 2. November, den Jahrestag der Balfour-Deklaration, eine Protestversammlung einberufen, deren Kernstück ein Brief des damaligen Governors von New York, Franklin D. Roosevelt, war, in dem er schrieb, auf Grund seiner Erinnerungen an die Friedenskonferenz in Paris habe er vollstes Verständnis für die Enttäuschung des jüdischen Volkes angesichts der neuen Erklärung über die Verwaltung Palästinas. Kaum drei Wochen waren vergangen, als die „Jüdische Rundschau" in Berlin schreiben konnte: „Der Kampf, den die geeinte jüdische Welt gegen das englische Weißbuch geführt hat, hat heute schon gewisse Resultate gezeitigt. Insbesondere fällt dabei die grandiose Protestbewegung der amerikanischen Juden, sowie die Stellungnahme prominenter englischer Persönlichkeiten ins Gewicht. Die Regierung scheint von diesen Protesten einigermaßen überrascht zu sein, obwohl sie bereits im

Mai nach der Suspension der Arbeitereinwanderung eine Generalprobe dieses Proteststurmes miterlebt hat. Jetzt versucht die Regierung zu beschwichtigen, und man kann es schwer verstehen, aus welchen Gründen sie sich überflüssigerweise selbst in diese blamable Situation hineinmanövriert hat. Lord Passfield ist zur Defensive gezwungen worden..."[86] Am 14. November 1930 bereits ließ MacDonald ein Communiqué ausgeben, die Regierung habe Vertreter der Jewish Agency eingeladen, mit ihr über das Weißbuch zu verhandeln. Es bestehe die Hoffnung, daß über alle etwaigen Differenzpunkte eine Einigung erzielt werde. Eine weitere Erklärung über diese Frage würde dann abgegeben werden. Tatsächlich, Lord Passfield befand sich in der Defensive. Die Untersuchungen der unabhängigen britischen Kommissionen sollten umsonst gewesen sein. Der letzte Versuch, die Palästinafrage im Sinne einer Gesamtpolitik zu beeinflussen, die den wirklichen Interessen des Empire diente, war zum Scheitern verurteilt.

Das Zusammenspiel der verschiedenen jüdischen Körperschaften bei dem Kampf gegen Lord Passfield ist sehr eindrucksvoll. Der Generalstab des „Board of Deputies of British Jews" trat sofort in Aktion. Der Sohn des Präsidenten des „Board" Nathan Laski, der Professor für Nationalökonomie Harold Laski, wurde „als jahrelanger Mitarbeiter von Judge Brandeis" zum Vertreter der amerikanischen Juden bei den Verhandlungen ernannt[87]. Sir Herbert Samuel, Lord Reading, Lord Melchett und James de Rothschild, kurz, sämtliche führenden Mitglieder des „Board" „standen in ständiger Verbindung mit Weizmann"[88]. So war der gesamte jüdische Generalstab, einschließlich der jüdischen Hochfinanz in Amerika, eingesetzt. Die britische Regierung sah sich einer einheitlichen Aktion des Weltjudentums gegenüber, aus der ersichtlich wurde, daß „Board" und Jewish Agency in Wirklichkeit von denselben Kräften geleitet werden.

Am 14. Februar 1931 wurde schließlich in London ein Brief des Ministerpräsidenten Ramsay MacDonald veröffentlicht, der

mit den Worten begann: „Dear Dr. Weizmann." Ein würdiges Gegenstück zur Balfour-Deklaration, die mit „Dear Lord Rothschild" begann. Der Brief MacDonalds stellte praktisch eine völlige Widerrufung des Weißbuches vom 20. Oktober 1930 dar. Ausdrücklich wurde nun wiederholt, „daß das Mandat eine Verpflichtung gegenüber dem jüdischen Volke und nicht gegenüber der jüdischen Bevölkerung von Palästina ist". Das Weltjudentum hatte also durch seine Drohungen und die Proteststürme, die gegen die Politik von Lord Passfield inszeniert wurden, erreicht, daß Großbritannien von neuem sich als Schutzherr nicht nur der Juden in Palästina, sondern der Judenschaft überhaupt auf dem Umweg über das Mandat aufwarf. Selbstverständlich ist von britischer Seite später versucht worden, die Bedeutung dieses MacDonald-Briefes an Weizmann abzuschwächen. Es steht aber außer Frage, daß er eine Schwenkung der britischen Politik um beinahe 180 Grad bedeutete. Toynbee wies in seiner politischen Jahresübersicht über das Jahr 1930 darauf hin, daß man die britische Regierung in ihrer Palästinapolitik des Opportunismus zeihen müsse, da sie zum mindesten den Eindruck erweckt habe, als ob sie demjenigen jeweils nachgebe, der sich am stärksten in Szene zu setzen verstehe.

In der Tat, wenn man berücksichtigt, daß im Passfield-Weißbuch auf Grund der vorhergehenden sorgfältigen Untersuchungen der künftigen jüdischen Einwanderung nur noch sehr bedingte Chancen gegeben wurden, war es bemerkenswert genug, wenn im MacDonald-Brief nun erklärt wurde, „die ökonomischen Bedingungen in Palästina dürfen nicht zum Erstarren gebracht werden. Im Gegenteil, die Verpflichtung, die jüdische Einwanderung zu erleichtern und geschlossene Ansiedlung von Juden auf dem Land zu fördern, bleibt eine positive Verpflichtung des Mandats, und sie kann erfüllt werden, ohne die Rechte und die Lage anderer Teile der Bevölkerung Palästinas zu beeinträchtigen." Es wurde ausdrücklich festgestellt, daß die Regierung nicht beabsichtige, den Juden

ein Verbot der Erwerbung von weiteren Ländereien aufzuerlegen. Lord Passfield war zweifellos mit seinem Angriff auf jene Artikel des Statuts der Jewish Agency ins Zentrum des Problems vorgestoßen, in denen vorgeschrieben ist, daß in jüdischen Unternehmungen nur Juden beschäftigt werden sollen. Passfield hatte im Weißbuch diese Vorschriften als dem Mandat widersprechend erklärt. Im MacDonald-Brief heißt es dagegen wörtlich: „Die Regierung greift in keiner Weise das Recht der Agency an, eine solche Politik zu formulieren oder zu billigen und zu bestätigen. Die Jewish Agency ist berechtigt, das Prinzip vorzugsweiser oder sogar ausschließlicher Beschäftigung jüdischer Arbeiter durch jüdische Organisationen aufrechtzuerhalten."

Gleichzeitig mit der Veröffentlichung dieses Dokuments, das die Macht des Judentums in einer beinahe unvorstellbaren Weise unter Beweis stellt, gab Weizmann eine Erklärung ab, in der es hieß: „Es war für mich eine Freude, den Brief des Premierministers zu erhalten ... Nachdem die jetzt erfolgte Darlegung der Regierungspolitik zur offiziellen Regierungsdirektive geworden ist, hat sie nach meiner Ansicht die Basis für jene Kooperation mit der Mandatarmacht wiederhergestellt, auf der unsere Politik aufgebaut ist." Auf dem darauffolgenden zionistischen Kongreß in Basel hielt Weizmann am 30. Juni 1931 eine Rede, in der er die ganzen Fragen um das Weißbuch und den MacDonald-Brief nochmals höchst aufschlußreich zusammenfaßte.

„Das Weißbuch als solches konnte nicht zurückgezogen werden", erklärte dort Weizmann, „es gab keinen Präzedenzfall in der konstitutionellen Praxis Englands dafür, daß eine politische Erklärung innerhalb einer Woche nach ihrer Veröffentlichung zurückgezogen worden wäre! Aber von einer solchen formellen Zurückziehung abgesehen, durften wir Genugtuung für unsere Beschwerden erwarten. Die Frage war also, ob wir das Angebot, das uns redlichen Sinnes gemacht wurde, annehmen oder auf einer klaren und einfachen Zurückziehung des Weiß-

buches bestehen sollten, obwohl wir wußten, daß die Regierung einem derartigen Verlangen nicht nähertreten konnte."[88a] Schon hieraus ergibt sich also, daß binnen einer Woche die weltjüdische Aktion ein Angebot der Regierung MacDonald erzwungen hatte, das Passfield-Dokument nicht formell, aber praktisch aus der Welt zu schaffen. Weizmann fuhr fort:

„Es hätte die Möglichkeit bestanden, daß unsere Freunde im englischen Unterhaus am Ende der Palästinadebatte eine Abstimmung über die Frage des Weißbuches erzwungen hätten. Eine solche Abstimmung wäre für uns im höchsten Maße gefährlich gewesen; denn hätte sich eine noch so kleine Mehrheit für das Weißbuch ergeben, so hätte es damit die Sanktion des Parlaments erhalten... In der Stunde der höchsten Gefahr haben unsere Freunde unter den englischen Konservativen und Liberalen ihre Stimme für uns erhoben. Es sprachen aber nicht nur Männer aus ihren Reihen: das Gewissen Englands meldete sich zum Wort, und es sprach auch durch den Mund von Mitgliedern der Arbeiterpartei. Es erhob seine Stimme sogar in der Mitte der Regierung. Zwar bestand formell eine kollektive Verantwortung der Regierung für das Weißbuch, aber in Wahrheit war es doch nicht so. Die Zeit ist noch nicht gekommen, wo wir auf die Einzelheiten dieses noch zu frischen Stücks Geschichte eingehen können. Aber diejenigen, die wissen, werden mit mir eins sein, wenn ich die Männer ehre, die den Mut hatten, sich für das jüdische Volk einzusetzen... Die Zurateziehung unserer Seite, wie sie in der Vergangenheit üblich gewesen war und die Lord Passfield im Oktober 1930 glaubte ablehnen zu müssen, fand nunmehr statt – in der Form einer Beratung der Jewish Agency mit einer autoritativen Körperschaft britischer Staatsmänner."

Trotz dieses gewaltigen Triumphs des Judentums, der bei Lichte besehen den der Balfour-Deklaration noch übersteigt, weil er nicht unter dem Druck einer verzweifelten Kriegslage zustande kam, gab Weizmann für einige Zeit das Amt des Präsidenten der Jewish Agency an Nahum Sokoloff ab. Gleich-

zeitig wurde Sir John Chancellor als Hoher Kommissar abberufen und General Sir *Arthur Wauchope* ernannt, ein in Deutschland nicht unbekannter Mann, da er von 1924 bis 1927 Leiter der britischen Sektion der berüchtigten Internationalen Abrüstungskommission in Berlin gewesen war.

Unmittelbar auf den Zionistenkongreß folgt die Tagung des Rates der Jewish Agency, die mit einer Resolution abschließt, in der der Rat des Weltjudentums zwar den Brief MacDonalds vom 13. Februar 1931 anerkennt, gleichzeitig aber schon wieder neue Forderungen erhebt. „Der Rat konstatiert", so heißt es dort, „daß der Brief keine vollständige Erklärung der Regierungspolitik darstellt und auch Vorbehalte enthält, die zu Befürchtungen Anlaß geben. Der Rat erwartet, daß Seiner Majestät Regierung in diesen Punkten mit der Jewish Agency zu einer befriedigenden Regelung im Sinne des Mandats kommen wird." Das Ergebnis des MacDonald-Briefes war also eine geradezu schon diktatorische weitere Forderung der Jewish Agency. Das Judentum hatte auf der ganzen Linie gesiegt. Die unmittelbar darauf phantastisch in die Höhe schnellenden jüdischen Einwanderungsziffern waren die praktische Folge. Weltpolitisch aber war ein Präzedenzfall für das Ausspielen des jüdischen Machtapparates geschaffen, der sich natürlich nicht allein auf Palästina beschränkte. Es war eine Durchbruchschlacht des Weltjudentums.

Wie sich denken läßt, herrschte auf der arabischen Seite tiefste Niedergeschlagenheit. Die Araber Palästinas, die in einem erheblichen Teil der britischen Beamtenschaft immerhin gerechte Beurteiler gefunden hatten, sahen sich jeglicher Einwirkungsmöglichkeit auf ihr künftiges Schicksal beraubt. Die britischen Beamten selbst waren, wie uns in Jerusalem von einigen Engländern, die jene Jahre noch an Ort und Stelle miterlebt hatten, erzählt wurde, von einer Art Verzweiflungsstimmung erfüllt, da sie ihre ganze Arbeit, die auf eine gerechte Lösung der Palästinafrage zusteuerte, als erfolglos ansehen mußten. Nicht nur die Araber, sondern auch das Co-

lonial Office war durch den MacDonald-Brief geschlagen. Er wurde alsbald im Gegensatz zum „Weißbuch" auch in den britischen Verwaltungskreisen Palästinas als der „schwarze Brief" bezeichnet. Die Kämpfe, das war allen Beteiligten klar, würden früher oder später von neuem und weit blutiger beginnen. Der Einfluß des Weltjudentums in London hatte sich in einer Form manifestiert, die auch nicht den geringsten Raum mehr für irgendwelche Zweifel ließ. Hierdurch aber ist erst jene Radikalisierung des Arabertums in Palästina ausgelöst worden, die dann schließlich seit 1936 zu den neuen großen Aufständen führte, deren Vorgeschichte wir bereits umrissen haben.

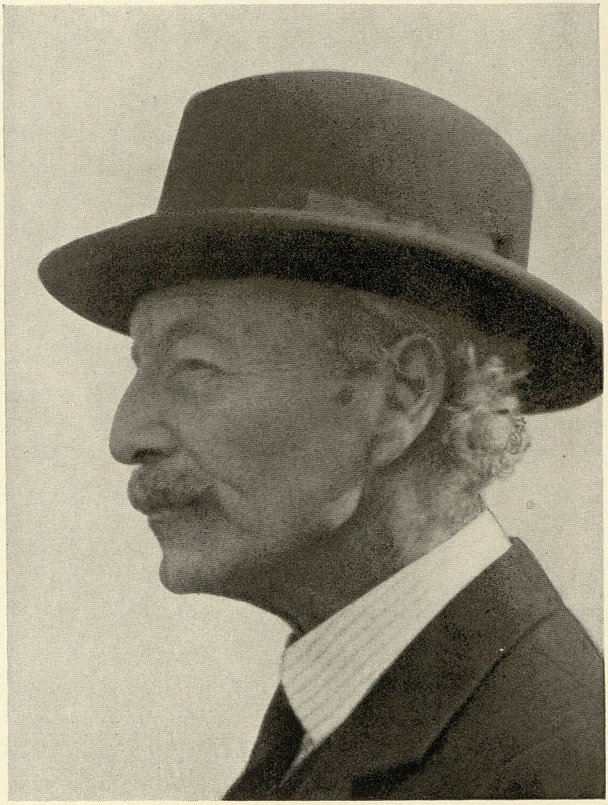
Die Spaltung der britischen Verwaltung

Im Jahre 1921 bereits hatte Winston Churchill über die Forderung der Araber nach Selbstbestimmung geäußert: „England wird Schritt für Schritt Repräsentativeinrichtungen entwickeln, die dann zur Selbstverwaltung führen, aber unsere Enkel werden sterben, ehe das vollendet ist"[89]. Die Araber jedenfalls waren nicht gesonnen zu warten, bis ihre Enkel oder schon ihre Söhne endgültig aus Palästina hinausgeworfen worden sind. Wie wir bereits gezeigt haben, ist der unmittelbare Grund für den Ausbruch des Aufstandes des Jahres 1936 die Ablehnung eines aus Engländern, Juden und Arabern zu bildenden „Gesetzgebenden Rates" durch die zionistische Organisation gewesen. Es kam hinzu, daß dieser Plan, der zwar den Arabern nicht die Selbstverwaltung, aber doch eine gewisse Vorstufe dafür gebracht hätte, am 26. Februar 1936 im Oberhaus und am 24. März im Unterhaus in aller Form abgelehnt wurde. Im Oberhaus hatte sich insbesondere Lord Lytton, der Verfasser des bekannten Berichtes über die Mandschurei aus dem Jahre 1932, scharf gegen diesen Plan, der von den Beamten des Colonial Office als der einzige Ausweg angesehen wurde, ausgesprochen. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß derselbe Lord Lytton Aufsichtsratsvor-

sitzender der „Palestine Potash Company" ist, die die Kalireserven des Toten Meeres ausbeutet. Unter den Rednern im Oberhaus fand sich ferner Lord Snell, derselbe, der bereits als Mitglied der Shaw-Kommission 1930 ein ausgesprochen projüdisches Sondergutachten abgegeben hatte. Die Stellungnahme von Lord Melchett, dem Sohn Alfred Monds, war von vornherein klar. Auch im Unterhaus dominierte der judenfreundliche Flügel vollständig, die Warnungen einiger weniger, wie zum Beispiel Sir Arnold Wilsons und Earl Wintertons, blieben ungehört.

Das Kolonialamt, das nach dem Fehlschlag des Jahres 1931 nun in der klaren Erkenntnis, daß die Verhältnisse in Palästina unerträglich geworden waren, noch einmal einen letzten Versuch zur Rettung der Situation gemacht hatte, war erneut geschlagen. Selbst der Peel-Bericht kann nicht umhin, bei dieser letzten Phase vor dem Ausbruch des Aufstandes die Auswirkungen der britischen Demokratie deutlich zu kritisieren. „Wenn auch das Parlament", sagt Peel, „den Plan objektiv beurteilte, so ist es nichtsdestoweniger schade, daß die jüdische Seite der Sache so viel ausführlicher dargelegt wurde als die arabische. So war die Debatte eine treffende Erläuterung des Nachteils, den die Araber erlitten, wenn das Feld der Auseinandersetzung von Palästina nach England überging. Die Juden sind natürlich vollständig in ihrem Recht, wenn sie von allen ihnen zu Gebote stehenden Gelegenheiten Gebrauch machen, um dafür zu sorgen, daß ihre Ansprüche volles Verständnis finden; aber wir glauben doch, daß es für ihre Interessen letzten Endes besser gewesen wäre, wenn der britischen öffentlichen Meinung von Anfang an eine nicht weniger klare und zwingende Darstellung des arabischen Standpunkts vorgelegen hätte" [90].

Nun, dies war nicht der Fall. Auch die Verwaltung in Palästina blieb nach dem Ausbruch der Unruhen noch immer gespalten. Sir Arthur Wauchope hatte in den fünf Jahren zwischen 1931 und 1936 beständig versucht, zwischen dem



Sir Arthur Wauchope

Colonial Office und dem Foreign Office sowohl wie an Ort und Stelle zwischen dem Judentum und dem Arabertum zu vermitteln. Die Vorgänge des Jahres 1931 haben ihm freilich bewiesen, daß das Judentum in London bei weitem am längeren Hebel saß. Da aber andererseits der größere Teil seiner Beamten und unter ihnen auch sein Stellvertreter, der Chief Secretary der Palästinaregierung, nach wie vor bereit war, alles zu tun, um es nicht zu einem endgültigen Haßausbruch der Araber nicht nur gegen die Juden, sondern auch gegen die Engländer kommen zu lassen, vermied es Wauchope, umfassende Maßnahmen gegen einen etwaigen arabischen Aufstand zu treffen. Er zeigte sich der Lage nicht mehr gewachsen. Mit dem Mufti durch lange gute Beziehungen verbunden, ließ er sich andererseits dazu drängen, mitten im Aufstand in Tel-Aviv gemeinsam mit Weizmann auf der Rednertribüne zu erscheinen, um die Levante-Messe zu eröffnen. Seine Unklarheit war wohl durch die Politik Londons bedingt, nicht weniger aber auch durch seinen eigenen unentschiedenen Charakter. Wauchope war zweifellos mehr als ein sturer General. Seine kultivierten Neigungen aber schufen vielleicht gerade erst den inneren Zwiespalt seiner Politik in Palästina.

So blieb alles in der Schwebe. Ein Wort Lord Cromers, das er in seinen Erinnerungen über sein Prokonsulat in Ägypten über das Problem der Kapitulationen schrieb, galt nun auch für Palästina: „Die britische Nation hatte sich ganz charakteristisch in die unlogische Stellung begeben, daß, während ihr offizieller Vertreter zu Zeiten geneigt war, im britischen Interesse die Kapitulationen aus Furcht vor dem Mißtrauen von seiten der Ägypter aufrechtzuerhalten, er von den britischen Reformatoren aufgefordert wurde, bei der Abschaffung der Vorrechte zu helfen, um das Werk der Reform zu fördern ... Die Schaffung dieser ungewöhnlichen Lage darf als ein *Triumph angelsächsischer Inkonsequenz* betrachtet werden; unter all diesen Umständen war lange Jahre hinaus nur eine Lösung möglich. Es war die, daß es, soweit es die

hauptsächlichsten Streitfragen betraf, überhaupt keine Lösung gab“ [91].

Dieses Wort Cromers kann in vollem Umfange auf die Lage in Palästina in den letzten Jahren angewandt werden. Als die Unruhen ausgebrochen waren, sah sich Wauchope von London gedrängt, energisch gegen die Araber vorzugehen. Vom britischen Chef der Polizei in Palästina wurde er dahin informiert, es sei eine polizeiliche Niederschlagung des Aufstandes überhaupt nur möglich, wenn das alte Araberviertel Jaffas, das man zunächst als das Zentrum des Widerstandes ansah, sofort beseitigt würde, weil auch die beste Polizei der Erde nicht imstande sei, in diesem weitverzweigten Fuchsbau irgendeinen Araber zu finden, der sich dort verborgen halte. So faßte die Mandatsregierung von einem Tag auf den anderen den Beschluß, einen großen Teil des alten Jaffa in die Luft zu sprengen. Dabei schützte man sanitäre Maßnahmen vor. Den Bewohnern wurde mitgeteilt, sie hätten binnen vierundzwanzig Stunden ihre Wohnungen zu räumen. Es wurde ihnen versprochen, die Regierung werde für den Bau neuer Häuser sorgen. Ein Versprechen, das nach rund zwei Jahren noch immer nicht erfüllt worden ist. Alt-Jaffa wurde binnen weniger Tage durch Dynamit in einen Schutthaufen verwandelt. Die Ruinen der gesprengten Häuser starrten noch monatelang in den blauen Himmel. Ein Anblick, als befände man sich mitten in einem Kriegsgebiet.

Diese Sprengung Jaffas hatte jedoch ein Nachspiel, das zum Höhepunkt der Auseinandersetzung der beiden sich bekämpfenden Richtungen im englischen Lager führen sollte. Ein arabischer Hausbesitzer aus Jaffa namens George Mihail el-Qasir wandte sich wegen der Sprengung seines Hauses mit einer Klage gegen die Regierung an das Oberste Gericht von Palästina. Dieser Klage gab nun der Chief Justice *Macdonell* am 23. Juni 1936 in vollem Umfange statt [92]! In dem Urteil, das Macdonell aussprach, wurde zunächst hervorgehoben, daß die Regierung allein berechtigt gewesen wäre, ein Stadtviertel

aus hygienischen Gründen niederzureißen, daß sie aber kein Recht gehabt habe, es aus politischen Gründen in die Luft zu sprengen. Das Urteil fährt dann wörtlich fort: „Zu jeder Zeit ist Offenheit für eine Regierung beim Gebrauch der Macht erwünscht. Bei dem Gebrauch jeglicher außerordentlicher und drastischer Notmaßnahmen, wie sie hier bei dieser Verordnung (das heißt dem Befehl, Alt-Jaffa in die Luft zu sprengen) vorliegt, ist ein Mangel an Aufrichtigkeit besonders zu beklagen. Der Kläger (das heißt der Araber el-Qasir) hat dem öffentlichen Wohl einen Dienst geleistet – ich fühle mich verpflichtet, das ausdrücklich zu betonen — indem er einen einzigartig unaufrichtigen (disingenious) Mangel an moralischem Mut aufgezeigt hat, den die Verwaltung Palästinas in dieser ganzen Angelegenheit bewies. Es wäre dankenswerter gewesen, wenn die Regierung, anstatt zu versuchen, dem Volke Sand in die Augen zu streuen, indem sie erklärte, sie sei von ästhetischen oder anderen philanthropischen Motiven, wie etwa Stadtplanung oder Hebung der öffentlichen Gesundheit, bei der Zerstörung geleitet worden, die wir im Auge haben, offen und wahrheitsgetreu gesagt hätte, daß es in erster Linie defensive Gründe waren, um den militärischen oder Polizeikräften einen leichteren Zugang zu den betroffenen überbevölkerten Vierteln von Jaffa zu ermöglichen. Es wäre eine Verleugnung der Gerechtigkeit, wenn in einem so krassen Fall von Umgehung des Rechts, wie er hier vorliegt, dieser Hohe Gerichtshof nicht frei seine Ansicht aussprechen würde."

Einige Tage später, am 31. Juli 1936, erklärte sich das Oberste Gericht in ähnlich entschiedener Form gegen eine andere Regierungsmaßnahme. Es bestritt die rechtliche Basis einer kollektiven Geldstrafe, die der Stadt Gaza auferlegt worden war, weil sich in ihr Unruhen zugetragen hatten. Eine Methode, die dann später erst in vollem Umfange entwickelt werden sollte. Macdonell hatte in diesen gegen die Maßnahmen der Palästinaregierung gerichteten Urteilen zweifellos die Meinung eines höchst einflußreichen Kreises des Kolonial-

amtes ausgedrückt. Sir Arthur Wauchope als Hoher Kommissar sah sich einer überaus peinlichen Lage gegenüber, da ein wesentlicher Teil der Beamten durchaus im Fahrwasser des Chief Justice segelte und für eine Verständigung Englands mit den Arabern in letzter Stunde eintrat. In diesem kritischen Augenblick jedoch vermochte das Weltjudentum wiederum den Hebel in London anzusetzen und die Versuche der Kreise des Colonial Office, die Dinge von Palästina aus unmittelbar in Ordnung zu bringen, zu durchkreuzen.

Der Kolonialminister all dieser Jahre und der Nachfolger Lord Passfields war Mr. J. H. Thomas[93]. Nach den Wahlen im November 1935 war Thomas wieder zum Colonial Secretary ernannt worden. Im Sommer 1936 mußte er wegen eines Finanzskandals zurücktreten und aus der Politik ausscheiden. Diesen für die Regierung Baldwin schwierigen Augenblick benutzten die judenfreundlichen Kräfte im Umkreise der Regierung, um denselben Rt.Hon. *William Ormsby-Gore* auf den Platz des Kolonialministers zu bringen, der uns zum erstenmal bereits im März 1918 begegnete, als er gemeinsam mit Weizmann unmittelbar nach der Balfour-Deklaration eine Erkundungsreise nach Palästina antrat, um dort die Bedingungen für das jüdische Nationalheim zu untersuchen. Ormsby-Gore gehörte damals noch dem Stabe des Foreign Office an. 1922 war er als Unterstaatssekretär in das Kolonialministerium gelangt, und seitdem hat er mit wechselnden Aufgaben in verschiedenen britischen Kabinetten Großbritannien vor allem im Mandatsausschuß der Genfer Liga vertreten. Obwohl ursprünglich in enger Verbindung mit Milner und Halifax, den typischen Vertretern des modernen kooperativen Empiregedankens, wechselte er später zu der Gruppe um Anthony Eden hinüber und gehörte bald zu jenem Kreis um den früheren Außenminister, der in der starrsten Verfechtung der Genfer Prinzipien das A und O der britischen Politik sah. Durch seine Heirat mit einer Lady Cecil, der Tochter des berühmten Lord Salisbury, war Ormsby-Gore in einen der mächtigsten

Clans der regierenden englischen Kreise hineingewachsen. Die Freundschaft mit Eden sowie die langen engen Beziehungen zu Weizmann legten seine Tätigkeit als Kolonialminister von Anfang an fest. So war es durch die Ernennung dieses Kolonialministers, die Ende Mai 1936, also schon mitten während der Unruhen in Palästina, erfolgte, gelungen, an die Spitze des Colonial Office einen Mann zu bringen, der der traditionellen Politik dieses Ministeriums in der arabischen Frage auf das schärfste widersprach. Die Enttäuschung in jenem Flügel der britischen Beamten in Palästina, der sich hinter den Chief Justice Macdonell gestellt hatte, war grenzenlos, zumal der Gegensatz zwischen Wauchope und Macdonell immer grundsätzlichere Formen anzunehmen begann und schließlich die gesamte Politik in Palästina betraf.

Ormsby-Gore beschloß schon nach wenigen Wochen seiner verantwortlichen Tätigkeit an der Spitze des Colonial Office, Macdonell abzuberufen. Es ist kein Zweifel, daß vom Hauptquartier des Zionismus in der Great Russell Street diese Forderung in aller Form gestellt worden ist. Ende September schließlich war es den vereinigten Anstrengungen Weizmanns, Ormsby-Gores und Wauchopes gelungen, die als Richter unabhängige Stellung Sir Michael Macdonells in Palästina zu untergraben und ihn zur Abdankung zu zwingen. Eine Reihe von anderen Beamten, unter ihnen auch dem Chief Secretary, die aus ihrer Antipathie gegen die Auswirkungen des Zionismus in Palästina kein Hehl gemacht hatten, erging es nicht anders. Ehe noch die Peel-Kommission, die am 7. August 1936 ernannt wurde, deren Abreise sich aber um Monate verzögerte, London verließ, waren durch die Umbesetzungen an der Spitze des Kolonialamtes die hauptsächlichsten Gegner einer hemmungslosen zionistischen Politik im britischen Lager selbst ausgeschaltet und unschädlich gemacht.

Der Bericht Lord Peels

Der arabische Streik in Palästina endete zunächst am 12. Oktober 1936. Genau einen Monat später traf die Königliche Kommission in Jerusalem ein, das sie Mitte Januar 1937 wieder verließ. Wegen der Krönungsfeierlichkeiten im Mai und Juni in London wurde die Herausgabe des Berichts um Monate verzögert. Erst am 8. Juli 1937 wurde er veröffentlicht. Lord Peel selbst war in einer Reihe von konservativen Ministerien, zuerst schon im Nachkriegsministerium Lloyd Georges, Indienminister gewesen. Der Ruf eines aufrechten und unbestechlichen Mannes ging ihm voraus, der in den mannigfachen Phasen und Beziehungen zwischen England und Indien ein Höchstmaß biegsamer britischer Kompromißfähigkeit bewiesen hatte. Unter den anderen Mitgliedern der Kommission ist Sir Horace Rumbold, früher englischer Botschafter in Berlin, zu nennen, vor allem aber Professor Reginald Coupland, der offenbar die treibende Kraft für den Teilungsplan wurde, durch den die Peel-Kommission berühmt geworden ist. Ein wesentlicher Teil des später veröffentlichten Berichtes stammt aus seiner Feder. Die Vernehmungen in Jerusalem gestalteten sich zunächst dadurch schwierig, daß die Araber sich zuerst weigerten, überhaupt vor der Kommission zu erscheinen. Es bedurfte erst des Anstoßes durch die arabischen Fürsten, bis das Hohe Arabische Komitee sich bereit erklärte, mit der britischen Kommission zusammenzuarbeiten. Wir haben im Laufe dieser Arbeit immer wieder auf einzelne Abschnitte des Peel-Berichtes zurückgegriffen, vor allem soweit sie die historische Entwicklung und die Zustandsbeschreibung in Palästina betrafen. Nunmehr gilt es, wenigstens in kurzen Strichen den *Teilungsplan* selbst zu entwerfen, wie er durch die Peel-Kommission vorgeschlagen wurde.

Studiert man diesen Peel-Bericht mit aller Unbefangenheit, so wird man zugeben müssen, daß er in weiten Teilen ein Dokument besonnener Staatsweisheit ist. Man kann sich schwer-

lich einer gewissen Bewunderung für die völlig offene Methode entziehen, mit der die Argumente von beiden Seiten her abgewogen werden und mit der insbesondere auch die englische Palästinaregierung selbst kritisch, wenn auch taktvoll untersucht wurde. Dies gilt sowohl für den historischen Teil, in dem man zum erstenmal mit der bisherigen Methode brach und die entscheidenden Dokumente, wie zum Beispiel den Briefwechsel zwischen dem Scherifen und McMahon, offen vorlegte. Dies gilt aber auch für den analytischen Teil, der die ganze Erfahrung einer an Generationen geschulten Kolonialpraxis in sich birgt. Um so widerspruchsvoller müssen dagegen die eigentlichen Schlußfolgerungen erscheinen, in denen eine endgültige und konstruktive Lösung versucht wird. Eine Königliche Kommission pflegt in England schon ihrem Auftrage nach im weitestgehenden Maße frei von Beeinflussungen, sei es durch die Regierung, sei es durch das Parlament, zu sein. Sie soll es jedenfalls sein. Kein Zweifel, daß die Peel-Kommission in ihren historischen und analytischen Untersuchungen auch so verfahren ist. Die Schlußfolgerungen dagegen sind selbstverständlich nicht allein das Werk des Lord Peel und seiner Berater gewesen, sondern sie waren bereits in vollem Umfange Regierungspolitik, was sich schon daraus ergab, daß gleichzeitig mit dem Peel-Bericht ein kurzes „Statement of Policy" der Regierung erschien, in dem die Vorschläge des Peel-Berichts dem Parlament zur Annahme empfohlen wurden.

Ormsby-Gore hat, wie sich später durch eine Indiskretion in vollem Umfange herausstellte, bei der Abfassung dieser Schlußfolgerungen, das heißt beim eigentlichen Teilungsplan, entscheidend mitgewirkt. Daß er dabei in den „Fehler" Lord Passfields verfallen wäre und die jüdischen Führer nicht von vornherein vor der endgültigen Abfassung der Entschließungen entsprechend beteiligte, war bei der Vergangenheit dieses Kolonialministers nicht zu erwarten. Die Vorschläge des Peel-Berichts sind Weizmann vor ihrer Veröffentlichung bekannt gewesen und, wie wir später noch sehen werden, wurde die

Regierungspolitik und das Verhalten der Führung der Jewish Agency sorgfältig aufeinander abgestimmt. Dies gilt es von vornherein zu berücksichtigen, wenn wir uns nun den Einzelheiten des Peel-Planes zuwenden.

Als die Engländer den Beschluß gefaßt hatten, zwischen die Araber Palästinas das jüdische Element hineinzupflanzen, haben bei Männern mit bedeutender Kolonialerfahrung wie etwa bei Milner und Curzon sicherlich Erwägungen mitgespielt, daß es für die Beherrschung eines Landes immer günstig sei, wenn sich neben der Hauptbevölkerung auch noch eine Minderheit findet, die sich bequem ausspielen läßt. Als dann Palästina als Staat geschaffen war, verlangte England von den neuen palästinensischen Staatsbürgern Treue zum Mandatsgebilde. Bis zum Bericht Lord Peels ist an der Fiktion festgehalten worden, daß eine solche Staatstreue in Palästina überhaupt möglich sei. In dieser Hinsicht haben sich in Palästina die typischen Illusionen der Nachkriegszeit ausgewirkt. Im kleinen und auf einer etwas anderen Ebene ist derselbe Versuch in Genf selbst mit den Beamten des Sekretariats der Liga der Nationen durchexerziert worden. Als der Verfasser im Jahre 1932 einmal einige Wochen zeitweiliges Mitglied dieses Sekretariats war, gehörte es zu seinen eigenartigsten Entdeckungen, daß man in Genf von den Angehörigen dieser Institution allen Ernstes verlangte, sie sollten nicht in erster Linie Engländer, Deutsche, Franzosen oder Spanier sein, sondern „internationale Beamte". Sir Eric Drummond, der inzwischen als Lord Perth einer der wichtigsten Repräsentanten des britischen Auswärtigen Amtes geworden ist, hielt uns damals als Generalsekretär der Genfer Liga einen wohlgesetzten Vortrag mit der Quintessenz, daß, wer in Genf arbeite, den richtigen „international mind" haben müsse und sich durchaus als Vertreter einer „internationalen Idee" gegenüber dem „überlebten Nationalismus" zu fühlen habe. Der Erfolg war natürlich, daß der britische Generalsekretär stets den Gang der großen Verhandlungen nach den Weisun-

gen des britischen Kabinetts beeinflußte, daß der französische Leiter der Informationsabteilung zunächst einmal den Quai d'Orsay informierte, daß ein Spanier, der an einer Stelle saß, die reichliche Pfründen zu verteilen hatte, im wesentlichen nur Spanier fand, die damit zu bedenken waren. Trotzdem wurde an der Fiktion des „internationalen Beamten" munter festgehalten, bis endgültig über Genf die Götterdämmerung hereinbrach.

Es erinnert lebhaft an diese Fiktion, wenn im Peel-Bericht immer wieder gesagt wird, alle Versuche, die Rassen in Palästina zu versöhnen, hätten nur die Schwierigkeiten vergrößert. „Unter den gegebenen Umständen noch weiter daran festzuhalten", so erklärt der Peel-Bericht, „daß das palästinensische Staatsbürgertum irgendeinen moralischen Gehalt besitze, war eine verderbliche Illusion. Weder Araber noch Juden haben irgendein Gefühl für eine Verpflichtung für einen einheitlichen Staat." Im Unterschied zu allen bisherigen Kommissionen sah die Peel-Kommission alle Möglichkeiten erschöpft, die für eine Durchführung des Mandats bestanden hatten. In runden Worten gab sie zu, daß die Mandatspolitik als solche Schiffbruch erlitten habe. Die Araber Palästinas seien zugegebenermaßen ebenso imstande, sich selbst zu regieren wie die Araber im Irak und in Syrien [94]. Auf der anderen Seite sei es jedoch unmöglich, dem arabischen Anspruch auf Selbstregierung stattzugeben und zugleich die Errichtung des jüdischen Nationalheims zu sichern [95]. Die Gefahr, so erklärt die Peel-Kommission weiter, sei außerordentlich, denn die Araber Palästinas seien schon zu Gegnern gemacht worden, und die Geduld ihrer Stammesbrüder in der arabischen Welt werde auf eine harte Probe gestellt. Die Juden aber, besonders in den Vereinigten Staaten, zögen die Aufrichtigkeit in Frage, mit der England seine Versprechungen erfülle und glaubten, daß Nachlässigkeit oder Schwäche der Engländer die wirkliche Ursache der Unruhen sei. So könne offensichtlich das Problem nicht dadurch gelöst werden, daß man entweder den

Arabern oder den Juden alles gebe, was sie verlangen. Die Antwort auf die Frage „wer von ihnen wird am Ende Palästina beherrschen?“ müsse lauten: „Keiner!“

So wie die Dinge jetzt lägen, könnte Friede und Ordnung in Palästina auf die Dauer nur durch ein strenges System der Unterdrückung aufrechterhalten werden. Solch eine Politik führe jedoch ins Nichts. Wie streng und konsequent sie auch aufrechterhalten werden möge, das Problem an sich werde sie nicht lösen. Es sei aber nicht leicht, so ringt es sich die Peel-Kommission ab, den dunklen Weg der Unterdrückung weiterzuverfolgen, ohne daß man das helle Sonnenlicht an seinem Ende sehen könne. Natürlich könne man annehmen, daß England jetzt berechtigt sei, seine Verpflichtungen aufzugeben. „Aber wir zweifeln nicht, daß das britische Volk einen solchen Vorschlag zurückweisen würde. Treu und Glauben verbieten es (the spirit of good faith forbids it).“ Mit anderen Worten, dieser „spirit of good faith“ zwingt England auch weiterhin, die militärische Besetzung Palästinas aufrechtzuerhalten und auf keinen Fall das Land zu räumen, was immer geschehen mag. In jenen zusammenfassenden Absätzen findet sich auch das Wort, das wir über dieses Kapitel gesetzt haben: „... *and British sentiment coincides with British interest.*“ Es ist das Wort, das in Wirklichkeit über der ganzen englischen Palästinapolitik geschrieben steht. Man sollte es mit ehernen Lettern über dem Tor des Regierungspalastes in Jerusalem anbringen, obwohl es Lord Peel oder seinem Gehilfen Coupland wohl unbewußt im Zuge der peinlichen Darstellungen über das Versagen eines ganzen Systems entfahren sein mag. Das britische Interesse und das britische Gefühl, die stets für England so überaus günstig im Einklang standen, sie sprechen beide dagegen, daß man aus Palästina abzieht und den Arabern endlich die Selbstbestimmung gewährt, die, wie Peel selbst zugibt, ihnen zusteht. Interesse und Gefühl sprechen vielmehr dafür, daß England in Palästina bleibt und daß als Begründung dafür infolgedessen auch die

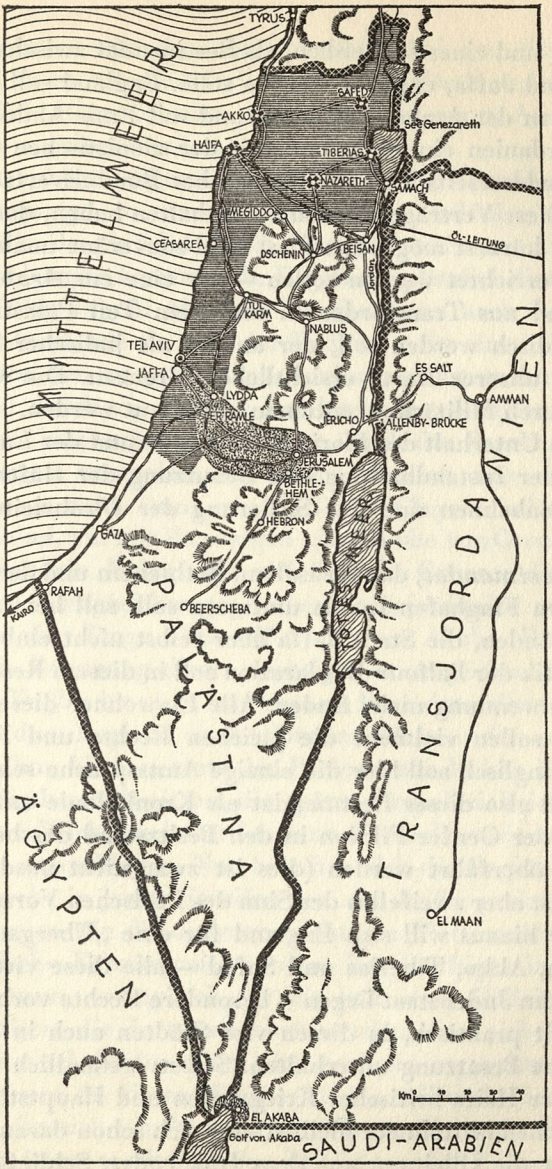
zionistische Politik, so unbequem sie längst für London geworden ist, in irgendeinem Rahmen weiterbetrieben wird. Das ist es, was die Peel-Kommission dem britischen Volke mitzuteilen hat. Dabei spart man nicht mit offener und oftmals auch recht sympathischer Selbstkritik, um die Notwendigkeit einer Durchschlagung des gordischen Knotens in Palästina um so stärker hervorheben zu können.

Die Peel-Kommission stellt fest, von den fünf Aufständen, die seit 1920 in Palästina stattgefunden haben, seien die ersten drei nur gegen die Juden gerichtet gewesen. Diejenigen von 1929 und vor allem die von 1936 hätten sich jedoch auch gegen die englische Mandatsmacht gewandt. In Europa hat man die Tatsache, daß in Palästina in den letzten Jahren eine größere Zahl von britischen Soldaten und Beamten ums Leben gekommen ist, mit Gleichmut hingenommen. Wer jedoch in jener Zeit in Palästina gewesen ist, muß erkannt haben, daß es sich hier um einen Vorgang handelte, der das britische Prestige im Vorderen Orient überhaupt zutiefst berührte. Noch 1929 sind Engländer während der Unruhen nur durch Zufall in Mitleidenschaft gezogen worden. Wenn nunmehr Hunderte von britischen Soldaten in Palästina ihr Leben lassen mußten, so heißt dies, daß plötzlich eine Schranke gefallen ist, die England mit eiserner Konsequenz überall im Orient um das Leben seiner eigenen beamteten Untertanen aufgerichtet hat. Man muß nur daran denken, daß in Indien bisher über 350 Millionen Menschen von 2000 englischen Beamten regiert worden sind, hinter denen eine bewaffnete Macht von knapp 60 000 englischen Soldaten steht. Das Geheimnis, das eine solche Herrschaft überhaupt möglich macht, ist die Achtung der orientalischen Völker vor dem Blute des herrschenden weißen Mannes. In dem Augenblick, in dem diese Achtung verlorengeht, muß früher oder später die Grundlage der britischen Herrschaft im Orient in sich zusammensinken. Beruht sie doch allein auf jenem Prestige der besonderen Überlegenheit und Weisheit, die die innere Rechtfertigung für die Unantastbar-

keit des Lebens der regierenden und verwaltenden britischen kleinen Schicht ist.

Insofern bedeuteten die Schüsse, die Engländer in Palästina niederstreckten, weit mehr, als sich aus jenen kurzen Notizen ergab, die durch die europäische Presse gingen. Diese Schüsse trafen in das Zentrum des britischen Machtgebäudes, das zu einem hohen Grade darauf angewiesen ist, daß gewisse Fiktionen aufrechterhalten bleiben, hinter denen rein militärisch-machtmäßig in den letzten Jahren jedenfalls nur sehr bedingt etwas stand. Darum haben die Schüsse in Palästina auch jene ganze Schicht, die sich in England für das Empire verantwortlich fühlt – sie ist auch heute nicht groß – auf das tiefste erregt und alarmiert. Wenn es schon klar war, daß England auf jeden Fall in Palästina bleiben wollte, weil es auf das alte Brückenland nun einmal nicht verzichten kann, so sah sich Peel dennoch verpflichtet, einen Ausweg zu finden, durch den sich die Konfliktstoffe auf ein Mindestmaß reduzieren können. Ist der Teilungsplan diese Lösung? Wir brauchen ihn nur in seinen Einzelheiten vorzutragen, um zu sehen, daß er es nicht ist. Die Verstrickung, in die sich England durch die verhängnisvolle Gleichsetzung seiner Politik mit dem Zionismus eingelassen hat, läßt auch die Peel-Kommission nicht los, wie sehr sie auch versucht, zum erstenmal das Übel an der Wurzel zu packen.

Man kann eine Ungerechtigkeit nicht durch eine zweite gutmachen. Dies aber wird im Teilungsplan Peels ohne Zweifel versucht, wenn dort vorgeschlagen wird, daß ein *Judenstaat* gebildet werden soll, der, wie man aus unserer Karte, die wir dem Peel-Report entnehmen, ersieht, die fruchtbarsten Teile des Landes den Juden übereignen würde, während die Araber im wesentlichen nur den Karst des Gebirgslandes in Samaria und Judäa und die Wüsten Südpalästinas erhalten würden. Lord Peel schlägt vor, das bisherige Palästinamandat solle beendet und durch drei Staatengebilde ersetzt werden, von denen eines jüdisch, eines



Projektierter Judenstaat — Brit. Restmandat

Städte unter vorl. brit. Verwaltung — Jaffa

Der Teilungsplan Lord Peels

arabisch und eines schließlich, als Restmandat zwischen Jerusalem und Jaffa, englisch werden solle. England soll mit den Vertretern der Araber Palästinas und mit Emir Abdallah von Transjordanien einerseits und mit der zionistischen Organisation andererseits Verhandlungen über Bündnisverträge einleiten. Diese Verträge würden zu enthalten haben, daß innerhalb der kürzest möglichen Frist zwei souveräne unabhängige Staaten errichtet werden sollen – der eine ein *Araberstaat,* bestehend aus Transjordanien und dem Teil Palästina, der nicht jüdisch werden soll, der andere als jüdischer Staat in den aus unserer Karte ersichtlichen Grenzen. Die Verträge sollen durch Militärkonventionen unterbaut werden, „die sich mit dem Unterhalt der Marine, der Land- und der Luftstreitkräfte, der Instandhaltung und Benutzung der Häfen, Wege und Eisenbahnen und der Sicherung der Ölrohrleitung befassen".

Das *Restmandat,* das Jerusalem, Bethlehem und den großen britischen Flughafen Lydda umfassen soll, soll bei Jaffa ans Meer münden, die Stadt Jaffa aber selbst nicht einbeziehen. Die Politik der Balfour-Deklaration soll in diesem Restmandat keine Anwendung mehr finden. Alle Einwohner dieses Territoriums sollen vielmehr die gleichen Rechte und Pflichten haben. Englisch soll hier die einzige Amtssprache sein. Praktisch soll also dieses Restmandat als Kronkolonie unter Aufhebung der Genfer Fiktion in den Besitzstand des britischen Reiches überführt werden (dies ist zwar nicht ausdrücklich gesagt, ist aber zweifellos der Sinn des Peelschen Vorschlages). Darüber hinaus will sich England für eine „Übergangsfrist" in Haifa, Akko, Tiberias und Safed – alle diese vier Städte würden im Judenstaat liegen – besondere Rechte vorbehalten, das heißt praktisch, in diesen vier Städten auch in Zukunft noch eine Besatzung unterhalten. Selbstverständlich soll insbesondere Haifa britischer Kriegshafen und Hauptstützpunkt im östlichen Mittelmeer bleiben, was sich schon daraus ergibt, daß hier die Ölleitung aus dem Irak endet. Schließlich will

England jenen schmalen Gebietsstreifen bei dem Städtchen Akaba in eigener Regie behalten, an dem Palästina an das Rote Meer stößt. Hier soll also vorsorglich ein neues Aden oder Gibraltar angelegt werden.

Akaba gehörte eigentlich zum saudischen Arabien, oder richtiger gesagt, es war der nördlichste Ausläufer des Hedschas. Als Ibn Sa'ud 1924/25 König Hussein aus dem Hedschas verdrängte, besetzten die Engländer plötzlich diese Stadt, die den Weg sowohl über die Sinaihalbinsel nach Suez und Ägypten deckt, wie sie auch der Endpunkt für einen etwaigen Kanal wäre, den man einmal als Konkurrenzunternehmen zum Suezkanal durch die östliche Landenge von Sinai nach dem Mittelmeer hindurchstechen könnte. Nach der Besetzung dieses wichtigen strategischen Punktes erschien eine englische Deputation unter Leitung von Sir Gilbert Clayton in Dschedda bei Ibn Sa'ud, um mit ihm wegen einer Reihe von Grenzfragen zu unterhandeln. Man einigte sich über die Grenzen des neuen saudischen Königreiches gegenüber Transjordanien und dem Irak, nur eine Frage blieb offen, die von Akaba. Ibn Sa'ud wollte die Besetzung dieses wichtigen strategischen Punktes durch die Engländer nicht anerkennen. Nach demselben Prinzip aber, mit dem England einst Gibraltar, Malta, Aden und Singapore nahm, blieb es trotz der Proteste aus Mekka in dieser kleinen Fischerstadt sitzen, die später einmal vielleicht noch von größter Wichtigkeit werden kann. Formell wurde es Transjordanien zugeschlagen. Nun behalten sich die Engländer das Mandatsrecht in jenem Streifen vor, das heißt, praktisch soll Akaba ebenso wie die anderen wichtigen Flottenstützpunkte eine britische Kronkolonie werden. Ein künftiges britisches Machtzentrum, wenngleich für die britischen Offiziere und Mannschaften, die dort stationiert werden, eine wahre Hölle, denn klimatisch dürfte selbst Aden noch ein angenehmer Platz sein, gemessen an diesem Endpunkt des tödlich heißen Wadi el-Arabi, das sich von hier bis zum Toten Meer als die Verlängerung jener merkwürdigen Bruchzone der Erdrinde, die

mit dem Roten Meer beginnt, hinaufzieht. Im Peel-Bericht wird bemerkt, es könnte möglich sein, daß man einmal eine Eisenbahn durch das Wadi el-Arabi nach dem Jordantal werde bauen müssen, und zwar für Handelszwecke sowohl der Juden wie der Araber. Nun kann der geringe Handel, der vom Jordantal aus getrieben wird, sehr leicht über die prächtig ausgebaute Straße nach Jerusalem bewältigt werden. Sollte hier je eine Bahn entstehen, so lediglich als britische strategische Linie.

Im übrigen enthält das britische Restmandat mit seinem Korridor nach Jaffa gerade ebensoviel Raum, als man braucht, um eine Reihe von Garnisonen zur Sicherung des Flughafens Lydda wie auch Jerusalems unterzubringen, dessen strategische Rolle in einem etwaigen Kriege im Vorderen Orient wir bereits erwähnt haben.

Der sonstige Teilungsplan läuft auf eine vollständige Zersplitterung des kleinen Palästinaländchens hinaus, die so kunstvoll ausgedacht ist, daß später Sir Herbert Samuel, der diesmal im Gegensatz zu Weizmann nicht zu den Teilungsfreunden gehört, im Oberhaus erklärte: „Die Peel-Kommission scheint sich die peinlichsten Bestimmungen des Vertrages von Versailles herausgesucht und für ein Land von der Größe von Wales ein Saargebiet, einen polnischen Korridor und ein halbes Dutzend Danzigs und Memels vorgesehen zu haben.“ Die Karte des jüdischen Landbesitzes, die wir auf Seite 160 veröffentlichen, zeigt, wie sich die jüdischen Siedlungen entlang dem fruchtbaren Küstenstrich bis in die Gegend von Haifa hinaufziehen, um dann in die ebenfalls sehr fruchtbare Ebene von Jesreel hinüberzubiegen. Bei dieser Karte ist jedoch wohl zu beachten, daß es sich fast nirgends um völlig komplexen jüdischen Landbesitz handelt, sondern meist nur um jüdische Streusiedlungen im arabischen Land. Selbst diejenigen Bezirke der Ebene, die vorwiegend jüdisch besiedelt sind, weisen auch noch starken arabischen Landbesitz auf. Vergleichen wir diese jüdische Siedlungskarte mit den neuen Staatseinhei-

ten, wie sie der Peel-Bericht vorschlägt, so ergibt sich schon auf den ersten Blick, daß der Bericht das ganze Landstück im Norden, die Provinz Galiläa, den Juden geschlossen zuweist, obwohl sie dort überhaupt kaum Siedlungen besitzen. Dies gilt für das ganze Gebiet zwischen Akko, der syrisch-palästinensischen Grenze, Safed und Nazareth. Gerade in diesem Punkt hat es dann, wie wir noch sehen werden, auch die britische Regierung für richtig befunden, sich später vom Peel-Bericht zu distanzieren.

Der Peel-Bericht hütet sich davor, zusammenfassende Ziffern über die *Bevölkerungsverteilung im künftigen Judenstaat* zu geben. Doch kann man sie sich leicht errechnen. Vergleichen wir zunächst die Bevölkerungsziffern der wichtigsten Städte, die in den jüdischen Staat einbezogen werden sollen, so ergibt sich:

	Juden	Araber
Haifa	50 000	48 000
Tiberias	6 150	3 550
Safed	2 000	8 000
Akko	250	8 550

An anderer Stelle des Berichtes wird mitgeteilt, daß außerhalb dieser vier Städte 225 000 Araber in dem Gebiet leben, das jetzt Judenstaat werden soll[96]. Es ergibt sich also auf Grund der vorliegenden Ziffern, daß 293 000, sagen wir rund 300 000 Araber in diesem Gebiet leben. Das ist immerhin ein Drittel der arabischen Bevölkerung Palästinas. Diesen stehen im Bereich des projektierten Judenstaates höchstens 320 000 Juden gegenüber, da von den 400 000 Juden, die insgesamt in Palästina leben, 75 000 in Jerusalem und noch einige Tausend in jenem Korridor wohnen, den sich England zwischen Jerusalem und Jaffa vorbehalten will. Der Bericht kommt nun zu einer reichlich ungeheuerlichen Schlußfolgerung, die später Anlaß zu schärfsten Angriffen wurde. Unter Hinweis auf den griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausch des Jahres 1923 bis 1924 schlägt er nämlich vor, daß der größere Teil der Araber, insbesondere aber alle, die in der Ebene wohnen, zwangs-

weise in den arabischen Teil umgesiedelt werden. Mit anderen Worten, die Araber sollen gerade diejenigen Teile des besten und fruchtbarsten Landes, die sie noch besitzen, durch die neue Regelung endgültig verlieren. Man darf schätzen, daß auf diese Weise mehr als hunderttausend Araber zwangsmäßig aus ihrem angestammten Besitze vertrieben werden würden, um Juden Platz zu machen. Von „Bevölkerungsaustausch" kann dabei keine Rede sein, da in dem Teil Palästinas, der den Arabern verbleiben soll, nach Angaben des Peel-Berichts ganze 1250 Juden wohnen[97].

Ganz abgesehen davon werden den Juden von vornherein sämtliche fruchtbaren und landwirtschaftlich ertragreichen Gegenden zugesprochen, während den Arabern nur die Steinhügel und die trostlose Wüste im südlichen Palästina bleiben. Für die Beurteilung des ganzen Projekts ist die Bevölkerungsverteilung in diesem vorgeschlagenen Judenstaat überaus aufschlußreich. Würde er so durchgeführt werden, wie ihn Peel auf der Landkarte eingetragen hat, so sähe sich die jüdische Bevölkerung des Judenstaates einer fast gleich großen arabischen „Minderheit" gegenüber. Wie es sich vermeiden ließe, daß nicht dieses Gebiet nun erst recht ein beständiger Unruheherd sein wird, bleibt unerfindlich. Wenn kurz nach der Veröffentlichung des Peel-Berichts die Unruhen in Palästina mit gesteigerter Wucht wieder begannen, so muß man in Rechnung setzen, daß die gesamten Araber, die in jenen Teilen wohnen, die nach den Vorschlägen Peels in den Judenstaat fallen, sich dem dunklen Nichts gegenübersehen. Diese 300 000 Araber sind durch den Peel-Bericht geradezu zu Menschen gemacht worden, die nichts mehr zu verlieren, aber vielleicht einiges zu gewinnen haben. Dies ist auch einer der Gründe, weshalb das englische Militär mit den arabischen Freischärlern nicht fertig werden konnte. So sehr der Teilungsplan für einen oberflächlichen Betrachter als Ei des Kolumbus erscheinen mag, so wenig wird er eine Möglichkeit werden, wieder Ruhe in Palästina zu stiften. Im Gegenteil.

In den Schlußabsätzen des Peel-Berichts, die den eigentlichen Teilungsplan enthalten und für den eiligen Leser bestimmt sind, heißt es, es müßten alsbald Vorschläge für die Bewässerungs- und Bodenentwicklungsmöglichkeiten im arabischen Bergland ausgearbeitet werden. „Die Hoffnung ist begründet, daß die Ausführung weitreichender Bewässerungs- und Wasseraufspeicherungspläne die Versorgung einer weit umfangreicheren als der jetzt vorhandenen Bevölkerung ermöglichen würde." Dies steht auf Seite 391. Auf Seite 263 dagegen erklärt der Bericht in aller Unschuld: „Was das Land in den bergigen Gebieten angeht, so gibt es unglücklicherweise nur eine sehr geringe Möglichkeit für Bewässerung." Und auf Seite 364 heißt es: „Im Hügelland ist kein Platz mehr für künftige geschlossene Siedlungen von Juden." Für die Araber aber scheint dort Platz im Überfluß zu sein. Nun, wer jenes Gebiet von Berscheeba bis hinunter zum Roten Meer durchfahren hat, weiß, daß es eine Wüste ist, die sich nur wenig von der unbewohnbaren Sinaiwüste unterscheidet. Kahl liegt sie da, mit rötlichem Gestein, den sengenden Strahlen einer unbarmherzigen Sonne ausgesetzt. Wird die Regelung so durchgeführt, so verlieren die palästinensischen Araber ungefähr vier Fünftel des fruchtbaren Bodens, den Palästina überhaupt besitzt. Wer in Dalmatien von der Bucht von Kotor über den Lovčen-Paß nach Montenegro hinaufgefahren ist, kennt die mittelmeerländischen Unterschiede zwischen Küstenstreifen und Karst. Genau so fruchtbar und schön wie der dalmatinische Küstenstreifen, nur noch durch eine wärmere Lage begünstigt, ist die Ebene in Palästina, und ebenso ärmlich kahl und auch mit viel Geld kaum kultivierbar wie das Bergland von Montenegro ist Ostpalästina, das „Reservat für Araber".

Im übrigen enthält der Peel-Bericht noch eine ganze Reihe von staatsrechtlichen Merkwürdigkeiten. Die Peel-Kommission stand, als sie die Teilung des Landes erwog, vor der unlösbaren Schwierigkeit, daß gerade das wichtigste Zentrum

des arabischen Lebens in Palästina, die Stadt *Jaffa,* mitten in demjenigen Teil liegt, den man zum Judenstaat machen will. Die Kommission ließ sich indes durch solche Kleinigkeiten nicht stören. Jaffa, das Zentrum des arabischen Nationalismus und eine der wichtigsten Städte der arabischen Welt überhaupt, soll nun als „Exklave" aus dem Judenstaat herausgenommen und zum arabischen Staat geschlagen werden. Die unmittelbare Umgebung der Stadt soll von dem britischen Korridor eingenommen werden, der auf diese Weise nördlich und südlich von der Stadt ans Meer stoßen soll. Der Bericht bemerkt witzig, auf diese Weise könne in dem kleinen Mandatsstreifen zwischen Jaffa und dem jüdischen Bereich auch Mandatspolizei untergebracht werden, falls sich das als nötig erweise. Das scheinbar unlösbare Problem, wie man Jaffa und Tel-Aviv voneinander trennen solle, sei auch auf diese Weise gelöst, und Lord Peel fügt hinzu: „Diese Regelung mag künstlich erscheinen, aber, wie man sieht, ist sie durchführbar." Nun sind aber Jaffa und Tel-Aviv so ineinandergebaut wie Hamburg und Altona. Als ich durch beide Städte fuhr und meinem Chauffeur sagte, er solle mir die Grenze zwischen den Stadtgemeinden zeigen, wies er grinsend auf einen Verkehrsposten in der Mitte einer belebten Straße, der zufällig genau an der Stelle stand, wo Jaffa aufhört und Tel-Aviv beginnt.

Um das Durcheinander vollzumachen, schlägt der Bericht außerdem vor, Jaffa solle, was die Zölle angeht, nicht wie das übrige arabische Land behandelt werden, sondern dem britischen Mandat unterstehen. Zollgebühren für Waren, die für Jaffa bestimmt sind, hätten jedoch dem arabischen Staat zuzufallen. Sollte man sich aber entschließen, bei Jaffa oder Tel-Aviv doch einen richtigen Hafen anzulegen – beide Städte haben bisher nur eine Reede, und allein Haifa besitzt ein ausgebautes Hafengelände – so solle ein solcher Hafen von einer Behörde verwaltet werden, die wiederum aus Arabern, Juden und Engländern gemeinsam zusammengesetzt sein soll. Die Groteske von Jaffa, die der Peel-Bericht entwirft, zeigt, daß

hier wahrscheinlich nicht die Peel-Kommission selbst oder gar die Mandatsverwaltung in Jerusalem an der Ausarbeitung der Vorschläge beteiligt war, sondern daß man in London vom grünen Tisch aus kreuz und quer in den Palästinakuchen hineingestochen hat. Man muß, wenn man sich all diese Regelungen in der Praxis vorstellen will, sich immer vor Augen halten, ein wie hoher Prozentsatz der arabischen Bevölkerung durch die Vernachlässigung des Schulwesens noch nicht einmal Lesen und Schreiben gelernt hat. Wie, so fragt man sich, soll diesen Menschen überhaupt klargemacht werden, was sich eine englische Kommission da an verzwickten Regelungen ausgedacht hat, die ja das Leben eines jeden einzelnen Einwohners von Jaffa wie überhaupt jedes Arabers auf das nachdrücklichste berühren?

Der Bericht sieht schließlich vor, daß der künftige Judenstaat nach der Teilung dem arabischen Staat eine Subvention zahlen, wie auch das englische Parlament dem arabischen Staate eine Anleihe von 2 Millionen Pfund gewähren soll. Auch dies hat selbstverständlich wiederum den Unwillen der Juden erregt, die sich durchaus weigern, den Arabern Geld zu zahlen. Auf dem Zionistenkongreß in Zürich im August 1937 ist gerade über diesen Punkt, der nicht nur an die Ehre, sondern auch an den Geldbeutel geht, eifrig und mit Erbitterung diskutiert worden.

Wenden wir uns nun dem sogenannten arabischen Staate zu, wie ihn der Peel-Bericht vorschlägt, so ergibt sich eine von vornherein ganz unmögliche Grenzziehung, zumal der eigentliche Mittelpunkt des arabischen Lebens in Palästina, Jerusalem, nicht in das arabische Staatswesen eingeschlossen werden soll. Die Grenzen des Restmandats und des Judenstaates durchschneiden die wichtigsten Straßen, die dem arabischen Staate zufallen sollen; so z. B. die vom Jordantal über Jericho nach Jerusalem hinaufführende Straße, die von Berscheeba über Hebron nach Bethlehem und Jerusalem führende Straße, wie auch wiederum die von Jerusalem nach Nablus und von

dort nach Galiläa und Haifa ausgehende Straße. Dasselbe gilt für die Eisenbahn Gaza–Haifa, die zuerst im arabischen Teil laufen würde, dann den jüdischen Staat ein Stück durchquert, um dann in das britische Mandatsgebiet einzumünden, dann wieder durch den Judenstaat führt, um bei Tulkarm in den Araberstaat hineinzulaufen, von wo aus sie wieder bis Haifa im Judenstaate verläuft.

Wir können uns mit diesen Beispielen, die zum mindesten die wichtigsten Vorschläge der Peel-Kommission enthalten, begnügen. Sie zeigen hinlänglich, daß hier eine Lösung versucht wird, die in Wirklichkeit die Schwierigkeiten in Palästina nur vervielfachen kann. Der Sinn dieses ganzen Planes kann wohl nur darin gesehen werden, daß die Engländer glauben, durch die Zerstückelung Palästinas ihre bedrohte Machtstellung auf Jahrzehnte hinaus sichern zu können. Zumal wenn sich dies etwa mit der Vernichtung der kleinen arabischen Führerschicht in Palästina verbinden sollte, die schon bald nach der Veröffentlichung des Peel-Planes eingeleitet wurde. Durch den Bündnisvertrag mit dem Judenstaat würde dieser nach dem alten Plan von Colonel Wedgwood tatsächlich in die Stellung eines „siebten Dominion" hineinwachsen, während der arabische Staat schärfer noch als das bisherige Transjordanien an England gekettet wäre.

Die Folge war, daß die Araber in Palästina den Plan Lord Peels sofort einmütig ablehnten, ja, daß ihn sogar Emir Abdallah von Transjordanien öffentlich verurteilte, obwohl sein Reich einen nicht unbedeutenden Gebietszuwachs durch den Peel-Plan erfahren würde. Die Juden verhielten sich zunächst zurückhaltend. Doch war es von vornherein klar, daß Chaim Weizmann und mit ihm die Führung der Jewish Agency den Teilungsplan als Grundlage der künftigen zionistischen Politik anerkannten. Dies mußte mißtrauisch stimmen, da zweifellos der Plan Lord Peels, so wie er veröffentlicht war, gewisse hochgespannte Aspirationen des Zionismus treffen mußte. Weshalb, so fragte man sich, stimmte Weizmann dem Plan

zu? Weshalb verwandte er sich auf dem Zionistenkongreß in Zürich so lebhaft für den Teilungsfanatismus Peels?

Die Ära Ormsby-Gore

Des Rätsels Lösung ergab sich aus einer Indiskretion, die auf dem 20. Zionistenkongreß unterlief. Der Peel-Plan war am 8. Juli 1937 veröffentlicht worden. Am 21. Juli trat das Unterhaus zusammen, wie allgemein angenommen wurde, um das den Peel-Bericht empfehlende Weißbuch der Regierung sofort anzunehmen. Im Laufe dieser Parlamentsberatungen geschah etwas Merkwürdiges. Lord Peel hatte zunächst im Oberhaus seinen Plan selbst vertreten und erklärt, er stehe unter dem tiefen Eindruck des Scharfsinns, mit dem die britische Regierung die Hauptlinien seines Berichts angenommen habe, womit sie einen großen Beweis von Weisheit geliefert habe. Der Unterstaatssekretär für die Kolonien, Dufferin, teilte mit, die Regierung habe die Schlußfolgerungen der Kommission angenommen, und sie würde das Äußerste tun, um sie in die Wirklichkeit umzusetzen. Im Unterhaus gab Kolonialminister Ormsby-Gore eine gleichlautende Erklärung ab. Trotzdem aber verzichtete zur allgemeinen Überraschung die Regierung plötzlich darauf, daß das Parlament den Teilungsplan, wie er von Peel formuliert worden war, in aller Form annahm. Ormsby-Gore begnügte sich vielmehr damit, daß folgender Beschluß gefaßt wurde: „Die Vorschläge des Peel-Berichts über Palästina sollen vor die Liga der Nationen mit der Absicht gebracht werden, die Regierung Seiner Majestät *nach einer angemessenen Untersuchung* in die Lage zu versetzen, dem Parlament einen endgültigen Plan zu unterbreiten, der die Empfehlungen des Peel-Berichts genauestens in Betracht zieht." Was war geschehen? Warum wollte die englische Regierung plötzlich die von ihr gutgeheißene Politik des Peel-Berichts einer neuen „angemessenen Untersuchung" unterziehen? Hatte man in London in letzter Stunde eingesehen, daß die sofort nach der Veröffentlichung des Peel-Berichts

laut werdende heftige arabische Opposition noch einmal gehört werden mußte?

Die Aufklärung ist drei Wochen später erfolgt, und es zeigte sich, daß die Verschiebung des zustimmenden Entschlusses zum Teilungsplan im Unterhaus alles andere gewesen war als eine zufällige Improvisation. In der Londoner „Jewish Chronicle" vom 13. August erschien nämlich die Inhaltsangabe eines vertraulichen Berichts über eine Unterredung, die Weizmann mit Ormsby-Gore am 19. Juli 1937, also zwei Tage vor der Unterhaussitzung, gehabt hatte. Weizmann, der sich noch in Zürich befand, gab zu, daß diese Unterredung stattgefunden hatte. Ormsby-Gore lehnte jede Äußerung darüber ab, dementierte aber nicht, so daß angenommen werden darf, daß die in der „Jewish Chronicle" veröffentlichten Mitteilungen im wesentlichen den Tatsachen entsprechen. Aus ihnen ergab sich nun, daß bereits zehn Tage nach der Veröffentlichung des Peel-Berichts, der doch in feierlicher Form eine „endgültige Regelung" versprach, Weizmann dem britischen Kolonialminister Ormsby-Gore eine ganze Reihe von Zugeständnissen zur Verbesserung des Peel-Planes im jüdischen Sinne abgepreßt hatte.

Der Kolonialminister, so berichtete die „Jewish Chronicle", habe sechs wichtige Zugeständnisse an Weizmann gemacht. Erstens habe er versprochen, daß die besondere britische Verwaltung für Haifa, Tiberias, Safed und Akko, die der Peel-Plan vorsieht, nur von begrenzter Dauer sein solle. Die Admiralität habe darauf gedrängt, daß Großbritannien sich den Schutz des Hafens Haifa vorbehalte. Weizmann habe daraufhin gedroht, die Dinge für England in Genf sehr unangenehm zu gestalten, falls versucht werden sollte, Haifa vom jüdischen Staate abzusperren. Zweitens habe Weizmann durchgesetzt, daß den Juden jene im Peel-Plan vorgesehenen Abgaben für den arabischen Staat nicht aufgezwungen werden dürften. Drittens habe Weizmann erreicht, daß die außerhalb der alten Stadtmauer von Jerusalem gelegenen neuerbauten

William Ormsby-Gore (jetzt Lord Harlech)

NARODNA IN UNIVERZITETNA KNJIŽNICA LJUBLJANA

Judenviertel nicht unter das britische Restmandat fallen, sondern als weitere Exklave zum Judenstaat geschlagen werden sollten. In diesen neuen Judenvierteln Jerusalems liegt auch das Gebäude der Jewish Agency, das auf diese Weise unter jüdische Souveränität gebracht werden soll. Viertens habe Weizmann erklärt, das für den Judenstaat vorgesehene Gebiet sei in jedem Falle zu klein. Ormsby-Gore habe zugebilligt, daß entweder das jüdische Territorium erheblich vergrößert werden oder daß den Juden in der Gegend von Berscheeba ein größeres Landstück zugesichert werden sollte. Fünftens sei die Frage des Pottaschewerks am Toten Meer und die des sogenannten Ruthenberg-Elektrizitätswerkes erörtert worden. Ormsby-Gore habe darauf hingewiesen, daß Lord Lytton als Vorsitzender der Palestine Potash Company und Mr. Ruthenberg ihn bereits seit der Veröffentlichung des Peel-Berichts gedrängt hätten, daß beide Werke in den jüdischen Staat als Exklaven mit einbezogen werden sollten. Auch hier habe Ormsby-Gore eine Änderung für möglich erklärt. Sechstens sollen sich Ormsby-Gore und Weizmann über die Taktik bei der bevorstehenden Unterhaussitzung darauf geeinigt haben, daß der Minister nicht den vorliegenden Peel-Plan zur Annahme bringen werde, weil dann die fünf obenerwähnten Punkte nicht ohne weiteres mehr in das Gesamtprojekt eingefügt werden könnten. Weizmann und Ormsby-Gore hätten sich vielmehr darauf geeinigt, daß der Minister nur eine vage Erklärung abgebe. Dafür habe Weizmann zugesichert, daß er dann dafür sorgen würde, daß die zionistische Organisation sich mit dem in dieser Weise zugunsten des Judentums veränderten Teilungsplan einverstanden erkläre.

Die Echtheit dieses Berichts über die Geheimverhandlungen zwischen Weizmann und Ormsby-Gore ist dann in der „Jewish Chronicle" vom 18. März 1938 ausdrücklich nochmals bestätigt worden. Im Aktionskomitee der Jewish Agency teilte nämlich Weizmann Anfang März 1938 mit, daß seine Verhandlungsbasis mit der britischen Regierung jene Unterredung

vom 19. Juli 1937 mit Ormsby-Gore sei, über die er bereits dem 20. Zionistenkongreß geheime Mitteilung gemacht habe. Offenbar hatte es Weizmann selbst für richtig gehalten, daß diese Indiskretion in einem Augenblick gemacht wurde, in dem der Kolonialminister schwerlich von ihr abrücken konnte. Man braucht sich nun nur an die Taktik der Jewish Agency im Winter 1930/31 zu erinnern, um zu dem klaren Schlusse zu kommen, daß Weizmann im Juli 1937 seinen Freund Ormsby-Gore im Sinne der alljüdischen Politik zu erpressen vermochte. Nur einige wenige Redner im Unterhaus dürften während der Parlamentsdebatte in diese Zusammenhänge eingeweiht gewesen sein. Die Mehrheit des Hauses dürfte kaum geahnt haben, daß die von ihr befolgte Taktik gegenüber dem Peel-Bericht in Wirklichkeit von der Führung der Jewish Agency festgelegt worden war. In vielen Fällen, in denen ähnliche Tatbestände der Macht und Einwirkungsmöglichkeit des Weltjudentums angenommen wurden, handelt es sich um schwer beweisbare Behauptungen. Die Vorgänge des Jahres 1931 und des Jahres 1937 in London lassen sich jedoch, wie man sieht, bis zum letzten genau belegen. Hier erweitert sich die Bedeutung der Palästinafrage wiederum ins Weltpolitische, weil nun einmal der Schluß nicht von der Hand gewiesen werden kann, daß das Weltjudentum nicht nur, wenn es sich um Palästina handelt, eine ähnliche Taktik einschlägt und auch ähnliche Chancen für Erpressungen besitzt.

Der *20. Zionistenkongreß in Zürich* entsprach genau der zwischen Weizmann und Ormsby-Gore festgelegten Taktik. Weizmann hatte von vornherein mit einer gewissen Opposition vor allem aus ostjüdischen Kreisen zu rechnen, die von Ussischkin vertreten wurden. Weizmanns Taktik auf dem Kongreß lief darauf hinaus, daß er sich den heftigen Beschimpfungen, die dort gegen England vom Stapel gelassen wurden, in etwas diplomatischerer Form anschloß. So prägte er zum Beispiel über die englische Besetzungsarmee in Palästina das Wort: „Sie kam, sie sah, sie tat nichts — aber die Juden zahl-

ten die Kosten." Er forderte die Einwanderungsmöglichkeit für noch mindestens 2 Millionen Juden nach Palästina und empfahl dem Kongreß schließlich, er möge sich darauf einigen, daß der Peel-Bericht als Unterhandlungsgrundlage angenommen werde. Bei dieser Gelegenheit wohl hat er Mitteilungen über seine geheimen Unterhandlungen mit Ormsby-Gore gemacht. Mit einer Mehrheit von 300 gegen 158 Stimmen wurde Weizmanns Vorschlag, der in eine heftige Kritik des Peel-Berichts eingewickelt wurde, vom 20. Zionistenkongreß angenommen.

Es ergab sich klar, daß die Juden im Teilungsplan gerade auf Grund der Zusagen Ormsby-Gores nichts anderes als eine Etappe zu ihrem eigentlichen Ziele zu sehen brauchten. Die jüdische Taktik läuft also darauf hinaus, zunächst einmal überhaupt einen völkerrechtlich souveränen Judenstaat in die Hand zu bekommen und dabei durch ein System von Exklaven im übrigen arabischen Palästina von vornherein eine Reihe von Ansatzpunkten (durch das Pottaschewerk im Jordantal, die jüdischen Vorstädte Jerusalems und womöglich den Berscheeba-Bezirk im sogenannten Negev) zu schaffen, durch die man später doch noch das gesamte Gebiet Palästinas unter die volle jüdische Herrschaft zu bringen hofft, wobei hinzukommt, daß der jüdische Anspruch auf Transjordanien niemals aufgegeben worden ist. Nachdem es Weizmann offenbar gelungen war, zehn Tage nach der Veröffentlichung des Peel-Planes zu erreichen, daß dieser auf keinen Fall als das letzte Wort der britischen Regierung angesprochen werden konnte, war er durchaus in der Lage, zunächst scheinbare Opfer, die der Peel-Plan mit sich bringen könnte, auf sich zu nehmen. In dem aufschlußreichen Werk des Wiener Juden Adolf Böhm über den Zionismus sind diese jüdischen Hoffnungen auch ganz offen ausgesprochen, wenn er über den Peel-Plan schreibt: „Im jüdischen Lager sind auch Meinungen laut geworden, daß das Angebot Englands ein Anfang sei, der durch Erfüllung der idealen Forderung des Zionismus nach dem jüdischen Staate

eine große Bedeutung habe. Die weitere Entwicklung werde mit der Zeit vielleicht eine *Ermöglichung einer Expansion der Juden* im friedlichen Einvernehmen mit den Nachbarn bringen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß dies gelingen könnte, da unter Abdallah die gemäßigten arabischen Kreise zur Herrschaft gelangen werden“ [98]. Ganz offen wurde diese Meinung von Ben Gurion, dem zionistischen Gewerkschaftsführer, auf der Tagung des Aktionskomitees der Jewish Agency am 10. März 1938 vertreten. Er erklärte, er glaube fest an die Teilung Palästinas und den jüdischen Staat und hoffe, daß es auf diese Weise möglich sein werde, *innerhalb 10 bis 15 Jahren eine jüdische Majorität in ganz Palästina zu schaffen“* [99]. Das also ist doch wohl des Peel-Planes eigentlicher Sinn!

Gleichzeitig mit dem Ergebnis des Zionistenkongresses wurde in London vom Foreign Office ein Weißbuch veröffentlicht, in dem eine Korrespondenz zwischen der Regierung der *Vereinigten Staaten* und der britischen Regierung über die Zukunft Palästinas enthalten ist. Daraus ergab sich, daß der amerikanische Botschafter Bingham bereits zwei Tage vor der Veröffentlichung des Peel-Berichts um eine „ins einzelne gehende Aufklärung des offiziellen britischen Standpunktes“ gebeten hatte. Er berief sich dabei auf die amerikanisch-britische Konvention vom 3. Dezember 1924 über Palästina, die den Vereinigten Staaten ein gewisses Mitbestimmungsrecht einräumt. Nach der Veröffentlichung des Peel-Berichts hat dann der Botschafter der USA. in London nochmals Vorstellungen beim Foreign Office erhoben und daran erinnert, daß schon bei der Erledigung des Irak-Mandats durch Großbritannien im Jahre 1932 die Interessen amerikanischer Staatsbürger berührt worden seien. Aus der Tatsache, daß damals die Vereinigten Staaten nicht auf ihren Rechten bestanden hätten, dürfe kein prinzipieller Verzicht auf die Rechte der Vereinigten Staaten in Palästina herausgelesen werden. Selbstverständlich stand hinter diesen diplomatischen

Schritten der USA. genau wie im Jahre 1917 und im Winter 1930/31 die zionistische Weltorganisation. Der Mechanismus amerikanischer Einspruchsmöglichkeiten, der durch die Jewish Agency so klug in das Mandatssystem von Palästina eingebaut worden war, begann wiederum zugunsten des Judentums zu wirken. Auch dies gehört zu den Hintergründen, die bei der geheimen Beratung zwischen Ormsby-Gore und Weizmann vom 19. Juli 1937 zu beachten sind.

Zur gleichen Zeit tagte ferner die *ständige Mandatskommission in Genf,* vor der Ormsby-Gore den Teilungsplan vertrat. Die Mandatskommission kam zu dem von England gewünschten Schluß. Sie ermächtigte Großbritannien, den Teilungsplan weiter zu verfolgen. Am 14. September 1937 hielt Außenminister Eden schließlich vor dem Rat der Genfer Liga eine zusammenfassende Rede, in der er nunmehr den Rat um die Ermächtigung bat, daß der Teilungsplan auf der Grundlage des Peel-Berichts in seinen Einzelheiten durch die britische Regierung festgelegt werden dürfe. Am 16. September 1937 stimmte dem der Rat zu, und am 30. September wurde durch die Vollversammlung der Liga ein zunächst noch sehr allgemeiner Entschluß gefaßt, der die Zustimmung des Rates bekräftigte. So war, wie es nicht anders zu erwarten war, binnen weniger Wochen das Teilungsprojekt durch die Genfer Maschinerie hindurchgedreht worden, selbstverständlich ohne daß an den von England vorgeschlagenen Regelungen auch nur das geringste geändert worden wäre.

Während all jener Wochen versuchte eine vom *Hohen Arabischen Komitee* nach Genf entsandte Delegation unter der Führung von Aouni Bey Abdul Hadi vergeblich, sich dort Gehör zu verschaffen. Am 23. Juli bereits hatte das Hohe Arabische Komitee der Mandatskommission in Genf ein vom Mufti unterzeichnetes Memorandum vorgelegt[100]. In diesem Memorandum wurden die arabischen Forderungen, wie wir sie schon von früher kennen, nochmals wiederholt, nämlich 1. die Anerkennung des Rechtes der Araber auf Unabhängig-

keit in ihrem eigenen Land. 2. Die Beendigung des Experiments eines jüdischen Nationalheimes. 3. Die Beendigung des britischen Mandats und seine Ersetzung durch einen Vertrag von der Art, wie er zwischen England und dem Irak und Frankreich und Syrien besteht, und 4. schließlich das sofortige Verbot jüdischer Einwanderung und des Landverkaufs an Juden. Das arabische Memorandum verzichtete also von vornherein auf jegliche taktische Wendung. Im Gegenteil, es ging insofern noch über die bisherigen arabischen Forderungen hinaus, als es nun auch in aller Form die Beendigung des britischen Mandats verlangte. Daß auf Grund dieses Memorandums die Delegation des Hohen Arabischen Komitees kaum Aussicht hatte, in Genf überhaupt gehört zu werden, stand von vornherein fest.

Während nun im September die englischen Vorschläge diese verschiedenen Stadien in Genf durchmachten, steigerte sich die Enttäuschung der Araber in Palästina zur offenen Wut. Die Terrorfälle, die auch nach der offiziellen Beendigung des Streiks im Oktober 1936 nie ganz aufgehört hatten, nahmen plötzlich wieder ganz beträchtliche Formen an, obwohl noch nicht von einer geschlossenen Aktion gesprochen werden konnte, wie sie während des Streiks vorgelegen hatte. Im großen und ganzen waren es Einzelaktionen, die wohl dem Geheimorden der aufständischen Scheikhs zur Last gelegt werden müssen. Sie gipfelten darin, daß ein hoher englischer Beamter, der Distriktsvorsteher von Galiläa, Lewis Andrews, und ein britischer Polizist erschossen wurden, als sie eben die Kirche in Nazareth verließen. Andrews hatte in den Monaten, in denen die Peel-Kommission in Palästina weilte, den Spezialauftrag gehabt, die Tätigkeit der Kommission technisch vorzubereiten und zu unterstützen. Zum erstenmal war also mit diesem Mordanschlag ein bedeutendes Mitglied der Palästinaregierung selbst getroffen worden.

Noch am selben Tage, am 27. September, veröffentlichte das Hohe Arabische Komitee einen Aufruf an die Araber Pa-

lästinas, in der die Bluttat auf das schärfste verurteilt wurde. Die Mörder waren entkommen. Mit wem sie in Zusammenhang gestanden hatten, ließ sich nicht feststellen. Am nächsten Tage starb, durch ein merkwürdiges Zusammentreffen, in London Lord Peel. Wiederum zwei Tage später, am 1. Oktober 1937, holte England zu dem großen Schlag gegen die arabische Bewegung in Palästina aus. In den frühen Morgenstunden wurden alle Telephonleitungen in Palästina blockiert, die Grenze gesperrt und sämtliche führenden Männer der arabischen Bewegung in Jerusalem und rings im Land verhaftet. Das Hohe Arabische Komitee wurde für ungesetzlich erklärt, alle nationalarabischen Ausschüsse und Vereinigungen wurden aufgelöst. Dem Mufti gelang es, in die Haram esch-Scherif-Moschee zu fliehen. Er wurde in seiner Eigenschaft als Präsident des Obersten Mohammedanischen Rates, das heißt also in seiner halbstaatlichen Eigenschaft, ebenfalls für abgesetzt erklärt. Sämtliche übrigen Mitglieder des Hohen Arabischen Komitees, mit Ausnahme von Aouni Bey Abdul Hadi, der sich im Ausland befand, wurden auf einen englischen Kreuzer gebracht. Einige Tage später wurden fünf führende Araber, die Mitglieder des Hohen Komitees gewesen waren, durch den britischen Zerstörer „Active" nach den Seychellen im Indischen Ozean abtransportiert. Dr. Hussein Khaldi, der Bürgermeister von Jerusalem, Fuad Saba, der Sekretär des Hohen Arabischen Komitees, Achmed Hilmi Pascha, der Finanzchef des Komitees, Raschid Hadsch Ibrahim, der Leiter der arabischen Bank in Haifa, und Yacoub Ghussein, der Führer der arabischen Jugendorganisation, wurden von dieser Maßnahme betroffen. Die Seychellen haben schon früher als Verbannungsort für ägyptische Nationalisten der Wafd-Bewegung wie auch für Inder aus der Gefolgschaft Ghandis gedient. Nun war also auch Palästina in die Reihe jener von Britannien beherrschten Gebiete getreten, deren nationale Führer nur auf diesen Klippen im Indischen Ozean geduldet werden können.

Ein Blick auf die arabische Organisation in Palästina, wie wir sie oben geschildert haben, zeigt, daß durch den Schlag vom 1. Oktober die Araber tatsächlich völlig führerlos geworden waren. Die Zahl der maßgebenden Familien ist begrenzt. Die wichtigsten arabischen Köpfe waren damit ausgeschaltet. Faktisch aber auch eine der wichtigsten Bestimmungen des Mandats, das ja den Schutz der „nichtjüdischen Bevölkerung" Palästinas vorsieht. Ein Zusammenhang des Hohen Arabischen Komitees mit der Ermordung von Andrews konnte tatsächlich nicht bewiesen werden. Hierauf kam es jedoch wohl auch im einzelnen gar nicht mehr an, da das Hochkommissariat längst aus London die Weisung erhalten hatte, daß er bei dem ersten sich bietenden Anlaß die arabische Organisation zu zerschlagen habe. Die Gewichte zwischen Arabern und Juden veränderten sich nun zwangsläufig noch weiter zugunsten des Judentums. Wenn allerdings die Engländer geglaubt hatten, mit dieser Verhaftung der repräsentativen arabischen Führer sei auch die arabische Bewegung als solche lahmgelegt, so trog diese Hoffnung. Die politische Vertretung allerdings war beseitigt, und die Araber besaßen nun kein Sprachrohr mehr, durch das sie ihre Forderungen legitim äußern konnten. Um so schärfer aber machte sich nun die rein revolutionäre Bewegung geltend, die von den aufständischen Scheikhs mit dem unbestreitbaren Geschick der Araber für Guerillataktik neu entfacht wurde. Der „Krieg" in Palästina sollte nun erst als Krieg beginnen!

Das wichtigste war zunächst, daß es dem *Mufti* gelang, auf abenteuerliche Weise aus der Haram esch-Scherif-Moschee zu entfliehen. Kein amerikanischer Film, vollbepackt mit orientalischer Romantik, hätte sich diese Flucht besser ausdenken können. Die britische Polizei hielt alle Ausgänge der Moschee in den Tagen nach der Auflösung des Hohen Arabischen Komitees unter strengster Bewachung. Am zweiten Freitag nach der Erklärung des Ausnahmezustandes aber mischte sich der Mufti, als Beduine verkleidet, unter die Menge der Gläu-

bigen, die in die Moschee zum Beten gekommen waren, und entwich teils zu Pferd, teils im Auto mit einer Handvoll Getreuer an die Küste, wo er von einem bereitgestellten Motorboot aufgenommen wurde. Infolge schlechter Navigation verfehlte das Boot jedoch in der Nacht die Stelle an der Küste des Libanon, wo ein Auto auf den Mufti wartete, das ihn hätte nach Damaskus bringen sollen. Das Boot wurde unter Schmuggelverdacht von einem französischen Küstenwachschiff angehalten. Ein Beamter kam an Bord und überprüfte die Papiere. Dabei nun wurde der Mufti entdeckt. In der Nähe von Beirut wurde er schließlich von den französischen Behörden interniert. Nicht unwichtig war es, daß sich bei dieser Gelegenheit herausstellte, daß noch ein drittes Mitglied des Hohen Arabischen Komitees, der Neffe des Mufti, Jamal el-Husseini, sich den englischen Nachstellungen hatte entziehen können. Wie immer man auch die Tätigkeit des Mufti in Palästina bewerten mag, auch durch die Art seiner Flucht hatte er von neuem bewiesen, daß er ein höchst gefährlicher Gegenspieler für die Engländer war und ist, dem mit Gewalt allein nicht ohne weiteres beizukommen ist.

Mitte Oktober 1937 begann als Antwort auf die Auflösung des Hohen Arabischen Komitees die große arabische Revolution in Palästina, die schon bald alle vorhergegangenen Aufstände in den Schatten stellen sollte. Die Hartnäckigkeit der Kämpfe, die nun entbrannten, war unbeschreiblich. Palästina wurde zu einem einzigen Schlachtfeld. Als die Engländer nach einjährigem Kampfe noch nichts Entscheidendes erreicht hatten, gingen sie sogar dazu über, die Berggegenden des Hinterlandes durch eine regelrechte Hungerblockade zu bedrohen. Im Oktober 1937 richtete sich der arabische Angriff zunächst vor allem auf die Ölleitung zwischen dem Irak und Haifa. Sie brannte in Palästina und Transjordanien fast täglich. Da man sie der Kosten halber nur einen Meter tief unter die Erde versenkt hatte, fiel es den Arabern leicht, sie immer wieder nachts zwischen den vom

Militär beschützten Pumpstationen auszugraben und anzubohren. Die Gebäude des Flughafens von Lydda gingen in Flammen auf. Das Beispiel von Jaffa sollte nunmehr Schule machen: als Vergeltung wurden von den Engländern in der Stadt Lydda ganze Häuserreihen in die Luft gesprengt. Dieses brutale System ist in den folgenden Monaten in Dutzenden von Orten angewandt worden. Andere Orte wurden mit riesigen kollektiven Strafen belegt, die zwangsweise beigetrieben wurden. Als die Unruhen den ganzen Oktober hindurch nicht endeten, wurde schließlich der Rücktritt Sir Arthur Wauchopes vom Amte des Hohen Kommissars am 28. Oktober erklärt. Wenige Tage später wurde die Einrichtung von Militärgerichtshöfen für ganz Palästina verkündet. Schon auf den unangemeldeten Besitz von Waffen wurde die Todesstrafe gesetzt. Trotzdem dauerten die Unruhen an. Das erste Opfer des Militärgerichts wurde Ende November eine der pittoreskesten Erscheinungen in Palästina, der achtzigjährige arabische Scheikh Farka Saadi, der in Akko wegen unerlaubten Waffenbesitzes hingerichtet wurde. Ende Dezember während der Weihnachtstage 1937 kam es am See Genezareth zum ersten großen Gefecht zwischen britischen Truppen und bewaffneten Aufständischen, bei dem Bombenflugzeuge eingesetzt wurden. Die Londoner Zeitungen mußten von einer „Christmas Day Action" berichten, als sie nach den Festtagen wieder erschienen. Ende März 1938 schätzt die „Times", es seien ebenso viele Araber in aktive Kämpfe gegen die britischen Truppen verwickelt wie am Höhepunkt des Streiks von 1936. Trotzdem sollte dies nur der Auftakt für die Entwicklung der Kämpfe im Sommer 1938 werden, die nun in einen offenen Krieg einmündeten. Wurden im Mai noch die Verluste in Palästina insgesamt mit 80 Toten und Verwundeten angegeben, so mußte man im Juli bereits 665 Tote und Verwundete aller drei Rassen zugeben und im August 569. Eine jüdische Bombe, die Anfang Juli in Haifa geworfen wurde, forderte allein 37 arabische Tote und 90 Verwundete. Im September und Ok-

tober schließlich dürfte die Zahl der Todesopfer schon jeweils weit über 1000 betragen haben. Man wird kaum zu niedrig schätzen, wenn man annimmt, daß zwischen April 1936 und November 1938 6000 Menschen in Palästina ums Leben gekommen sind[101].

Im Laufe des Sommers 1938 gelang es den arabischen Freischärlern, die englischen Militär- und Zivilbehörden allmählich aus dem gesamten palästinensischen Hinterland zu vertreiben. Im Oktober mußte zugegeben werden, daß die wiederum angeforderten britischen Truppenverstärkungen geradezu eine Rückeroberung des Landes vorzunehmen hätten. Tatsächlich befanden sich zu jenem Zeitpunkt nur noch die drei Städte Jerusalem, Tel-Aviv und Haifa in britischer Hand. Selbst die Altstadt Jerusalems aber war einige Tage schon im Besitz der Aufständischen. Die eigenartige Methode des Curfew, eines Ausgehverbots, das in manchen kleineren Städten, z. B. in Lydda, bis auf 23—24 Stunden am Tage ausgedehnt worden war, ließ sich nicht mehr durchführen, weil niemand mehr derartige Gebote der britischen Militärbehörden achtete. Die arabischen Freischärler hatten sich längst aus ungeregelten Banden in eine regelrechte uniformierte und auch ziemlich modern bewaffnete Armee verwandelt, die unter Führung von Kommandeuren, die unter Fauzi Kaukji ausgebildet, der britischen Armee regelrechte Schlachten zu liefern vermochten. Angeblich wird der einzelne Mann dieser Armee mit 4 bis 6 Pfund im Monat entlohnt, was bei den Einkommensverhältnissen in Palästina eine beträchtliche Summe ist. Für Attentate werden angeblich Prämien bezahlt.

Gerade die Methode der Standgerichte, der Konzentrationslager, der in die Luft gesprengten Häuser und der kollektiven Geldstrafen, die bald über die ganze arabische Bevölkerung namenloses Elend brachte, hat dazu geführt, daß schließlich auch die gesamte Bevölkerung im Kampfe stand. Ehe sie Ernte und Vieh, ja womöglich den Familienschmuck zur Beibringung von Geldstrafen verkaufte, war sie bereit zu kämp-

fen und zu sterben. Bereits im Herbst 1937 hatten die Engländer *Sir Charles Tegart,* den „Meister der Verkleidung", aus Kalkutta nach Jerusalem beordert. Er war dort zuletzt Polizeikommissar von Bengalen gewesen und hatte dem Intelligence Service der Indienregierung durch seine unerschrockenen Streifzüge durch aufständische Eingeborenenviertel die größten Dienste geleistet.

Tegarts Plan war es nun, die Nordgrenze Palästinas durch einen zwei Meter breiten und 80 Kilometer langen Stacheldrahtzaun von Syrien und dem Libanon abzusperren. Dieser Stacheldrahtwall, der einen Wert von 150 000 Pfund besitzt, erwies sich indes ebenfalls als ein Fehlschlag, da er wie das Gewebe der Penelope nachts immer wieder aufgerissen wurde. Nur spielte nicht Sir Charles die Rolle der Frau aus Ithaka, sondern die Araber, denen es manchmal gelang, den Wall in einer Breite bis zu fünf Kilometer in einer einzigen Nacht wieder zu zerstören. Es war bezeichnend, daß zum Schutz dieses Walles auch die jüdische Schutztruppe Hagana von den Engländern eingesetzt wurde, die vom englischen Militär schwer bewaffnet und ausgebildet worden ist.

Wenn es so einerseits die Juden unmittelbar nach der Veröffentlichung des Peel-Planes erreicht haben, daß die Teilungsvorschläge Lord Peels nicht durch einen Beschluß des Unterhauses zur offiziellen Regierungspolitik erhoben wurden, so hatte auf der anderen Seite die Fortsetzung des arabischen Aufstandes nach der Auflösung des Hohen Arabischen Komitees und der Vernichtung der gesamten legitimen arabischen politischen Vertretung den Erfolg, daß man im Colonial Office einzusehen begann, daß es wohl das beste wäre, wenn man die ganze Frage zunächst vertagen und auf die lange Bank schieben würde. Am 23. Dezember 1937 schrieb Ormsby-Gore einen Brief an den Hohen Kommissar in Jerusalem, der Anfang Januar 1938 als Weißbuch[102] veröffentlicht wurde. In diesem Brief heißt es: „Ich wünsche klarzumachen, daß die Regierung Seiner Majestät in keiner Weise

zur Annahme dieses Planes (des Peel-Planes) verpflichtet ist und daß sie insbesondere den Vorschlag der zwangsweisen Überführung von Arabern aus dem jüdischen in das arabische Gebiet nicht angenommen hat." Damit war also zum mindesten in einem der Hauptpunkte des Peel-Planes, gegen den die Araber protestiert hatten, ein offizieller Rückzug erfolgt. Im übrigen erklärte Ormsby-Gore in jenem neuen kurzen Weißbuch, daß abermals eine Kommission für Palästina gebildet werden sollte, die dort die Vorschläge für ein ins einzelne gehendes Schema der Teilung auszuarbeiten habe. Diese Kommission ist am 1. März 1938, demselben Tage, an dem Sir Arthur Wauchope in Jerusalem seine Abschiedsrede über den Rundfunk hielt, ernannt worden. An ihre Spitze trat wiederum, wie bei der Hope-Simpson-Kommission, ein bewährtes Mitglied des indischen Zivildienstes, *Sir John Woodhead.* Er hatte im Stabe des Generalgouverneurs von Indien gedient und war zuletzt Gouverneur der wichtigen Provinz Bengal. Ihm zur Seite trat mit Sir Alison Russel ebenfalls ein hochangesehener Kolonialpolitiker. Er hat als Staatsanwalt und oberster Richter in Uganda, Zypern und Tanganjika gewirkt, ferner ein Beamter des Schatzamtes, Mr. Waterfield.

Schon aus der Zusammensetzung der Kommission ergab sich, daß sich hier der alte Stab des Colonial Office durchgesetzt hatte, da es nicht anzunehmen war, daß Männer von Erfahrung in mohammedanischen Ländern die arabische Sache von vornherein nur unter einem einseitigen, von der Jewish Agency beeinflußten Gesichtswinkel sehen würden. Dies konnte man auch von dem Nachfolger Sir Arthur Wauchope's annehmen. Zum erstenmal seit dem Jahr 1925 ist mit dem fünften Hohen Kommissar in Palästina, Sir *Harold McMichael,* nicht mehr ein General an die Spitze des Landes getreten, sondern ein Mann aus der besten Kolonialschule, die England überhaupt besitzt. Achtundzwanzig Jahre ist McMichael, ein Neffe Lord Curzons, im Sudan Political Service als Nachfolger Kitcheners und Sir Reginald Wingates an hervorragender Stelle

gestanden, bis er zuletzt den Posten des Gouverneurs von Tanganjika (Deutsch-Ostafrika) bekleidete. Der alte Wingate selbst, heute einer der letzten aus der großen Generation der Empirebuilder, eilte nach London, als dort für McMichael Anfang März 1938 das Abschiedsessen gegeben wurde. Der Sudan Political Service, in dem McMichael eine so bedeutende Rolle spielte, ist die Elitetruppe, die England unter seinen mannigfachen Verwaltungen des Empire besitzt, diejenige jedenfalls, die materiell und moralisch in den letzten Jahrzehnten die größten Erfolge aufzuweisen hatte. Man wählte den besten Kopf, der verfügbar war, einen jener in ihrer klassischen Bildung sicher eingebetteten kühlen englischen Typen, die es gleichzeitig nicht verschmähen, sich in die Psychologie und auch in die Sprache der von ihnen beherrschten Völker einzufühlen. McMichael wird eine gute Kenntnis der arabischen Sprache nachgesagt. Trotzdem sollte sich schon nach den ersten Monaten seines Wirkens zeigen, daß die Zustände in Palästina viel zu verhärtet und festgefahren waren, als daß sie durch einen neuen Kopf mit einem Ruck hätten in eine andere Bahn geleitet werden können. Das Erbe, das McMichael von Wauchope übernahm, war so schlimm, daß der neue Hohe Kommissar sich alsbald als Gefangener im Regierungsgebäude von Jerusalem fühlen mußte. Eine Möglichkeit, auf harmlose Weise zunächst überhaupt nur Kontakt mit der einen oder anderen Gruppe in Palästina zu gewinnen, bestand nicht.

Nachdem im April 1938 die Woodhead-Kommission nach Jerusalem abgereist war, vollzog sich alsbald in London ein Ereignis, das nicht ohne die nachhaltigsten Folgen für die gesamte britische Orientpolitik werden sollte. Anfang Mai 1938 starb der greise Vater des Kolonialministers Ormsby-Gore, wodurch der Sohn automatisch in den Peersstand einrückte und den Namen Lord Harlech erhielt. Dies war nun für den Premierminister Neville Chamberlain der gegebene Anlaß, sich endlich von diesem unbequemen Mann zu befreien, der

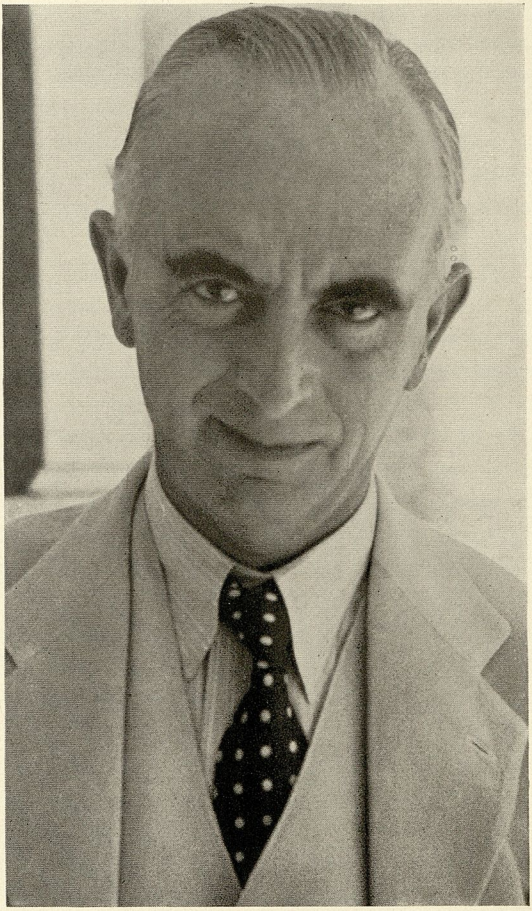
innerhalb des Kabinetts schon vor dem Rücktritt Edens stets zusammen mit Duff Cooper die Partei der „jüngeren Konservativen" gegen die Richtung Chamberlain-Hoare-Simon verstärkt hatte. Ormsby-Gore ist, wie wir schon bemerkten, durch seine Heirat mit dem Cecil-Clan verschwägert, dessen hervorragendster Exponent Winston Churchill die Fehde, die schon zwischen dem Vater Chamberlain und den Cecils bestand, auf seine Weise fortsetzt. Die Gründe für die Beseitigung Ormsby-Gores aus dem Chamberlain-Kabinett reichten bis in die Tiefen der traditionellen Familienfeindschaften der führenden politischen Clans in England. Als der jetzige Lord Harlech am 16. Mai schließlich das Kabinett verließ, hat zweifellos das Judentum seine wichtigste persönliche Stütze in Whitehall eingebüßt. Sein Nachfolger wurde *Malcolm MacDonald,* der Sohn Ramsay MacDonalds, ein für die britische Palästinapolitik ziemlich unbeschriebenes Blatt. Allerdings dürfte MacDonald die wenig erquicklichen Erlebnisse seines Vaters bei dem Kampf um das Passfield-Weißbuch im Winter 1930/31 von vornherein als ein Warnzeichen betrachtet haben, wo die Untiefen und Klippen der Palästinafrage für jeden britischen Politiker zu suchen sind.

Das Ende der Teilungsidee

Der Sommer und Herbst des Jahres 1938 bedeutete sowohl für die britische Palästinaverwaltung wie für die Beamten des Colonial Office zunächst eine gewisse innere Umschichtung nach der Beendigung der Aera Ormsby-Gore. Die gegen den bisherigen Kolonialminister oppositionellen Kräfte innerhalb des Colonial Civil Service begannen sich neu zu formieren. Man hoffte in diesen Kreisen allgemein, daß die prozionistische Politik nunmehr um viele Pflöcke zurückgesteckt und daß ein neuer Versuch unternommen werden würde, um eine Wiederangleichung der britischen und arabischen Tendenzen im Vorderen Orient zu erreichen. Über die größeren Entwürfe, die dabei im Hintergrunde eine Rolle spielten, soll im

letzten Kapitel die Rede sein. Im Vordergrund mußten zunächst vor allem militärische Fragen stehen. Nach einer Flugreise Malcolm MacDonalds nach Jerusalem Anfang August und einem Besuch McMichaels in London im Oktober wurde auf Drängen des Militärs zuerst einmal beschlossen, daß der Kampf gegen die inzwischen allmächtig gewordenen arabischen Freischärler in Palästina in breiter Form aufgenommen werden müsse. Die Garnison in Palästina wurde auf rund 24 000 Mann (einschließlich der Polizei) verstärkt. Ende Oktober begann dann mit beispielloser Härte, ja manchmal Grausamkeit der neue Feldzug gegen die arabischen Freischärler in allen Teilen des Landes, ohne daß es freilich gelungen wäre, schon bald größere Erfolge zu erzielen, da die arabische Taktik nach wie vor darin bestand, sich nicht den englischen Truppen in offenen Schlachten zu stellen, sondern in dem Augenblick, in dem größere motorisierte britische Einheiten irgendwo erschienen, zu verschwinden, um an anderer Stelle wieder aufzutauchen. Es erwies sich als überaus schwierig, diesen Kleinkrieg erfolgreich zu Ende zu führen. Dies wäre überhaupt nur möglich, wenn systematisch Dorf für Dorf mit einer starken englischen Besatzung belegt würde, die nicht in den einzelnen Teilen des Landes hin und her geschoben zu werden brauchte, sondern eine ständige Besetzung ermöglicht. Nach Ansicht von militärischen Fachleuten würde in Anbetracht der allmählich wesentlich besseren arabischen Bewaffnung und militärischen Ausbildung dazu aber nicht eine Truppe von 15–20 000, sondern von 50–60 000 Mann gehören.

Die Woodhead-Kommission war inzwischen nach London zurückgekehrt. Am 9. November 1938 wurde ihr Bericht in Form eines umfangreichen Blaubuches der englischen Öffentlichkeit übergeben, dem eine offizielle Regierungserklärung beigefügt war[103]. Und siehe da, es sollte sich erweisen, daß nicht nur der Teilungsplan Lord Peels, sondern überhaupt der ganze Teilungsgedanke sang- und klanglos aufgegeben und begraben wurde. Anderthalb Jahre lang hatte die eng-



Sir Harold McMichael

NARODNA IN UNIVERZITETNA KNJIŽNICA LJUBLJANA

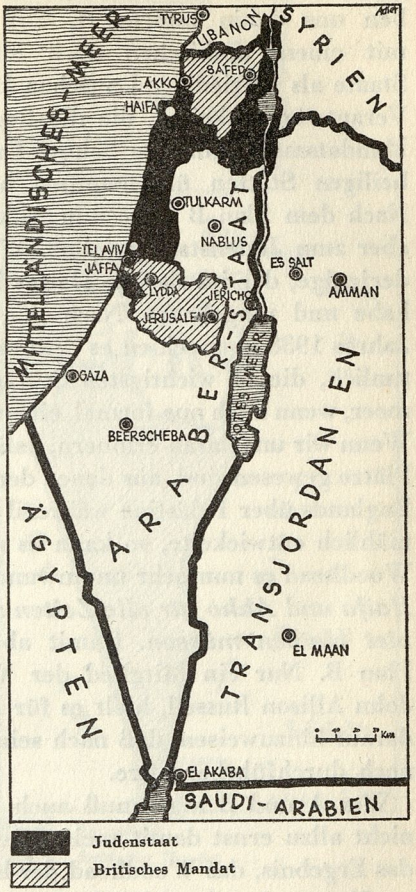
lische Regierung sowohl wie die führenden Londoner Zeitungen den Teilungsplan als den Stein der Weisen für Palästina angesprochen, das A und O, aus dem sich eine neue Periode des Friedens in diesem kleinen unglücklichen Lande ergeben sollte. Nun mußte man mit einem Male zugeben, daß der Weg, den man seit der Peel-Kommission beschritten hatte, ein Irrweg gewesen war, der zu keinem praktischen Ergebnis führen konnte. Ströme von Blut hatten erst fließen müssen, um die Engländer zu dieser Erkenntnis zu bringen, die für jeden objektiven Beobachter sofort auf der Hand lag, als der Peel-Bericht veröffentlicht war. Obwohl sich Sir John Woodhead und seine Kommission bei ihrer Kritik des Teilungsgedankens gewisse Beschränkungen auferlegen mußten, die sich von selbst aus der Art ihres Auftrages ergaben, kamen sie, das soll nicht verkannt werden, zu sehr ähnlichen Schlüssen, wie wir sie in dem Abschnitt über den Peel-Bericht festgelegt haben. Woodhead zeigte dabei eine bemerkenswerte Selbständigkeit der Auffassung. Es ist unverkennbar, daß er die Gelegenheit benutzen wollte, um grundsätzlich der ganzen Methode, mit der während der Aera Ormsby-Gore das Palästinaproblem behandelt wurde, vom Standpunkt des Kreises des Colonial Office aus eine Abfuhr zu erteilen. Sein Bericht hat in der Palästinageschichte der letzten zwanzig Jahre nur einen Vorläufer, nämlich jenen Bericht Sir John Hope-Simpsons, der im Oktober 1930 zusammen mit dem Weißbuch Lord Passfields veröffentlicht worden ist, und dessen denkwürdige Geschichte wir in einem früheren Abschnitt wiedergegeben haben. So wie 1930 Hope-Simpson und Lord Passfield es zum ersten Male gewagt hatten, die Balfour-Deklaration in einem für die Juden einschränkenden Sinne zu interpretieren, um den Arabern für die Zukunft überhaupt noch Lebens- und Existenzmöglichkeiten zu schaffen, so hat jetzt die Teilungskommission Woodheads unter vielfachem Rückgriff auf jene Feststellungen aus dem Jahre 1930 einen ähnlichen Versuch unternommen, der sich insbe-

sondere auf eine Fülle von Zitaten britischer Beamter in Palästina stützt, die alle für die Lebensrechte der Araber und eine Beschränkung der jüdischen Expansion eingetreten sind. Man darf vermuten, daß auch der Hohe Kommissar McMichael diese Wendung wesentlich mit unterstützt hat.

Die Woodhead-Kommission hatte schnell erkannt, daß mit den Teilungsvorschlägen Lord Peels in der Praxis nicht das geringste anzufangen war. Infolgedessen hat sie den eigentlichen Peel-Plan nur als Plan A in eine Reihe von Teilungsplänen eingereiht, die sie systematisch aufgestellt und auf ihre Möglichkeiten untersucht hat. Dieser Plan A wird von Woodhead mit einer geradezu souveränen Trockenheit in wenigen Seiten ad absurdum geführt, wobei für ihn dieselbe Tatsache zum zentralen Argument wird, die wir bereits beim Peel-Plan behandelt haben, daß nämlich dieser sogenannte Judenstaat fast ebensoviel Araber beherbergen würde wie Juden. Woodhead kommt zu ganz ähnlichen Ziffern wie wir: er gibt an, daß in dem Judenstaat nach dem Peel-Plan 294 700 Araber 304 900 Juden gegenüberstehen würden, so daß die Araber 49% der Gesamtbevölkerung in diesem „Staat" ausgemacht hätten. Dabei hätten drei Fünftel der Juden in diesem „Staat" in den beiden Städten Tel-Aviv und Haifa gelebt, während das flache Land fast ganz arabisch gewesen wäre. Er weist dann nach, daß ein Bevölkerungsaustausch, wie ihn Lord Peel vorsah, unmöglich ist, weil, genau wie wir es behauptet haben, der südliche Beerscheba-Distrikt nicht bewässerungs- und infolgedessen nicht bebauungsfähig ist.

So sah sich die Woodhead-Kommission gezwungen, einen Plan B aufzustellen. Er unterscheidet sich, wie ein Vergleich unserer Karte mit dem Teilungsplan Peels auf S. 205 zeigt, vor allem dadurch, daß das rein arabische Galiläa aus dem Judenstaat herausgenommen ist und der britischen Mandatsmacht ebenso wie die Jerusalem-Enklave unterstellt wird. Bei diesem Plan B wären nun 188 400 Araber 300 400 Juden im Judenstaat gegenübergestanden. Die arabische Bevölkerung hätte

also nach dem Plan B noch immer 38% in diesem Judenstaat betragen. Der arabische Landbesitz gar hätte 2,26 Millionen Dunam ausgemacht, der jüdische dagegen nur 1,07 Millionen. Dieser Judenstaat B hätte also doppelt soviel arabisches Land enthalten wie jüdisches. Nachdem Woodhead in knappen Strichen Gestalt und Inhalt dieses B-Staates gezeichnet hat, erklärt er ohne Umschweife, auch dieser Plan sei undurchführbar, und zwar deshalb, weil man einerseits nicht den Juden in der Ebene die Freiheit geben könnte, den Arabern im galiläischen Hochland unmittelbar nebenan aber nicht. Dies müsse zu Unzuträglichkeiten führen, die man lieber gar nicht auf sich nehmen solle.



Der Teilungsplan B der Woodhead-Kommission (Nov. 1938)

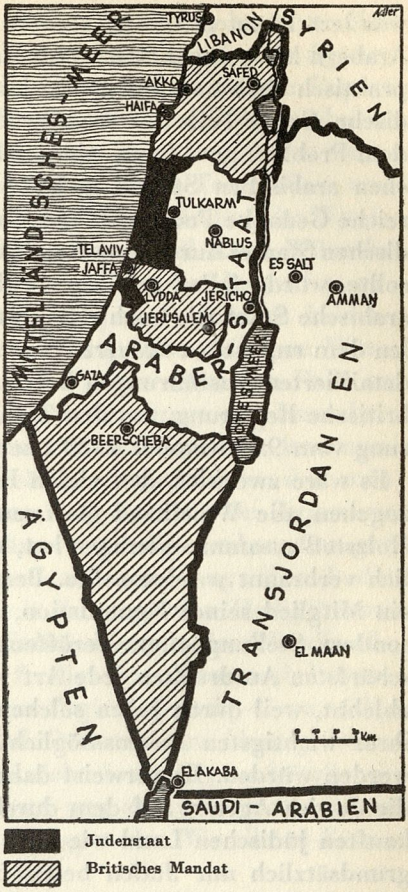
Andererseits aber läßt Woodhead bei der Kritik dieses B-Planes die eigentlichen britischen Absichten unbedenklich und offen hervortreten, wenn er erklärt: „Es ist notwendig, daß Haifa und Akko sich in derselben Hand befinden, und es ist höchst wünschenswert, daß beide ständig unter der Herrschaft der Mandatsmacht verbleiben. Die militärischen Autoritäten ha-

ben uns dahin informiert, daß sie weder einen Vertrag mit einem arabischen noch einen mit einem jüdischen Staate als befriedigend ansehen könnten, um die besonderen Verantwortlichkeiten, die die Regierung Seiner Majestät als Mandatsmacht für den Schutz Palästinas und vor allem der heiligen Stätten übernommen hat, aufrechtzuerhalten[104]." Nach dem Plan B wäre nun Akko unter das Mandat, Haifa aber zum Judenstaat gefallen. Woodhead erklärt offen, daß derjenige, der im Besitze Haifas ist, auch Akko in der Hand habe und umgekehrt. Nach der Entwicklung während des Jahres 1938 aber schien es dem englischen Militär höchst untunlich, diesen wichtigsten Stützpunkt im östlichen Mittelmeer, wenn auch nur formal, einem anderen Staate abzutreten. Wenn wir uns daran erinnern, daß Haifa und Akko diejenigen Plätze gewesen sind, aus denen der ganze Herrschaftsanspruch Englands über Palästina während der Jahre 1915/16 sich allmählich entwickelte, so kann es nicht wundernehmen, wenn Woodhead es nunmehr unumwunden für notwendig hält, *daß Haifa und Akko für alle Zeiten unmittelbar britisches Gebiet bleiben müssen.* Damit aber erledigte sich auch der Plan B. Nur ein Mitglied der Woodhead-Kommission, Sir John Allison Russell, hielt es für notwendig, in einem Annex darauf hinzuweisen, daß nach seiner Ansicht der Plan B dennoch durchführbar wäre.

Wer A und B sagt, muß auch C sagen, selbst wenn er es nicht allzu ernst damit meint. Der Plan C ist also nunmehr das Ergebnis, das Woodhead der britischen Regierung als unter Umständen durchführbar vorgeschlagen hat. Beim ersten Blick auf die Karte muß man allerdings den Judenstaat erst aufmerksam suchen, so sehr ist er inzwischen zusammengeschrumpft. Mit einer größten Länge von etwa 60 Kilometern und einer größten Breite von etwa 30 Kilometern ist der jüdische C-Staat allerdings nur noch ein Gebilde, das, wenn es verwirklicht worden wäre, in scharfe Konkurrenz mit Monaco und Liechtenstein um den Ruhm des kleinsten Staatswesens der

Erde getreten wäre. In diesem Staat hätten 226 000 Juden (davon nur rund 80 000 außerhalb der Stadt Tel-Aviv) und immerhin noch 54 000 Araber Platz gefunden, trotzdem wären von dem verfügbaren Land 821 000 Dunam Eigentum der Araber und nur 436 000 Dunam jüdischer Besitz gewesen.

Woodhead macht sich nun geradezu ein Vergnügen daraus, das Funktionieren eines solchen Staatswesens, das etwa ein Zwanzigstel der Fläche von ganz Palästina eingenommen hätte, zu beschreiben, wobei er seiner Tendenz entsprechend die sich ergebenden grotesken fiskalischen und zollmäßigen Schwierigkeiten stark unterstreicht. Der Norden und Süden Palästinas sollte nach dem Plan C der Mandatsmacht völlig unterstellt werden, wobei gewisse Einwanderungsmöglichkeiten für Juden zwar in diese Gebiete noch vorgesehen waren. Ausdrücklich aber wird erklärt, daß mit der Bildung des Judenstaates C die Balfour-Deklaration als solche aufhören müsse zu existieren[105], da den Juden ja dann ein eigenes Gebiet zur Verfügung stünde, in das sie nach ihrem Belieben ein-



Der Teilungsplan C der Woodhead-Kommission (Nov. 1938)

wandern könnten. Der „arabische Staat", der nach Plan C den Arabern hätte angeboten werden sollen, wäre allerdings wohl praktisch ebensowenig zu verwirklichen gewesen wie der jüdische. Große Teile des Woodhead-Reports sind infolgedessen dem Problem gewidmet, wie das Defizit im Budget eines solchen arabischen Staates gedeckt werden könnte. Der glorreiche Gedanke Peels, daß dies aus den Überschüssen des jüdischen Staates durch eine Art jährliche Kontribution erfolgen sollte, wurde fallen gelassen. Praktisch wäre also sowohl der arabische Staat wie auch das Restmandat in seinen drei Teilen dem englischen Steuerzahler zur Last gefallen. Diese sehr detaillierten Ausführungen boten dann die Handhabe für die britische Regierung, um den Teilungsgedanken in der Erklärung vom 9. November 1938 überhaupt aufzugeben[106].

Es wäre zwecklos, den vielen Einzelheiten hier noch nachzugehen, die Woodhead gewissermaßen als Scheite für den Holzstoß zusammengetragen hat, auf dem der Peel-Plan feierlich verbrannt werden sollte. Bemerkenswert ist jedoch, daß ein Mitglied seiner Kommission, Mr. T. Reid, noch eine besondere Stellungnahme veröffentlichte, in der er in den schärfsten Ausdrücken jede Art von Teilungsplan überhaupt ablehnt, weil durch jeden solchen Plan die Araber praktisch ihrer wichtigsten Lebensmöglichkeiten in Palästina beraubt werden würden. Er verweist dabei ausdrücklich darauf, daß die Jewish Agency auf dem durch ihre Gesellschaften angekauften jüdischen Land wie auch in den jüdischen Fabriken grundsätzlich nur Juden beschäftigt und weist darauf hin, daß im August 1938 in achtzehn arabischen Städten 65% der arabischen Arbeiter bereits arbeitslos gewesen seien. Auch die jüdische Arbeitslosigkeit habe bereits 20000 Köpfe umfaßt.

Und noch ein anderes ist bemerkenswert: wir haben gezeigt, wie Weizmann unmittelbar nach der Veröffentlichung des Peel-Planes von Ormsby-Gore in Geheimverhandlungen noch eine Reihe von Sondervorteilen für die Juden, die über den Peel-Plan noch weit hinausgingen, erzwungen hat (vgl.

S. 217—220). Zweifellos hat es sich dabei um konkrete Zusagen des damaligen Kolonialministers an die Jewish Agency gehandelt. Auch Woodhead berichtet nun in seinem Report von den verschiedensten Sonderwünschen der Juden, wobei er sowohl den Wunsch einer jüdischen Enklave bei den westlichen Vorstädten Jerusalems wie auch am Toten Meer und im Beerscheba-Distrikt erwähnt. Selbstverständlich ist Woodhead genau darüber im Bilde gewesen, daß diese Wünsche in Wirklichkeit bereits von Ormsby-Gore den Juden fest zugesagt waren. Woodhead ließ sich jedoch dadurch keineswegs verblüffen, sondern er analysiert diese jüdischen Wünsche durchaus unbefangen, um in jedem einzelnen Falle zu einem ganz klaren negativen, ja in der Frage um Jerusalem sogar zu einem geradezu vernichtenden Urteil zu kommen. So erklärt Woodhead, es sei völlig ausgeschlossen, daß man es den Arabern zumuten könne, daß ein Teil von Jerusalem unter jüdische Oberhoheit käme, weil die Araber dies gar nicht anders auffassen könnten als einen Angriff auf die mohammedanische Altstadt mit ihren großen Heiligtümern des Islams. Auch bei diesen Entscheidungen der Woodhead-Kommission handelt es sich freilich um Binsenwahrheiten, die aber andererseits unter dem Regime Ormsby-Gore völlig unberücksichtigt geblieben sind. Daß mit dem Abgang dieses Kolonialministers in einiger Hinsicht doch ein grundsätzlicherer Kurswechsel beabsichtigt war, mag sich gerade aus diesen unvoreingenommenen Entscheidungen der Woodhead-Kommission ergeben.

So ist also der Teilungsplan bereits zu einer geschichtlichen Phase in der verworrenen Entwicklung der Palästinafrage geworden. Für London war es gewiß nicht angenehm, daß man sich dazu entschließen mußte, die Teilungsidee überhaupt preiszugeben. Auf der anderen Seite wagte man es wohl nicht, den Plan C den Juden überhaupt anzubieten. Die Vorgänge nach der Veröffentlichung des Passfield-Weißbuches schreckten allzusehr, und MacDonald junior wollte wohl nicht in die

Lage kommen, einen ähnlichen „schwarzen Brief", der eine neue Unterwerfung unter die jüdischen Forderungen bedeutet hätte, schreiben zu müssen wie MacDonald senior im Februar 1931. Diese Gefahr war schon bei der Veröffentlichung des Woodhead-Reports wieder ganz nahegerückt. Die Jewish Agency hatte offenbar schon bald nach der Rückkehr der Woodhead-Kommission in Erfahrung gebracht, daß diese ein ähnlich vernichtendes Dokument vorbereite wie seinerzeit Hope-Simpson. Infolgedessen wurde diesmal der große Apparat des Weltjudentums vorsorglich schon vor der Veröffentlichung des Berichts angekurbelt.

Genau nach dem Muster des Winters 1930/31 wurden dabei vor allem die verantwortlichen Staatsmänner der *Vereinigten Staaten von Amerika* eingespannt. Und wiederum spielte der Apparat der jüdischen Weltorganisation mit der üblichen Präzision. Als Anfang Oktober McMichael nach London kam und sich damit ankündigte, daß die Verhandlungen über die Teilungsidee in ihr Endstadium eingetreten waren, wurden die jüdischen Organisationen in Amerika vorsorglich dazu veranlaßt, daß Tausende von Telegrammen, Briefen und Resolutionen an das Weiße Haus geschickt wurden, in denen die Aufrechterhaltung der Balfour-Deklaration gefordert wurde. Am 12. Oktober erklärte der amerikanische Staatssekretär Cordell Hull bereits öffentlich, „die amerikanische Regierung beobachte die Entwicklung in Palästina mit gespanntem Interesse". Zwei Tage später erließ dann das State Department in Washington ein offizielles Communiqué zur Palästinafrage, das damit begründet wurde, daß der amerikanischen Regierung eine große Zahl von Stellungnahmen unterbreitet worden wären, aus denen sich Befürchtungen ergeben hätten, die britische Regierung beabsichtige, eine neue Politik gegenüber Palästina einzuschlagen, ohne daß dabei die Vereinigten Staaten gehört würden.

Das Communiqué beginnt mit der Versicherung des Interesses Amerikas für die Errichtung eines jüdischen National-

Abdallah ibn Hussein, Emir von Transjordanien

heimes in Palästina, das von verschiedenen Präsidenten seit Wilson zum Ausdruck gekommen sei. Außerdem habe der Kongreß am 21. September 1922 sein „moralisches Interesse und seine günstige Stellung" zu einem solchen Unternehmen offiziell ausgedrückt. „Amerikanische Intelligenz und amerikanisches Kapital", so heißt es in dieser Veröffentlichung des State Department, „haben in Palästina eine führende Rolle gespielt, und bei verschiedenen Gelegenheiten hat die amerikanische Regierung ihre Ansichten, die sich auf die Rechte der Vereinigten Staaten und ihrer Bürger in Palästina beziehen, zur Kenntnis der britischen Regierung gebracht... Es wird daher erwartet, daß die amerikanische Regierung die Möglichkeit haben wird, ihre Ansichten über jede Änderung in Palästina, die die amerikanischen Rechte betreffen könnte, der britischen Regierung zu unterbreiten..." Das amerikanische Communiqué beruft sich dann ausdrücklich auf den von uns früher schon behandelten englisch-amerikanischen Vertrag vom 3. Dezember 1924. „Das State Department", so schließt die Erklärung, „wird die Entwicklung der Dinge genau verfolgen und alle notwendigen Schritte zur Aufrechterhaltung der amerikanischen Rechte und Interessen in Palästina unternehmen." Am gleichen Tage erschien Mr. Kennedy, der amerikanische Botschafter in London, sowohl im Foreign Office wie bei Malcolm MacDonald, um dieses Communiqué als Note der Vereinigten Staaten zu überbringen und besonders darauf hinzuweisen, daß über 10 Millionen Pfund Sterling im Laufe der letzten Jahre von Amerika nach Palästina geflossen seien[107].

So hatte also das alte Spiel in aller Breite wieder begonnen. Die britische Regierung mußte sich nunmehr darüber klar sein, daß jeder Schritt, den sie in der Palästinafrage unternehmen würde, von Amerika, das heißt also von der amerikanischen Regierung, im engen Einvernehmen mit den Spitzenorganisationen des Weltjudentums, scharf überwacht werden würde. Acht Tage später wurde diese Tendenz noch deutlicher

durch eine Stellungnahme *Roosevelts* selbst unterstrichen, der durch den Senator des Staates New York – in dem sich bekanntlich die größte Judenansammlung der Welt befindet – Robert F. Wagner, erklären ließ, er sei „überaus besorgt um die Aufrechterhaltung Palästinas als eines jüdischen Nationalheimes". Die amerikanische Regierung werde alles tun, was in ihrer Macht stehe, um England von einer Beschränkung der jüdischen Einwanderung abzuraten. Palästina müsse als jüdisches Nationalheim ohne Begrenzung dienen. „Alles, was überhaupt getan werden kann", so erklärte Präsident Roosevelt, „wird für diese Sache getan werden [108]." Senator Wagner, befragt, welche Maßnahmen Amerika zugunsten des Judentums in Palästina ergreifen könne, erklärte bedeutungsvoll: „Ich glaube, wir befinden uns in einer so günstigen Lage, daß wir unsere Proteste wirksam machen können. Ich bin äußerst hoffnungsfroh und bin überzeugt, daß Palästina auch weiterhin als jüdische nationale Heimstätte dienen wird." Nichts könnte bezeichnender sein, als daß am selben Tage der „Federal Council of the Churches of Christ in America" in einem Briefe an den Präsidenten sich ebenfalls für die jüdischen Forderungen in Palästina einsetzte. Gleichzeitig wurden am 2. November 1938, dem Jahrestag der Balfour-Deklaration, Massenversammlungen in ganz Amerika zur Palästinafrage abgehalten. Man sieht, wie in allen Einzelheiten sich das Spiel des Winters 1930 zu wiederholen begann.

Es erstaunte nicht, daß die Veröffentlichung des Woodhead-Berichts sofort eine allgemeine Wut- und Protestbewegung der Juden auslöste. In England selbst empfand man diese Situation allmählich als unbehaglich, wie aus einer Äußerung der „Times" Anfang Oktober 1938 hervorging, in der es hieß: „Allein die Versprechungen an die Juden und die pathetische Dringlichkeit ihrer Lage in der heutigen Welt haben Großbritannien verleitet, etwas zu versuchen, was unter anderen Umständen von der britischen öffentlichen Meinung als ein ungerechter Versuch betrachtet worden wäre, einem Volke

(also den Arabern) einen politischen Zustand aufzuzwingen, den es für unvereinbar mit seinen nationalen Interessen hält."

Gleichzeitig mit der Ablehnung der Teilungsidee schlug die britische Regierung in ihrer Erklärung vom 9. November 1938 eine *Konferenz* von Engländern, Arabern und Juden in London vor. Es war von vornherein bekannt, daß die britische Regierung kaum damit rechnete, das Palästinaproblem könne mit Hilfe einer derartigen Konferenz wirklich gelöst werden.

Die Engländer luden zu der Konferenz Vertreter sämtlicher unabhängiger arabischer Staaten ein. Als Mitte Januar 1939 sich diese arabischen Delegationen zu einer Vorkonferenz in Kairo, die unter dem Vorsitz des ägyptischen Ministerpräsidenten Mahmud Pascha stattfand, zusammenfanden, war Saudi-Arabien durch den zweitältesten Sohn Ibn Sa'uds, den Vizekönig von Mekka, Emir Feisal, vertreten, der Yemen durch seinen Kronprinzen, der Irak durch den vierzehn Tage vor der Konferenz wieder zur Ministerpräsidentschaft gelangten Nuri es-Said Pascha, Ägypten schließlich durch seinen Ministerpräsidenten und durch den Thronminister Ali Maher, der später auf der Londoner Konferenz hinter den Kulissen die wichtigste Rolle spielen sollte. Auch Transjordanien hatte einen Vertreter entsandt, während Syrien und der Libanon, wohin ursprünglich ebenfalls Einladungen von England ergangen waren, auf französischen Einspruch hin nicht vertreten waren. Um eine Vertretung der Araber Palästinas überhaupt zu ermöglichen, waren die seit Oktober 1937 auf die Seychellen verbannten Araberführer frei gelassen worden. Als die wichtigsten Vertreter des arabischen Palästina erschienen Djamal Husseini, ein Verwandter des Mufti, und Aouni Bey Abdul Hadi. Die acht Tage lang dauernde Vorkonferenz in Kairo war im wesentlichen mit der Streitfrage erfüllt, ob auch die Familie der Naschaschibi entsprechend dem britischen Wunsch auf der Konferenz vertreten sein sollte. Der Mufti, mit dem sowohl von Kairo wie später von London aus von den arabischen Delegationen Fühlung genommen werden mußte,

sprach sich erst in seinem Exil bei Beirut scharf dagegen aus. Schließlich, schon nach der Abreise der arabischen Delegationen nach London, gelang es aber den Engländern, daß zwei Vertreter der Naschaschibi-Familie in die arabische Delegation aufgenommen wurden.

Die Konferenz in London wurde am 7. Februar 1939 durch den Premierminister Chamberlain feierlich eröffnet. Von jüdischer Seite war neben Chaim Weizmann Rabbi Stephen S. Wise, der Präsident des American Jewish Congress, und fast alle bekannten Zionistenführer erschienen. Von einer „Round Table Conference" konnte indes nicht die Rede sein, da die Araber sich weigerten, mit den Juden an einem Tische Platz zu nehmen. Malcolm MacDonald, der als Kolonialminister die eigentlichen Verhandlungen zu leiten hatte, mußte viele Wochen hindurch mit den Arabern und den Juden getrennt verhandeln. Das sachliche Ergebnis fassen wir in dem dieser Auflage unseres Buches beigegebenen Nachwort zusammen. Am 17. März 1939, also fast sechs Wochen nach der Eröffnung der Konferenz – konnte sie als gescheitert angesehen werden. An diesem Tage lehnten sowohl die arabischen wie die jüdischen Delegationen den ihnen übermittelten britischen Vorschlag endgültig ab. Es war nicht zu verkennen, daß die Engländer während der Konferenz zunächst eine sichtbare Schwenkung zum arabischen Standpunkt hin vornahmen, die sich indes dann im Laufe der Verhandlungen wieder abschwächte, nachdem der Hauptzweck, nämlich eine weitgehende stimmungsmäßige Beeinflussung des Arabertums für die englische Stellung im Vorderen Orient, erreicht war. Von allen Einzelergebnissen unberührt, blieb die Tatsache bestehen, daß England in keinem Falle seine militärische Position in Palästina räumen oder nur schwächen wird. Quod erat demonstrandum.

Die großarabische Bewegung und das Empire

Die Fürsten Arabiens im Kampf um Palästina

Der Emir Abdallah besitzt in seiner Hauptstadt Amman zwei Residenzen. Auf einem Hügel abseits von der Stadt liegt sein Schloß, ein europäischer Bau, der sich nur durch die vergitterten Haremsfenster von ähnlichen Gebäuden in unseren Strichen unterscheidet. Das „Office" liegt mitten in der Stadt gegenüber dem wohlerhaltenen Zirkus des altrömischen Philadelphia. Es ist ein kleines einstöckiges Haus, das früher einmal als Gasthaus gedient hat, ehe die Cook Company unweit davon das freundliche kleine Hotel Philadelphia erbaut hat, in dessen Speisesaal eine schweigsame Gesellschaft englischer Beamter Lunch und Dinner einzunehmen pflegt. Sie haben sich nicht mehr viel zu sagen, diese Herren vom Stabe des englischen Beraters beim Emir. Aber sie behandeln sich gegenseitig mit einer ausgesuchten, einer fast zarten Höflichkeit, und wer unter ihnen nicht schon archäologiebegeistert dorthin kam, hat sich längst dazu bekehrt, den Ritus des englischen Sonntags damit zu erfüllen, daß man im Auto oder auf einem Kamel mit Hammer und Spaten in einen der vielen Steinbrüche der Umgebung fährt, um nach römischen oder womöglich noch älteren Spuren zu forschen. Auch eine englische Malerin gab es da, die in dem kleinen Speisesaal eine rührende Ausstellung von Bildern aufgebaut hatte, die an gewisse Läden in Rothenburg oder Assisi erinnerte. Auch Überraschungen bot mir Amman. Als ich abfuhr, gesellte sich ein alter Vagabund zu mir, der ausgerechnet aus meiner fränkischen Heimatstadt stammte, einst Botengänge für meinen Großvater verrichtet hatte und der mir auf der Rückfahrt von Amman nach Jerusalem in lückenloser Kenntnis die Geschichte

meiner Vorfahren erzählte. Sonst gibt es nicht viel in Amman. Aber schön ist der Bazar, in dem neben dorthin verschlagenen europäischen Scheußlichkeiten und japanischen Konservenbüchsen noch die wundervollen arabischen Kaffeekannen der Beduinen zu finden sind, wenn man sie zu suchen weiß. Petroleumkanister sind jedoch bei weitem in der Überzahl. Das Handwerk lebt noch, aber es ist ähnlich bedroht wie die Aufzucht und der Handel mit Kamelen, die durch das Auto immer unwirtschaftlicher werden, selbst für den Beduinen. Dafür gibt es Waffenhandlungen, in denen man freilich nicht Karl May-Vorderlader mit elegant geschweiftem Kolben, dafür aber amerikanische Karabiner kaufen kann. Ohne Waffenschein. In Transjordanien hat noch jeder Mann das Recht, Waffen zu tragen. Die Engländer sollten dies beim arabischen Aufstand in Palästina zu spüren bekommen.

In Amman ahnt man das freie Arabien. Wohl steht die englische Macht mit festem Fuße auch im Transjordanlande, aber die Atmosphäre ist bereits sehr verschieden von der gedrückten Mandatsluft in Palästina. Transjordanien ist der Vorhof der arabischen Freiheiten. Die Mauer, mit der ihn Britannien umgab, ist so unsichtbar wie möglich gemacht. Dennoch genügt sie, um die Fluten der großarabischen Bewegung, die beständig die Fundamente dieses transjordanischen Staates bespülen, einzudämmen. Aber man spürt schon das Brausen der Wellen. Die große Wüste ist nah. Auch Abdallah, obgleich ein Gefolgsmann im großen Heerzug der Briten, kann sich ihr nicht entziehen. Amman liegt bereits im Schnittpunkt der Macht des Empire und den Wallungen der großarabischen Bewegung.

Der Emir empfängt mich zu früher Morgenstunde im „Office". Er erhebt sich in einem halb verdunkelten, mit schweren Teppichen ausgelegten Raum hinter einem mächtigen, mit Büchern und Papieren bedeckten Schreibtisch. Seine mittelgroße Gestalt ist von einem braunen Burnus aus feinem Stoff umhüllt. Ein weißes arabisches, von der zweimal geschlungenen Kordel gehaltenes Kopftuch umrahmt ein beinahe noch

jugendliches Antlitz von natürlicher Würde und Anmut. Die hintergründigen braunen Augen des Fürsten heften sich forschend auf den Besucher. Der alte Adel der Wüste spricht aus jeder Geste. Abdallah ist heute der letzte aus der großen Lawrence-Zeit der Haschemitenfamilie. Sein Vater Hussein und sein Bruder Feisal sind tot, einer seiner jüngeren Brüder ist Gesandter des Irak in Berlin. Sein Neffe Ghazi, der Sohn Feisals, residiert in Bagdad.

Der Emir spricht nur Arabisch, allein wenn jemand Türkisch versteht, wählt er diese Sprache. Doch folgt er aufmerksam jedem zwischen mir und dem Dolmetscher gewechselten englischen Satz. Der Eindruck seiner Worte ist so unmittelbar, daß man fast meinen möchte, man könne seinen Fragen in arabischer Sprache folgen. Es ergibt sich, daß er die Vorgänge in Europa mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Natürlich sprechen wir über Italien, über meinen Besuch bei Nahas Pascha in Kairo und über die Türkei. Als wir uns dem eigentlichen Thema, Palästina, nähern, wird der Dolmetscher gewechselt. Offenbar tritt hier nun ein Spezialist in Funktion. Der Emir wendet sich gegen den Extremismus in Palästina. Der Name des Mufti fällt nicht, aber es ist klar, daß er gemeint ist. „Wir arabischen Herrscher haben unsere Söhne in Palästina in den Monaten des Aufstandes beraten und sie zur Mäßigkeit ermahnt. Wir werden dies auch ferner tun." Wir kommen auf Syrien zu sprechen, und der Emir meint: „Republiken haben in arabischen Seelen einen schwankenden Grund. In unseren Ländern muß es Herrscher geben. Die Grenze zwischen Palästina und Transjordanien ist unnatürlich. Aber auch die anderen Grenzen in Arabien sind nichts Endgültiges. Ich bin fest überzeugt, daß eines Tages ein *arabischer Bismarck* kommen wird, der diese Länder so einigt, wie auch Deutschland einmal geeinigt worden ist. Die arabische Einigung wird sich vollziehen, davon sind wir überzeugt. Und das ist das Wichtigste, was wir Ihnen zu sagen haben."

Natürlich hat sich Emir Abdallah nicht darüber ausgespro-

chen, wie er sich die Einigung Arabiens vorstellt, und sicherlich möchte er König Ibn Sa'ud, seinen mächtigen Nachbar im Süden, nicht als den „arabischen Bismarck" sehen. Seitdem Ibn Sa'ud seinen Vater aus dem Hedschas vertrieben hat, ist mehr als ein Jahrzehnt vergangen. Ein Grenzvertrag zwischen Saudiarabien und Transjordanien ist abgeschlossen. Noch Ende 1937 wurde er durch einen neuen Freundschaftsvertrag erneuert, aber Emir Abdallah wird wohl Ibn Sa'ud nie vergessen, daß jener die Haschemitendynastie aus dem Lande der heiligen Stätten vertrieb. Andererseits aber sieht Ibn Sa'ud in dem Emir von Transjordanien keinen gleich ihm unabhängigen Fürsten, sondern eine von englischer Macht und englischem Geld abhängige Figur.

Tatsächlich ist Transjordanien in seiner heutigen Gestalt eine durchaus künstliche Schöpfung, die vor der Geschichte gesehen kaum Bestand haben kann. Es ist anzunehmen, daß Abdallah selbst, dem ursprünglich der Thron in Bagdad winkte, solange Syrien für Feisal offenzustehen schien, im heutigen Transjordanien ebenfalls nicht mehr sieht als eine staatliche Übergangserscheinung. Seine politische Verbindung mit der Naschaschibi-Familie in Jerusalem mag seit langem schon dem Ziele gedient haben, daß eines Tages eine Verschmelzung zwischen Palästina und Transjordanien unter seiner Oberherrschaft, und sei es auch von Englands Gnaden, erfolgen könne. Sein Land ist trostlos arm. In seinem östlichen Teile umfaßt es ein wesentliches Stück der syrischen Wüste, im Westen Steinhügel, die nur dort, wo sich Wald erhalten konnte oder neu angepflanzt wurde, fruchtbaren Humus tragen. Von den 300 000 Einwohnern sind noch etwa 50 000 Beduinen. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt noch nach altem arabischen Stammesrecht[109]. Die Verfassung, die zugleich mit einem Staatsvertrag mit Großbritannien im Frühjahr 1928 in Kraft gesetzt wurde, fand unter den arabischen Untertanen des Emirs schärfste Opposition, die sich durch seine Rolle in der Palästinapolitik gerade in den letzten Jahren wieder

merklich verstärkt hat. Die Engländer haben Transjordanien nicht als unabhängigen Staat, sondern nur als ein unabhängiges Gebiet anerkannt. Sie haben sich insbesondere das Recht gesichert, in Transjordanien Teile der britischen Armee und Luftwaffe zu unterhalten. Der Emir besitzt zwar selbst eine arabische Legion, die aber praktisch doch dem Oberbefehl des englischen Beraters in Amman und des Hohen Kommissars in Jerusalem untersteht. Durch all diese Regelungen, die noch durch bestimmte innerpolitische Eingriffsmöglichkeiten der Engländer verstärkt werden, ist also das arabische Staatsgebilde im Osten Palästinas nach Aufbau und freier Entschlußmöglichkeit überaus problematisch. In Transjordanien ist das Ideal der „Schule" des India Office, wie wir es aus den Erinnerungen Sir Arnold Wilsons kennenlernten, am klarsten verwirklicht worden.

Auf der anderen Seite ist jedoch nicht zu übersehen, daß der britische Einfluß auch im Irak, im saudischen Arabien und in Ägypten überaus groß geblieben ist, obwohl es sich bei all diesen drei Staaten heute um völkerrechtlich unabhängige und souveräne Rechtssubjekte handelt. Der Irak ist 1932, Ägypten 1937 der Genfer Liga als unabhängiger Staat beigetreten, das saudische Arabien gehört ihr nicht an, seine Unabhängigkeit steht jedoch schon seit seinen Verträgen mit Großbritannien während des Krieges fest. Syrien schließlich befindet sich ebenso wie die Libanonrepublik seit dem Herbst 1936 in einem Übergangsstadium, das angeblich zur vollen Unabhängigkeit führen soll. Wir sagen angeblich, weil es noch immer kaum wahrscheinlich ist, daß die Franzosen auch aus dem Libanon ihre Truppen zurückziehen werden. Selbst für das eigentliche Syrien steht dies noch keineswegs fest.

So bietet die arabische Welt in Vorderasien auf den ersten Blick ein überaus zersplittertes Bild. Die Feindschaft zwischen den Haschemiten und der Dynastie Ibn Sa'uds, die nur oberflächlich überbrückt ist, der Gegensatz zwischen dem Mufti von Jerusalem und dem Emir Abdallah, der auch nach der

Vertreibung des Mufti aus Jerusalem anhält, die Sonderlage Ägyptens durch die britischen Rechte am Suezkanal, im Nildelta und den ägyptischen Flugplätzen rings im Land, die Unsicherheiten, die in Syrien durch künstliche staatliche Zersplitterung und ebenso künstlich geschaffene Parteienfehden hervorgerufen wurden – dies alles gibt, wenn man von einer panarabischen Bewegung sprechen hört, zu vorsichtiger Beurteilung Anlaß.

Dennoch läßt es sich nicht leugnen, daß in den letzten Jahren über das Wirken der seit Jahrzehnten schon im gesamten arabischen Gebiet aufgetretenen geheimen nationalistischen Orden und Gesellschaften hinaus eine Bewegung entstanden ist, die zum erstenmal seit der Zersplitterung, die die arabischen Kräfte mit den Staatsgründungen der Nachkriegsjahre gefangen hielt, einen einheitlichen Willen spüren ließ. Keine Frage: *diese Bewegung hat sich an dem Kampfe um Palästina entzündet.* Ihre Wurzeln reichen weiter zurück. Aber durch das Aufbrechen der palästinensischen Frage ist zum erstenmal zum mindesten der Versuch gemacht worden, ein großarabisches Gemeinschaftsgefühl auch bei den untereinander sich befehdenden arabischen Herrschern zu entwickeln. Vom ersten Augenblick des arabischen Aufstandes im Jahre 1936 an haben die Araber Palästinas die Verbindungen zu den Höfen in Mekka, Bagdad und Amman aufgenommen. Noch während des Streiks weilte Aouni Bey Abdul Hadi bei Ibn Sa'ud im Auftrage des Mufti. Im Frühjahr 1937 benutzte der Mufti selbst eine Pilgerfahrt nach Mekka zu ausführlichen Unterredungen mit dem König Zentralarabiens. Delegationen nach Bagdad waren durch die kleinere Entfernung fast an der Tagesordnung. Ein Vierteljahr nach dem Ausbruch der Unruhen lud Emir Abdallah das Hohe Arabische Komitee nach Amman zu einer Beratung ein. *Nuri Pascha,* damals Außenminister des Irak, traf im August 1936 in Jerusalem ein, um zwischen der englischen Mandatsregierung und dem Hohen Arabischen Komitee zu vermitteln.

So kam es zu der hochbedeutsamen Tatsache, daß die Engländer 1936 den Streik in Palästina nicht durch die Machtmittel des Generals Dill zu beenden vermochten, sondern daß der Aufstand erst vom Hohen Arabischen Komitee abgesagt wurde, als König Ibn Sa'ud, König Ghazi vom Irak und Emir Abdallah ein gemeinsames Schreiben an das Hohe Arabische Komitee gerichtet hatten, das folgenden Wortlaut hat:

„Durch den Präsidenten des Hohen Arabischen Komitees an *Unsere Söhne,* die Araber von Palästina:

„Wir sind sehr beunruhigt durch den gegenwärtigen Zustand in Palästina. Deshalb sind Wir übereingekommen mit Unseren Brüdern, den Königen und dem Emir, Euch aufzufordern, Euch zum Frieden zu entschließen, um weiteres Blutvergießen zu verhindern. Hierbei verlassen Wir Uns auf die guten Absichten Unseres Freundes Großbritannien, der erklärt hat, daß er Gerechtigkeit üben wird. Ihr müßt zuversichtlich sein, daß Wir Unsere Anstrengungen zu Eurer Unterstützung fortsetzen werden" [110].

Ganz ähnlich war es auch mit dem Entschluß des Hohen Arabischen Komitees, den ursprünglich gegen die Peel-Kommission ausgesprochenen Boykott aufzugeben. Tatsächlich hätte dieser Boykott die Arbeit der Kommission weitgehend beeinträchtigt, wie das später bei der Woodhead-Kommission der Fall war. Das Hohe Arabische Komitee wurde von den Engländern, denen viel daran lag, daß bei den Untersuchungen Lord Peels und seiner Kollegen nicht der Eindruck entstünde, sie seien einseitig nur auf den jüdischen Aussagen aufgebaut worden, sehr bedrängt, den Boykott fallen zu lassen. Dies geschah aber erst, als König Ghazi und König Ibn Sa'ud nach der Rückkehr einer abermaligen Palästinadelegation von den beiden arabischen Höfen einen Brief an das Hohe Arabische Komitee schrieben, in dem es hieß:

„Wegen des Vertrauens, das Wir in die guten Absichten der britischen Regierung setzen, den Arabern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, haben Wir eingesehen, daß es im Interesse

der arabischen Sache liegt, mit der Königlichen Kommission in Berührung zu kommen... Wir haben den edlen Delegationen (das heißt Aouni Bey Abdul Hadi) alle Unsere Gedanken hierüber auseinandergesetzt und versichern Euch, daß Wir nicht unterlassen werden, Euch, soweit es in Unserer Macht steht, zu helfen, und Wir hegen die Hoffnung, daß Gott Euch allen beistehen wird, wie es für den Islam und die Araber am besten ist."

Mit diesen beiden Briefen waren Präzedenzfälle geschaffen, die für die britische Gesamtstellung im Orient durchaus nicht angenehm sein konnten. Die arabischen Könige hatten im ersten Brief die Araber Palästinas als „ihre Söhne" angesprochen. In England wurde dies bitter und mit wenig Freude bemerkt. Grundsätzlich war damit der Anspruch der arabischen Fürsten auf Palästina festgelegt, obwohl in beiden offiziellen Schreiben an das Hohe Arabische Komitee die Fürsten zum Einlenken und zur Mäßigung rieten. Die Aktion, die insbesondere Nuri Pascha im August 1936 in Palästina unternahm, als er im Auftrag der Regierung des Irak Wauchope seine „guten Dienste" als Vermittler anbot, ist zwar gescheitert. Die Tatsache allein, daß diese Aktion möglich wurde, war für die bisherige Praxis der britischen Orientpolitik etwas völlig Neues. Der Außenminister eines orientalischen Staates als Vermittler zwischen einer von England eingesetzten Regierung und einer aufständischen Partei, die von England als illegal angesehen wurde? Dies hatte es tatsächlich in der britischen Kolonialgeschichte noch kaum gegeben. Nichts konnte besser unterstreichen, wie ernst die Lage inzwischen geworden war. Aus diesen Vorgängen leitete sich um die Jahreswende 1938/39 dann der Versuch der Engländer her, bei einer Konferenz am runden Tisch über Palästina die arabischen Staaten zu beteiligen und sie dadurch mitverantwortlich für das künftige Schicksal Palästinas zu machen.

Die Araber Palästinas sind durch die vermittelnde Haltung der arabischen Könige allerdings mehrfach enttäuscht wor-

den, und als sich im Herbst 1937 zum erstenmal in Genf arabische Stimmen in aller Form gegen England wandten, wußte man in Jerusalem sehr wohl, daß diese Demonstrationen zunächst nur theoretischer Natur sein würden. Bereits unmittelbar nach der Veröffentlichung des Peel-Berichts hatte der Ministerpräsident des Irak in einer Rede erklärt: „Die Rechte der Araber Palästinas sind unbestreitbar. Wir können keine Handbreit dieses Landes abgeben und sind eher bereit, dafür zu sterben. England soll zugeben, daß Palästina ein arabisches Land ist, und ihm eine arabische Regierung zubilligen. Wenn das uns verbündete England die Teilung unbedingt durchführen will, so wird kein Araber dazu sein Einverständnis geben. Wer es dennoch tut, wird geächtet sein“[111]. In Ägypten schaltete sich der Onkel des Königs Faruk, Prinzregent Mohammed Ali, mit einem warnenden Brief an London ein. Der später im Dezember 1937 zum Ministerpräsidenten ernannte Mohamed Mahmud Pascha sandte ein Begrüßungstelegramm an das Hohe Arabische Komitee, während Anfang August der Außenminister des Irak offiziell einen Protest in Genf beim Generalsekretär hinterlegte[112].

Inzwischen griff die Bewegung offiziell nach Indien über. Anfang September 1937 wurde in Allahabad ein indisch-arabischer Kongreß zusammengerufen, der als große Kundgebung der indischen Mohammedaner gegen die Teilung Palästinas durchgeführt wurde. Zum erstenmal seit dem mißglückten Kongreß des Mufti in Jerusalem 1932 setzte sich damit die politische Vertretung der 77,5 Millionen indischer Mohammedaner für Palästina in Bewegung. Eine große Zahl von weiteren Demonstrationen folgte auch im Jahre 1938.

In Genf war mittlerweile die Vollversammlung der Liga zusammengetreten, auf der nunmehr der ägyptische Außenminister Wasif Ghali Pascha den offiziellen Protest *Ägyptens* gegen den Teilungsplan einbrachte. Er erklärte, eine Teilung würde das Friedensproblem in Palästina nicht lösen, man würde zwei sich bekämpfende kleine Staaten ohne Lebens-

fähigkeit schaffen. Man solle einen Vertrag zwischen England und Palästina vorsehen, der den vorausgehenden Verträgen entsprechen solle, die England mit den arabischen Staaten geschlossen habe[113]. „Die Palästinafrage", so sagte Ghali Pascha, „beansprucht die regste Aufmerksamkeit von Volk und Regierung in Ägypten, denn enge nachbarliche Beziehungen bestehen zwischen Ägypten und Palästina, und eng sind auch die religiösen und historischen Bande, die Ägypten und die heiligen Stätten verbinden, wie auch die Bande der Brüderlichkeit, die auf einer gemeinsamen Sprache, Religion und Kultur sich aufbauen. Dies alles verbindet uns mit dem Volk von Palästina, wie auch die engen Verbindungen durch das Bündnis und die Freundschaft, die zwischen Ägypten und England, der Mandatsmacht, existieren."

Am nächsten Tage schloß sich der Vertreter des *Irak* den Ausführungen des ägyptischen Außenministers an. Auch der Vertreter des *Iran* zeigte deutliche Sympathien, wenn er sagte, Balfour habe Dinge verschenkt, die ihm nicht gehört hätten. Es war bezeichnend genug, daß sich diesen drei orientalischen Staaten, die gegen den Teilungsplan offiziell in Genf protestierten, der irische Ministerpräsident de Valera anschloß, der den Peel-Plan als das „grausamste Unrecht" bezeichnete, das je einem Volke zugemutet worden sei[114]. All diese Einsprüche wurden in Genf zu einem Zeitpunkt erhoben, an dem das Schicksal des Hohen Arabischen Komitees bereits besiegelt war. Wenige Tage später holte Wauchope im Auftrage Ormsby-Gores zum großen Schlage aus. Die Proteste als solche waren also wie noch alle Proteste in Genf völlig unwirksam. Dennoch darf man sie als Symptome nicht übergehen, da es noch vor wenigen Jahren schlechthin undenkbar gewesen wäre, daß sich eine offene Front von orientalischen Staaten bilden würde, die sich vor der Weltöffentlichkeit gegen England zusammengeschlossen hätte. Der Anspruch all dieser arabischen und darüber hinaus noch einiger mohammedanischer Staaten, bei der Entscheidung über das künftige Schicksal Pa-

lästinas nicht übergangen zu werden, war grundsätzlich angemeldet.

Er wurde noch dadurch unterstrichen, daß in dem Kurort *Bludan,* unweit von Damaskus, eine inoffizielle großarabische Konferenz zusammentrat, an der 450 Vertreter aus sämtlichen Staaten des Vorderen Orients, davon aus Palästina 75, teilnahmen. Diese Konferenz, die bereits in den ersten Septembertagen zusammengetreten war, erwies sich als eindeutig antienglisch. Sie unterstrich die arabischen Forderungen. Es war bezeichnend, daß in ihr auch ein griechisch-orthodoxer Bischof aus dem Libanon auftrat, der ohne Umschweife erklärte, zur Verteidigung der heiligen Stätten bedürfe man der Engländer nicht. Es wurde einmütig beschlossen, daß alle Bündnisse und alle Zusammenarbeit mit Großbritannien eingestellt werden müßten, wenn dieses auf dem Teilungsplan bestünde. Die Pflicht der Araber sei es, in ihren mohammedanischen Ländern für das Ziel der Befreiung Palästinas zu kämpfen. Dies sei auch die Voraussetzung dafür, daß irgendeine Art von Zusammenarbeit mit den Juden zustande kommen könne. Diese Konferenz in Bludan war, wie gesagt, inoffiziell, aber es war klar, daß sowohl in Syrien wie im Irak die Regierungen dieses Unternehmen moralisch unterstützten. Das Unwahrscheinliche – angesichts der bisherigen arabischen Zersplitterung – war also im Laufe zweier Jahre Wirklichkeit geworden. Durch die offene Palästinafrage hatte sich eine zwar noch nicht schlagkräftige, aber dennoch moralisch gewichtige großarabische Front gebildet. Dies konnte natürlich noch nicht bedeuten, daß England seine Politik des divide et impera damit schon verloren geben mußte. Sicherlich aber war sie von nun ab wesentlich erschwert. Bezeichnend für die Beurteilung dieser Vorgänge war es, daß Emir Abdallah einige der transjordanischen Teilnehmer an der Konferenz von Bludan sofort verhaften ließ, als sie aus Syrien zurückgekehrt waren.

Der Kongreß von Bludan wurde nach Jahresfrist im Oktober

1938 mit einem *allarabischen Kongreß in Kairo* auf einer offizielleren Ebene fortgesetzt. Auf Einladung des ägyptischen Politikers Alluba Pascha trafen sich die maßgebenden Parlamentarier der arabischen Länder, wobei Ägypten, der Irak, der Libanon und Syrien durch weit größere und offizielle Abordnungen vertreten waren als in Bludan. Auch aus Indien, Marokko und selbst aus den mohammedanischen Gebieten Jugoslawiens waren Abordnungen erschienen. Der Kongreß zählte ungefähr 2000 Teilnehmer und wurde vom Präsidenten der ägyptischen Abgeordnetenkammer Bahi Eddin Rakat Pascha unter Anwesenheit der Kammerpräsidenten der Parlamente des Irak und Syriens eröffnet. Die abschließenden Forderungen deckten sich im wesentlichen mit denen der Konferenz von Bludan. Es wurde betont, daß der Verzicht auf die Balfour-Deklaration und die Abstoppung der Judeneinwanderung nach Palästina sowie die Bildung einer Araberregierung Voraussetzung für die Freundschaft zwischen England und den islamischen arabischen Staaten sei. Eine Nichterfüllung müsse als Akt der Feindschaft angesehen und mit politischen Gegenmaßnahmen beantwortet werden. Auch diese interparlamentarische Konferenz beschloß, einen ständigen Ausschuß für die Weiterverfolgung der Palästinafrage einzusetzen. Den britischen Entschluß, die arabischen Staaten zur Endlösung in Palästina beizuziehen, dürfte diese Konferenz immerhin mitbeeinflußt haben.

Illusion des Panislamismus – Die wahren Kräfte des Islams

Man muß sich vor Illusionen hüten. In den letzten Jahren ist sehr viel von „Panislam" und „Panarabismus" die Rede gewesen. Im Orient sowohl wie in Europa. Was ist Traum, was Wirklichkeit und was Möglichkeit?

Als die allarabische Konferenz von Bludan ihre scharfen Beschlüsse gegen die britische Palästinapolitik und die Balfour-Deklaration gefaßt hatte, sandte sie eine Reihe von Telegrammen ab. Die Liste der Empfänger ist aufschlußreich. Es wur-

den bedacht: König Ibn Sa'ud in Riad, König Ghazi in Bagdad, der Präsident Syriens in Damaskus, der Imam des Jemen, König Faruk in Kairo sowie eine Reihe von arabischen Führern in Tunis, Algier und Marokko und der Führer des Palästinaaufstandes Fauzi Kaukji. Sodann aber auch der Papst in Rom sowie Pandit Jawaharlal Nehru, der Präsident des allindischen Kongresses, sowie auch einige mohammedanische Führer in Indien und schließlich die Direktoren der arabischen Presse[115]. Offensichtlich sind weder der Papst noch Jawaharlal Nehru Mohammedaner. Im Beschlusse des Kongresses von Bludan hieß es: „Die Delegierten bitten vor Gott, vor der Geschichte, vor der arabischen Nation und vor den Völkern des Islams, daß sie in ihrem Kampf festhalten und daß sie ihre Anstrengungen für die arabische Sache in Palästina verstärken mögen, bis es gerettet ist und Palästina seine eigene Souveränität besitzt." Es ist offenbar, daß trotz dieser Erwähnung der „Völker des Islams" der Kongreß in Bludan keine „Panislam"-Veranstaltung war, sonst hätte auch kaum ein griechisch-orthodoxer Bischof auf diesem Kongreß auftreten können. Der parlamentarische Kongreß in Kairo stand dagegen weit mehr unter panislamischen Vorzeichen.

Der arabische Befreiungskampf vollzieht sich auch unter der Parole des Islams, aber keineswegs ausschließlich. Nur etwa ein Fünftel der 250 Millionen Mohammedaner in der Welt spricht arabisch. Da der bei weitem größte Teil der Araber mohammedanisch ist, wird der Versuch, zu gegebenen Gelegenheiten die arabische Sache in eine Sache des Islams auszuweiten, immer wieder gemacht werden. Da man andererseits aber auf die arabischen Christen in Syrien (vor allem im Libanon) und in Palästina, wie auch auf die Kopten in Ägypten nicht verzichten kann, wird die panislamische Parole stets problematisch bleiben. Wir sagen nicht, daß sie völlig ohne Bedeutung sei. Die 77,5 Millionen Mohammedaner in Indien bilden ohne Zweifel ein Element, das bei jeder Auseinandersetzung orientalischer Mächte mit England stark ins

Gewicht fällt. Der Mißerfolg aller bisherigen panislamischen Kongresse liegt jedoch offen am Tage. Ibn Sa'ud hat bei dem von ihm 1926 zusammengerufenen Kongreß ebenso einsehen müssen, wie 1932 der Mufti von Jerusalem, daß auf diesem Boden zwar eine Gefühlspolitik getrieben werden kann, nicht aber – oder jedenfalls noch nicht – eine Realpolitik. Es ist möglich, daß die panislamische Idee sich in den nächsten Jahrzehnten weiter entwickelt, bis zu einer panislamischen Politik aber dürfte es ein weiter Weg sein[116]. Gerade in der Gestalt des Mufti von Jerusalem hat zweifellos in dem arabischen Kampf um Palästina auch der religiöse Untergrund seinen wichtigen Platz gehabt. Greift man aber weiter, so wird man immer wieder darauf stoßen, daß eine panislamische Politik notwendig verbunden ist mit der Frage des Kalifats, für die es noch keine Lösung gibt.

Solange das osmanische Großreich bestand, ist der Islam untrennbar mit dem Sultanat und dem Kalifat in Konstantinopel verbunden gewesen. Das, was schon vor dem Kriege als „Panislamismus" in Europa bekannt geworden ist, war keine Bewegung, sondern lediglich der Versuch des reaktionären Sultans Abdul Hamid, die gesamte orientalische Welt für seine eigene Sache zu gewinnen und auf diese Weise vor allem das Eindringen europäischer Ideen in seinen Machtbereich zu verhindern. Der Gegenschlag war die Gründung des „Klubs für Freiheit und Fortschritt", die sogenannte jungtürkische Bewegung, die von europäischen liberalen Ideen getragen und beflügelt war. Ihr schien eine Erneuerung aus der islamischen alttürkischen Welt heraus unmöglich, solange Religion und Staatsmacht durch Sultanat und Kalifat enger noch miteinander verbunden waren als die orthodoxe Kirche mit dem Zarenreich in Rußland. So erklärt es sich auch, daß sich gerade auf nationaltürkischem Boden der extremste Fall der Abwendung von den altüberkommenen Kulturformen unter der Herrschaft Kamâl Atatürks vollzog. Die Entwicklung in der Türkei ist jedoch nicht etwa für die gesamte orientalische

Die Staatenwelt des Vorderen Orients

Welt zum Richtpunkt geworden, sondern sie wird aller Voraussicht nach der extremste Fall der Europäisierungsversuche bleiben. In allen anderen Gebieten, sowohl den arabischen wie den mittelasiatischen, wird dagegen nach einer Form gesucht, die die Religion nicht von der Mitwirkung an der staatlichen Entfaltung ausschließt, wie in der Türkei, sondern sie im Gegenteil als eine treibende Kraft miteinbezieht und benutzt.

So ist die panislamische von der panarabischen Bewegung durchaus zu unterscheiden. Die erstere kann nichts sein als ein unverbindliches Fernziel, dessen Verwirklichung mit der Lösung der Kalifatsfrage untrennbar verbunden erscheint. Nachdem der Scherif Hussein nach der Aufhebung des Kalifats in der Türkei mit Hilfe seines Sohnes Abdallah vergeblich versucht hatte, das Kalifat für die Haschemitendynastie zu erringen, nachdem Ibn Sa'ud, der König von Ägypten und der Mufti von Jerusalem nacheinander hatten einsehen müssen, daß ihre Ansprüche sich zur Zeit nicht verwirklichen lassen, ist die Frage nach den wahren Kräften des Islams auf eine ganz andere Ebene gedrängt worden.

In fast allen orientalischen Staatsgebilden hat man erkannt, daß die radikale Lösung Kamâl Atatürks für sie unbrauchbar ist, und daß eine derart scharfe Abwendung von den überkommenen Formen islamischen Lebens ihnen mehr Nachteile als Vorteile bringen muß. Nachdem man auf der anderen Seite eingesehen hatte, daß nach dem Zusammenbruch des alten osmanischen Reiches kein Weg für eine panislamische Zusammenfassung vorhanden ist, hat man sich jetzt von Marokko bis an die Grenzen Indiens zu einer Erneuerungs- und Selbständigkeitspolitik durchgerungen, die beide Elemente, Reform und Tradition, ziemlich glücklich verbindet. Die nationalarabischen Parteien in Französisch-Nordafrika, die Fortbildung der ägyptischen Befreiungsbewegung durch König Faruk, das ehemalige Hohe Arabische Komitee in Palästina, die Regierung des Irak, der Schah des Iran und der Emir von

Afghanistan, alle diese verschiedenen Körperschaften und Persönlichkeiten wollen auf die motorische Kraft des sich auf seine ursprünglichen Grundlagen neu besinnenden Islams nicht verzichten.

Soweit es sich um die arabische Welt im engeren Sinne handelt, wollen sie alle im Islam das wichtigste Verbindungsglied sehen, das all die verschiedenen Teilgebiete von Afrika bis nach Mesopotamien hin in eine enge Verbindung bringt, die vor allem eine scharfe Grenze gegen Europa und voraussichtlich schon in einigen Jahren auch gegen Japan zieht. (Niemand im Vorderen und Mittleren Orient beabsichtigt nämlich, den europäischen mit dem fernöstlichen Imperialismus zu vertauschen. Hierüber kann man in Kairo höchst drastische Bemerkungen hören.) All diesen verschiedenen Kräften ist es aber klargeworden, daß sie ihr nationales Eigenleben nicht durch nebelhafte Panideen erwecken, daß sie nicht so ihre Selbständigkeit erringen können, sondern allein durch einen auf konkrete Ziele bezogenen Nationalismus, mit dem freilich religiöse Motive schon deshalb immer wieder verschmolzen werden, weil die Ulemas, die mohammedanischen geistlichen Lehrer, überall in den Nationalbewegungen eine tragende und vorwärtstreibende Rolle spielen. Ein Ibn Sa'ud und allerdings wesentlich abgeschwächter ein Reza Schah im Iran sind auf den Rat der sie umgebenden Ulemas nicht weniger angewiesen als die arabische Selbständigkeitsbewegung in Französisch-Nordafrika, die ganz ähnlich wie heute die Araber in Palästina von geistlichen Würdenträgern geführt wird. Dort, wo eine staatliche Durchbildung schon erreicht ist, wird, wie das Beispiel Ibn Sa'uds beweist, der weltliche Herrscher das Übergewicht und auch das letzte Wort haben. Wenn andererseits einige große nationalarabische Zeitungen in Kairo, wie die „El Ahram" und die „El Mokkatam", heute eine Wirkung haben, die ganz Nordafrika ebenso erreicht wie Palästina, Syrien, den Irak und auch das saudische Arabien, so ist dies eben nur möglich, weil diese ganz modern geleiteten Zeitungen (die

technisch durchaus mit europäischen Zeitungen vergleichbar sind) aus einem Geiste heraus geschrieben werden, dem das verbindende Element des Islams eingeboren ist.

Die nationale Entwicklung im Vorderen Orient ist in den meisten Ländern auf eine Bahn geraten, die in einiger Hinsicht vergleichbar ist mit der Entwicklung, die die Länder des Balkans seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts bis zur staatlichen Neuformungswelle von 1919 genommen haben. Wohl ist die verbindende Macht des Islams trotz aller Gegensätzlichkeiten der Sekten wirksam und schafft eine Gemeinsamkeit, die in den großen kulturellen Lebensfragen immer bestimmender wird. Dies aber wird nicht hindern, daß die verschiedenen Staatsgebilde sich als in sich geschlossene Körper entwickeln. Das Stadium, in dem manchen politischen Köpfen im Orient ein mehr oder minder uferloses Ineinanderfließen der islamitischen Völker bis hin zum staatlichen Bereich noch wünschenswert erschienen sein mag, ist vorbei.

Wie sich die Reform des Islams im einzelnen vollziehen wird, bleibt eine Frage der Zukunft. Es wird dies nicht zum wenigsten die Frage sein, wie sich die religiösen Zentren in *Mekka,* das unter dem reformistisch puritanischen Wahabitenregime steht, und in *Kairo* miteinander vergleichen. Lange Jahre hat zwischen Mekka und Kairo ein ausgesprochener religiöser Spannungszustand bestanden, der durch einen Zwischenfall mit der ägyptischen Pilgerabordnung im Jahre 1926 hervorgerufen wurde, die nach alter Überlieferung das Mahmal – eine teppichgestickte, vom Mufti von Kairo geheiligte Pyramide – mit sich brachte, was den wahabitischen Eiferern nicht gefiel, weil sie als Puritaner jede Symbolisierung der Religion, die sich nicht unmittelbar aus dem Koran ableiten läßt, verdammen. Erst 1936 wurde zwischen Ibn Sa'ud und der ägyptischen Regierung ein Abkommen geschlossen, das die Pilgerfahrten und den Ritus neu regelte. Im Februar 1937 ist dann nach elfjähriger Pause zum erstenmal das ägyptische Mahmal wieder auf die Pilgerfahrt nach Mekka von einer

mit hohen Ehren verabschiedeten offiziellen Abordnung mitgenommen worden.

Die el-Ahzar-Moschee in Kairo hat unter ihrem bedeutenden Rektor Scheikh Mustafa el-Maraghi nach dem Regierungsantritt König Faruks an politischer Wirksamkeit wesentlich gewonnen. Bei der Entlassung der Regierung Nahas Pascha, die den Scheikhs der el-Ahzar-Moschee zu sehr durch das koptische Element bestimmt schien, hat sie eine hervorragende Rolle gespielt. Schon seit einigen Jahren ist mit der Überprüfung der erstarrten Lehrprinzipien der el-Ahzar-Moschee vorsichtig begonnen worden. Nicht um eine „Europäisierung des Orients[117]" wird es sich dabei handeln, sondern um eine Rückbesinnung auf die eigenen Quellen. Dies wird freilich mit den reaktionären Bestrebungen eines Sultan Abdul Hamid nichts mehr zu tun haben. Die moderne technische Entwicklung wird vielmehr in diesen Prozeß einbezogen, jedoch schon abgelöst von der alleinigen Bezogenheit auf die europäisch-amerikanische Kultur und eingeordnet in ein geistiges System, das sich aus der orientalischen Geistesentwicklung selbst herausbildet. Das ist die Epoche, in die der Orient in diesen Jahren eingetreten ist.

Kairo wird sich voraussichtlich als Mittelpunkt der mohammedanischen Kulturbewegung stärker noch zu entwickeln vermögen, da es heute wohl der Ausgleichspunkt zwischen den beiden Extremen im kulturellen Bereich der mohammedanischen Welt, zwischen der Türkei und dem saudischen Arabien, ist. Während in der Türkei mit der Abschaffung des Kalifats die islamische Geistlichkeit mit all ihren Sekten, Bruderschaften und Derwischorden völlig in den Hintergrund gedrängt wurde und sie alle von Kamâl Atatürk als „Magier, Okkultisten, Chiromanten, Zauberer, Loswerfer und Amulettverkäufer" bezeichnet wurden, griff mit der Eroberung Mekkas durch Ibn Sa'ud eine völlig andere Reinigungswelle in die islamische Welt ein: die „reine Lehre" der Wahabiten hat selbst in Gegenden, in denen der Islam vom Rankenwerk einer

jahrhundertealten üppigen Tradition umgeben ist, ihren Eindruck nicht verfehlt. In Ägypten, wo durch das Levantinertum an und für sich eine gewisse Lockerung der mohammedanischen Glaubensregeln eingetreten ist, wo die Frauen in den Städten zwar noch verschleiert gehen, aber eine so kokette Form des Schleiers gewählt haben, daß er eher als Schmuck, denn als Verhüllung wirkt, treffen heute die Reformbestrebungen des Islams, die sich von beiden Seiten her bewegen, aufeinander, und es ist wahrscheinlich, daß gerade deshalb die el-Ahzar-Moschee im Laufe der nächsten Jahrzehnte die Stätte sein wird, auf deren Boden sich der Ausgleich für den gesamten Islam – wenigstens soweit er nicht schiitisch ist – vollziehen wird.

Die Macht der Ulemas, der Geistlichen und Scheikhs, der Moscheen und der Marabus, der heiligen Männer im heutigen Orient zu unterschätzen, wäre ein arger Fehler. Verschwunden ist die stumpfe Gleichgültigkeit, die die islamischen Geistlichen während der türkischen Herrschaft an den Tag gelegt haben. Nicht nur in Innerarabien, sondern selbst in Algier, das doch von den Beduinenländern des arabischen Ostens schon als dekadent angesehen wird, wird die Reinigung der islamischen Religion von abergläubischen Irrtümern gepredigt. „Ihr glaubt der Lehre des Korans zu folgen", heißt es in einem solchen Aufruf der Ulemas von Algier, „und Ihr verratet sie. Ihr seid in den dunkelsten Aberglauben verstrickt. Ihr seid Anhänger von magischen Vorstellungen. Ihr gehört religiösen Orden und Bruderschaften an, und Ihr glaubt mehr als Eure Pflicht zu tun, wenn Ihr Euren Gebeten einige kabbalistische Formeln hinzufügt, die nichts als die Dekadenz unserer Religion beweisen. Dies sind gewaltige Irrtümer, ja es sind Sakrilege. Wir müssen zum Heiligen Buch zurückkehren, zu der verkündeten Auslegung des Korans und zum Studium der prophetischen Schriften. Es ist notwendig, den Islam in Algier zu reinigen und zu vergeistigen"[118].

Man sieht, hier gibt es beinahe Anklänge an die oben zitier-

ten Worte Kamâl Atatürks, aber mit welch anderer Bedeutung! Während der Neubegründer der Türkei des Islam bis zu einem gewissen Grade diskreditieren will, während er ihn der Verstrickung in magische Vorstellungen bezichtigt, wollen die Ulemas in Algier nichts anderes als die gleichgerichteten Kräfte im eigentlichen Arabien – den Islam durch solche harten Predigten in seiner ursprünglichen Reinheit wiederherstellen.

Wir haben vor der Illusion gewarnt, daß man im Panislamismus eine Bewegung sehen könne, die auf ein staatliches Einheitsprogramm der vielfältigen islamitischen Völker abziele. Die mächtigen Antriebe, die von der Erneuerung im Islam ausgehen, sind jedoch unbestritten. Die panarabische Bewegung, die sich als Teilausschnitt des Panislamismus darstellt, mag ebenfalls, soweit es sich um praktische Gegenwartsziele handelt, noch auf lange Zeit hinaus nebelhaft bleiben. Die Entwicklung in Palästina jedoch hat gelehrt, daß es heute immerhin bereits eine politisch wirksame Bewegung gibt, die sich auf alle arabischen Hauptstädte erstreckt und die Grenzen, die in den Nachkriegsjahren in den arabischen Ländern gesteckt worden sind, als durchaus vorläufig erscheinen läßt. Transjordanien, Syrien in seinen vier Teilgebieten und der Irak sind ebenso wie Palästina künstlich geschaffene Gebilde mit künstlichen Grenzen, die weder kulturell noch volksmäßig etwas bedeuten. Auch die Freundschaftsverträge, die zwischen den heutigen Herrschern abgeschlossen worden sind, sagen wenig. Das Wort, das ich von Emir Abdallah hörte, es werde ein arabischer Bismarck kommen, scheint dagegen den wahrscheinlichen Weg der Zukunft anzudeuten. Ein Weg, der freilich anders laufen wird, als der Emir von Transjordanien selbst ihn sich vorstellen mag. Hier aber setzt von neuem und für unsere Betrachtung zum letzten Male die Frage ein, wie sich eine solche Entwicklung mit den Zielen der englischen Politik vertragen kann.

Als nach der Verkündung des Teilungsplans Lord Peels die Ulemas aus Innerarabien und von den heiligen Stätten Mekka und Medina nach Riad eilten, um zu einer feierlichen Beratung zusammenzutreten[119], wurde dem König Ibn Sa'ud von dieser höchsten geistlichen Versammlung seines Reiches, deren Entschlüsse er selbst mit dem größten Respekt zu vernehmen pflegt, mitgeteilt, daß die Schaffung eines jüdischen Staates in einem mohammedanischen Land nicht geduldet werden könne und daß der König dazu beitragen solle, dies zu verhindern. Ibn Sa'ud, der große Schweiger unter den orientalischen Fürsten von heute, schwieg auch jetzt. Er hatte im Oktober 1936 durch seinen Brief an das Hohe Arabische Komitee zur Mäßigung geraten, auch nun sah er sich noch nicht in der Lage, in aller Form in Palästina einzugreifen.

Anderthalb Jahre später, Ende Februar 1938, ankerte im Hafen von Dschedda, dem Pilgerhafen Mekkas, der englische Kreuzer „Enterprise", und ihm entstieg ein wohlgepflegter älterer Herr mit seiner Gattin, die mit pfiffigem Gesicht die ungewohnte Umgebung musterte. Zum erstenmal waren mit Prinzessin Alice, einer Tante Georgs VI., und dem *Earl of Athlone,* dem Bruder der Königinmutter Mary, Mitglieder der englischen Königsfamilie in Arabien erschienen, um den Besuch zu erwidern, den ein Sohn Ibn Sa'uds anläßlich der Krönungsfeierlichkeiten in London gemacht hatte. Ibn Sa'uds Sohn Feisal, der Vizekönig von Mekka, empfing die Gäste. Der englische Gesandte Sir Reader Bullard hatte alles trefflich vorbereitet. König Ibn Sa'ud erschien am nächsten Tag, begleitet von fünf Flugzeugen seiner Luftwaffe, in der Hafenstadt. Wie auf Bestellung prasselte Regen hernieder, ein besonderes Zeichen des Glücks und Segens im Striche von Mekka. Zum erstenmal, seit Ibn Sa'ud in Arabien herrscht, nahm mit Prinzessin Alice eine Dame an einem Staatsdiner teil. Doch versäumte die Dame aus England nicht, auch dem Harem Ibn Sa'uds ihre Aufwartung zu machen. Unter sternklarem Him-

mel saß man die halbe Nacht in der offenen Empfangshalle, und König Ibn Sa'ud erzählte seinen Gästen von den romantischen Kriegsabenteuern seiner Jugendjahre, von den Kämpfen mit den Schammar im Norden, mit dem Jemen, den Türken und dem Scherifen von Mekka. Einige Tage später brach die englische Gesellschaft in einer Autokolonne des arabischen Gastgebers nach der Hauptstadt Riad auf, und von dort ging die Reise quer durch die arabische Halbinsel bis an den Persischen Golf. England hatte mit dem Besuch des alten Herrn aus dem Hause Teck einen wichtigen Schachzug in dem Spiele um Palästina und die Freundschaft der Araber getan.

„Der Schlüssel des Palästinaproblems liegt in dem Verhältnis des britischen Empire zu den arabischen Ländern ringsumher. Ohne Zusammenarbeit (cooperation) mit diesen Ländern können weder die wirtschaftlichen noch die strategischen Probleme des neuen Palästina gelöst werden", so schrieb die in allen Empirefragen wichtigste englische Zeitschrift *„The Round Table"* ein halbes Jahr nach der Veröffentlichung des Peel-Berichtes[120]. Der maßgebende Kreis der Empirepolitiker dürfte sich in den Monaten, die dem Schlag gegen das Hohe Arabische Komitee in Palästina gefolgt sind, endlich darüber klargeworden sein, daß die bisher in Palästina verfolgte Politik der Hauptlinie der englischen Orientpolitik schlankweg widerspricht, die sich seit etwa 1930 unter dem Zeichen eines *„cooperative imperialism"* entwickelte. All jene Versuche, den orientalischen Nationalismus mit nackter Gewalt niederzuschlagen, die noch nach dem Kriege unternommen worden sind, sind gescheitert. Wenn wir von Palästina absehen, ist das Gewaltregime, das Lord Lloyd von 1925 bis 1929 als Hoher Kommissar in Ägypten nach der Ermordung des Generalgouverneurs des Sudan, Sir Lee Stack, aufzurichten beabsichtigte, der letzte bedeutende Versuch dieser Art gewesen. Er führte zu einem negativen Ergebnis. Im Jahre 1930, in dem auch die Selbständigkeit des Irak anerkannt wurde, war man auch grundsätzlich schon bereit, den Ägyptern entgegenzukommen.

In den gleichen Zeitraum fällt die Fertigstellung des Simon-Reports über Indien, der, was immer gegen ihn einzuwenden war, doch auch auf der Linie des „cooperative imperialism" lag[121]. In Ägypten dauerte es dann allerdings noch sechs Jahre und in Indien sieben Jahre, bis die neuen Regelungen in Kraft treten konnten. Auch Indienverfassung und Ägyptenvertrag sind nur Etappen. Die Gesamtlinie aber ist klar.

Die britische Orientpolitik will den Versuch auf sich nehmen, die Machtposition Großbritanniens durch die Schaffung eines Vertrauensverhältnisses zu den Völkern des Orients aufrechtzuerhalten. Durch eine Politik also, die nicht mehr allein auf Gewalt gegründet sein soll, sondern die eine breite Zone fließender Übergänge zwischen britischer Herrschaft und orientalischer Selbstregierung schafft. Dies ist das Ziel des „cooperative imperialism". Es richtet sich unverkennbar an dem Vorbild aus, das das merkwürdige Verhältnis zwischen dem englischen Mutterland und den weißen Dominions bietet, die in ihrer unabhängigen Abhängigkeit und abhängigen Unabhängigkeit eine einzigartige staatsrechtliche weltüberspannende Konstruktion geschaffen haben, für die es in der Geschichte kein Beispiel gibt. Die Indienverfassung soll in dieses Gebilde den indischen Weltteil als „Partner" allmählich einfügen. Es dürfte zunächst nach der fast übereinstimmenden Meinung aller Engländer, die im India Civil Service gedient haben, ein Versuch mit untauglichen Mitteln sein, aber es ist ein Versuch. Die Bündnisverträge mit dem Irak und mit Ägypten sind, wenn auch für den flüchtigen Blick etwas verschleiert, ganz ähnliche Versuche. Sowohl der Irak wie auch Ägypten sollten in dem Augenblick, in dem man die Protektorate aufhob, durch die „ewigen Bündnisse" in den britischen Reichszusammenhang als „Dominions" eingegliedert werden. Dies ist gewiß staatsrechtlich nicht korrekt ausgedrückt, und kein Ägypter würde diese Formulierung gebrauchen. Dem tatsächlichen Zustand kommt sie jedoch ziemlich nahe.

Prüfen wir unter diesem Gesichtspunkt das Wort des

„Round Table", daß der Schlüssel des Palästinaproblems in dem Verhältnis des britischen Empire zu den arabischen Ländern ringsumher liege, so ergibt sich die große Linie, in die man nun in England das Palästinaproblem einzuordnen versucht. So wie der Earl of Athlone als Mitglied des Königshauses zugleich als Bannerträger des „cooperative imperialism" in das Reich Ibn Sa'uds gereist ist, so wird man in den nächsten Jahren den Versuch machen, die Palästinafrage dadurch zu entgiften, daß man die gesamte übrige arabische Staatenwelt enger noch als bisher an das Reichsgefüge des Empire heranziehen wird. Daraus aber ergibt sich erst mit krasser Deutlichkeit, wie unvereinbar die zionistische Palästinapolitik der britischen Kabinette von 1917 bis 1938 mit diesem großen Ziele ist, das sich die Empirepolitiker für den Vorderen und Mittleren Orient gesteckt haben. Churchill sah in den ersten Jahren nach dem Kriege den Traum eines britisch beherrschten Middle Eastern Empire noch als ein reines Macht- und Militärproblem. In der Zwischenzeit haben die Gesichtspunkte des „cooperative imperialism", die ja nur der tatsächlichen Entwicklung der Völker im Vorderen Orient entsprechen, auch die englischen Herrschaftsmethoden sehr weitgehend verändert. Die Gewaltherrschaft in Palästina ist, gemessen an der heute in England als richtig erkannten Orientpolitik, ein Rückfall in eine Vergangenheit, die nicht beschworen werden darf, wenn sie nicht die Zukunft erschlagen soll.

Wir haben hinlänglich gezeigt, wie sehr die Vorgänge in Palästina auf die ganze arabische und darüber hinaus auf die ganze Welt des Islams eingewirkt haben – und dies zu einem Zeitpunkt, in dem der Islam selbst die wohl seit Jahrhunderten machtvollste Anstrengung unternimmt, sich innerlich zu erneuern. Damit aber beginnt England Gefahr zu laufen, durch eine Fortsetzung seiner bisherigen Judenpolitik in den Aufbau seines eigenen „cooperative imperialism" eine Bresche zu schlagen, die für die gesamte Position des Empire im Orient bedrohlich werden kann. *Wird, das ist nun die Frage an die*

Zukunft, das Judentum in England die Macht haben, das kunstvoll aufgerichtete Gebilde der englischen Reichspolitik im Orient um Palästinas willen in die Luft zu sprengen?

Man hat sich lange in England geweigert, diese Frage überhaupt so zu stellen (ist sie doch überaus unbequem). Mancherlei Anzeichen sprechen aber dafür, daß man ihr in den nächsten Jahren nicht mehr ausweichen kann. Auch wenn man auf eine längere Zeit hinaus in Palästina eine Politik des Aufschiebens und des Übergangs treiben will, wird man doch schließlich zu einer Entscheidung kommen müssen. Vorläufig noch wird man allerdings den Versuch machen, die arabischen Herrscher für die Bildung eines kleinen Judenstaates in Palästina zu gewinnen. Selbst wenn die arabischen Herrscher darauf eingehen, wird dies nicht wirklich zum Frieden führen können. Wir brauchen hier nur nochmals daran zu erinnern, daß auf der Tagung des Aktionskomitees der Jewish Agency im März 1938 der Zionistenführer Ben Gurion erklärt hat, daß er deshalb für den Teilungsplan eintrete, weil er hoffe, daß es auf diese Weise möglich sein werde, innerhalb von zehn bis fünfzehn Jahren eine jüdische Majorität in ganz Palästina zu schaffen! Auch durch ein Hinausschieben der Entscheidungen wird England die Juden nicht hindern können, daß sie an ihrem eigentlichen Ziele, der Eroberung ganz Palästinas, festhalten. So muß das Dilemma, in das sich England durch die doppelten Versprechungen selbst in Palästina hineinmanövriert hat, bestehen bleiben, bis eine dieser Versprechungen, wenn nicht ausdrücklich, so doch durch die praktische Politik, zurückgezogen sein wird.

Die *strategische Lage des Empire* im östlichen Mittelmeer und im Vorderen Orient wird durch diese Entscheidung einschneidend betroffen werden. Gemessen an der Position, die England vor dem Kriege strategisch im Orient besaß, hat sie sich ganz wesentlich verschlechtert. England hat vor dem Kriege im Orient außer der Nordwestgrenze Indiens keine Grenze besessen, die durch eine starke Landmacht verteidigt

werden mußte. Aber selbst diese Grenze war nicht mit europäischen Maßstäben, sondern mehr mit der alten amerikanischen Grenze gegen die Indianer im Westen zu vergleichen. Die gesamte britische Wehrkraft konnte sich ungehemmt auf den Ausbau der Seemacht und des Zweimächtestandards werfen. „Ägypten z. B. war vor dem Kriege beinahe ebenso eine Insel wie Großbritannien oder Australien. Vor den Tagen Mussolinis hatte weder Ägypten noch der englisch-ägyptische Sudan praktisch eine militärische Landgrenze, weder mit Libyen im Westen noch mit Äthiopien im Südosten“ [122].

Heute besteht für England das Problem, daß es das Verteidigungsviereck *Cypern–Alexandrette–Haifa–Port Said* trotz des am 16. November 1938 in Kraft getretenen Mittelmeervertrages mit Italien ausbauen will. In Ägypten muß nicht nur die vertragsmäßige Garnison von 20 000 Mann, sondern auch eine verhältnismäßig starke Luftmacht unterhalten werden. Ebenso in Transjordanien und im Irak. Die Unterhaltung einer dauernden, verhältnismäßig starken Armee in Palästina kommt als weitere Belastung hinzu. Der Kolonialminister Ormsby-Gore hat im Unterhaus im Frühjahr 1938 mitgeteilt, die normale Besatzung von Palästina bestehe aus zwei Infanteriebataillonen. Bis zum November 1938 ist sie auf 24 000 Mann verstärkt worden, wenn man die Polizei hinzurechnet. So ist die ägyptische Position wie auch die Palästinas heute alles andere denn „inselhaft“.

Wie sehr auch immer die britische Reichsstrategie den Weg durch Gibraltar und den Suezkanal und den Luftweg über Palästina und das Sultanat Oman nach Indien dadurch zu entlasten versucht, daß der atlantische Weg um das Kap der Guten Hoffnung ausgebaut wird: freiwillig kann die britische Reichspolitik nie darauf verzichten, die Stützpunkte im Mittelmeer und im Vorderen Orient aufrechtzuerhalten, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will. Dies aber bedeutet schon jetzt für die heutige englische Wehrverfassung, in der das Landheer noch immer die dritte Rolle spielt, eine außerordentliche

Belastung; falls man sich nicht doch entschließen wird, die allgemeine Wehrpflicht eines Tages einzuführen, im Verhältnis zur augenblicklichen Wehrkraft sogar eine zu große Belastung. Das Aufrüstungsprogramm der britischen Flotte und Luftwaffe, das 1941 beendet sein soll, ändert daran verhältnismäßig wenig, weil dieses Aufrüstungsprogramm ja in erster Linie dazu führen soll, daß die englische Flotte endlich ein eigenes machtvolles Fernostgeschwader aus 35 000- bis 40 000-t Schlachtkreuzern zusammenstellen kann. Die Luftwaffe allein, ohne entsprechende Bodenunterstützung, wird aber nicht als ausreichendes Verteidigungsmittel für die verwundbaren Interessen Englands im Vorderen Orient angesprochen werden können.

Wenn wirklich Jerusalem der Ort ist, an dem im Falle eines künftigen Krieges das britische Hauptquartier im Vorderen Orient seinen Sitz hätte, so ergibt sich, daß ohne eine Ausdehnung des „cooperative imperialism" auf die Araber Palästinas die Zentralposition der britischen Verteidigungsstrategie im Vorderen Orient von vornherein gefährdet wäre. Dies erklärt auch die ungewöhnliche Nervosität, mit der man in London auf die italienischen Rundfunksendungen in arabischer Sprache reagiert hat. Für alle Völker des Vorderen Orients ist in *Italien* eine Macht erstanden, die die vorher unbestrittene britische Überlegenheit in Frage stellt. So sieht sich England um die Möglichkeit gebracht, ein unbequemes Problem wie das Palästinas unter Umständen jahrelang verhältnismäßig unbeachtet von der Weltöffentlichkeit im eigenen Fett schmoren zu lassen. Die italienische Presse hat in all diesen Jahren keinen Zweifel daran gelassen, daß der Faschismus die englische Judenpolitik in Palästina ablehnt. Im Jahre 1938 hat nun Mussolini das Judenproblem in aller Form aufgerollt, obwohl es in Italien nur etwas mehr als 50 000 Juden gibt. Für Italien als Mittelmeermacht ist die Rolle des Zionismus in Palästina längst eine wichtige Frage. Im Februar 1938, beim Beginn der italienisch-britischen Verhandlungen um den end-

gültigen Ausgleich im Mittelmeer, ist bereits in Rom offiziell erklärt worden[123], daß man zwar für die Schaffung eines Judenstaates in irgendeinem Teile der Welt sei, aber dies dürfe nicht Palästina sein. Auch damit hat England bei seiner künftigen Palästinapolitik zu rechnen.

Die Stufen der britischen Herrschaft im Vorderen Orient sind mir in Jerusalem von einem Araberführer, der seit Jahren schon in Kontakt mit Ibn Sa'ud steht, sehr prägnant auseinandergesetzt worden. „In Palästina", meinte er, „hat England den arabischen Nationalismus mit Waffengewalt zu unterdrücken versucht. Der Erfolg war, gemessen an dem Einsatz der Mittel, mehr als bescheiden, und wir Araber haben unsere Schlüsse daraus gezogen. Aber ich muß ein anderes Beispiel erzählen: In dem arabischen Fürstentum Koweit am Persischen Golf wird die englische Macht allein durch einen Generalkonsul repräsentiert, der dort ohne einen einzigen Soldaten mit einigen Dienern und Beamten schaltet und waltet. Trotzdem, und vielleicht gerade deshalb, ist das britische Generalkonsulat in Koweit der Ort, an dem jede wichtigere politische Maßnahme auch heute noch letztlich entschieden wird. Dieser Unterschied zwischen Jerusalem und Koweit ist für die politische Gesamtlage im Vorderen Orient aufschlußreich. Man könnte getrost statt Koweit auch Amman, ja bis zu einem gewissen Grade Riad und vielleicht auch Bagdad setzen."

Das britische Prestige im Vorderen Orient nimmt in den arabischen Ländern zu, je weiter man nach Osten kommt. Die Kunst der indirekten Herrschaft, die in Palästina so sehr erschüttert worden ist, haben die in den arabischen Kerngebieten einsam schaltenden und waltenden englischen Vertreter noch wohl erhalten. Aber gerade die Auseinandersetzung mit Italien, die England überall im Vorderen Orient zu spüren bekam, hat diese Stufen der britischen Herrschaft allmählich in Frage gestellt. Palästina war einer der Trümpfe, die die Engländer selbst Italien zugespielt haben.

So waren die weiten arabischen Gebiete, die ursprünglich

England sicherste Unterstützung boten, politisch allmählich von zweifelhaftem Wert geworden. Dies ist auch der tiefere Grund, weshalb die englischen Empirepolitiker mit gewisser Eile begannen, sich nach einer *Ersatzlinie* im Vorderen Orient umzusehen, die vom arabischen Einflußbereich unabhängig ist. Die Wahl traf die *Türkei.* Die altbewährte britische Orientpolitik begann einen Faden wieder anzuknüpfen, der seit 1914 abgerissen war.

Die einzige außenpolitische Handlung König Eduards VIII. in seiner kurzen Regierungszeit war ein Besuch in Istanbul, wo er sich, begleitet von Duff Cooper, mit Kamâl Atatürk traf. Wenige Wochen vorher war in Montreux das Meerengenproblem endgültig so geregelt worden, wie die Türkei es seit langem wünschte. Dabei hatte sich bereits eine englisch-türkische Zusammenarbeit ergeben, die zeitweise ganz offen gegen die Ansprüche der Sowjets gerichtet war. Zum erstenmal seit der Konferenz von Lausanne hatte die Türkei die zeitweise überaus intime außenpolitische Verbindung zur Sowjetunion gelockert. Es half nichts, daß man in Moskau den gewandtesten und in allen Schlichen erfahrensten bolschewistischen Orientpolitiker als Botschafter nach Ankara entsandt hatte. Der Armenier Karachan konnte die Abwendung der Türkei von den Sowjets nicht aufhalten. Im Dezember 1937 mußte er dies dann mit dem Leben büßen. Die von der Türkei kurz nach Montreux aufgeworfene Forderung auf Autonomie im Sandschak von Alexandrette, die sich ausgesprochen gegen die Wünsche der syrischen Araber richtete, wurde von England diskret, aber nachhaltig unterstützt. In jenen Monaten schwebte schon der Plan eines *vorderasiatischen Paktes* zwischen der Türkei, dem Irak, dem Iran und Afghanistan, der dann auch am 8. Juli 1937 unterzeichnet wurde.

Für England schien dies eine ausgezeichnete Möglichkeit für den Ausbau der „nördlichen Linie" im Vorderen Orient, um der seit dem Aufflammen des Palästinaaufstandes bedrohten südlichen arabischen ein Gegengewicht entgegensetzen

zu können. Zunächst waren freilich für weitergreifende Pläne einer englisch-türkischen Verbindung die Umstände dadurch erschwert, daß im Irak der seit langem englandfeindliche Generalstabschef Bekr Sidky Ende Oktober 1936 einen Staatsstreich durchgeführt hatte, durch den zwar einerseits die panarabischen Bestrebungen der früheren Irakregierungen lahmgelegt wurden, der sich aber andererseits auch für England als wenig günstig erwies. Bekr Sidky, selbst Kurde, ließ einen Türken, Hikmet Suleiman Pascha, zum Ministerpräsidenten ernennen. Eine zeitlang schien es, als würde der Irak nun ganz in das Fahrwasser von Ankara hineingeraten, gleichzeitig aber den Engländern bei dem Neuaufbau ihrer Orientpolitik Schwierigkeiten machen. Das Problem löste sich indes überaus einfach. General Bekr Sidky wurde im August 1937 in Mossul das Opfer eines Attentats. Die „Times" schrieb in einem Leitartikel: „Nun ist der Mörder ermordet worden." Die kurdische Episode im Irak war beendet. Um die gleiche Zeit hatte England bereits seinen arabischen Vertrauensmann, den Emir Abdallah, zu einem Staatsbesuch nach Ankara entsandt. Das Netz knüpfte sich enger.

Der Vertrag der Türkei mit dem Iran, dem Irak und Afghanistan wurde auf der Sommerresidenz des Schahs vom Iran in Saadabad unterzeichnet. Sein wesentlicher Inhalt war das Versprechen, sich jeder Einmischung in innere Angelegenheiten und aller Angriffshandlungen gegeneinander zu enthalten und die Unverletzlichkeit der gemeinsamen Grenze zu achten, sowie sich bei allen Konflikten internationalen Charakters, die auf die gemeinsamen Interessen der vier Staaten Bezug haben, zu beraten[124]. Die seit dem Konflikt um die Anglo Persian Oil Company überaus gespannten Beziehungen zwischen dem Iran und England erfuhren dadurch die erhoffte Erleichterung.

So war in demselben Jahr 1936, in dem unter dem Eindruck des abessinischen Konflikts und des Palästinaaufstandes die arabische Landbrücke für das Empire brüchig zu werden be-

gann, der Versuch einer neuen Phase der britischen Orientpolitik eingeleitet, die auf die Sicherung eines von den arabischen Staaten unabhängigen Weges nach Indien hinauslaufen sollte. Der englische Propagandaapparat setzte sich alsbald hörbar knarrend für die Türkei und für den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen mit den Staaten des vorderasiatischen Pakts in Bewegung. Wenn freilich zunächst in London der Versuch gemacht wurde, das bekannte, noch aus den Teilungsplänen der Kriegszeit herrührende Mißtrauen der Türkei gegen Italien aktiver einzusetzen, so erwies sich dies nicht als ohne weiteres möglich, da der vielgewandte türkische Außenminister Rüschtü Aras nach Jahren völlig erkalteter Beziehungen, ja heftiger Spannungen im Februar 1937 in Italien erschien. Hatte die Türkei zunächst den übermächtigen sowjetrussischen Einfluß durch die Einschaltung Englands zurückgedrängt, so suchte sie sofort nach einem neuen Gegengewicht gegen den alten wiedergewonnenen Freund, und dies konnte, dem Kräfteverhältnis im Mittelmeer entsprechend, nur Italien sein.

Die Lösung der Frage des Sandschaks von Alexandrette Anfang Juli 1938 ist, wie wir schon andeuteten, durch England wesentlich mitherbeigeführt worden. Zwar bedurfte es äußerst handfester Drohungen des damals schon schwer erkrankten Kamâl Atatürk, um schließlich die Abtretung dieses Gebietes, in dem immerhin die Türken keine klare Mehrheit in der Bevölkerung besaßen, zu erzwingen. Die Umwandlung des Sandschaks von Alexandrette in die „Republik Hatay" erfolgte indes durchaus planmäßig. Tatsächlich ist das Gebiet von Alexandrette heute bereits nichts anderes als türkisches Staatsgebiet geworden. Ein wesentlicher Teil der syrischen Araber, die dort gelebt haben, ist in das Innere Syriens geflohen. Die interessanteste Frage war indes, was eigentlich die Türkei den Engländern als Gegenleistung für ihre Hilfestellung bei den Verhandlungen mit Paris zu geben hatten. Man geht wohl nicht fehl, wenn man den Kaufpreis, den die Türken für die

englische Hilfe zu bezahlen hatten, darin sieht, daß die Bucht von Alexandrette künftig als inoffizieller Stützpunkt der englischen Flotte angesehen werden kann. Das bisherige strategische Dreieck der Briten im Ostmittelmeer Port Said-Haifa-Cypern ist dadurch nunmehr nach Norden verlängert und zu einem Parallelogramm geworden, was im Hinblick auf den Dodekanes nicht unwichtig ist.

Um dieselbe Zeit, da die Verhandlungen um den Sandschak von Alexandrette im Sommer 1938 in ihr Endstadium eingetreten waren, wurde nun in London unter dem Einfluß verschiedener erfahrener Orientpolitiker, von denen hier nur Sir Arnold Wilson genannt sei, ein neuer großzügiger Aufteilungsplan des Vorderen Orients entworfen, der seiner ganzen Methode nach allerdings verzweifelt an das Sykes-Picot-Abkommen des Jahres 1916 erinnerte. Die Engländer glaubten, es sei der Zeitpunkt gekommen, zu dem die „Rückeroberung" des Vorderen Orients, das heißt die Zurückdrängung Frankreichs, die unmittelbar nach dem in einer für England ungünstigen Stunde abgeschlossenen Sykes-Picot-Abkommen begonnen hatte, vollendet werden könnte. Die in jenen Monaten noch offene tschechische Frage spielte als Kompensationsobjekt wenigstens mittelbar hinein. Die Verhandlungen, die nunmehr mit Paris geheim in Gang kamen, spielten sich auf folgender Basis ab:

Die Türkei sollte in ihrer Ausdehnung nach Süden keineswegs auf den verhältnismäßig kleinen Sandschak von Alexandrette beschränkt bleiben, es sollten ihr vielmehr zwei weitere große Gebiete des derzeitigen syrischen Mandats zuerkannt werden, nämlich der Sandschak von *Aleppo* und das *Djesireh-Gebiet* im Nordosten Syriens. Schon hatten sich in Aleppo, wo es ebenfalls noch eine gewisse türkische Minderheit gibt, getarnte Befreiungskomitees gebildet, die ganz ähnlich aufzutreten begannen wie die türkischen Komitees seit dem Herbst 1936 in Alexandrette. Noch günstiger lagen die Dinge im Djesireh-Gebiet, das nur zum Teil von Arabern,

im Osten dagegen hauptsächlich von Kurden bewohnt ist. Nachdem durch die Ermordung des nach der Türkei hin orientierten kurdischen Generals Bekr Sidky und dem Abschluß des Paktes von Saadabad die türkischen Ansprüche auf das Mossul-Gebiet aufgegeben oder doch völlig zurückgestellt waren, wuchs automatisch das türkische Verlangen auf das Djesireh-Gebiet, in dem in den letzten Jahren ebenfalls Öl gefunden worden ist, das aber vorläufig noch wenig wirtschaftlich ausgebeutet wird. In dieser abseits von jeglichem Weltverkehr liegenden Ecke hatte sich nun bereits ein sehr eigenartiger Zustand herausgebildet. Monate hindurch wurden dort die syrischen Beamten der Damaskus-Verwaltung in ihren Regierungsgebäuden gefangen und belagert, während ihre Frauen einmal am Tage ausgehen durften, um Lebensmittel einzukaufen. Die Macht wird von einer Lokalregierung ausgeübt, die bereits in Verbindung mit der Türkei steht. Die französische Mandatsmacht hat diese Entwicklung nicht zu hindern vermocht. Sie konnte sie höchstens dazu benutzen, um auf die arabische Regierung in Damaskus einen gewissen Druck in anderen Fragen auszuüben.

Aus der Kenntnis dieser verworrenen Lage im syrischen Norden und Nordosten entstand nun der neue britische Plan: Der Türkei sollte als Preis für ein Bündnis mit England der an den Sandschak von Alexandrette anschließende Sandschak von Aleppo und das Djesireh-Gebiet zufallen, Frankreich sollte endgültig das Libanon-Gebiet behalten, das im Norden durch das halb selbständige Aluiten-Gebiet erweitert werden sollte, wodurch dem eigentlichen Syrien auch der letzte Zugang zum Meer verlorengegangen wäre. Auf diese beiden Gebiete sollte dann aber der französische Machtbereich beschränkt bleiben. Im Süden hätte sich an das Libanon-Gebiet der Judenstaat in Palästina angeschlossen, so daß entlang der Küste des östlichen Mittelmeeres von Ägypten über den Judenstaat und das französische Libanon- und Aluiten-Gebiet bis zum Golf von Alexandrette ein geschlossener Küstenstrei-

fen entstanden wäre, der durch die Entente cordiale mit Einschluß der Türkei beherrscht worden wäre. Der Rest Syriens, Transjordanien und der Rest Palästinas hätte dann wahrscheinlich unter der Oberhoheit Emir Abdallahs zu einem „freien arabischen Staate" zusammengeschlossen werden können, der sich England gegenüber ungefähr in dem Abhängigkeitsverhältnis befunden hätte wie bisher Transjordanien. Schon war zu diesem Zwecke in Syrien eine Königspartei gebildet worden, um deren Zustandekommen sich der britische Resident bei Abdallah, Oberstleutnant Sir Henry Cox, besonders bemüht hatte. Auf diese Weise wäre dann der Rest des Sykes-Picot-Abkommens getilgt worden. England hätte sich zum Herrscher über Syrien aufwerfen können, und das Palästinaproblem wäre in diese größere Lösung eingeschmolzen worden.

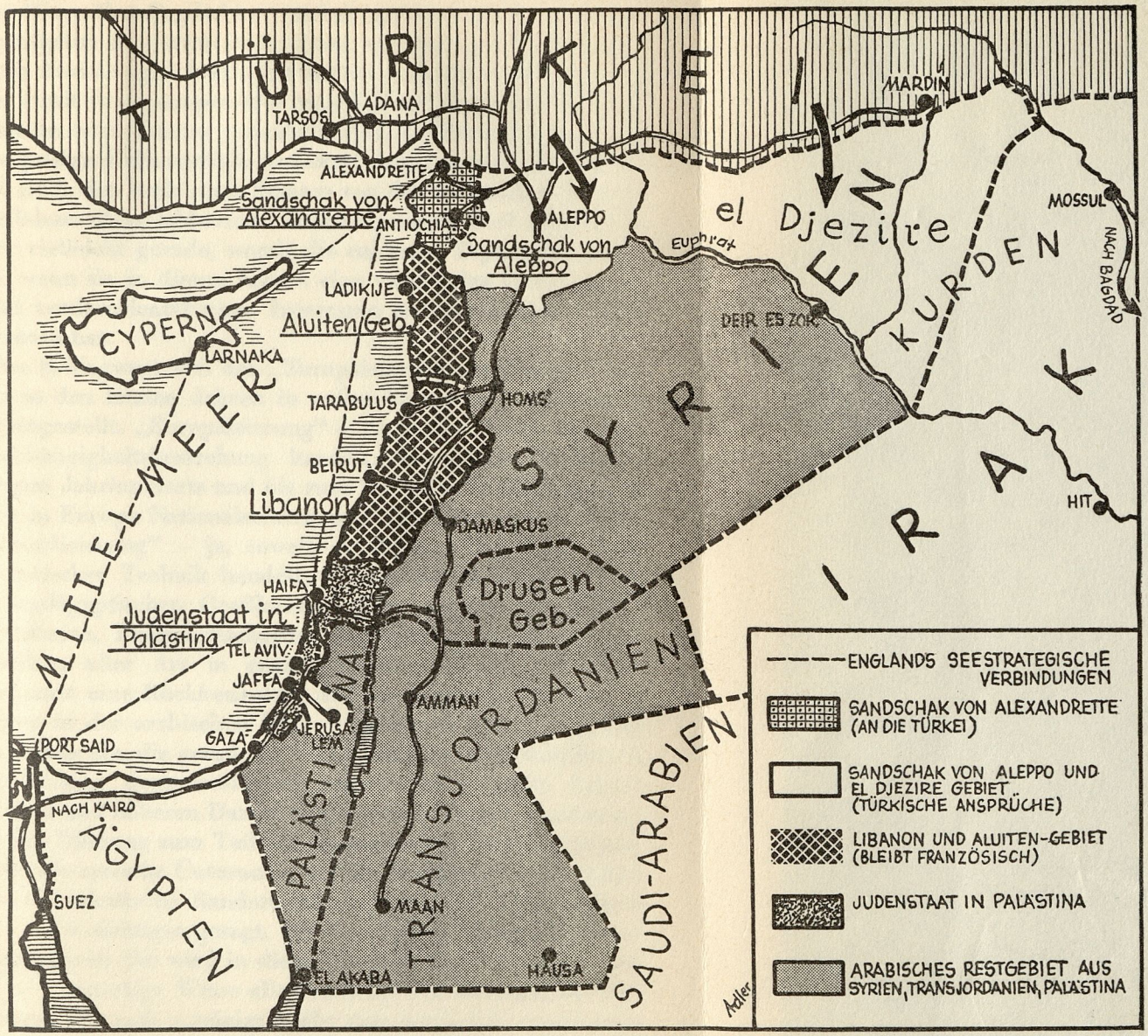
Dies war der Plan. Wie die Veröffentlichung des Woodhead-Berichts, durch den die Teilungsidee in Palästina endgültig fallen gelassen wurde, zeigt, hat er sich als vorläufig jedenfalls undurchführbar erwiesen. Er scheiterte am französischen Widerstand. In welcher Form er im einzelnen zwischen London und Paris ausgehandelt worden ist, kann uns natürlich nicht bekannt sein. Die Grundzüge jedoch dürften sich ungefähr so dargestellt haben, wie sie hier geschildert worden sind. In London glaubte man, man könne Frankreich aus dem großen Spiel um den Vorderen Orient ohne allzu große Schwierigkeiten hinausmanövrieren. Auf der anderen Seite mußte man freilich sehen, daß alle englischen Klagen darüber, daß der Mufti von seinem Asyl bei Beirut aus nach wie vor in der Lage war, seine Beratungen und Aktionen durchzuführen, in Frankreich auf taube Ohren trafen. Eine Zusammenarbeit zwischen den französischen und britischen Mandatsverwaltungen von Beirut und Jerusalem hat es auch während der heftigsten Kampfperioden in Palästina selbst im bescheidensten Sinne kaum gegeben, wie andererseits die Franzosen sehr genau wissen, inwiefern bei dem großen Drusenaufstand wie auch bei

verschiedenen Lokalaufständen einige Jahre vorher die Aufständischen über Waffen britischer Herkunft verfügten.

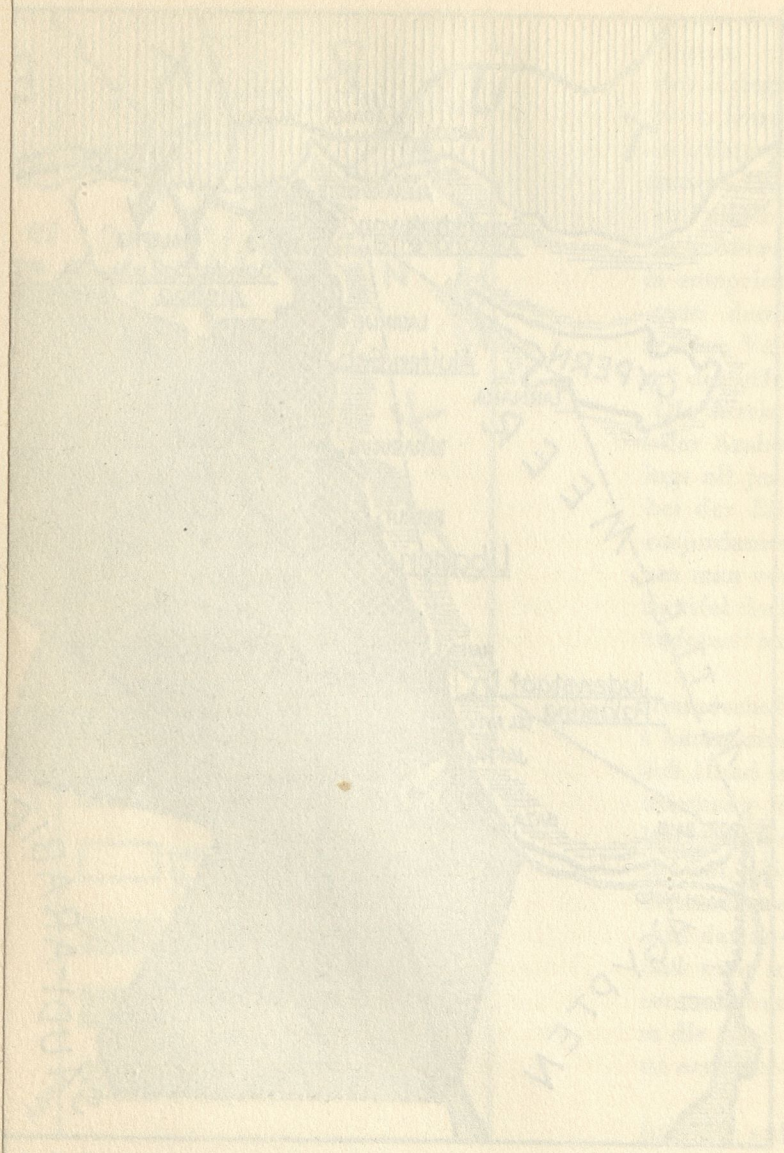
Die Entente cordiale hat sich schon während des Krieges nur mit Ächzen auf den Vorderen Orient ausgedehnt. Daran hat sich auch in diesen Jahren nichts Wesentliches geändert. Mit dem Scheitern des Aufteilungsplanes des Sommers 1938 fiel auch der politische Sinn, den der Judenstaat in Palästina für die englischen imperialistischen Interessen im größeren Zusammenhang hätte gewinnen können, fort. Dem entspricht genau der Woodhead-Bericht. Trotzdem wird man damit rechnen müssen, daß England früher oder später neue Versuche unternehmen wird, auf die „größere Lösung" der offenen Fragen im Vorderen Orient hinzuarbeiten. Die furchtbaren Gewaltmethoden, mit denen der Aufstand der Araber in Palästina bekämpft wurde, haben nun allerdings all jene Möglichkeiten eines „cooperative imperialism" bei der Bildung eines halb abhängigen Staates aus Syrien, Transjordanien und Palästina mehr als in Frage gestellt, auch wenn man von Frankreich ganz absieht. Dies hat England ohne Zweifel doch wohl sicherlich vor allem seinen jüdischen „Verbündeten" ins Kontobuch zu schreiben.

Geblieben ist vorläufig nur die neue englische Freundschaft zur Türkei, die durch den Tod Kamâl Atatürks kaum eine Wandlung erfahren dürfte. Damit geht nun freilich Hand in Hand, daß der Grundsatz der völligen Nichteinmischung in die arabischen Dinge, der seit dem Ende des Weltkrieges die Orientpolitik Kamâl Atatürks wesentlich bestimmt hat, seit der Bildung der Republik Hatay in der Bucht von Alexandrette in der alten Form jedenfalls nicht mehr besteht. Auf der anderen Seite erscheint es kaum wahrscheinlich, daß man in Ankara beabsichtigt, auf eine Restauration der altosmanischen Zustände hinzuarbeiten. Auch eine Ausdehnung in die Sandschaks von Aleppo und Djesireh würde wohl nur ein erweitertes Nationalstaatsprogramm bedeuten.

Die Frage wird nun sein, ob der türkische Einfluß, der auf



Der am französischen Widerstand gescheiterte britische Aufteilungsplan des gesamten Vorderen Orients (Sommer 1938)



dem Wege über Bagdad auch auf die übrigen arabischen Staaten möglich ist – auch zu Ägypten, mit dem seit Jahrzehnten kaum Beziehungen bestanden haben, knüpfen sich neue Fäden – mit dem „cooperative imperialism" Englands übereinstimmen wird. Immer jedenfalls wird die Türkei, solange sie ihre jetzige Kulturpolitik fortsetzt, damit zu rechnen haben, daß sie in den arabischen Staaten von den treibenden Kräften des Islams einer lebhaften Kritik unterzogen wird. Dies ist es aber vielleicht gerade, womit die englische Diplomatie rechnet, wenn sie in diesen Jahren eine vorsichtige Umschaltung ihrer vorderorientalischen Interessen auf die Türkei vorgenommen hat.

Das Schlagwort von der „Europäisierung des Orients" hat sich in den letzten Jahren in voller Breite als oberflächlich herausgestellt. „Europäisierung" – ja, soweit es sich um eine Unabhängigkeitsbestrebung handelt, wie sie im Laufe des vorigen Jahrhunderts und bis zum Ende des Weltkrieges hin auch in Europa Nationalstaaten zum Entstehen gebracht hat. „Europäisierung" – ja, soweit es sich um die Anwendung europäischer Technik handelt, wie sie sich z. B. durch den nationalägyptischen Großkonzern Misr mit seinen Schiffahrtslinien, Fluggesellschaften, Filmstudios, Zeitungen und Fabriken aller Art in ganz Arabien verbreitet. Dahinter aber setzt eine Rückbesinnung auf die Wurzeln der eigenen Kultur in der arabischen Welt im Rahmen der Erneuerung des Islams ein, die gerade in Verbindung mit der technischen Entwicklung dem westlichen Imperialismus einen immer festeren und höheren Damm entgegensetzen muß. Frankreich hat den Rückzug zum Teil bereits angetreten. Doch ist letzten Endes die syrische Unternehmung für Frankreich nie mehr als eine episodenhafte Randerscheinung gewesen. Für England aber, oder richtiger gesagt, für das Empire ist eine Lebensfrage gestellt. Sie wird in diesem kleinen Land Palästina, das auf so eigenartige Weise alle Probleme des Vorderen Orients potenziert in sich vereinigt, nicht zum wenigsten entschieden

werden; denn jede Entscheidung, die England in Palästina trifft, wird zwangsläufig die größten Rückwirkungen auf die gesamte arabische Welt haben.

Wir können nun wohl begründen, warum es, wie wir eingangs sagten, keinem anglo-indischen Gouverneur, der über 40 Millionen zu regieren gewöhnt ist, möglich ist, das Palästinaproblem „in einem Nachmittag" zu lösen. Die Gewalt und der Einsatz auch der äußersten Machtmittel versagt. Das haben diese Jahre bewiesen. Welcher britische Hohe Kommissar in Jerusalem, der genau weiß, daß die Gesamtlinie der Empirepolitik allein im „cooperative imperialism" liegen kann, könnte es wagen, endgültige Tatsachen zu schaffen, die Palästina völlig aus dem Zuge dieser Entwicklung herausreißen würden? So ist dieses England, das das Bestehen einer Judenfrage im eigenen Lande nie anerkennen wollte, mit seiner Weltpolitik im Orient genau an der Grenzlinie angelangt, wo eine Entscheidung über die künftige Rolle des Judentums im Rahmen des Empire, und das ist sehr weitgehend die Entscheidung über Palästina, durch die Umstände gefordert wird. Selbstverständlich wird man dieser Tatsache durch eine weitere Kette von Kompromissen auszuweichen versuchen. Hat man doch schließlich mit Erfolg durch Jahrzehnte hindurch eine zweigleisige Orientpolitik betrieben, die auf ganz verschiedenen Beamtenschulen aufbaute, die sich untereinander bekämpften, die aber schließlich doch jede für sich ihren Beitrag zu dem uralten Hauptproblem, der Sicherung der Wege nach Indien, geliefert haben. Um noch einmal Lord Cromer zu zitieren, dieser „Triumph der britischen Inkonsequenz" ist nun in Frage gestellt.

Der Nationalismus und die innere Erneuerung der Völker des Vorderen Orients ist eine Tatsache geworden, die nicht mehr ausgelöscht werden kann. Die „Pan-Ideen" mögen nebelhaft sein und bleiben, aber den einen Erfolg werden sie haben, daß es für jeden fremden Imperialismus immer schwieriger werden wird, die Staaten und Fürsten des Orients

gegeneinander auszuspielen. Die Bestrebungen der Zusammenfassung und Einheit haben dazu die völkische Kritik bereits viel zu sehr erweckt. Und was gestern noch möglich war und vielleicht auch heute noch, wird schon morgen kaum mehr angängig sein. So ist an Britannien die Frage gestellt, ob es für die Zukunft den orientalischen Völkern als eine reaktionäre Macht erscheinen wird, der man sich unterwirft, solange kein anderer Weg möglich ist, gegen die man aber aufsteht, sobald sich Gelegenheit dazu bietet. Oder ob Britannien durch die Verwirklichung der „Partnerschaften" einen Weg für die Zukunft findet, der das ewige Problem von Orient und Okzident lösbarer macht. Ist es doch das Problem, das von Jahr zu Jahr mehr zu einer der Hauptfragen geworden ist, die unserem Zeitalter gestellt sind. Palästina wird damit zum Prüfstein, auf welcher der beiden denkbaren Entwicklungslinien sich das Empire im Orient bewegen wird. Die Antwort, die man in England am liebsten wird geben wollen: „Auf keiner von beiden, sondern zwischen beiden" – sie ist freilich nicht mehr möglich, auch wenn man noch so sehr auf die britische Kunst des Kompromisses und des sich bewußt Nichtentscheidens vertraut. Palästina *ist* zum Prüfstein geworden.

Die Palästina-Konferenz in London im Frühjahr 1939

Nachwort zur 4. Auflage

Die günstige Aufnahme dieses Buches ermöglicht es dem Verfasser, noch vor Ablauf eines Jahres seit dem ersten Erscheinen in dieser 4. Auflage einiges über die weitere Entwicklung des Palästina-Problems nachzutragen. Im wesentlichen ist seit dem Zeitpunkt, zu dem dieses Buch verfaßt wurde, keine grundlegende Veränderung der großen Fragen erfolgt, die um dieses kleine Land kreisen. Eines allerdings ist erreicht: die Politik um Palästina stand früher im Halbdunkel. Heute ist sie von hellem Scheinwerferlicht beleuchtet. Die Araber, die in früheren Jahren kaum auf Widerhall in der Weltöffentlichkeit bei ihrem Kampfe rechnen konnten, befinden sich nun insbesondere dadurch, daß Adolf Hitler mehrfach in großen politischen Reden ihres Ringens gedachte, in einer wesentlich anderen, zum mindesten taktisch günstigeren Position. Auf der anderen Seite ist es dadurch sowohl den Juden wie den Engländern nicht mehr möglich, kurzerhand über die arabischen Ansprüche hinwegzugehen. Dies sollte sich insbesondere auf der Palästina-Konferenz in London zeigen, die zwischen dem 7. Februar und dem 17. März 1939 im St.-James-Palast tagte.

Am Tage der Eröffnung dieser Konferenz war ich eben mit dem Flugzeug in Bagdad angekommen. Mein erster Eindruck war ein Lautsprecher in der Hauptstraße der Stadt am Tigris, der einer vielköpfigen Menge auf Arabisch über die Eröffnungsrede Chamberlains berichtete. Ich war einige Wochen vorher zu der Zeit in Kairo gewesen, zu der dort die Vorkon-

ferenz der verschiedenen arabischen Delegationen unter dem Vorsitz des ägyptischen Ministerpräsidenten tagte. Die Vertreter aller arabischen Staaten, die daran beteiligt waren, waren sich von vornherein darüber klar, daß ein wirkliches Ergebnis auf der Londoner Konferenz nicht erzielt werden würde. Wenn sie trotzdem der Einladung der britischen Regierung Folge leisteten, so geschah dies darum, weil die Regierungen der verschiedenen orientalischen Staaten die Gelegenheit benutzen wollten, um mit britischen Kabinettsmitgliedern ihre Sonderprobleme besprechen zu können. Den Engländern wiederum kam es in erster Linie darauf an, eine möglichst repräsentative arabische Versammlung nach London zu laden, um zu beweisen, daß Britannien noch immer die europäische Vormacht im Vorderen Orient ist.

König Ibn Sa'ud hatte seinen zweitältesten Sohn, den Vizekönig von Mekka, Emir Feisal, und seinen Außenminister Fuad Hamsa, einen Syrer, nach London entsandt. Der Iman des Yemen sandte den Kronprinzen. Der Irak wurde durch den Ministerpräsidenten Nuri es-Said Pascha, der um Weihnachten 1938 durch einen kleinen Staatsstreich wieder zur Macht gekommen war, vertreten, Ägypten war durch den Prinzen Mohamed Abdul Moneim und vor allem durch den Hofminister Ali Maher, den durch seine enge Vertrauensstellung beim König bedeutendsten Politiker des Nillandes, vertreten. Auch Emir Abdallah hatte eine Delegation für Transjordanien entsandt, während die syrischen Araber nur inoffiziell vertreten waren, wie übrigens auch die indischen Moslems. Der palästinischen Delegation schließlich gehörten fast all jene Politiker an, die im Oktober 1937 auf die Seychellen verbannt worden waren. Hier mußte sich also England zum umgekehrten System wie bei Ghandi bequemen. Ghandi war erst Gast in London auf der Round Table Konferenz und wurde dann bei seiner Rückkunft nach Bombay verhaftet. Die Palästinaaraber genossen erst den Vorzug der Verbannung und wurden dann feierlich als Gäste der britischen Regierung ins Dor-

cester Hotel gebeten. Der Mufti blieb in seinem Exil bei Beirut, wodurch sich ergab, daß die Führer der palästinischen Delegation, der Vetter des Mufti, Djamal Husseini, und Aouni Bey Abdul Hadi, jeden zweiten Tag Telefongespräche mit Beirut führen mußten. Das Interesse, das die arabische Welt an dieser Zusammenkunft nahm, war, das zeigte sich insbesondere während meines Aufenthaltes in Bagdad, außerordentlich groß, obwohl man sich nirgends besonderen Illusionen über die Ergebnisse hingab.

Auf der arabischen Seite gab es zunächst dadurch eine gewisse Schwierigkeit, daß die Engländer darauf bestanden, daß auch die Familie Naschaschibi bei der Konferenz vertreten sein sollte, was der Mufti zunächst ablehnte. Hierin setzte sich indes der Kolonialminister Malcolm MacDonald gegenüber dem Mufti durch. Die Spekulation, dadurch die arabische Front zu schwächen, erwies sich indes als falsch. Es zeigte sich, daß eine Round Table Konferenz im eigentlichen Sinne gar nicht durchgeführt werden konnte, weil die Araber sich weigerten, mit den Juden an einem Tisch Platz zu nehmen. Tatsächlich haben während der ganzen Konferenzdauer eigentlich zwei Parallelkonferenzen, nämlich eine britisch-arabische und eine britisch-jüdische stattgefunden. Die Araberführer Palästinas trafen mit den Juden überhaupt nicht zusammen. Der einzige unmittelbare Kontakt zwischen Arabern und Juden bestand in zwei kurzen Aussprachen zwischen Kronprinz Feisal, Nuri Said und Ali Maher einerseits und Weizmann und Ben Gurion andererseits in Anwesenheit britischer Kabinettsmitglieder. Über den Verlauf der Konferenz erzählte uns später ein arabischer Teilnehmer, die Engländer hätten die Taktik angewandt, an einem Tage sehr viel zu geben, um dann am nächsten Tage plötzlich wieder mit Vorbehalten zu kommen, so daß trotz wochenlanger intensiver Besprechungen bei den Arabern bis zum letzten Augenblick keine Klarheit darüber bestand, zu welchem Ziele das britische Kabinett eigentlich gelangen wollte. Fast jede Nacht erschien Malcolm MacDonald

im Dorcester Hotel, in dem die arabische Delegation untergebracht war und unterhielt sich dort Stunden und Stunden mit den einzelnen arabischen Vertretern. Bankette und Einladungen in trauliche britische Landschlösser zum Wochenende jagten einander. Wer nur irgend in London mit Orientfragen zu tun hat, wurde zur privaten Fühlungnahme auf die arabischen Delegationen losgelassen. Dies alles mag die Atmosphäre entspannt haben, an der Sache jedoch änderte sich dadurch nicht eben viel. Die Standpunkte der Juden und Araber waren nicht auf einen Nenner zu bringen.

Die Konferenz begann nach der offiziellen Eröffnung mit einer umfassenden Darlegung der arabischen Forderungen durch Djamal Husseini, der eine ähnliche Erklärung Weizmanns folgte. Etwa vierzehn Tage nach Konferenzbeginn traten dann die Engländer mit einem Vorschlag hervor, der dem arabischen Standpunkt gerechter wurde, als man zunächst hätte vermuten können. Das Wesentliche dieses Vorschlages war, daß darin vom Nationalheim der Juden in Palästina kaum mehr die Rede war, sondern daß er auf eine allmähliche Entwicklung der Unabhängigkeit des jetzigen Mandatsgebietes hinauslief, in dem den Juden nicht mehr als garantierte Minderheitenrechte zugestanden werden sollten. Die Folge war, daß Weizmann sofort für die Jewish Agency diese britischen Vorschläge als Verhandlungsgrundlage rundweg ablehnte, während die Araber sie verhältnismäßig günstig aufnahmen. Es war vorauszusehen, daß daraufhin der jüdische Druck auf die britische Regierung sich nach bewährtem Muster sofort wesentlich verstärken und daß auch Präsident Roosevelt zugunsten der Juden in London intervenieren würde. Beides geschah, allerdings mit dem Vorbehalt, daß Roosevelt, der um jene Zeit bereits die allgemeine Politik der britischen Regierung in eine scharfe Stellung gegen die Achsenmächte hineinzutreiben suchte, durch seinen Botschafter Kennedy zum Ausdruck gebracht haben dürfte, daß er die jüdischen Forderungen nur insoweit unterstützen wolle, als dadurch nicht die großen

machtmäßigen Interessen Englands am Rande des östlichen Mittelmeeres zu sehr beeinträchtigt würden. Das Weltjudentum befand sich dadurch, zum erstenmal eigentlich in der Geschichte Palästinas, in einer taktisch schwierigen Lage. Weizmann hielt es infolgedessen für richtig, zu seiner alten Methode, nämlich der unverhüllten Drohung, zurückzukehren. Am Abend des 2. März hatte er eine Unterredung mit dem Premierminister Neville Chamberlain in dessen Amtsräumen im Unterhaus, in der er Chamberlain rund heraus erklärte, er werde die Juden in den Vereinigten Staaten gegen England aufwiegeln und eine Schwenkung zugunsten der amerikanischen Isolierungspolitik veranlassen, wenn der Premierminister nicht schleunigst für eine Wendung des Konferenzverlaufes zugunsten der zionistischen Forderungen sorge. Chamberlain, der ähnlich wie sein Vater stets zu den Förderern der zionistischen Bestrebungen in England gezählt hat und schon vor dem Kriege öffentlich in Birmingham für die zionistische Organisation eingetreten ist, sollte also nun die skrupellosen Methoden Weizmanns am eigenen Leibe erfahren. Gut informierte Beobachter, die in jenen Tagen in London weilten, wußten zu berichten, daß der Premierminister nach dieser Unterredung mit Weizmann bleich vor Erregung und kaum verhüllter Wut nach Downing Street zurückgekehrt sei. Das Ergebnis war jedenfalls, daß tatsächlich in den folgenden vierzehn Tagen bis zum Abschluß der Konferenz das britische Entgegenkommen an die Araber langsam wieder so weit zurückgeschraubt wurde, bis man auf einem Stand angekommen war, an dem auch die Araber sich mit den für sie immer ungünstiger werdenden Zusätzen und Vorbehalten zum ursprünglichen britischen Vorschlag nicht mehr einverstanden erklären konnten. Auf der anderen Seite vermied es jedoch das englische Kabinett, sich völlig zum jüdischen Standpunkt zu bekennen. Der Grund hierfür dürfte allein in der oben umrissenen Haltung des amerikanischen Präsidenten liegen. Neben den Hauptverhandlungen wurden zu diesem Zeitpunkt die danebenher laufenden

Sitzungen einer historischen Kommission abgeschlossen, die sich mit dem Briefwechsel des Hohen Kommissars McMahon mit dem Scherifen Hussein befaßte. Die Verhandlungen dieser Kommission sind in einem Weißbuch (Cmd 5974/1939) niedergelegt worden. Eine Einigung der Engländer und Araber über diese historische Streitfrage erfolgte nicht. Die Lektüre des Weißbuches zeigt allerdings, daß der britische Standpunkt zu diesem Problem tatsächlich so fragwürdig ist, wie er in den ersten Kapiteln dieses Buches dargestellt wird. Die britischen Vertreter mußten schließlich zugeben, daß Palästina tatsächlich zu dem Gebiet gehörte, das der Scherif in Mekka in seinem Brief vom 14. Juli 1915 für den künftigen arabischen Staat beansprucht hatte, und sie mußten weiter zugeben, „daß, obwohl Palästina aus diesem Gebiet später ausgenommen wurde, es in der Korrespondenz als eingeschlossen in das Gebiet, in dem Großbritannien die Unabhängigkeit der Araber anzuerkennen und zu fördern hätte, anzusehen ist. Die britischen Vertreter bestehen darauf, daß der ganzen Anlage des Briefwechsels nach tatsächlich Palästina ausgeschlossen war, aber sie stimmen zu, daß die Worte, in denen dieser Ausschluß ausgedrückt wurde, nicht so genau und unmißverständlich waren, wie dies zu jener Zeit angenommen wurde." Mit anderen Worten, die Engländer gaben schließlich zu, daß der Wortlaut des Briefwechsels, wie wir dies hier auch behaupteten, völlig zugunsten der Araber spricht und versteiften sich einzig und allein darauf, daß bezüglich Palästinas die britischen Verhandlungsführer während des Weltkrieges sozusagen eine Mentalreservation gemacht hatten, von der allerdings die Araber nichts wußten. Eine besondere Pointe war, daß die Araber zu den Verhandlungen dieser Kommission denselben ehemaligen Oberrichter in Palästina, Sir Michael McDonnell, als ihren offiziellen Berater zuzogen, der auf den Druck Weizmanns hin aus seinem Amt im Jahre 1936 entfernt worden war.

Die Hauptverhandlungen dieser merkwürdigen Konferenz

endeten schließlich damit, daß die Engländer den Arabern und Juden einen neuen und, wie sie behaupteten, endgültigen Vorschlag unterbreiteten, der am 17. März sowohl von sämtlichen arabischen Delegationen wie von den Vertretern der Jewish Agency abgelehnt wurde. Im Wortlaut ist dieser Vorschlag beim Abschluß dieser vierten Auflage unseres Buches noch nicht veröffentlicht, in seinen Grundzügen ist er indes bekannt.

Er sieht vor, daß das Palästinamandat in einem Zeitraum von fünf bis zehn Jahren erlöschen und daß dann an seine Stelle ein unabhängiger Palästinastaat treten soll, der mit Großbritannien durch einen militärischen Bündnisvertrag verbunden bleiben soll. Während der Übergangszeit soll das Mandat wie bisher in Kraft bleiben. Es soll indes in drei Etappen eine Überleitung zur Unabhängigkeit allmählich erfolgen. In der ersten Etappe sollen je ein Beratungs- und ein Vollzugsausschuß in Jerusalem gebildet werden. Im Beratungsausschuß sollen die Vertreter Palästinas – das heißt Araber und Juden – gegenüber den britischen Vertretern zahlenmäßig überwiegen, während im Vollzugsausschuß die britischen Vertreter und die Palästinavertreter – wiederum Araber und Juden – sich zahlenmäßig ausgleichen sollen. Die „Palästinavertreter" sollen in beiden Ausschüssen zwischen Arabern und Juden nach dem Verhältnis zwei zu eins aufgeteilt werden. Der Vollzugsausschuß soll angeblich sozusagen die Regierung in Palästina bilden. In beiden Ausschüssen müssen vier Araber und zwei Juden vertreten sein. In Wirklichkeit würde aber die Vollzugsgewalt nach wie vor beim Hohen Kommissar liegen, für den für jeden Beschluß, den der Vollzugsausschuß faßt, ein unbeschränktes Vetorecht vorgesehen ist. Diese erste Periode soll nach britischen Äußerungen mindestens zwei Jahre dauern und erst dann beendet werden, wenn dieses System „eine befriedigende Arbeitsweise gezeitigt hat".

Dann soll eine zweite Periode einsetzen, die durch einen gesetzgebenden Rat aus arabischen und jüdischen Mitgliedern,

proportional den beiden Bevölkerungsgruppen, gekennzeichnet würde. Diesem gesetzgebenden Rat sollen dann bestimmte Regierungsaufgaben und Verwaltungszweige zur Kontrolle unterstellt werden. Unter der Voraussetzung, daß dieses neue System wiederum „in befriedigender Weise" funktioniert, soll dann in einer dritten Periode die Überleitung einer weiteren Anzahl von Verwaltungs- und Regierungszweigen in die Hand der palästinischen Ausschüsse erfolgen, bis schließlich die Gesamtregierung eine palästinische Eigenregierung darstellen würde. Dieses Endstadium soll dann die Wahl einer Nationalversammlung zur Einrichtung eines Föderativsystems und zu Abmachungen über die künftige Stellung des jüdischen Nationalheims abschließen. Die jüdische Einwanderung soll nach diesem Plan für die nächsten fünf Jahre auf insgesamt 75 000 Köpfe beschränkt bleiben, das Gesamtverhältnis zwischen Arabern und Juden soll auf dem Stand von zwei Dritteln zu einem Drittel gehalten werden. Nach Ablauf von fünf Jahren soll dann die Einwanderung auf Grund eines neuen Übereinkommens endgültig festgesetzt werden. Die Entscheidung über die wichtige Frage des Landverkaufs soll wie bisher auch dem britischen Hohen Kommissar überlassen bleiben. Der Kommissar habe bestimmte Gebiete abzugrenzen, in welchen die Juden Land frei kaufen könnten, andere, in denen der Landverkauf begrenzt werden solle und wieder andere, in denen Landverkauf von Arabern an Juden gänzlich verboten sein solle.

Wie man sieht, bestand dieser sowohl von den Arabern wie von den Juden abgelehnte britische Vorschlag wiederum aus nichts als vage aneinandergereihten, unklaren und zu nichts wirklich verpflichtenden Versprechungen. Die Araber erklärten, sie könnten nicht zustimmen, daß die Engländer, die vor der Unterredung Weizmann–Chamberlain einen genau fixierten Termin für die Beendigung des Mandats zugestanden hätten, die Errichtung eines unabhängigen arabischen Palästinastaates davon abhängig machten, daß eine „befriedigende

Zusammenarbeit" zwischen Arabern und Juden erst einmal hergestellt sei. Die Juden hätten dadurch die Möglichkeit, den Übergang vom Mandat zum unabhängigen Staat ins Unendliche hinauszuschieben. Ferner mußten sie sich äußerst unzufrieden damit zeigen, daß der Begriff „jüdisches Nationalheim", der in den ersten Verhandlungswochen von den Engländern bereits fallen gelassen und durch den Begriff „Minderheit" ersetzt worden war, in diesem Vorschlag wieder auftauchte. Auch die Regelung der Einwanderungsfrage und des Landverkaufs an die Juden war weit ungünstiger als die am Beginn der Londoner Verhandlungen von MacDonald gegebenen Versprechungen. Praktisch, so erklärten die Araber, bleibt mit diesem Vorschlag alles beim alten. Regieren wird nach ihm allein der britische Hohe Kommissar in Jerusalem. Da eine befriedigende Zusammenarbeit zwischen Juden und Arabern, wie diese Jahre gezeigt haben, ohnedies unmöglich ist, so bezeichneten sie dieses ganze Experiment als bloße Spiegelfechterei und erklärten offen, daß infolgedessen der Aufstand in Palästina nicht beendet werden könnte.

Die Juden auf der anderen Seite erklärten, die Beschränkung der Einwanderung und die Festsetzung des zahlenmäßigen Verhältnisses von Arabern und Juden auf zwei zu eins widerspräche der Balfour-Deklaration. Dabei muß man berücksichtigen, daß noch während der Londoner Verhandlungen die Jerusalemer jüdische Zeitung „Davar" die Forderung aufgestellt hatte, im Jahre 1939 sollten 50 000, 1940 100 000, 1941 150 000 und 1942 200 000 Juden nach Palästina einwandern! Weizmann und Ben Gurion behaupteten nunmehr offen, es sei der Sinn der Balfour-Deklaration, daß die Juden allmählich die Mehrheit in Palästina erhalten sollten, dem widerspräche jedoch der britische Vorschlag. So endete die Londoner Palästinakonferenz, wie es vorauszusehen war, mit einem vollständigen Mißerfolg. Die britischen Zeitungen trösteten sich damit, daß die Chancen für eine Übereinkunft 1:1000 gewesen wären. In Wirklichkeit hatte die englische Regierung

wohl niemals etwas anderes als ein Scheitern dieser Beratungen beabsichtigt und sie überhaupt nur zu dem Zwecke über Wochen hindurch geführt, um dadurch mittelbar die Widerstandskraft der Araber in Palästina zu schwächen. Auch dieses Ergebnis ist indes nicht erzielt worden, da während dieser ganzen Zeit der Aufstand in Palästina mit unverminderter Stärke weiterging, obwohl einer der tapfersten arabischen Revolutionäre, Abdul Rahim, Ende März im Kampfe gegen britisches Militär in der Nähe von Nablus fiel. Der britische Terror in Palästina hat sich während dieser Periode beträchtlich verschärft. Die bewährte Methode des Curfew wurde in Städten wie Lydda und Jerusalem oft auf drei bis fünf volle Tage ausgedehnt, Kollektivstrafen wurden über unglückliche Städte in einer Höhe verhängt, die die ausgeplünderten Einwohner niemals aufbringen konnten. Und trotzdem – als wir 1939 wieder in Palästina weilten, sahen wir: der arabische Widerstand ist ungebrochen.

Es war ursprünglich beabsichtigt, unmittelbar nach dem Abbruch der Londoner Konferenz ein Weißbuch der englischen Regierung zu veröffentlichen, in dem nunmehr der britische Vorschlag dekretiert werden sollte. Dies geschah indes nicht. Am 15. März war das Protektorat über Böhmen und Mähren erklärt worden. Am 17. März scheiterte die Konferenz. Am gleichen Tage hielt Chamberlain jene Rede in Birmingham, in der er den Beginn einer Einkreisungspolitik gegen Deutschland und Italien ankündigte. Die Folge war, daß Lord Halifax den ägyptischen, irakischen und saudischen Delegierten, die eben schon ihre Koffer packten, um die Freuden des Dorcester Hotels endlich hinter sich zu lassen, eilends bat, sie möchten zu einer streng vertraulichen Nachkonferenz doch noch einige Tage bleiben. Mit einem Male zeigte sich die britische Regierung gegenüber den arabischen Wünschen wesentlich aufgeschlossener, als dies während der letzten Wochen der Konferenz der Fall gewesen war, offenbar weil sie annahm, daß unter Umständen schon die folgenden Tage eine entscheidende

Wendung in Europa herbeiführen könnten. Als dies nicht geschah, ließ man die Delegierten schließlich doch abreisen. Die meisten von ihnen waren noch nicht wieder in Kairo angekommen, als durch die Einbeziehung Albaniens in das italienische Imperium in London wiederum das Gefühl entstand, es sei doch zweckmäßig, noch mit den Arabern weiter zu verhandeln. Infolgedessen wurde der ägyptische Botschafter in London mit dem Flugzeug nach Kairo mit neuen Vorschlägen geschickt. Dies ist der Stand der Dinge beim Abschluß dieses Nachworts. Im Falle ernster Verwicklungen, die sich auf das östliche Mittelmeer hinüberspielen sollten, wird England versuchen, noch im letzten Augenblick die Palästinafrage irgendwie im arabischen Sinne zu lösen, um sich dadurch der arabischen Welt als Bundesgenossen zu versichern. Im anderen Falle aber wird das durch die Vorschläge ungefähr umrissene Programm durchgeführt werden. *In beiden Fällen wird die britische Macht in Palästina nicht um einen Schritt zurückweichen.* Der arabische Widerstand wird sich infolgedessen an dieser Frage immer von neuem wieder entzünden.

Die Londoner Konferenz hat zweifellos das Ergebnis gehabt, daß die maßgebenden Politiker der verschiedenen arabischen Länder sich während dieser langen Wochen wesentlich nähergekommen sind. Ob damit freilich die Frage der arabischen Föderation entscheidend gefördert worden ist, steht dahin. Nach den Eindrücken, die der Verfasser zu Beginn des Jahres 1939 in Dschedda, dem Pilgerhafen Mekkas in Saudi-Arabien, sammeln konnte, ist es unwahrscheinlich, daß von Ibn Sa'ud her eine solche starke Zusammenfassung der arabischen Kräfte in der nächsten Zeit erfolgen kann, obwohl der König Zentralarabiens noch immer hofft, daß ihm die Engländer schließlich die Chance geben, einen oder mehrere seiner Söhne in Syrien oder dem Irak oder auch in Palästina auf den Thron zu erheben. Wesentlich bedeutungsvoller dagegen erscheinen die panarabischen Bestrebungen, die sowohl von Bagdad wie von

Damaskus ausgehen. Neben den Kampf der Araber Palästinas tritt nun mehr und mehr der der syrischen Araber gegen Frankreich. Auf der andern Seite verstärken sich die im letzten Kapitel beschriebenen Bestrebungen der Türkei, der Loslösung des Sandschak von Alexandrette von Syrien bald eine ähnliche Aktion in Aleppo folgen zu lassen.

Die orientalische Frage wird sich während der nächsten Jahre keineswegs von den Engländern und Franzosen auf Eis legen lassen. Die Bewegung innerhalb der arabischen Völker ist nicht mehr zur Ruhe zu bringen. Die während der Palästina-Konferenz von neuem zutage getretene enge Verbindung zwischen Engländern und Juden wird diese Entwicklung sicherlich eher noch zuspitzen. Dies ist auch in der Hinsicht bedeutungsvoll, daß die Engländer, die gegenüber der deutschen Judenpolitik sich mit Vorliebe auf das hohe Roß der Humanität schwingen, nicht imstande sind, ihrerseits eine befriedigende Lösung, *die nur außerhalb Palästinas möglich ist,* zu bieten. Von deutscher Seite ist durch Alfred Rosenberg während dieser Zeit ein bereits sehr präziser Vorschlag der Schaffung eines jüdischen Territoriums – natürlich nicht eines weltpolitische Unruhe hervorrufenden „Staates" – gemacht worden. Die Engländer dagegen haben sich auf die Spiegelfechterei einer Konferenz beschränkt, durch die nun freilich das jüdische Weltproblem nicht einer Lösung näher gebracht werden konnte, um von dem arabischen ganz zu schweigen. Man mag das als eine geschickte Taktik ansehen. Unter größeren Aspekten ist es dies bestimmt nicht. Es ist vielmehr das Eingeständnis, daß man in der Zentrale des Empire gerade mit den Fragen, deren Lösung man Deutschland vorwirft, in keiner Weise fertig zu werden vermag. Dies haben die Winkelzüge auf der Londoner Konferenz von neuem bewiesen. Drei Jahre nach dem Ausbruch des arabischen Aufstandes in Palästina ist die Palästinafrage ebensowenig gelöst wie vorher. Sie bleibt eines der brennendsten weltpolitischen Probleme.

Anhang

Auf S. 57 haben wir das besondere Verhältnis Englands zu dem Begriff des „auserwählten Volkes" beschrieben, das in anderer angelsächsischer Ausprägung übrigens auch in der bekannten Bezeichnung der Vereinigten Staaten von Amerika als „God's own country" wiederkehrt. Bei der Niederschrift dieser Zeilen wußten wir allerdings nicht, daß diese seltsame englische Gefühlswelt, die in einer so eigenartigen Vermischung von kühler Machtpolitik und Religiosität besteht, sich gelegentlich weit offenherziger ausspricht, als man dies vermuten möchte. Erst jetzt wurden wir auf ein ganzseitiges Inserat aufmerksam, das in der „Times" vom 1. Oktober 1937 in höchst auffälliger Form von einer Zeitschrift „The National Message" aufgegeben worden war und in dem ohne Umschweife die „Times"-Leser darauf aufmerksam gemacht wurden, daß der britische Thron die moderne Fortsetzung des Thrones von König David sei, und daß infolgedessen Englands Rechte auf Palästina nicht abgeleitet, sondern sozusagen ursprüngliche Heimat- und Besitzrechte seien. In der Verkleinerung bringen wir auf der nebenstehenden Tafel den Kopf dieses Inserats, der links von Lawrence und rechts von General Allenby eingerahmt ist.

Es wäre wohl nicht denkbar, daß ein solches Inserat in der „Times" erscheinen kann, wenn der Verwaltung der repräsentativsten britischen Zeitung dieser Text so unglaublich merkwürdig erschienen wäre, wie er wohl auf jeden Nichtengländer wirken muß. So läßt sich schon aus der Veröffentlichung dieser Anzeige schließen, daß hier, wenn auch natürlich in plumperer Form, als man dies gewöhnlich in England auszusprechen beliebt, ein Grundgefühl angesprochen worden ist, das, wie wir es in diesem Buche behauptet haben, den Eng-

THE SOVEREIGNTY OF PALESTINE

Does the possession of the Promised Land rightfully belong to Britain?

LAWRENCE of Arabia

ALLENBY of Megiddo

The answer to this vital question depends upon the recognition of the following factors :—

GREAT BRITAIN IS ISRAEL AND THE SOVEREIGNTY OF THE LAND OF ISRAEL SHOULD BE ONE AND UNDIVIDED. THE BRITISH THRONE IS THE MODERN CONTINUATION OF THE THRONE OF DAVID. AS KEYSTONE OF PEACE IN THE NEAR EAST, PALESTINE SHOULD BECOME THE BRIGHTEST DIADEM IN THE BRITISH CROWN.

THESE appear to be challenging statements but they represent matters of supreme importance to the British public. For so long as the British people fail to realise that they are the Israel people—as distinct from the Jews—no plan for the peace of Palestine can have any prospect of permanent solution. The problem of Palestine is something far greater than a mere issue of domestic politics. The future of Palestine concerns the destiny of the British race as a whole

Israel to become a Commonwealth or Company of Nations

To-day, the British people have become the "Nation and Company of Nations" of Genesis xxxv, 11, that it was the declared destiny of the seed of Abraham to become. As the "Great People" of Genesis xlviii, 19, the people of the United States also have an interest in the future of the Promised Land which is a matter of such real

The Zionist Claim

Great Britain's sympathy for the Zionist is natural but mistaken. For the Jews—as a remnant of Judah only—cannot rightfully advance any exclusive claim to the possession of the Promised Land in priority to the British people who represent "all the House of Israel wholly." There is a distinct difference between being given the right to make your home in the land and in making the whole land your home.

ländern eingeboren zu sein scheint. In deutscher Übersetzung lautet der Text auszugsweise folgendermaßen:

„Gehört das Gelobte Land rechtlich zu Britannien?

Die Antwort auf diese vitale Frage hängt von der Anerkennung der folgenden Faktoren ab:

Großbritannien ist Israel, und die Souveränität über das Land Israel müßte einheitlich und ungeteilt sein. Der britische Thron ist die moderne Fortführung des Thrones von David. Als Schlußstein des Friedens im Nahen Osten soll Palästina der funkelndste Edelstein in der britischen Krone werden.

... Solange das britische Volk nicht erkannt hat, daß es das Volk Israel ist – durchaus zu unterscheiden von den Juden – kann kein Friedensplan für Palästina Aussicht auf eine dauernde Lösung bringen. Das Problem Palästinas ist eine weit bedeutendere Angelegenheit als nur ein Ausfluß der örtlichen Politik. Die Zukunft Palästinas betrifft das Schicksal der gesamten britischen Rasse... Das Problem Palästina ist nicht eine Frage, wie man Wege finden kann, Israel dem Lande Israel wiederzugeben, da Großbritannien Israel ist und seit 1917 das Land Israel in seinem Besitz hat.

... Heute ist das britische Volk die ‚Nation und Gesellschaft von Nationen' geworden, auf die die Bibel im Buche Genesis XXXV, 11 hinweist, womit das vorausgesagte Schicksal der Nachkommen Abrahams erfüllt ist. Als das ‚große Volk' des Buches Genesis XLVIII, 19 haben auch die Vereinigten Staaten ein Interesse an der Zukunft des Gelobten Landes, das so eng mit dem British Commonwealth of Nations verbunden ist. Es ist von vitaler Wichtigkeit, daß das Volk des British Commonwealth of Nations erwacht und seine Identität mit dem Volke Israel – wohl zu unterscheiden von den Juden – erkennt. Zusammen mit dem ‚großen Volke' der Vereinigten Staaten sind sie die dienende Rasse, die auserwählt ist, alle anderen Nationen der Menschheit zu regieren... Die angelsächsische Rasse ist das Volk Israel, dem die höchste Aufgabe

übertragen wurde, auf Erden die Vorbedingungen für das Königreich Gottes zu schaffen... Das Volk Israel oder die sogenannten verlorenen 10 Stämme wanderten unter dem Namen Sachsen (Saxon) zu dem ihnen bestimmten Platz, oder auf die Inseln des Meeres, wo sie sich, wie es prophezeit war, zu einem weltweiten Commonwealth entwickelten, wenn auch unter anderem Namen. Wenn es erst einmal anerkannt ist, daß das britische Volk das Volk Israel ist, können die arabischen und jüdischen Aspirationen im Lichte dieser Neuorientierung aufeinander abgestimmt werden. Großbritannien hält durch Vertrag und Eroberung mit vollem Recht das Heilige Land als Treuhänder für die Zivilisation in Besitz. Da das Gelobte Land stets als Symbol des kommenden Reiches Gottes angesehen wurde, in dem alle Nationen sich zu einem universalen Königreich vereinigen, ist Palästina der Schlußstein des Friedens im Nahen Osten und muß der Mittelpunkt der Gerechtigkeit und des Friedens für die ganze Welt werden."

Soweit dieses ganzseitige Inserat in der „Times". Es würde sich vielleicht nicht lohnen, es hier zu erwähnen, wenn es nicht einen unvermuteten Einblick in die Untergründe der britischen Psyche gewährte, wie man ihn nur selten bekommt. Sektenhafte Weltgerichtsstimmung vermischt sich mit Prophezeiungen des Alten Testaments ebenso wie mit den Taten eines Lawrence of Arabia und eines Generals Allenby. Eine ganze Gefühlswelt enthüllt sich, aus der dann aber unvermutet wie ein Phönix aus der Asche die „Rechtmäßigkeit" der Eroberung Palästinas durch England heraufsteigt. Irgendwie ist diese ganz unklare alttestamentarische Sektenreligiosität in jedem Falle ein treibendes Moment für die britische Palästinapolitik vor allem in ihren Anfängen gewesen, die zu studieren nun zwar nicht die Absicht dieses Buches ist, aber immerhin ist es mehr als ein ergötzlicher Seitenblick, der sich uns hier aufgetan hat.

Anmerkungen

[1] *Sir Arnold Wilson,* „A Clash of Loyalties 1917–20." London 1931. S. 28.

[2] *Hans Kohn,* „Geschichte der nationalen Bewegung im Orient." Berlin 1928.

[2a] *John St. Philby* hat mit seinem Übertritt zum Islam den Namen Abdallah angenommen. Er wohnt in der Hafenstadt Mekkas, Dschedda, in dem Palaste des ehemaligen Scherifen Hussein. Er betreibt dort eine Fordvertretung, die ihn (nach den Feststellungen des Verfassers im Januar 1939 in Dschedda selbst) von der britischen Gesandtschaft in Dschedda unabhängig macht. Der Einfluß Philbys auf Ibn Saud ist nach wie vor bedeutend, wenn auch heute mehr inoffiziell. Tatsächlich ist Philby fast der einzige Europäer, der frei in Saudi-Arabien reisen kann.

[3] Sir Arnold Wilson, a. a. O., S. 320.

[4] Sir Arnold Wilson, a. a. O., S. 109.

[5] *J. St. B. Philby,* „The Arabs and the Future of Palestine", in „Foreign Affairs". New York. Bd. 16, S. 156.

[6] *Dr. T. Canaan,* „Conflict in the Land of Peace." Jerusalem 1936. (Dr. Canaan ist Araber.) Von englischer Seite ist der Briefwechel zum erstenmal im „Palestine Royal Commission Report" vom 8. Juli 1937 (Cmd. 5479) S. 18 ff. wiedergegeben. Der Bericht wird hier künftig als *Peel-Report* zitiert werden. Am 3. März 1939 wurde während der in London tagenden Palästinakonferenz unter dem Titel „Correspondence between Sir Henry McMahon, His Majesty's High Commissioner at Cairo, and the Sherif Husseini at Mecca, July 1915 to March 1916" der gesamte Briefwechsel als Weißbuch veröffentlicht (Cmd 5957). Ein Vergleich mit dem bereits im Peel-Report veröffentlichten Auszügen aus dem Briefwechsel ergibt jedoch keine neuen Gesichtspunkte. Bereits der Peel-Report enthielt alle wesentlichen Stellen. Durch diese Veröffentlichung hat sich infolgedessen an der für die arabische These sprechenden Rechtslage nichts geändert. Vgl. auch S. 289.

[7] Diese Denkschrift ist in der Geheimsitzung der Großen Vier vom 20. März 1919 im Wortlaut verlesen worden, s. *R. St. Baker,* „Woodrow Wilson, Memoiren und Dokumente über den Vertrag von Versailles", Bd. III, S. 6. Leipzig 1923.

[8] Sir Arnold Wilson, a. a. O., S. 103. In einem Brief an die „Times" vom 15. August 1938 beruft sich Wilson ausdrücklich auf diese englisch-französische Erklärung als Basis der arabischen Rechtsansprüche.

[9] R. St. Baker, a. a. O., Bd. II, S. 69.

[10] „Correspondence with the Palestine Arab Delegation" (Cmd. 1700). London 1922.

[11] *H. W. V. Temperley,* „A History of the Peace Conference of Paris." Vol. VI. London 1924. S. 132.

[12] *Erich Topf* hat in „Staatenbildungen in den arabischen Teilen der

Türkei seit dem Weltkriege nach Entstehung, Bedeutung und Lebensfähigkeit", Hamburg 1929, S. 12 bis 21, eine große Zahl von Aussprüchen englischer Politiker zusammengestellt, die klar beweisen, daß man sich in England stets bewußt war, daß bindende Verpflichtungen gegenüber dem Scherifen eingegangen worden waren. Durch die authentische Veröffentlichung des McMahon-Briefes im Peel-Bericht erübrigt es sich heute, auf abgeleitete Quellen einzugehen.

[13] Deutsches amtliches Werk über den Weltkrieg, Bd. IX, S. 290.

[14] Man findet sie im Anhang zu *George Macauley Trevelyans* Biographie von Sir Edward Grey, London 1937, deutsch Essen 1938.

[15] *Lloyd George,* „Mein Anteil am Weltkrieg", Bd. II. Berlin 1934. S. 405.

[16] *Harold Nicolson,* „Nachkriegsdiplomatie", Berlin 1934. S. 89.

[17] Dr. T. Canaan, a. a. O., S. 6, ferner R. St. Baker, a. a. O., Bd. I, S. 62 ff.; ferner *Seymour Cox,* „The secret Treaties and Understandings." London 1918. S. 45 ff.

[18] *Blanche E. C. Dugdale,* „Arthur James Balfour." London 1936. Bd. II, S. 201.

[19] *Kurt Ziemke,* „Die neue Türkei." Stuttgart 1930. S. 65.

[20] *Jean Martet,* „Clemenceau spricht." Berlin 1930. S. 225.

[21] *Harold Nicolson,* „Friedensmacher 1919." Berlin 1933. S. 140.

[22] Kurt Ziemke, a. a. O., S. 161.

[23] *Rudolph Goltz,* „Der Weg des Zionismus." „Die Tat" 1934. S. 272–287.

[24] *Adolf Böhm,* „Die zionistische Bewegung." Bd. I. Berlin 1935 (Jüdischer Verlag). S. 67, auch für das Folgende.

[25] Adolf Böhm, a. a. O., Bd. I, S. 654.

[26] *Arthur Ruppin,* „Der Aufbau des Landes Israel." Berlin 1919.

[27] Blanche E. C. Dugdale, a. a. O., Bd. I, S. 433 f.

[28] Blanche E. C. Dugdale, a. a. O., Bd. II, S. 213 ff.

[29] „The intimate Papers of *Colonel House.*" London 1926. Bd. I, S. 117.

[30] *Friedr. H. Zander,* „Die Verbreitung der Juden in der Welt." Berlin 1937.

[31] Dr. T. Canaan, a. a. O., S. 12.

[32] H. W. V. Temperley, a. a. O., S. 171.

[33] „Daily Telegraph" vom 22. Juli 1937, so auch von jüdischer Seite bestätigt bei A. Böhm, a. a. O., Bd. I, S. 666.

[34] H. W. V. Temperley, a. a. O., Bd. VI, S. 171.

[35] Adolf Böhm, a. a. O., Bd. I, S. 642. Vgl. auch *W. G. Lyddon.* British War Missions to the United States, London 1938.

[36] *Josef Cohn,* „England und Palästina." Berlin 1931. S. 81.

[37] Adolf Böhm, a. a. O., Bd. I, S. 666, Anm. 2.

[38] Blanche E. C. Dugdale, a. a. O., Bd. II, S. 234.

[39] Hansard, 19. Juni 1936, Spalte 13/43.

[40] Josef Cohn, a. a. O., S. 83.

[41] Vgl. die Diskussion nach einem Vortrag des Araberführers *Emil Gohry* im Royal Institute of International Affairs, wiedergegeben in den „International Affairs", September 1936, S. 198 ff. Vgl. ferner die vom Royal Institute of International Affairs herausgegebene Schrift *„Great Britain and Palestine* 1915 to 1936", London 1937, S. 17.

[42] Der Bericht kam, wie erwähnt, für die Friedenskonferenz zu spät. Er ist ausführlich bei R. St. Baker, a. a. O., Bd. II, S. 152–165, wiedergegeben.

[43] *John D. V. Loder,* „The Truth about Mesopotamia, Palestine and Syria." London 1923. S. 115.

[44] *Karl Hoffmann,* „Ölpolitik und angelsächsisches Imperium." Berlin 1927, S. 31 ff.

[45] Karl Hoffmann, a. a. O., S. 100.

[46] *Alfred Rosenberg,* „Der staatsfeindliche Zionismus." 1921, wiederaufgelegt München 1938. S. 11.

[47] Abgedruckt bei J. D. V. Loder, a. a. O., S. 184.

[48] „Jüdische Rundschau", 1920, Nr. 33, zitiert nach Alfred Rosenberg, a. a. O., S. 33.

[48a] Nach glaubhaften Angaben, die der Verf. im Februar 1939 in Bagdad erhielt, ist die Ölleitung im Jahre 1938 durch Anschläge rund 18 Tage außer Betrieb gewesen. Die reinen Reparaturkosten wurden auf 50 000 £ geschätzt, dazu kommt der allgemeine Betriebsverlust.

[49] *Horace B. Samuel,* „Unholy Memories of the Holy Land." London 1930. S. 65 ff. Der Verfasser scheint mit dem Londoner Samuel-Clan nicht verwandt zu sein.

[50] Great Britain and Palestine", a. a. O., S. 65.

[51] *A. Toynbee,* „Survey of International Affairs." 1930. S. 245—251.

[52] „Great Britain and Palestine", a. a. O., S. 26.

[53] Peel-Report, a. a. O., S. 31/32.

[54] „Jüdische Rundschau", Berlin 1930. Nr. 15.

[55] Adolf Böhm, a. a. O., Bd. II, S. 537 f., gibt die Vorgeschichte der Erweiterung der Jewish Agency nur bis 1925.

[56] A. Toynbee, a. a. O., S. 250.

[57] „Jüdische Rundschau", 1931. Nr. 1.

[58] „Current History", New York, Dezember 1929. S. 478.

[59] *William Zukerman* in „Current History", 1929. S. 477.

[60] „Jüdische Rundschau", Berlin 1929, S. 412, auch für die folgenden Zitate. Über die Wirksamkeit Marshalls in Amerika: S. 471.

[61] W. Zukerman, a. a. O.

[62] „Jüdische Rundschau", 1929, Berlin. S. 385.

[63] „Islam gegen Bolschewismus." „Münchner Neueste Nachrichten" vom 4. 2. 1938.

[64] *Reinhard Hübner,* „Deutschland und der Wirtschaftsaufbau des Vorderen Orients", Stuttgart 1938, S. 74, schätzt 42%. Wahrscheinlich ist indes nur ein viel kleinerer Prozentsatz der Gesamtfläche des Landes kultivierbar. Der meist aus Wüste bestehende Bersheeba-Bezirk umfaßt allein 12 577 qkm. Von dem Rest, von dem auch noch die Flächen des Toten Meeres, der Tiberias- und Huleh-Seen abzuziehen sind, gelten nach neuesten Schätzungen nur 7120 qkm als wirklich kultivierbar, ein Gebiet von der Größe Hessens!

[65] „Palestine, Report on Immigration, Land Settlement and Development" by *Sir John Hope-Simpson,* British Bluebook Cmd. 3686, 1930.

[66] „Jüdische Rundschau", 1930, S. 624.

[67] „Great Britain and Palestine", a. a. O., S. 63.

[68] „Great Britain and Palestine", a. a. O., S. 27, für das Folgende Peel-Report, S. 211 ff.

[69] *W. Düsterwald*, „Foreign Investments in Palestine" in „Palnews — Economic Annual of Palestine", 1937. S. 172 f.

Die Schätzung der Kapitalinvestition in Palästina teilt sich hier folgendermaßen auf:

Privatkapital von Einwanderern	60	Mill.	Pfund
Die jüdischen nationalen Fonds	10	„	„
Andere jüdische Organisationen	10	„	„
Innere Kapitalbildung in Palästina	15	„	„
Fremde Investitionen und Anleihen	25	„	„
	120	Mill.	Pfund

Die 25 Mill. Pfund der fremden Investitionen und Anleihen werden wie folgt aufgeteilt:

1. Öffentliche Anleihen	6,5	Mill.	Pfund
2. Industrie	4,0	„	„
3. Investment und Holding-Gesellschaften	1,0	„	„
4. Banken und Landkaufgesellschaften	2,0	„	„
5. Versicherungsgesellschaften	2,0	„	„
6. Private Hypotheken und Grundbesitzhandel	2,0	„	„
7. Import Credit	1,5	„	„
8. Filialen ausländischer Betriebe	1,0	„	„
9. Palestine Jewish Colonisation Association (PICA), Wohlfahrtseinrichtungen usw.	5,0	„	„
	25,0	Mill.	Pfund

[70] Reinhard Hübner, a. a. O., S. 79.

[71] „Great Britain and Palestine", a. a. O., S. 75.

[72] Cmd. 1540, 1921, zitiert nach John D. V. Loder, a. a. O., S. 122.

[73] „Great Britain and The East", Nr. 1374/75/76, September/Oktober 1937.

[74] Aus der weit verstreuten Tagesliteratur über den Mufti seien die oben zitierten drei Aufsätze von *Archer Cust* „The Muslim Aristocracy of Palestine" in „Great Britain and the East", sowie *Iwan Kirchner* in der „Frankfurter Zeitung" vom 11. August 1937 hervorgehoben.

[75] „Great Britain and Palestine", a. a. O., S. 81.

[76] Dr. T. Canaan, a. a. O., S. 54.

[77] Peel-Report, S. 238.

[78] „Great Britain and Palestine", a. a. O., S. 36.

[79] *Dr. A. Wiener*, „Kritische Reise durch Palästina", S. 68.

[80] Hope-Simpson, a. a. O., S. 68.

[81] Peel-Report, S. 337.

[82] „Time and Tide", vom 24. Oktober 1936, zitiert nach Dr. T. Canaan, a. a. O., S. 91.

[83] *Winston Churchill*, „Nach dem Kriege." Wien 1929. S. 443 ff.

[84] Cmd. 3692, 1930.

[85] *Felix Warburg* in „The New Palestine", New York, Januar 1931.

[86] „Jüdische Rundschau", Berlin, 1930, S. 597.

[87] „Jüdische Rundschau", Berlin, 1930, S. 624.

[88] ebenda.

[88a] Am 20. November 1938 ist in den „Münchner Neuesten Nachrichten" das Faksimile eines Briefes veröffentlicht worden, den Chaim Weizmann am 16. Februar 1931 an einen jüdischen Empfänger in München sandte. In diesem Brief drückt sich Weizmann wesentlich offener aus. Er schreibt: „Sie werden bei Empfang dieser Zeilen bereits über den Erfolg unserer Bemühungen, das Weißbuch der englischen Regierung vom letzten Oktober unschädlich zu machen, informiert sein ... Die Regierung ist in ihrer Bereitwilligkeit, das Weißbuch seiner inhaltlichen und formalen Schärfe unserer Sache gegenüber zu entkleiden, viel weiter gegangen, als man vor einigen Monaten hoffen durfte ... In den entscheidenden Fragen des Bodenkaufs und der Einwanderung werden unsere besonderen Interessen rückhaltlos anerkannt und uns eine positive Haltung der Landesregierung zugesagt." Dieser Brief, der dem Verfasser erst ein halbes Jahr nach Erscheinen der ersten Auflage dieses Buches zur Kenntnis kam, beweist nachdrücklich die von uns aufgestellten Thesen.

[89] Zitiert bei Erich Topf, a. a. O., S. 65.

[90] Peel-Report, S. 91 f.

[91] *Lord Cromer*, „Das heutige Ägypten." Berlin 1908. Bd. 2, S. 406.

[92] High Court of Palestine, Nr. 44/36.

[93] J. H. Thomas war zeitweise Dominion- und Kolonialminister, zeitweise hatte er das Kolonialministerium an Cunliffe-Lister abgegeben.

[94] Peel-Report, S. 362.

[95] ebenda, S. 374.

[96] Peel-Report, S. 390. Durch flüchtige Zitierung des Peel-Berichts ist verschiedentlich die Ziffer von 225000 Arabern insgesamt im Judenstaat genannt worden, die sich jedoch ausdrücklich nur auf die Bevölkerung außerhalb der arabisch-jüdisch gemischten Städte bezieht. Diesen Fehler machte auch *Herbert Samuel* in „Foreign Affairs", New York, Oktober 1937, S. 151.

[97] Peel-Report, S. 390.

[98] Adolf Böhm, a. a. O., Bd. II, Nachwort S. VII.

[99] „CV.-Zeitung, Allgemeine Zeitung des Judentums", vom 17. März 1938, S. 14, sowie „Jewish Chronicle", London, Nr. 3597, 18. März 1938.

[100] „Memorandum submitted by the Arab Higher Committee to the Permanent Mandates Commission and the Secretary of State for the Colonies", July 23rd, 1937.

[101] Im Bericht der Woodhead-Kommission (Cmd. 5854, 1938) wird auf S. 20 angegeben, in den ersten sieben Monaten des Jahres 1938 seien 316 Engländer, Juden und Araber getötet und 728 verwundet worden. Diese Zahlen sind auf jeden Fall bei weitem zu niedrig. Werden doch nur 14 Engländer als getötet zugegeben, obwohl es sich um das Vielfache handeln muß. Die von uns gegebenen Ziffern dürften der tatsächlichen Zahl der Toten und Verwundeten ziemlich nahe kommen. Im übrigen erklärt der Woodhead-Report selbst, daß diese Ziffern die bei den Kämpfen mit dem britischen Militär gefallenen Araber nicht enthalten. Im April 1939, am

dritten Jahrestag des Ausbruches der arabischen Revolution wurden die arabischen Verluste sogar mit insgesamt 10 000 angegeben.

[102] Cmd. 5634, Januar 1938.

[103] Palestine Partition Commission Report (Cmd. 5854, London, November 1938), bei uns im Text als Woodhead-Report zitiert.

[104] Woodhead-Report, S. 104.

[105] Woodhead-Report. S. 141.

[106] Palestine, Statement by His Majesty's Government in The United Kingdom (Cmd. 5893) § 4.

[107] „Times", vom 15. Oktober 1938.

[108] „New York Times", vom 23. Oktober 1938.

[109] Hans Kohn: „Nationalismus und Imperialismus im Vorderen Orient", S. 229.

[110] Peel-Report, S. 101.

[111] Zitiert nach Iwan Kirchner, „Frankfurter Zeitung", 23. Juli 1937.

[112] Die Note des Irak ist in Bagdad am 30. Juli aufgegeben worden, siehe „Times" vom 5. August 1937.

[113] „Münchner Neueste Nachrichten", 20. September 1937.

[114] „Oriente moderno", Rom, Jahrg. 17, S. 501, ferner „Münchner Neueste Nachrichten", 25. September 1937.

[115] „Oriente moderno", Rom, Jahrg. 17, S. 497; ferner *Robert Gale Woolbert*, „Panarabism and the Palestine Problem", „Foreign Affairs", New York, Januar 1938, S. 317.

[116] Auch das materialreiche und in seinen Einzelheiten aufschlußreiche Buch von *Paul Schmitz*, „All-Islam! Weltmacht von morgen?", Leipzig 1937, vermag in diesem Punkt nicht zu überzeugen. Dies ändert selbstverständlich nichts an den wichtigen Tatsachen, auf die Schmitz in seiner gründlichen Arbeit hinweist.

[117] Dies war die These des Zionisten Hans Kohn in seinem gleichlautenden Buche.

[118] Zitiert in „Die Tat", Jena, Mai 1937.

[119] Robert Gale Woolbert, a. a. O..

[120] „The Round Table", Dezember 1937, S. 39.

[121] So auch *Friedr. Wilh. Fernau*, „Der Orient im britischen Weltreich." Hamburg 1937.

[122] „The Round Table", a. a. O. Vgl. dazu die Unterhausrede von Ormsby-Gore, 8. März 1938.

[123] „Informazione Diplomatica", Rom, 16. Februar 1938.

[124] Der Wortlaut des Paktes von Saadabad ist mitgeteilt in den „Monatsheften für Auswärtige Politik", Hamburg, August 1937, S. 532.

Personen- und Sachwortverzeichnis

Abdallah, Ibn Hussein, Emir von Transjordanien 26, 30, 52, 144, 148, 151, 174, 206, 214, 220, 245 bis 251, 255, 260, 265, 275, 279, 285.
Abdul Hadi, Familie der 137, 143.
Abdul Hamid, Sultan 60, 258, 263.
Ägypten 9, 11 f., 14 f., 19, 21, 22, 38, 40, 46, 126, 129, 135 f., 139 ff., 142, 149, 150, 152, 159, 172, 174 f., 176, 193, 207, 223, 244, 253 f., 256 f., 261–264, 267 f., 271, 278, 281.
Afghanistan 46, 248, 261 ff.
Agudath Israel, Vereinigung der orthodoxen Juden Palästinas 100.
el-Ahzar-Moschee in Kairo 139, 141, 263 f.
Akaba, Golf von — 207.
Alexandrette, Sandschak von 271, 274, 276 ff., 280, 295.
Algier 257, 259, 261, 264.
Allenby, Generalfeldmarschall, Eroberer Jerusalems 21, 31, 32, 48, 51, 97, 138, 139, 140, 284.
Alliance Israélite Universelle 93, 105, 113.
Alluba Pascha, ägypt. Politiker 256.
Amerika, s. Vereinigte Staaten von —
American Jewish Congress 109.
Amery, konservativer Abgeordneter 180, 185.
Andrews, Lewis, Beamter der Palästinaverwaltung 222, 224.
Anglo-ägyptische Schule 21 ff., 25, 66, 70, 71, 193 f.
Anglo-indische Schule 22 ff., 24, 25, 249.
Anglo-Jewish Association 59.
Anglo Persian Oil Company 79, 80, 90, 275.
Ankara, Vertrag von — zwischen Frankreich und der Türkei 53.
Aouni Bey Abdul Hadi, Araberführer in Palästina 143, 154, 156 ff., 221, 223, 250, 252, 286.
Arab Agency, Versuch einer — 142 f., 153, 191.
Arabisches Exekutivkomitee 143, 154.
Arabisches Komitee, Hohes — 133, 152, 154, 156 f., 198, 214, 221 ff., 224, 228, 250 ff., 253 f., 260, 267.
Arbeitslosigkeit in Palästina 119, 122, 127, 163 f., 166, 238.
Asiatic Petroleum Company 84.
Athlone, Earl of — 266 f., 269.
el-Azmi, Jussuf, Kriegsminister Feisals 50.

Baldwin, Stanley 72, 185, 196.
Balfour, Lord Arthur James 37, 44, 55, 60, 61 ff., 68, 69 ff., 108, 254.
Balfour-Deklaration 31, 36, 55, 64, 81, 87, 90, 104, 108, 116, 196, 233, 236, 240, 292.
— — Wortlaut der 69–70, 187.
— — Wirkung der 71–73, 77 f., 92, 115, 148, 168, 184, 189, 206.
— — Zustandekommen der 65–70, 107.
Baker, R. St., Freund Wilsons 45, 78.
Bearsted, Lord of Maidstone (Marcus Samuel), jüdischer Ölhändler 59, 82 ff., 87.
Bekr Sidky, kurdischer General im Irak 275, 278.

Ben Gurion, zionistischer Gewerkschaftspolitiker 114, 220, 270, 286, 292.
Bérenger, französischer Senator 85, 88.
Berthelot, Philippe, Generalsekretär am Quai d'Orsay 85.
Bingham, amerikanischer Botschafter in London 220.
Bludan, Konferenz von — 255, 257.
Blum, Léon 111 f.
Blumenfeld, Kurt, Zionist 105.
Board of Deputies of British Jews 56, 59, 86, 87, 89, 93, 107, 111, 113, 186.
Böhm, Adolf, Zionist 219.
Brandeis, Louis D., jüdisches Mitglied des Obersten Gerichtshofes in Washington 63, 67, 68 f., 106, 186.
British Zionist Federation 109.
Bullard, Sir Reader, englischer Gesandter 266.

Cadman, Sir John, Ölsachverständiger 88.
Cambon, Jules, französischer Botschafter in London 81.
Cecil-Clan 196.
Chamberlain, Austen 185.
Chamberlain, Joe 59 f., 117, 231.
Chamberlain, Neville 67, 72, 230 f., 288, 291, 293.
Chancellor, Sir John, General, Hoher Kommissar in Palästina 1928—31 151, 179, 190.
Churchill, Winston 34, 36, 46, 51, 76, 79, 157, 173—176, 180, 185, 191, 231, 243, 269.
Clayton, Sir Gilbert, britischer Orientpolitiker 207.
Clemenceau, Georges 47, 48, 79, 87, 88.
Colonial Office 17, 22, 36, 40, 51, 66, 69, 72, 138, 153 f., 157, 174, 176 f., 178 ff., 191 ff., 196 f., 228, 231, 233.
Cooper, Duff, bis 1938 britischer Minister 231, 274.
Cooperative Imperialism 266—283.
Coupland, Reginald Prof., Mitglied der Peel-Kommission 198, 202.
Cox, Sir Henry 279.
Cox, Sir Percy 23, 52.
Crane, Charles R., amerikanischer Orientsachverständiger 48, 76 f., 78.
Cromer, Lord (Evelyn Baring), britischer Generalkonsul und Hoher Kommissar in Ägypten 15, 16, 21, 25, 38, 40, 66, 193 f., 282.
Curfew, Belagerungszustand 227, 293.
Curzon of Kedleston, Lord, 18, 81, 90, 200, 229.

D'Avigdor-Goldsmid, jüdischer Politiker 111, 112.
Deterding, Sir Henri, Ölindustrieller 83.
Dill, englischer General 156, 251.
Disraeli, Benjamin (Lord Beaconsfield) 58, 63.
Djesireh-Gebiet 277—280.
Doughty, Charles M., englischer Forschungsreisender 20, 173.
Dreyfus-Prozeß 55.
Drummond, Sir Eric (Lord Perth), englischer Diplomat 200.
Dugdale, Blanche E. C., Nichte und Biographin Balfours 61.

Eden, Anthony 196, 197, 221, 231.
Eduard VII. 108.
Eduard VIII. 274.
Einstein, Albert 111.
Einwanderung, jüdische nach Palästina 73, 75, 77, 117 ff., 121—124, 128, 150, 152 f., 159, 165—167, 182, 186.
Erleigh, Viscount (Rufus Isaaks), Sohn Lord Readings 107.
Eschmann, Ernst Wilhelm 172.
Erziehungswesen in Palästina 103, 104, 164 ff.

„Fabians", englische Sozialreformer 180.
Fauzi ed-Din el-Kaukji, arabischer Freischärler 155 f., 227, 257.
Faruk, König von Ägypten 139 f., 253, 257, 260.
Fast, deutsches Hotel in Jerusalem 95.
Feisal, Ibn Hussein, Emir, später König des Irak 26, 47 f., 49, 50 ff., 66, 73 ff., 76, 143 f., 157, 174, 247 f.
Feisal, Ibn Sa'ud, Vizekönig in Mekka 266, 285–286.
Foreign Office 24, 27, 38, 40 f., 45, 65, 66, 71 f., 174, 176 f., 193, 196, 220, 241.
Frankel, Dr. Lee K., amerikanischer jüdischer Finanzmann 107, 110.
Franclin-Bouillon, französischer Politiker 53.
Frankreich 18 ff., 25, 28, 30, 31, 38 f., 40–54 ff., 66, 76, 79, 80 f., 85, 88 ff., 105, 113, 150, 176, 222, 249, 277–281, 295.
Fuad, König von Ägypten 152.

Gallipoli, Schlacht bei 18, 39, 41.
Gawler, George, Colonel, englischer Politiker 58.
Georg V. 72, 75.
Georg VI. 266.
Ghali Pascha, Wasif, ägyptischer Außenminister 253 f.
Ghandi, Mahatma 223, 285.
Ghazi, König des Irak 247, 251 f., 257.
Goga, Octavian, rumänischer Politiker 184.
Goodman, Paul, Zionist 108.
Gouraud, General, erster französischer Hoher Kommissar in Syrien 49, 50, 52.
Grey of Fallodon, Sir Edward 27, 38, 41, 64, 65, 81.
Gulbenkian, armenischer Ölhändler 85, 90.

Halifax, Lord, brit. Außenminister seit 1938. 196, 293.
Haram esch-Scherif-Moschee in Jerusalem 9, 145–147 f., 149, 150, 223, 224 f.
Harlech, Lord, siehe Ormsby-Gore.
Haschemiten-Dynastie 22 f., 24, 31, 52, 139, 245–249.
Haycraft, Vorsitzender der Palästina-Kommission 1929. 179.
Herbert, Aubrey, Mitglied des Intelligence Service in Kairo 25, 173.
Herzl, Dr. Theodor, Begründer des Zionismus 55, 56, 59 f., 106.
Hilmi Pascha, Achmed, Araberführer in Palästina 223.
Histadruth, jüdische Gewerkschaft 114, 126, 129, 163 f.
Hoare, Sir Samuel, britischer Minister 152, 231.
Hogarth, D. G., Mitglied des Intelligence Service in Kairo 36.
Hope-Simpson, Sir John, Beamter des Indiendienstes, Vorsitzender der Untersuchungskommission in Palästina 1931. 121 f., 161, 163, 179, 181 f., 229, 233, 240.
House, Colonel, Freund und Berater Wilsons 63.
Hull, Cordell 240.
Hussein, Scherif von Mekka, Vater Emir Feisals und Emir Abdallahs 22, 24, 26 ff., 30, 32, 35, 38 f., 42 ff., 52, 66, 139, 148, 150, 199, 207, 247 f., 260.
Husseini, Familie der 137, 138, 143, 144, 154.
el-Husseini, Emin, Mufti von Jerusalem, Vorsitzender des Hohen Arabischen Komitees 138 ff., 140 f., 142–145, 147 ff., 152, 154, 166, 168, 193, 221, 223, 224 f., 244, 247, 249 f., 258 ff., 279, 286.
Husseini, Djamal, Vetter des vorigen 286 f.

Ibn Sa'ud, König von Arabien 22, 23, 144, 148 f., 155, 207, 248 bis 251, 257 f., 260 ff., 266 f., 273, 294.
India Office 22, 25, 86, 174, 176 f., 249, 268.
Indien 18, 21, 24, 38, 46, 54, 83, 150, 174, 198, 203, 253, 257, 260, 268, 270 f.
Irak 9, 24, 50 ff., 80 f., 88–90, 100, 141 f., 144, 152, 153, 155 f., 157 ff., 172, 174, 176, 201, 206, 220, 222, 225, 244, 249 ff., 252–254, 256, 260, 265, 267 f., 271, 274 f., 294.
Iraq Petroleum Company 90.
Iran 20, 22, 40, 46, 141, 254, 260 f., 274 f.
Islam, Sozialstruktur des 134–137, 140 f.
– Erneuerung des 139, 258–265, 281 f.
– Zusammenfassungsbestrebungen im 149, 169, 256–265, 268.
Istiqlal, arabische Unabhängigkeitspartei 143 f., 154.
Italien 7, 46, 54, 150, 152, 173, 247, 272 f., 276.

Jabotinsky, Wladimir, Führer der zionistischen Revisionisten 115 f., 121, 168.
Jaffa, Sprengung von 194 f., 225.
– im Teilungsplan 206, 209, 212 f.
Jemen 94, 98, 100, 129, 149, 257, 285.
Jewish Agency, allgemeines 75, 100, 101 ff., 105, 107, 108 ff., 112, 113, 115, 117 ff., 142 f., 145, 153 f., 158, 178, 180, 183, 186, 189, 200, 217, 240, 290.
– – Rat der 109, 114, 190.
– – Joint Committee der 109, 152, 184, 217.
– – Exekutive der 102, 114, 183, 217, 220, 270.
– – Präsident der 103, 114, 184.
Jewish Agency, Einwanderungspolitik der 104, 116, 119, 122 f., 128, 165–167 ff., 182 f., 187, 219.
– – Landkauf- und Arbeiterpolitik der 127, 159, 161, 162 ff., 181, 183, 187 f., 222, 238.
– – und Teilungsplan 214 f., 218 f., 238 ff., 270.
Jewish Community Regulations 103.

Kalifat 15, 26, 140, 148 f., 258, 260.
Karachan, Sowjetbotschafter 274.
Kamâl Atatürk 49, 52, 134, 139 f., 258, 260, 263, 265, 274, 276, 280.
Kapitaleinfuhr, jüdische – nach Palästina 121, 124–130.
Keren Hakayemeth Le Israel, jüdische Landkaufgesellschaft 104, 162.
Keren Hayesod, jüdische Finanzorganisation 104, 125.
Khaldi, Familie der 137, 143, 144.
Khaldi, Hussein Efendi, Bürgermeister von Jerusalem 144, 154, 223.
King, H. Churchill, amerikanischer Orientsachverständiger 48, 76 f., 78.
Kitchener, Lord, Generalfeldmarschall 15, 19, 25 ff., 38, 229.
Kohn, Hans, zionistischer Schriftsteller 139.
Kommunismus 116, 162.
Koninklijke Nederlandsche Maatschappij (Royal Dutch) 82, 83.
Koninklijke Shell Company 80, 82.

Laib, Isaak, kommunistischer Jude 116.
Lampson, Sir Miles, Hoher Kommissar, später Botschafter in Kairo 152.
Laski, Nathan, Vorsitzender des „Board of Deputies of British Jews" 186.
Laski, Prof. Harold, Sohn des vorgenannten 186.

Lawrence, T. E., Oberst 23, 25, 31, 51, 73 f., 133, 157, 172, 173, 179.
Lehman, Irving, jüdischer Oberrichter in Amerika 110.
Libanon 28, 42, 50, 51, 152, 157, 249, 255–257, 278.
Liga der Nationen 72, 78, 105, 120, 158 f., 196, 200, 215, 221 f., 249, 253 f.
Lloyd, Lord, Hoher Kommissar in Ägypten 267.
Lloyd George 32, 37, 41, 46 ff., 51, 53, 60, 72, 86, 88 ff., 107, 108, 198.
Long-Bérenger-Ölabkommen 87–88.
Lyautey, Marschall, Hoher Kommissar in Syrien 9.
Lydda, britischer Flughafen in Palästina 14, 176, 208, 226, 227.
Lytton, Lord, britischer Orientsachverständiger 191, 217.

MacDonald, Ramsay 180, 181, 186 ff., 190, 231, 240.
MacDonald, Malcolm, Kolonialminister seit 1938. 231 f., 239, 241, 286 f., 292.
Macdonell, Sir Michael, bis 1936 Oberrichter in Palästina 194 f., 197, 289.
Maher, Ali, ägypt. Minister 285 bis 286.
Mahmud Pascha, Mohamed, ägyptischer Ministerpräsident 253, 285.
Mandatsstatut Palästinas 71, 78, 101, 102 f., 105, 113, 142, 157 f., 162, 174, 182 f., 187, 221, 224, 253 f.
el-Maraghi, Mustafa, Rektor der el-Ahzar-Moschee in Kairo 263.
Marchand, französischer Oberst 19.
Maroniten 50.
Marshall, Louis, jüdischer Politiker in Amerika 110 f., 112, 114.
Martet, Jean, Sekretär Clemenceaus 48.
McMahon, Sir Henry, Hoher Kommissar in Ägypten 27 ff., 31, 32 ff., 37, 38, 39, 40, 47, 199, 289.
McMahon-Brief, Wortlaut des 28, 51, 289, 300.
McMichael, Harold, Hoher Kommissar in Palästina seit 1938. 141, 166, 226, 229 f., 232, 234, 240.
Melchett, Lord (Alfred Mond), jüdischer Großindustrieller 59, 106, 107, 108 f., 110 ff., 177, 184, 186, 192.
Milner, Lord, britischer Minister und Orientpolitiker 60, 66 f., 68 f., 70, 71, 72, 174, 196, 200.
Misr, ägyptischer Konzern 10, 281.
Mizrachi, jüdische Partei 114.
Mitchell, Margaret, amerikanische Schriftstellerin 135.
Mohammed Ali, Neugründer Ägyptens und Begründer der Dynastie 14 f., 22, 56.
Mohammed, Ali, zeitw. Prinzregent von Ägypten 253.
Mohammed Ali, indischer Moslemführer 150.
Mommsen, Theodor 173.
Mond, Ludwig, Vater Lord Melchetts 107, 192.
Montefiore-Clan 59, 86, 87.
Montefiore, Leonard G. 59.
Montefiore, Sir Moses, Haupt des Judentums in England im 19. Jahrhundert 58, 62, 86, 107.
Montagu-Clan 79.
Montagu, Edwin (Samuel), britischer Indienminister 69, 82, 86, 92, 107.
Montreux, Meerengenvertrag von 274.
Moslemischer Oberrat in Palästina 142, 223.
Mossul-Gebiet 42, 46–48, 49 f., 53, 65 f., 80, 87, 88 ff., 176, 278.
Mufti, Amt des –, 137 f., 140 f.
– von Jerusalem, s. Emin el-Husseini.
Murray, Sir Archibald, General im Orientfeldzug 32.
Mussolini, Benito 172, 271.
Mustafa Kemal Pascha, s. Kamâl Atatürk.

Nahas Pascha, Führer des ägyptischen Wafd 139, 247, 263.
Napoleon I. 14 f.
Naschaschibi, Familie der 137, 140, 143, 144, 148, 151, 154, 244, 248, 286.
Naschaschibi, Ragheb Bey, Bürgermeister von Jerusalem 138, 144, 154.
Nehru Jawaharlal Pandit, Präsident des allindischen Kongresses 257.
„Nichtzionisten", jüdische 81, 104, 107, 109 f., 114, 153.
Nicolson, Harold, englischer Publizist 41, 51.
Nuri Pascha, Außenminister des Irak 250, 252, 285–286.

Ölleitung, britische 88–91, 176, 206, 225.
Omar-Moschee, s. Haram esch-Scherif-Moschee.
Ormsby-Gore, William (seit Mai 1938 Lord Harlech), bis 1938 britischer Kolonialminister 67, 72 f., 196 f., 199, 215–219, 221, 228 f., 230 f., 233, 238 f., 254, 271.
Orden der aufständischen Scheikhs 133, 152, 154, 222, 224.
Ostjuden 55, 60, 63, 64, 82, 93, 94 f., 99 ff., 106, 109, 114, 119 f., 126.

Palmerston, Lord 15, 56.
Passfield of Passfield, Lord (Sidney Webb) 179–184, 186 f., 188 f., 196, 199.
Passfield-Weißbuch 182–185, 187 ff., 191, 233, 239.
Peel, Lord Robert, ehemaliger britischer Kolonialminister, Vorsitzender der Untersuchungskommission in Palästina 1936/37. 35, 72, 74, 142, 158, 164, 198, 199, 202, 212, 215, 223.
Peel-Kommission 34, 117, 157, 197, 198 f., 201 f., 204, 211, 213, 214, 222, 251 f.
Peel-Bericht allgemein 141, 159, 170, 198 ff., 215, 238, 266.
— — und Balfour-Deklaration 64, 78.
— — und Versprechen an den Scherifen Hussein 31, 34 ff., 38, 64, 199.
— — und angeblicher Weizmann-Feisal-Vertrag 73, 74 f.
— — und USA. 105, 220–221.
— — und jüdische Kapitaleinfuhr 125.
— — und Arab Agency 142, 192.
— — und Hohes Arabisches Komitee 214, 221–223.
— — und Landverteilung 160 f., 204, 208–211, 229.
— — und Schulwesen 164 f.
— — und jüdische Einwanderung 75, 167 f., 219 f.
— — und Mandatspolitik 185, 192, 200 ff., 204.
— — und Teilungsplan 72, 169, 198, 204–215, 216, 221, 228, 232 ff., 254.
Persien, s. Iran.
Perth, Lord, s. Sir Eric Drummond.
Philby, John St., britischer Forscher und Orientpolitiker 23, 27, 300.
Pichot, frz. Politiker 47.
Picot, Charles, französischer Orientpolitiker 40, 49, 66.
Pitt, William der Ältere 18.
Plumer, Lord, Feldmarschall, Hoher Kommissar in Palästina 1925–28 179.
Poalim, jüdische Arbeiterpartei 114.

Reading, Lord, (Isaaks), ehemaliger Vizekönig von Indien 59, 68, 106, 107, 186.
Reid, T., Mitglied der Woodhead-Kommission 238.
„Restoration of the Jews"-Bewegung 56 f., 284 f.

Revisionisten, jüdische 115 f.
Reza Schah Pahlevi 54, 261, 275.
Ribot, französischer Außenminister 46.
Richards, Bernard G., Zionist in Amerika 109.
Rischon le-Zion, jüdische Siedlung in Palästina 131 f.
Rockefeller, John D. 88.
Roosevelt, Franklin D. 185, 242 f., 287.
Rosenberg, Alfred 87, 115, 117, 295.
Rothschild-Familie in London 61, 83 ff., 92, 106, 186.
Rothschild-Familie in Paris 84, 85, 92, 106.
Rothschild, Lord 59, 68, 69 ff., 81 f., 110, 186.
Ruhi Bey Abdul Hadi, Mitglied der Palästina-Regierung 144.
Rumbold, Sir Horace, Mitglied der Peel-Kommission 198.
Ruppin, Dr. Arthur, Zionist 60.
Russell, Sir Allison, Mitglied der Woodhead-Kommission 229, 236.
Rußland, s. Sowjetunion.
Rüschtü-Aras, türkischer Außenminister bis 1937. 276.

Saadabad, Vertrag von — zwischen Türkei, Iran, Irak und Afghanistan 274 ff., 278.
Saba, Fuad, Araberführer in Palästina 223.
Samuel-Clan 59, 82 f., 85, 92, 106, 108, 176.
Samuel, Louis, Liverpool 85.
Samuel jr., Marcus, s. Lord Bearsted.
Samuel, Samuel, Bruder Lord Bearsteds 83.
Samuel, Sir Herbert, Minister, Hoher Kommissar in Palästina 1920–25, später Lord Samuel of Mount Carmel 59, 61, 79, 81 f., 86 f., 89, 91 ff., 107, 111 f., 138, 142, 151, 159, 168, 174, 179, 186, 208.
San Remo, Konferenz von 49 ff., 78, 88 ff., 110.
Sarona, die Templerkolonie von 97 f., 161.
Sasonow, russischer Außenminister 1910–1916. 64.
Saudi-Arabien (s. auch Ibn Sa'ud) 9, 142, 207, 244, 248, 261, 263, 294.
Schaukat Ali, indischer Moslemführer 150.
Scherif von Mekka, s. Husseini.
Schiiten, s. Iran.
Shaftesbury, Earl of 56, 59.
Shakespear, Oberst, Britischer Resident in Koweit 23.
Shaw, Bernard 180.
Shaw, Sir Walter, Vorsitzender der Untersuchungskommission in Palästina 1929/30. 121, 179, 181, 192.
Shell Transport and Trading Company 82 ff., 86, 89, 176.
Smith, Sidney, englischer Admiral 15.
Snell, Lord, Mitglied der Labour Party 181, 192.
Sokoloff, Nahum, Zionistenführer 87, 189.
Sonnino, Sidney, italienischer Außenminister 1914–1919. 46.
Sowjetunion 19 f., 26, 38 f., 40 f., 44 f., 52, 55, 63 f., 85, 100, 112, 274, 276.
Stack, Sir Lee, Generalgouverneur und Sirdar des Sudan 267.
St. Jean-de-Maurienne, Vertrag von ... zwischen Italien, England und Frankreich 46.
Suez-Kanal 10, 12, 14, 16, 67, 71, 83, 176, 207, 250, 271.
Swaithling, Lord (Samuel Montagu), jüdischer Bankier in London 86, 87.
Sykes - Picot - Abkommen zwischen England und Frankreich 36, 38, 40 ff., 46, 47, 64, 65, 71, 81, 277, 279.
— — Inhalt des 42.

Sykes, Sir Mark Percy, britischer Orientpolitiker 40, 41, 43, 60, 66, 68, 73, 80, 81, 87.
Syrien 9, 14, 15, 19, 21 f., 25, 27 f., 30 ff., 34 f., 37, 39, 47–53, 58, 66, 71, 76 ff., 88 f., 135 f., 150, 152 f., 155, 157 ff., 175, 201, 209, 222, 244, 249, 255 f., 261, 265, 274, 276–279.

Tegart, Sir Charles, Beamter des Secret Service 133, 228.
Tel-Aviv 14, 96 ff., 100, 126, 129, 193, 212, 227, 234, 237.
Temperley, H. W. V., Professor, britischer Historiker 36, 64 f., 67.
Thomas, J. H., ehem. Kolonialminister Britanniens 196.
Townshend, General, Verteidiger von Kut el-Amara 39, 41, 80.
Toynbee, Arnold, Professor, Vorsitzender des Royal Institute of International Affairs, London 187.
Transjordanien 13, 26, 37, 46, 52, 90 f., 115, 138, 142, 148, 149 f., 158, 171 f., 174 f., 206 f., 219, 244, 245 ff., 255, 265, 271, 279.
Türkei (s. auch Kamâl Atatürk) 15, 20, 23, 25, 26 f., 32, 46, 52 ff., 63, 80, 89, 90, 94, 100, 134, 137, 148, 159, 209, 247, 258 f., 263, 265, 274–281.
Turkish Petroleum Company 80, 81, 88, 89, 90.

Uganda-Projekt Joe Chamberlains 59 ff., 117.
Ussischkin, Zionist 114, 218.

Vaad Leumi (Jewish National Council), Vertretung der Juden Palästinas 103.
Vereinigte Staaten von Amerika, Palästinapolitik der 62 ff., 71, 100 f., 104 ff., 112 ff., 120, 124, 128, 176, 184 f., 186, 201, 220, 240–242, 287.
de Valera, irischer Ministerpräsident 242.

Wafd, s. Ägypten.
Wahabiten, Sekte des Islam 22, 51, 262 f.
Waley-Cohen, Sir Charles Robert, jüdischer Ölhändler 59, 88 f., 110.
Wagner, Robert F., amerik. Senator 242.
Waqf, geistliche Besitztümer in islamischen Ländern 141 f.
Warburg, Felix M., jüdischer Bankier in New York 107, 108, 110 ff., 181, 184.
Wassermann, Oskar, jüdischer Bankier in Berlin 107, 110 ff.
Waßmuß, Karl, deutscher Generalkonsul und Kämpfer im Iran 18.
Waterfield, Beamter des britischen Schatzamtes, Mitglied der Woodhead-Kommission 229.
Wauchope, Sir Arthur, General, Hoher Kommissar in Palästina 1931–38. 153, 156, 190, 192 ff., 197, 224, 226, 229 f., 252, 254.
Webb, Sidney, s. Lord Passfield of Passfield.
Wedgwood, Colonel, Helfer des Zionismus im Unterhaus 175, 214.
Weizmann, Dr. Chaim, Professor der Chemie, Präsident der Jewish Agency 60 ff., 66, 68, 72–77, 82, 87, 93, 94, 103, 104, 107, 111, 114, 115, 118, 122, 124 f., 163, 168, 184–188, 193, 199, 208, 214 f., 216–219, 221, 238, 286 ff., 291 f.
Wells, H. G. 180.
Westjuden 56, 59, 60, 64, 92, 93, 95 f., 104, 106, 109, 113, 119 f., 124.
Wilson, Sir Arnold, Zivilgouverneur in Mesopotamien 24, 31, 192, 249, 277.
Wilson, Woodrow, Präsident der Vereinigten Staaten 30, 31, 44 f.,

47, 48 f., 62 f., 67 ff., 76, 78, 79, 88, 105, 241.
Wingate, Sir Reginald, Generalgouverneur des Sudan 229 f.
Winterton, Earl, konservativer Politiker 192.
Woodhead, Sir John, Vorsitzender der Untersuchungskommission in Palästina 1938. 229, 230, 232 bis 240, 242, 244, 251, 279 f.

Zaharoff, Sir Basil, internationaler Waffenspekulant 85.
Zionismus, allgemein 37, 55 f., 58, 62, 63 f., 66 f., 75, 77, 89, 90, 94, 104, 106, 111, 113 f., 115 f., 117 ff., 121, 144, 175, 179, 199, 204, 214, 269 f., 272.
Zionistenkongreß, erster in Basel 56.
— sechster in Basel 60.
— sechzehnter in Zürich 104, 112, 113 f.
Zionistenkongreß, siebzehnter in Basel 188, 190.
— zwanzigster in Zürich 213, 215, 218–219, 220.
Zukerman, William, Zionist in Amerika 110, 113.

Verzeichnis der Bildtafeln

Die Haram esch-Scherif-Moschee in Jerusalem (Aufnahme Wirsing) ..... Titelbild
Feisal Ibn Hussein, König des Irak (Aufnahme Weltbild) .. 48
Lord Arthur James Balfour (Archivaufnahme) 64
Dr. Chaim Weizmann (Aufnahme Weltbild) 72
Sir Herbert Samuel (Lord Samuel) (Archivaufnahme) 88
Aus dem Irrgarten der jüdischen Architektur in Palästina (Aufnahme Deutscher Verlag) 96
Lord Alfred Melchett (Archivaufnahme) 112
Emin el-Husseini, der Mufti von Jerusalem (Aufnahme Associated Press) 144
Aouni Bey Abdul Hadi (Aufnahme Wirsing) 160
Sir Arthur Wauchope (Archivaufnahme) 192
William Ormsby-Gore (Lord Harlech) (Aufnahme Atlantic) . 216
Sir Harold McMichael (Aufnahme Associated Press) 232
Abdallah ibn Hussein, Emir von Transjordanien (Aufnahme Wirsing) 240

Von Giselher Wirsing ist ferner erschienen

Deutschland in der Weltpolitik
kart. 3.80, in Leinen 4.80

Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft
Mit einer Staatenkarte. kart. 5.80, in Leinen 6.80

Das XX. Jahrhundert
Die Monatsschrift unserer Zeit
*
Herausgegeben von
Giselher Wirsing und E. W. Eschmann
Vierteljährlich 3.50, Einzelheft 1.25

Eugen Diederichs Verlag Jena

NARODNA IN UNIVERZITETNA KNJIŽNICA LJUBLJANA

RA 6 JJ ac 19.6.39

»... Giselher Wirsing hat mit seinem Werke »Engländer, Juden, Araber in Palästina« wohl das beste und klarste Buch über dieses brennende Weltproblem geschrieben. Nicht nur in Deutschland oder in England, sondern auch im Nahen Orient selbst wird dieses Werk — wie ich bei meiner letztjährigen Reise durch die Staaten des Nahen Ostens klar feststellen konnte — geradezu als ein Standardwerk des Palästinaproblems angesehen. Auf historischer Grundlage entwickelt Wirsing die Entstehung der heutigen Lage in einer solchen Art und Weise, daß mir neulich ein großer Freund Englands, der sonst nur allzu gern bereit ist, die Engländer und ihre Methoden in Schutz zu nehmen, nach der Lektüre des Buches bekennen mußte, daß nirgendwo so eindeutig die Verantwortung Großbritanniens um das Judentum — auch einschließlich des Judentums in Deutschland — zum Ausdruck gebracht worden ist. Das Buch erfüllt einfach dadurch seine wichtigste Aufgabe, daß es mit seinen Argumenten auch den skeptischen Leser zu überzeugen vermag ...«

N. S. Monatshefte

Preußische Zeitung: *Der Verfasser, der Gelegenheit hatte, den Machtkampf in Palästina aus eigenem Erleben kennenzulernen, zeigt die geschichtlichen und politischen Hintergründe der gegenwärtigen Auseinandersetzungen auf. Gestützt auf ein überaus reichhaltiges Quellenmaterial enthüllt Wirsing die Methoden der britischen Orientpolitik. Ein besonderer Vorzug der Darstellung liegt ferner in der rücksichtslosen Offenheit, mit der er die manchmal mehr als abenteuerlichen Geschäfte zwischen dem Zionismus einerseits und den philosemitischen Politikern Englands andererseits aufdeckt.*

The Times: *Wirsings Buch zeigt feine Züge historischer Vorstellungsgabe. Er weiß um Britannien als Brücke zwischen West und Ost und um die dramatische Lage, die dadurch entstand, daß wichtige Strömungen östlicher und westlicher Gedankengänge in den engen Grenzen Palästinas aufeinander trafen. Er hat die Geschichte Palästinas der letzten zwanzig Jahre mit wahrhaft deutscher Gründlichkeit studiert und er beherrscht das dokumentarische Material meisterhaft.*

Geist der Zeit: *»... Wir halten Wirsings Werk für ein Musterbeispiel bester zeitgenössischer Weltgeschichtsbetrachtung. Drei gestaltende Kräfte sind bei ihm am Werk: der anschaulich schildernde Berichterstatter, der mit größter wissenschaftlicher Sorgfalt verfahrende Historiker, und der aus großen Zusammenhängen urteilende Politiker. Auf umfassendster Quellen- und Materialkenntnis aufgebaut, kann Wirsings Buch als das Standardwerk des Palästinaproblems, gesehen von der unbestechlichen Warte des Unparteiischen, bezeichnet werden. Es sollte der größten Beachtung gerade in den angelsächsischen Ländern und in den Vereinigten Staaten sicher sein.«*

Atlantis: *Wirsing verbindet die Reportage des begabten Journalisten mit der Gründlichkeit des Historikers bei einem Thema, das so verwickelt ist, daß eine so klare Darstellung wie die seinige als besondere Leistung gerühmt werden muß.*

GISELHER WIRSING

Engländer Juden Araber in Palästina

GISELHER WIRSING

Engländer Juden Araber in Palästina

EUGEN DIEDERICHS VERLAG

Seit Jahren ist uns keine Darstellung der brennendsten politischen Fragen des Vorderen Orients begegnet, die in gleicher Weise weite Sicht in den großen Zusammenhängen mit genauester Sachkunde in den zahllosen, höchst verwickelten Einzeltatbeständen ebenso wie wohlabgewogenes Urteil mit wirksamer Gestaltungskraft vereinigt hätte. Nirgendwo sonst in der Welt als in Palästina kann die britische politische Psychologie, die Taktik und Strategie des Weltjudentums und das politische Erwachen der arabischen Nation so eindrucksvoll an einer Stelle beobachtet werden. Mit genauen Quellenbelegen und Zitaten entwickelt G. Wirsing jene Paradoxie, die daraus entstanden ist, daß das Weltjudentum mit Hilfe des britischen Imperiums Stück um Stück einen eigenen Imperialismus von Palästina aus zu verwirklichen trachtet. Wird das Judentum in England die Macht haben, das kunstvoll aufgerichtete Gebilde der britischen Reichspolitik im Orient um Palästinas willen in die Luft zu sprengen? Die Beantwortung dieser Frage werden wir als Zeitgenossen miterleben können. — Quellenanmerkungen und ein ausführliches Register sind sorgfältig angelegt und erleichtern ein Tieferschürfen.

Orient-Nachrichten